Klaus Rainer Röhl

Deutsche Tabus

Ungefragte Antworten

Universitas

Klaus Rainer Röhl

Deutsche Tabus

Ungefragte Antworten

Universitas

Besuchen Sie uns im Internet unter
www.universitas-verlag.de

© 2004 by Universitas in der
F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Schutzumschlag: Wolfgang Heinzel
Satz: Fotosatz Völkl, Türkenfeld
Druck: fos. C. Huber GmbH & Co. KG, Garching
Binden: Thomas-Buchbinderei, Augsburg
Printed in Germany
ISBN 3-8004-1467-8

Inhalt

Eröffnungsbilanz

»Links« und »rechts«
»Links« und »rechts« - ist das nicht längst überholt? 9

Die Bilanz

Agenda 2010
Was steckt eigentlich hinter dem Wort Agenda 2010? 23

Antisemitismus
Gibt es in Deutschland Antisemitismus? 26

Exkurs I
Deutsche und Juden 33

Attac
Was ist eigentlich Attac? 39

Beuys und die Moderne
War Joseph Beuys einer der großen Künstler der Gegenwart? 49

Faschisten
Was sind eigentlich Faschisten? 67

Folter
Kann Folter unter Umständen gerechtfertigt sein? . 69

Gegenöffentlichkeit
Was ist Gegenöffentlichkeit? 72

Gender
Was ist Gender Mainstreaming? 79

Genmanipulation
Was ist eigentlich Genmanipulation? 90

Graffiti
Mögen Sie Graffiti? 97

Hitlerbilder
Warum sind Hitlerfotos in jedem zweiten
SPIEGEL? 109

Islamfaschismus oder
Sind alle Muslime Terroristen? 116

Klau-Kids
Was sind Klau-Kids? 128

Kriegsschuld Erster Weltkrieg
Stimmt es, daß Deutschland die Alleinschuld
am Ersten Weltkrieg hatte? 130

Lebenslüge Antifaschismus
Antifaschismus - Mogelpackung oder
Lebenslüge einer Generation? 133

Mahnmale
Warum gibt es kein Mahnmal für tote
Deutsche? 146

Mauer
Warum heißt die Mauer um Israel bei uns
Schutzzaun? 149

Merkelismus
Ist Angela Merkel rechts? 159

Migranten
Was sind eigentlich Migranten? 167

Mutig
Was ist mutig? 176

Nachtreten
Was wollte Hochhuth von Filbinger? 177

Nähe
Wodurch unterscheiden sich Nazis von Kommunisten? 179

Nazis
Was sind eigentlich Nazis, und woran erkennt man sie? 180

Exkurs II
»Nähe zum Gegner« 181

Relativieren und Aufrechnen
Was heißt eigentlich Aufrechnung? 190

Schwarzarbeit
Was versteht man unter Schwarzarbeit? 195

Sekundärtugenden
Was sind Sekundärtugenden? 199

Tätervolk
Was ist ein Tätervolk? 207

Umstritten
Was heißt umstritten? 209

Volk
Warum wird das Wort *Volk* im Zusammenhang mit Deutschland in den Medien kaum mehr gebraucht? 212

Windkraft
Können »Windmühlen« die Stromversorgung Deutschlands sicherstellen? 214

Zukunftstechnologien
Müssen wir wieder Strom sparen? 223

Schlußbilanz

Götterdämmerung
Was wird bleiben von 1968? 232

Eröffnungsbilanz

»Links« und »rechts«

»Links« und »rechts« - ist das nicht längst überholt?

Immerfort hört man die Leute fragen, ob es denn den Gegensatz »links« und »rechts« überhaupt noch gäbe. Ob diese Begriffe überhaupt noch brauchbar seien. In nahezu jeder Quasselstunde (neudeutsch = Talk-Show) kommt diese Behauptung vor, meist gar nicht mehr als Frage gemeint, sondern als - unverlangte - Anwort gedacht. Es gibt - so lautet der fast obligatorische Standardsatz für jeden besseren Talkgast - ja keinen Gegensatz zwischen links und rechts mehr, sondern nur noch ... Das ist die Pflicht. Dann kommt die Kür, bei der jeder einzelne der Gäste seine markante Einzelpersönlichkeit zur Schau stellen möchte, er nimmt an, daß er gerade wegen dieser unverwechselbar »gescheiten« Persönlichkeit eingeladen wurde, und weil die meisten von Natur aus nicht so schlagfertig sind wie Arnulf Baring oder meinetwegen Henrik M. Broder, hat sich der normale Talkgast sehr »gründlich« auf die Sache vorbereitet, das heißt durch mindestens zwei Stunden Lektüre von *Zeit* und *Süddeutscher Zeitung,* wenn möglich im Internet, das geht schneller. Nun kann er die Behauptung, es gäbe gar nicht mehr Linke und Rechte, noch individuell etwas ausgestalten. Er sagt also, es gibt nur Gewinner und Verlierer, Dumme und Kluge, Machtpolitiker oder Leute ohne Machtinstinkt. Die Naseweisen haben dann meistens noch ein Sprüchlein parat, das sie neulich irgendwo - meist auch in einer Talk-Show! - gehört haben, und fügen hinzu, daß sie von dieser »Gesäßordnung«, von dieser

»Gesäßgeographie« nichts halten. Gar nichts halten. Ganz Gebildete, die durch drei Bücher aus dem Eichborn-Verlag und unregelmäßige FAZ-Lektüre noch mehr wissen, rufen mit beifallheischender Betonung in den Raum: »Rinks und lechts!« Wie schon mal ein kluger Mann über diesen Gegensatz gespottet hat. Wer war das? Das ist schon die 2500-Euro-Frage. Karl Kraus? Tucholsky, der Dadaist Arp, Willy Brandt? Es war der Österreicher Ernst Jandl, einer der führenden Vertreter der experimentellen Literatur.

Was aber heißt Gesäßgeographie? Zwar weiß jeder, wo das »links« und »rechts« herkommt. Weil 1792 der französische Nationalkonvent entschied, die Girondisten aus der Sicht der Rednertribüne rechts und die radikalen Jakobiner links zu postieren. Wäre die Sitzordnung aus der Sicht der Deputierten entschieden worden, würde heute der Bundeskanzler Schröder mit besorgter Miene vor der Gefahr von links warnen und zum Aufstand der Anständigen rufen! Nun zur Gesäßordnung. Irgendein deutscher Politiker oder Schriftsteller nannte eines Tages die Einteilung in »links« und »rechts« verächtlich eine Gesäßgeographie. Wer hat das zum erstenmal gesagt? Das ist schon eine 5000-Euro-Frage. Bitte melden. Willy Brandt war es nicht. Zusatzfrage: War Brandt links?

Nach dem Vorbild des französischen Nationalkonvents sitzen die Parteien in Deutschland und in allen europäischen Staaten folgendermaßen: links die Sozis, rechts die Konservativen, in der Mitte die Liberalen. So saßen sie im Reichstag bei Bismarck und beim Kaiser. Und in der Weimarer Republik, als es noch Rechtsaußen- und Linksaußenparteien gab, da saßen die Kommunisten ganz links und die Nationalsozialisten ganz rechts. So sitzen die Abgeordneten auch heute noch im Europaparlament, so in den meisten

Ländern der Erde, auch dort, wo es Parteien nur zum Schein gibt. Also auch im Bundestag. Links sitzen die Linken, und rechts? Sitzen die FDP und die CSU und die CDU, aber auch die Rechten wollen um Gottes willen nicht rechts sitzen. Ganz rechts von der CDU sollte der Abgeordnete Martin Hohmann sitzen, gewählt mit absoluter Mehrheit für die CDU und ausgeschlossen aus der Fraktion wegen angeblichem Antisemitismus. So stellte man seinen Prangerstuhl ohne Pult und Elektronik hinter der CDU auf, aber der Abgeordnete weigert sich, ihn zu benutzen.

Rechte Parteien gibt es nicht im Bundestag. Ihre Funktion wird besonders in Bayern von der CSU wahrgenommen, die darüber wacht, daß rechts von ihnen nichts über die Fünfprozenthürde gelangen kann. Die CSU ist bayrisch, patriotisch, christlich-wertkonservativ und im übrigen - modern. Rechts mag sie nicht genannt werden, obwohl sie vom Standpunkt der *taz,* der PDS, aber auch der *Süddeutschen Zeitung* knallrechts ist. Aber das ist nur als Schimpfwort gemeint, nicht als ernsthafte politische Definition der Partei.

Rechte gibt es, rund 60 Jahre nach Ende des NS-Regimes, im Bundestag nicht mehr. Gott sei Dank, werden Sie gleich sagen. Doch der liebe Gott war es nicht, der diesen Zustand schuf, nicht einmal das deutsche Volk selber. Zunächst war es die Besatzungsmacht. Nach aufwendigen und angestrengten Kampagnen nach Kriegsende, alliierter Volkserziehung (»reeducation«), Kollektivschuld und Entnazifizierung kam die Eigenerziehung der Deutschen durch Selbstzensur. In Besatzungslizenz. Lizenzrundfunk und Lizenzpresse, das Fernsehen brauchte schon keine Lizenz mehr, da war schon alles entschieden. Die Heranbildung von demokratischem Nachwuchs hatte funk-

tioniert. Wer jetzt etwas zu sagen hatte, war links. Oder nannte sich »Mitte«, wie die CDU/CSU, die auch tatsächlich Wurzeln in der Mitte des Spektrums gehabt hatte, im »Zentrum«, der katholischen Zentrumspartei, die den zähesten Widerstand gegen Hitler geleistet hatte. Demokratisch verfaßte Rechtsparteien, von denen es in Weimar mehrere gegeben hatte, wurden nicht wieder gegründet oder wurden nach einiger Zeit bedeutungslos - wie die »Deutsche Partei«. Da die Nationalsozialisten trotz ihres Anspruchs, auch *Sozialisten* zu sein, als besonders stramme Rechte gegolten hatten und im Reichstag, den sie Quasselbude nannten, ganz rechts außen gesessen hatten, wollte nun niemand mehr rechts genannt werden und auch nicht gerne rechts sitzen.

Ab 1968 kam nach der Umerziehung durch die Besatzung die Erziehung der Väter durch ihre Söhne und Töchter, nach der das Wort »rechts« endgültig einen geradezu kriminellen Anstrich erhielt, und noch eine Generation später, 1999, nach einem Anschlag arabischer Jugendlicher auf die Synagoge in Düsseldorf, kam der von Schröder ausgerufene »Aufstand der Anständigen« gegen rechts ins Rollen, ein Zwergenaufstand gegen ein Phantom, aber mit Unterstützung aller Medien und vieler Rockstars, die noch einmal einen großen Auftritt hatten, mangels ernsthafter Rechtsextremisten erprobt gegen Martin Walser und Jürgen Möllemann. Die rechte Gefahr: Ein Phantomschmerz. Die NPD kommt gerade mal in einem Land über die Fünfprozentgrenze, spielt anderswo keine Rolle, mitgliederstarke Rechtsparteien, wie in Frankreich, Italien, Polen, Rußland, Spanien, Holland und Belgien, gibt es bei uns nicht.

Aber.

Es gibt, unbestritten, Linke. Unbestritten und auch unberührt von jedes antitotalitären Gedankens Blässe

steht eine vielgestaltige Linke, tief verwurzelt im Überbau und organisiert von der kleinsten Gewerkschaftszelle bis zu einem mächtigen Medien-Mainstream, entschlossen, die Menschheit, wie es schon die Opas Marx und Engels wollten, zu verbessern. Das heißt die menschliche Natur zu verändern, die Gesellschaft, die Familie und, da das zu langsam geht - wenigstens die Wirtschaft. Sie umzubauen ist das Ziel, und weil es sich bei den Umbauern fast immer um Ungelernte und Laien handelt, heißt das, an der Wirtschaft herumzumurksen. Wie die lange vor der grün-roten Koalition auf den Plan getretenen 68er Soziologen und Pädagogen schon ewig lange am »Sozialisationsprozeß herumfummeln«, das heißt an der Familie. Erst die Machtergreifung von Rot-Grün und deren äußerst knappe Bestätigung im fahr 2002 ermöglicht ihnen nun, wenigstens versuchsweise, die Axt an die Wurzel zu legen.

Viel hat sich da bei den Sozialisten seit dem seligen Marx nicht geändert. Die von ihm so genannten »Kapitalisten« gibt es zwar seit langem nur noch im Kabarett, ebenso wie Imperialisten, aber das tut nichts zur Sache, die heißen heute Kapitaleigner, Neoliberale, und neue Begriffe wie Globalisierung, übermächtige Weltbanken usw. meinen exakt das gleiche, was man noch unter Honecker und Breschnew unter weltweitem Imperialismus verstand. Honecker und Breschnew - ist das so lange her? Lang ist das her, muß es einem heute Zwanzigjährigen scheinen, aber. Während die immer lauter werdenden Attac-Anhänger als Revolutionstouristen noch ganz unverbindlich mit ihrem fröhlichen »Anti« die Kongresse beleben, ärgern sich in der Realität des Alltags unsere roten und grünen Minister und ihre Anhänger von Trittin und Künast bis runter zur jüngsten Projektgruppe am

Gymnasium Münstereifel und den Jusos von Oberammergau alle guten Menschen halb krüppelig über die nach sechs Jahren Regierung immer noch in Privathand befindliche Wirtschaft. Immer sind ihrem Tatendrang Grenzen gesetzt, mal durch das Grundgesetz, mal durch das Bürgerliche Gesetzbuch, mal durch die Arbeitslosenzahlen, und auch die Jusos, die heute genauso antikapitalistisch und antiimperialistisch auftreten wie Schröder als Juso-Chef von 1976, werden eines schönen Tages, wenn sie in die Jahre kommen und an die Macht, auch wieder auf Grenzen stoßen und sich wohl fühlen darin. Dann werden auch sie vielleicht »Genosse der Bosse« genannt und später vom VW-Konzern zum Wiener Debütantinnenball eingeladen. Aber etwas fehlt. Etwas schmerzt trotz Staatskarosse und Freiflug - *miles and more.* Das Herz schlägt links, und das tut weh, sagt nicht nur Lafontaine.

Sie machen aus ihren Herzen keine Mördergrube, aber nur noch privat. Das Übel an der Wurzel packen - alle Großkonzerne knacken! So haben sie 1976 gereimt. Nun haben sie die Macht, aber sie können niemanden enteignen, aber möchten tun sie schon, wenn auch nur durch Steuern, die wenig volkswirtschaftlichen Sinn machen oder an den Arbeitslosenzahlen etwas ändern, aber als Neidsteuern Dampf ablassen, Erbschaftssteuern, Umweltabgaben, Ausbildungplatzabgabe. Wenigstens umsteuern. Was ist das? Umsteuern heißt Steuern, Steuern, Steuern: Verantwortung des Kapitals, Zukunft sichern, Willkür beschneiden, das alles hört sich mächtig differenziert an und verantwortungsvoll. Und der Zukunft zugewandt. Aber hinter allem modischen Überbau, hinter allen Reformvorhaben schaut immer der gute alte Pferdefuß von Opa Marx hervor: Expropriiert die Expopriateure.

Merkt ihr nischt, Merz und Merkel? Wer es nicht

merkt oder merkelt oder nur so tut - denn an sich sieht das ein Blinder mit dem Krückstock, der tappt absichtlich oder fahrlässig im dunkeln und stochert tiefen- und massenpsychologisch mit Peilstab und Wünschelrute herum. Der erzählt uns dann als Erklärung etwas von Machtpolitik, von eruptivem Ausbruch von Machtlust, von in ihrer Jugend narzißtisch geschädigten Persönlichkeiten. Wie Schröder oder Möchtegut Müntefering. Geschenkt, die Machtlust, hat ja fast jeder, aber reicht das zur Erklärung eines solchen Amoklaufs gegen die deutsche Wirtschaft?

Vieles ließe darauf schließen, daß es da eine große gemeinsame Sache gibt, der sie alle gewissermaßen klammheimlich anhängen. Da ist zunächst der fast geschlossene Chor der Stimmen. Sie verdammen im Chor, und sie bewundern im Chor. Volkswirtschaftlich verantwortlich! Was ist das, wie macht man das? Handeln die Wirtschaftsumsteuerer und Betriebsblockwarte überhaupt systematisch und planvoll? Ich denke, nicht. Die meisten sind eher selber verwirrt von der neuen Materie, sie haben ja nie einen Betrieb aufgebaut oder geleitet. Unwissende, aber nicht schuldbewußt. Zu ihnen hätte Jesus Menschensohn gesagt: »Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.« Der Herr vergibt - wir nicht.

Genaues wissen sie nie. Aber einige erinnern sich aus tiefem, irrationalem Herzensgrund ihrer Jugend und Studienzeit - mein Herz schlägt links! - und das war ja eine Zeit, in der sie Bücher noch *durchlasen* - daran, was sie damals wollten: Da war diese große, wunderbare, einleuchtende Idee aus der französischen Aufklärung: L'homme machine. Der Mensch, eine Maschine. Gelenkt von Menschen, als Gärtner, als Arzt, als Polizist, als Kontrolleur. Alles schon bei Pla-

ton angedacht: Lenkung der Familie, Lenkung des Staates, Lenkung statt Wachstum, Lenkung der Wirtschaft (durch Steuern, Umsteuerung), Lenkung der Menschen zum Glück statt zur Freiheit. Freiheit neu definiert: »Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.« (Marx) Das hört sich ja gleich ganz anders an, warum nicht gleich so? Warum nicht weiter so? Schöne neue Welt. Antifaschistisch statt antitotalitär. Hitler immer vor Stalin. Holocaust immer vor Kulakenmord. Ihre Fernseh- und Zeitungsleute geben Konsens im Volk vor, weil sie untereinander Konsens haben. Das verwechseln sie. Es herrscht Einigkeit. Das heißt, es herrscht Einigkeit zwischen den Kommentatoren. Man beachte eine der landesweiten politischen Diskussionen. Alle haben die gleichen Füllworte und orwellreife Neusprechvokabeln: Reformen voranbringen, auf den Weg bringen, die Produktivität ankurbeln, Arbeitslosigkeit herunterfahren. Die Zukunft sichern. Da sind sich alle einig.

Was die ehemals rote Heidi verlautbart, die Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, unterscheidet sich kaum von *Attac:* weltweit die Schulden erlassen und die Arbeiter nicht entlassen. Auch, wenn keine Aufträge mehr da sind. Darüber besteht jedenfalls Konsens. Konsensdemokratie á la Sabine Christiansen. Nur, daß man in der Wirklichkeit nicht wie in der Talk-Show am Ende sagen kann: »Leider ist unsere Zeit um, wir danken Ihnen allen. Auf Wiedersehen beim nächsten Mal.« Das nächste Mal ist erst bei der nächsten Wahl.

Wenn da mal einer auftritt wie Arnulf Baring, wirkt er wie ein Besucher vom anderen Stern, wie das Kind in dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Man läßt ihn gern in der Talk-Show reden, wenn auch meistens nicht ausreden. »Ja, gut, das haben Sie nun lange

genug ausgeführt, Herr Professor Baring. Nun wollen wir mal die Meinung von Herrn Westerwelle dazu hören.« Oder eben den schlitzohrigen Gewerkschaftsführer Sommer, der so aussieht wie in einem alten amerikanischen Film der radikale, unnachgiebige Gewerkschaftsboß, der in Wirklichkeit mit der Mafia kungelt.

Sie kämpfen nicht mehr, wie 1995, um die Durchsetzung der politischen Korrektheit. Sie strahlen den Unfug bereits als Kantsche Maxime aus: Wer nicht für sie ist, ist gegen sie. Der und der bereitet den Boden für. Der und der in Europa hat Stimmen gewonnen, hat sogar die Wahlen gewonnen, aber er ist »Populist«, ist »umstritten«. Von wem eigentlich, wenn sich doch alle über ihn einig sind? Ein gefährlicher Mann. Für wen gefährlich? Frage: Womit hat *Schröder* die Wahlen 2002 gewonnen? Ist er kein Populist? Und der neue spanische Ministerpräsident?

Unsere Nachrichtensprecher im Fernsehen geben die Nachricht und den Kommentar dazu, was ihr Mund noch nicht ausspricht, sagen ihre kleinen Seufzer, ihr Augenbrauenhochziehen, ein Blick nach oben, o Gott!, ihr verächtliches tiefes Atemholen und ein leichtes spöttisches Zucken um den Mund. Immer bei Stoiber, nie bei Fischer. *So* werden Sympathiewerte auf der Beliebtheitsskala des ZDF erzeugt, die sonst, gerade bei Fischer, unerklärbar blieben. Durch ein aufmunterndes Lächeln, durch eine zustimmende Miene des Nachrichtensprechers. So werden Meinungsumfragen beeinflußt, Arbeitslosenzahlen nicht.

Die kann man nicht verschweigen, das ist ein »ernstes Problem«. Sehr ernst, also Kanzlersache. Der packt das jetzt. Ein vorübergehendes Tief. Danach kommt seit fünf Jahren der Aufschwung, noch im nächsten Jahr, im übernächsten. Weil ja die Wirtschaft boomt, boomen wird, sehr bald, eines Tages. Wachstum ist in

Sicht. Wie aber kommt es, daß die Wirtschaft, wenn sie - trotz allem noch - funktioniert, privat ist, auch privat bleiben darf, allen Juso-Kongressen zum Trotz, heute wie einst, 1976 mit Schröder als Juso-Vorsitzendem und Uwe Benneter als Königsmacher, Chaoten-Uwe, der als kommunistenfreundlicher Stamokap-Mann den Aufstieg Schröders zum Juso-Vorsitzenden überhaupt ermöglichte und später wegen der Äußerung, die Mitgliedschaft in der SPD sei für ihn kein Dogma, mit einiger Berechtigung aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er trat später klammheimlich wieder bei, hielt auch in der Berliner Senatszeit gute Verbindung zu den Ostberliner SED-Bonzen und später zu ihren Nachfolgern, der PDS. Seine Einsetzung als Schröders Generalsekretär ist nur konsequent, ein kleiner Dank.

Uwe Benneter, der Mann mit dem nichtssagenden Gesicht, das jetzt so schön verfaltet ist, daß man ihn auf den Fotos aus der Stamokap-Zeit nie erkennen würde. Sorgenfalten oder Lachfalten. Darüber verzieht kein Tagesschausprecher eine Miene, keine Moderatorin zuckt mit der Wimper, da liest man über hinweg. Nach einer kurzen Atempause, nach der letzten Arbeitslosenzahl oder der Meldung über die Anzahl der Asylanten, die Sozialhilfe erhalten (80 Prozent), geht die lächelnde Sprecherin ungerührt zum nächsten Thema über: Die Wirtschaft steht jetzt in der Verantwortung, im Wort, sie muß mehr Leute einstellen, Ausbildungsplätze schaffen, Kinderbetreuungsplätze im Betrieb, damit auch die Frauen mehr arbeiten können, denn das wolle doch jede Frau. Wirklich jede?

In einer gelenkten Wirtschaft, ja. Da wollte jede Frau arbeiten. Sie mußte es sogar. Es war ihr Recht, das sie einklagen konnte wie einen Kindergartenplatz in der alten DDR. Soll das wieder so werden? In der neuen

DDR light? Und: War die Wirtschaft in der alten, gemütlichen DDR mit den vielen arbeitenden Frauen denn erfolgreich? Das sind so Fragen. Wenn man schon einmal fragt, heißt es: Das waren Fehler, die Fehler muß man in Zukunft vermeiden, in einer freien Gesellschaft, klar. Aber Auswüchse beschneiden, Wildwuchs beschneiden, Volkswirtschaft lenken. Umsteuern. Wohin? Wohin, Herr Schröder, Frau Merkel, Herr Stoiber? Der Mensch als Maschine, l'homme machine, wie gehabt. Das *war* links, die ganze Aufklärung war es schon, bevor es die Sitzordnung im französischen Nationalkonvent gab. Das bleibt auch links, und wenn wir uns dreimal im Kreis herumdrehen, tausendmal im Kreis herumdrehen, bis wir den Gleichgewichtssinn gänzlich ausgetrickst haben.

Doch wo Gefahr ist, wächst da das Rettende auch? Wo es so viele linke Umverteiler gibt, müßte sich doch rechts - etwas - Widerstand regen. Wo bleibt also die Rechte? Was ist rechts? *What is rights,* fragte schon vor Jahr und Tag *FAZ*-Chef Schirrmacher in einer Umfrage, bei denen er die Befragten sorgfältig auswählte. So sorgfältig, daß am Ende klar war: Rechts - da war nichts. Da ist nichts. Außer, daß die liberalen und linken Medien die ganze CDU und CSU und natürlich auch die FDP »rechts« nennen. Aber stimmt das überhaupt noch? Ist Frau Merkel rechts? Das ist so eine romantische Fangfrage wie »Ändern Dichter die Welt?« Natürlich nicht. Es gibt ja keine Rechten im Parlament. Das könnte einer der Gründe dafür sein, wie das eingangs geschilderte Gerücht entstanden ist, es gäbe nicht mehr links und rechts, sondern nur rinks und lechts, beiderlei Geschlechts.

Und doch, trotz mehr als 30 Jahren Dauerberieselung durch die Genossen Redakteure, ist das Volk (neudeutsch *Bevölkerung*) sauer und mehrheitlich -

rechts. In einer erst kürzlich veröffentlichten Untersuchung von Elisabeth Noelle-Neumann orten sich über 50 Prozent der Befragten als »eher rechts« ein. Orten auch die SPD- und die CDU-Anhänger ziemlich eindeutig als rechts und links ein. Theorie stimmt also nicht. Pech für die Tatsachen. Wer sagte diese Worte? Hegel? Marx? Haeckel? Nietzsche?* Das ist schon die 10.000-Euro-Frage.

Es gibt immer noch eine satte Mehrheit gegen die Umverteilung, Elisabeth Noelle-Neumann weiß es. Trotz der schönen Orwellschen Neuworte »Umsteuerung«, »Strukturierung«, »Generationengerechtigkeit«. »Ausbildungsplatzsicherungsgesetz« und wie viele Worthülsen von walisischer Länge da noch erfunden werden mögen, die alle auf eins hinauslaufen: auf eine andere Gesellschaftsform. Wenn man das Grundgesetz ernst nimmt, eigentlich eine andere Republik.

Warum regen wir uns auf? Laß sie doch die Karre gegen die Wand fahren. Warum widerstehen wir den linken Gesellschaftskontrolleuren so hartnäckig? Wer bin ich, und wer sind meine Leser? Sind wir Inhaber von Großbetrieben, Banken, Industrie- und Chemiekonzernen? Was haben wir davon? Die meisten Großbetriebe sind ja nicht einmal mehr in Privathand, sondern in anonymem Streubesitz. Aktiengesellschaften, deren leitende Angestellte sich Millionengehälter bewilligen, die kein Privateigner je für sich entnehmen würde. Warum sich einmischen? Lassen wir uns doch darüber keine grauen Haare wachsen, lassen wir alles beim alten, beim nie grauhaarig werdenden Schröder, vielleicht bald assistiert von einer guten und tüchtigen Juniorpartnerin Angela Merkel. Schließlich ist er

* Es war der Naturwissenschaftler Ernst Haeckel, 1834-1919.

ja, seit seinem ersten Kontakt mit dem VW-Werk, nicht nur der oberste Genosse, sondern auch der Genosse der Bosse, wie der Volksmund, Verzeihung, der Mund der *Bevölkerung,* sagt. Genügt es, wenn wir alle darin wetteifern, mehr oder weniger rechts zu sein? Was setzen wir dem unendlichen Strom gutklingender Hohlworte aus dem Mund von Gewerkschaftsführern wie Bsirske und Sommer entgegen, Wortungetümen wie Mitmenschlicheit, humane Umgestaltung, Solidargemeinschaft, Nachhaltigkeit, Lebenssicherung, Humanerziehung und globale Solidarität?

Rechte Werte? Familie, Identität, Tradition, Vorfahren, Geschichte, Liebe zum eigenen Land, Nation. Deutschland. Patriotismus? Achten Sie bitte darauf, wie oft diese Worte aus dem Mund von Frau Merkel kommen. Statt Volk *Bevölkerung.* Statt Liebe zu Deutschland *Sorge um den Standort Deutschland.* Wenn mal einer wie Merz als einen Versuchsballon das Wort »deutsche Leitkultur« aufsteigen ließ, entfesselte sich, automatisch wie eine Sprinkleranlage bei Rauchentwicklung, eine Kampagne gegen diese rechten Töne. Die Rede von der Gefahr von rechts, die immer abrufbar ist wie die Aufsage eines Anrufbeantworters: »Gerade in diesem Land, das *eben* noch Hitler und die Judenverfolgung hervorgebracht hat.« Eben noch? Ja, uns soll es vorkommen wie *eben,* ob wir abends fernsehen oder morgens den *SPIEGEL* und den *stern* lesen, zum Greifen nahe das alles, als wäre Hitler gerade im Zimmer nebenan gewesen, sein Bild ist auf jedem zweiten Titelbild des *SPIEGEL,* ganz oder im Ausschnitt, im Heft mindestens einmal. (Ohne Gewähr!) Diese ewigen Hitler-Titelbilder sollen um Himmels willen nicht die Gefahr eines Absackens der Auflage des *SPIEGEL* verhindern (da gäbe es ja auch

die »Sexbremse«, die oft genug gezogen wird), sondern. Es geht um die Gefahr von rechts.

Die gleiche rechte Gefahr, vor der auch unser letzter Bundespräsident immer warnte, vor der auch Michel Friedman immer gewarnt hat, auf allen Kanälen, als er noch nicht, übermäßig gestreßt von dem pausenlosen Kampf um die jungen Menschen, der ihm besonders am Herzen liegt, zum Kokain greifen mußte und die Telefonzentrale der Herren anrief, der ihm diese besonders jungen, extra für solche Vorlieben zugerichteten scharfzüngigen Mädchen aus Osteuropa vermittelte, das war ein Ausrutscher. Das war ein Fehler, und den hat er bereut, schon hat er geheiratet, aber noch fehlt uns seine ständige Präsenz. Denn nun, ohne diesen Warner, ohne seinen Schutz, bewegen wir uns alle unentwegt weiter nach rechts wie die unentwegt rechtsdrehende Milchsäure. Die dreht sich wirklich nach rechts.

Agenda 2010

Was steckt eigentlich hinter dem Wort Agenda 2010?

Nichts. Agenda 2010 ist ein Leerwort ohne realisierbaren Inhalt, offenkundig von einer hochbezahlten Beraterfirma für ein Honorar von mindestens 300.000 Euro »entwickelt«. Das Schlagwort hat keinen Inhalt, aber klare Absichten, nämlich die Öffentlichkeit zu täuschen. Solche Werbeagenturen sind gewissermaßen die Helden des Alltags. Sie haben schon in ferner Vergangenheit ihre kollektive Schöpferkraft bewiesen und den einmal von ihnen in langen, sogenannten Kreativsitzungen gefundenen Namen für ein Produkt (Rama, Coca-Cola, Pampers) zu nahezu unbegrenzt haltbarem Ruhm verholfen. Agenda (= hier etwa: Terminkalender) soll ebendieses moderne amerikanische Fachwisssen suggerieren, das mit einem einfachen »Terminplan« natürlich nicht auskäme und zugleich die Vermutung von starker Wirkmächtigkeit assoziativ ins Unterbewußtsein einsickern lassen will, für das es in Deutschland seit langer Zeit nur noch das neudeutsche Wort *efficiency* gibt. Der ausgequasselte Humbug soll uns auf einen Schlag das Gefühl vermitteln, die tun was! Die Zahl 2010 gibt dem Quasselwort nun erst den richtigen Pfiff, einen Schein von Exaktheit und Voraussicht. Sie steht für die ziemlich unverfrorene Verheißung oder besser als Drohung der SPD und der Grünen, noch bei der übernächsten Wahl, 2010, an der Macht zu sein.

Der Inhalt der Agenda 2010 besteht aus mehreren, nicht einmal von den Auftraggebern für realisierbar

gehaltenen Vorschlägen, die ausnahmslos entweder von der CSU, der CDU oder der FDP lange vergeblich vorgetragen wurden. Die Vorschläge verfolgen im Kern das Ziel, die von Rot-Grün weitgehend umgekrempelte Wirtschaft wieder effizient zu machen. Das heißt, die bereits in Teilen zu einer kontrollierten Neid- und Verteilergesellschaft (nach eigenem Verständnis: »gerechten«) umgefummelte Zwangswirtschaft wieder zu einer freien Marktwirtschaft zurückzubilden. Ein Vorhaben, an dessen Verwirklichung wegen einer starken Minderheit in beiden Parteien des rot-grünen Bündnisses niemals im Ernst gedacht werden kann - und auch nicht wird. Denn sowohl bei den Grünen als auch in der SPD sitzen genug Politiker und Politikerinnen auf den Hinterbänken, die bei der Verteilung der Pfründen und Posten, Dienstvillen und Pensionsansprüche zu kurz gekommen sind und deshalb noch an den alten 68er Idealen von einer gerechten (= Verteiler-)Gesellschaft festhalten und denen, bei allen Vorbehalten gegen den realen Sozialismus, eine Art DDR light vorschwebt. Merke: Schon der Seeräuber Claas Störtebeker scheiterte 1401 an seinem Programm, Liekedeeler (= Gleichteiler) sein zu wollen.

Das Wort »Agenda 2010« wird nun wie eine kostbare, aber unsichtbare Robe, bekannt aus dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, unserem Kanzler und seiner Politik übergestülpt und, ganz wie bei Andersen, von allen Hofschranzen, leider auch von der CDU und der FDP, mit bierernsten Mienen »sorgfältig geprüft« und das heißt scheinbar von allen für bare Münze genommen, praktisch aber von niemand. Jeder in Berlin weiß, daß diese Notbremsung der linksdrehenden Talfahrt der Wirtschaft nur in einer großen Koalition verwirklicht werden könnte, gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften, die, ebenso

wie gut die Hälfte der Deutschen, für den Staat etwas fordern, das sie privat nur ungern täten: auf Pump zu leben. So bleibt die Agenda 2010 als lebendiges Nichts am Horizont. Es empfiehlt sich aber bis zur nächsten Bundestagswahl für jeden jungen Politiker, besonders für die, die in der SPD oder bei den Grünen gerade in Lohn und Brot stehen oder bis zum Ende der Legislaturperiode noch Karriere machen wollen, ganz kühn zu behaupten, daß die Agenda bei »allen Einwänden« sehr (!) nützlich und dringend sei. Niemand braucht jedoch in dieser Sache irgend etwas zu unternehmen, weil die Leerformel im Laufe der Zeit sich von selber verflüchtigt wie die Fäden bei einer modernen Blinddarmoperation, ähnlich jener unseligen »Formel 18« bei der FDP, die sich Guido Westerwelle einst für eine Talk-Show auf seine Schuhsohlen malen ließ. Die Verfallszeit der »Agenda 2010« ist wesentlich niedriger als das aufgedruckte Datum.

Antisemitismus

Gibt es in Deutschland Antisemitismus?

Die Deutschen sind antisemitisch, latent oder offen. Ein bewußt unpräzise gehaltener Vorwurf gegen die Mehrheit der deutschen Bundesbürger. Neuerdings auch sogar vom israelischen Botschafter vorgetragen. Warum unpräzise? Weil man auch sagen könnte, sie sind antijüdisch, judenfeindlich. Aber da käme wie immer, wenn man einer Sache sprachlich auf den Grund geht, der Unfug sofort heraus. Denn der Satz »Die Mehrheit der Deutschen haßt alle Juden oder ist judenfeindlich« wäre erkennbar und nachprüfbar absurd.

Seltsamerweise - oder sollen wir sagen, deshalb? - benutzt man stets das mißverständliche Wort »antisemitisch«. Antisemitisch, das hieße ja, etwas gegen Semiten zu haben, also gegen Juden und Araber. Der 1878 von dem österreichischen Schriftsteller W. Marr geprägte Begriff war schon damals irreführend und also falsch: Denn zur Sprachgemeinschaft der Semiten gehören alle Araber ebenso wie die Juden. Daß diese Sprachgemeinschaft auch eine Abstammungsgemeinschaft (Rasse) sein könnte, wurde Ende des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich behauptet, unter anderem von J. H. Gobineau, H. S. Chamberlain, Paul de Lagarde.

»Antisemitismus« wurde nun zu einem eindeutig antijüdischen Bekenntnis, besonders in Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn, und dort als Parole gegen die jüdischen Minderheiten beziehungsweise Einwanderer populär. Prominente Wissenschaftler in Deutschland wie Heinrich von Treitschke gehörten ebenso zu den Anhängern des Antisemitismus wie die

Christlichsoziale Arbeiterpartei ab 1878. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg nahm der Antisemitismus unter den durch den Krieg verarmten Schichten der Bauern und des kleinen Bürgertums als Kampfbegriff gegen jüdische Bankiers (»jüdische Zinsknechtschaft«) sehr bald auch antikapitalistische Züge an. Hitler mit seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) griff schon 1919 den A. als Agitationsgegenstand auf und richtete den Stoß - wegen der angeblichen »Judenherrschaft« im Politbüro der KPDSU - auch gegen die Sowjetunion als Vormacht des Kommunismus.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Antisemitismus zu einer ideologischen Konstante des Programms, allerdings vermied man meistens die Bezeichnung Antisemitismus. Doch wurde Hitlers Politik der Ausgrenzung der Juden als Staatsbürger (Nürnberger Gesetze) und schließlich der Versuch, die jüdischstämmigen deutschen Staatsbürger zur Auswanderung zu drängen, als Antisemitismus verstanden, sowohl von den Hitlergegnern im In- und Ausland, selten aber von den Nationalsozialisten selbst, etwa in der Wochenzeitung *Der Stürmer*, so genannt. Die Nationalsozialisten sprachen ab 1938 von der (ungelösten) *Judenfrage*, ähnlich wie von der »Sudetenfrage«, der Frage des polnischen »Korridors« (nach Ostpreußen) oder der »Danzig-Frage«.

Auch noch im Krieg versuchte man die jüdischen Deutschen zur Auswanderung zu drängen, und erst im Juli 1941 wurde die Dienststelle für jüdische Auswanderer nach Palästina in der Meineckestraße 7 in Berlin geschlossen, und es begannen die Deportationen in Arbeitslager (Konzentrationslager), in die auch die Juden aus den von Deutschland besetzten Gebieten verschickt wurden, was nicht immer gelang, weil

einige der Länder Widerstand dagegen leisteten, wie zum Beispiel Dänemark. In diesen Lagern wurden die nicht Arbeitsfähigen, also vor allem Kranke, Kinder und Alte, bereits ab 1942 massenhaft ermordet.

Im Kampf der Sowjetunion, aber auch der westlichen Alliierten gegen Hitlerdeutschland und in der alliierten Kriegspropaganda spielte der Antisemitismus der NSDAP eine eher untergeordnete Rolle, während der Hauptkampf dem Aggressor und Kriegsverbrecher Hitler galt. Die Sowjets, die spätestens ab 1936 selber Säuberungen gegen jüdische Staatsbürger durchführten, sprachen vorwiegend vom Kampf gegen den *Faschismus* (als der Speerspitze des Kapitalismus), ab 1942 vom »Großen Vaterländischen Krieg«.

Nach dem Krieg wurde dem Rassimus und Antisemitismus der NS-Zeit eine immer stärkere Beachtung geschenkt, und heute steht der Mord an der jüdischen Bevölkerung als Holocaust fast identisch für die nationalsozialistischen Verbrechen überhaupt. Er verdrängt weitgehend die Erinnerung an andere Kriegsverbrechen wie Geiselerschießungen unter der Zivilbevölkerung eines besetzten Landes, etwa in Griechenland und auf dem Balkan, wie Niederbrennung ganzer Dörfer und Ermordung ihrer Einwohner im Partisanenkampf. Dieser Umstand wird von den betroffenen Opferverbänden ebenso registriert wie die auffällig unterschiedliche Bewertung der Wiedergutmachungsansprüche an die Deutsche Bundesrepublik. So erhalten die überlebenden Opfer des Massakers in den griechischen Dörfern Kalabrita und Distimo nicht die gleichen Wiedergutmachungszahlungen wie jüdische Opfer von Massentötungen. Offenbar besteht ein Unterschied in deutschen Kriegsverbrechen, die sich dem Antisemitismus zuordnen lassen, und anderen.

Heute hat der Begriff Antisemitismus eine ganz neue Bedeutung erlangt. Neben einer emotionalen Ermüdung über die als zu häufig und zu einseitig empfundenen Gedenkveranstaltungen und neue aufwendige Erinnerungsstätten wie dem Holocaustdenkmal in Berlin gibt es in Deutschland ein starkes, etwa von Martin Walser ausgesprochenes Unbehagen über die Instrumentalisierung des Holocaust beim Vorbringen immer neuer Geldforderungen jüdischer Organisationen. Walsers diesbezügliche Rede in der Frankfurter Paulskirche wurde mit sogenannten »standing ovations« des gesamten prominenten Publikums geehrt, und nur der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis, erklärte die Rede nachträglich für antisemitisch. Seit dieser Zeit gibt es einen immer wieder aufflammenden »Antisemitismusstreit« in der Presse und vor den Fernsehkameras, an dessen Ende jedesmal die Bemühung aller Kontrahenten steht, um Himmels willen keine Antisemiten genannt zu werden. Die Meßlatte dafür ist seitdem immer weiter heruntergesetzt worden, so daß der Vorwurf an jemand, heimlich oder auch nur im stillen Kämmerchen Antisemit zu sein, bereits dem Verdacht gefährlich nahekommt, ein Rechtsextremist oder sogar einer der mit Gefängnisstrafe bedrohten *Holocaustleugner* zu sein.

Bei näherem Hinsehen stellt sich die Behauptung des angeblichen Antisemitismus der Deutschen in der Praxis als der Vorwurf heraus, die Deutschen seien, trotz pausenloser Bemühungen der Schulen, Universitäten und aller Medien, immer noch nicht genügend *philosemitisch.* Ist Antisemitismus am Ende nichts weiter als verweigerter Philosemitismus?

Doch die Schraube, mit der die jüdischen Organisationen in Deutschland und im Ausland den Druck auf die deutsche Öffentlichkeit jahrelang erhöht haben, ist

seit einiger Zeit im Begriff, überdreht zu werden. Genau seit der Zeit nämlich, als im von Israel besetzten Palästina die sogenannte zweite Intifada begonnen hat, also passiver und aktiver Widerstand gegen die israelischen Besatzungstruppen eskaliert, und die israelische Seite sich dazu gezwungen sah, auf den Terror der Selbstmordkommandos ihrerseits mit Terror zu antworten, mit Militäraktionen, bei denen auch Frauen und Kinder getötet oder schwer verletzt werden. Kritik an den blutigen Aktionen wird in Deutschland sofort unter Antisemitismusverdacht gestellt.

Der Fall des bei einem Fallschirmabsprung tödlich verunglückten Exministers und Vorsitzenden der NRW-FDP, Jürgen Möllemann, vielleicht ein Selbstmord, nachdem durch Geheimdienstinformationen Tatsachen über seine Beziehungen zu arabischen Geschäftsleuten und Transaktionen auf seinem Privatkonto bekannt wurden, Informationen, die möglicherweise den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden in den Tod trieben, begann jedenfalls mit dem massiven und lautstark erhobenen Vorwurf, Möllemann sei Antisemit. Wie dürftig dieser Vorwurf begründet wurde, wird deutlich, wenn wir uns noch einmal den Inhalt des umstrittenen Wahlflugblatts vor Augen halten. Außer der Bitte, bei der nächsten Bundestagswahl FPD zu wählen, gibt es darin nur zwei Sätze, die für diesen Vorwurf herangezogen wurden:

1. Zu einem Bild des isrealischen Ministerpräsidenten Sharon:
   »Israels Ministerpräsident Ariel Sharon lehnt einen eigenen Palästinenserstaat ab. Seine Regierung schickt Panzer in Flüchtlingslager und mißachtet Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates.«
2. Zu einem Bild von Michel Friedman: »Michel Fried-

man verteidigt das Vorgehen der Sharon-Regierung. Er versucht, Sharon-Kritiker Jürgen W. Möllemann als •antiisraelisch- und -antisemitisch' abzustempeln.«

Das Flugblatt schließt mit dem Satz: »Von diesen Attacken unbeeindruckt, wird sich Jürgen W. Möllemann auch weiterhin engagiert für eine Friedenslösung einsetzen, die beiden Seiten gerecht wird. Denn nur so kann die Gefahr eines Krieges im Nahen Osten gebannt werden, in den auch unser Land schnell hineingezogen werden könnte.«

Bleibt nachzutragen, daß die FPD bei der dann folgenden Wahl ein Ergebnis erzielte, das weit über ihrem Bundesdurchschnitt lag. Ohne Übertreibung könnte man sagen, daß alle Spitzenpolitiker der FDP Nordrhein-Westfalens auch aufgrund dieses in Millionenauflage gedruckten und durch Postwurfsendung verteilten Flugblatts gewählt wurden und heute noch im Amt sind.

Im Fall Möllemann zeigte sich eine ganz neue Ausweitung des Begriffs Antisemitismus. Antisemitismus nennt man seitdem die mangelnde Parteinahme für Israel im Kampf gegen die Mehrheit der Palästinenser, die im Kampf um einen eigenen unabhängigen Staat von einer Minderheit von Terroristen und deren Organisationen ungefragt vertreten werden, aber inzwischen ganz offenbar auch Sympathien für diese terroristischen Minderheiten hegen. Jeden Abend kann man, besonders nach Beeerdigungen getöteter Palästineser, oft halbwüchsiger Jungen, Frauen und Kinder, diesen Schulterschluß zwischen Terroristen und Volk beobachten. Eine wachsende Gruppe Deutscher ist über diese Bilder empört, ebenso wie über die Aufnahmen der im Bau befindlichen israelischen *Mauer.*

Seitdem gibt es Stimmen jüdischer Organisationen

oder prominenter Einzelpersonen und von Vertretern des Staates Israel, die die Deutschen, alle Deutschen (neuerdings auch alle anderen Europäer), die mit dem gewaltsamen Vorgehen Israels gegen die Einwohner Palästinas nicht einverstanden sind, und das ist deutlich die Mehrheit, als *Antisemiten* bezeichnen. Nach Untersuchungen des *stein* - gefragt war nach der größten Gefahr für den Weltfrieden - hielten 58 Prozent Israel für die größte Gefahr. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde in Deutschland sehen darin ein Zeichen für einen wieder »erstarkenden« Antisemitismus, während ein seriöserer Wissenschaftler wie Wolfgang Benz in der nicht gerade als rechts verschrienen *Frankfurter Rundschau* von einem deutlichen Absinken einer solchen »antisemitischen« Stimmung berichtet.* Da von den gleichen Kreisen etwa seit 1950 von einem solchen »Wiedererstarken« des A. die Rede ist, ohne daß jemals dazwischen von einem Abflauen des A. gesprochen wurde, müßte der A. ungeheure Ausmaße angenommen haben.

* Hier zitiert nach *Secession,* Nr. 4. 2004, S. 37.

Exkurs

Deutsche und Juden

Wer ist antisemitisch? Nach dem Schriftsteller Henryk M. Broder alle. Alles ist antisemitisch - auch das Gegenteil. Selbst der Satz »Viele meiner Freunde sind Juden« ist nach Broder der klare Nachweis für Antisemitismus. Die Rechten und Konservativen sind: sowieso - nach Broder - antisemitisch. Die Linken: fast immer latent antisemitisch. Die Liberalen: versteckt antisemitisch. Oder offen, wie Möllemann. Augstein *war* antisemitisch, wie sein Freund Walser. Alice Schwarzer *ist* (um vier Ecken rum) auch antisemitisch. Die schweigende Mehrheit antisemitisch. Die Kritiker der israelischen Politik? Erst recht. Alle Deutschen sind. Latent zumindest. Alle? Henryk M. Broder nimmt, ebenso wie Friedman oder Korn, sich selber natürlich aus. Er ist also nicht nur Deutscher, sondern auch noch, was?

Wie rede ich diese Personengruppe überhaupt politisch korrekt an? Als Juden, also Angehörige einer Religion? Jüdische Mitbürger, Juden in Deutschland, deutsche Juden? Russische Juden, die nach Deutschland eingewandert sind und nun einen deutschen Paß haben, sind ja auch Deutsche. Die können nicht gemeint sein. Friedman, Spiegel und Henryk M. Broder und der »deutsch-jüdische Patriot« Wolffsohn*, sie

* In jüngster Zeit bekannt geworden durch *umstrittene* Äußerungen über die Zulässigkeit von Folter als letztes Mittel gegen den Terrorismus, antwortete er seinen Kritikern in einem ganzseitigen Artikel unter der Überschrift »J'accuse« in der *FAZ* vom 25. Juni 2004, in dem er sich als Opfer antisemitischer Angriffe und als einen zweiten Dreyfuß verortet.

alle sagen von sich: »Ich bin Jude, Sohn einer jüdischen Mutter.« Aber was ist mit denen, die seit zwei Generationen ausgetreten sind aus der Religionsgemeinschaft, die »nur« einen jüdischen Vater haben, die Emanzipierten, vielleicht christlich Getauften, was sind die, wenn es verwandte Gene, also Rassenzugehörigkeit, doch nicht geben darf? Tucholsky, der zu seiner Zeit noch ein bißchen unbefangener sein konnte, schrieb folgendes: »Ein jüdischer Mann sagte einmal: -Ich bin stolz darauf, Jude zu sein. Wenn ich nicht stolz bin, bin ich auch Jude - da bin ich schon lieber gleich stolz!«.« * Man kann schon glücklich sein, wenn mal einer wie der langjährige Literaturpapst Deutschlands, der mit einem einzigen Wort Karrieren von Schriftstellern zu begründen oder zu beenden vermochte und mit einem anderen Wort mäßig begabte Gedichteschreiber und -schreiberinnen zu vieldiskutierten Lyrikern und Lyrikerinnen erhob, wenn ein solcher Herrscher über die deutsche Gegenwartsliteratur 2004 in einem Interview offen sagt: »Ich bin kein Deutscher, ich habe auch nie behauptet, einer zu sein.«

Aber das ist eine entschiedene Ausnahme. Allerlei Hilfsbegriffe sollen die Juden zu »ganz normalen Deutschen« machen und gleichzeitig »zu etwas Besonderem«. Ich denke, nur eins von beiden geht. Von »Ich komme aus einem jüdischen Elternhaus, meine Vorfahren waren mosaischen Glaubens« bis zu dem einfachen »Ich bin Jude!« reichen die Bekenntnisse, die es *nicht* bei der Religionszugehörigkeit belassen wollen. »Ich bin ein normaler Deutscher wie Sie auch«, sagen die Juden, »ich frage Sie ja auch nicht dauernd danach, ob Sie evangelisch oder katholisch sind.«

* Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Bd. 3, Reinbek 1961, S. 10096.

Richtig. Warum aber, lieber Henryk M. Broder und Herr Korn, betonen Sie dann trotzdem immer diese Besonderheit, dieses Anderssein? Fühlen Sie sich anders, weil Hitler und seine Anhänger es so wollten? Weil Hitler die Einteilung der Völker nach Rassen vornahm, definieren Sie sich jetzt selber so? Das darf doch nicht wahr sein.

Wer verkündet denn noch ernsthaft, außerhalb des kleinen Kreises von Auschwitz-Leugnern, die es in ganz Europa gibt, in Deutschland rassistische Vorbehalte gegen die hier lebenden Juden? Sicher gibt es in den Unterschichten, die in ihren Wohnvierteln mit massierten Ansammlungen von illegal eingewanderten Ausländern aus den Balkanländern und Asien konfrontiert sind, so etwas wie ein dumpfes Mißtrauen gegen Ausländer, gegen *Klau-Kids, Migranten,* und es gibt auch eine aus sozialen Ängsten kommende Ablehnung gegen den massenhaften Zuzug von Ausländern und ihren Familien.

Diese unterschichtenspezifischen Einwände gegen die Einwanderung in unser Versorgungssystem haben vorwiegend soziale Ursachen - die deutschen Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen leben selber am Rande des Existenzminimums. Rassistische Vorurteile aus der Vergangenheit sind hier nicht tradiert gegenüber Türken (ebensowenig wie gegen Vietnamesen im Osten). Selbst wenn Ausländer bei Rempeleien unter Betrunkenen beschimpft werden (»Kanaker! »Fidschi!«), stammen die Beschimpfungsrituale aus dem Fundus atavistischer Lust am verbalen Verletzen wie andere verbal aggressiven Attacken, etwa aus dem Generationen-, Sexual- oder Fäkalbereich (»alter Knacker!«, »Wichser!«, »Scheißkerl!«), einer Ersatz- oder Vorstufe für Prügeleien und Schlimmeres. Einen ausgebildeten Unterschichtenrassismus gibt es nicht, gab es auch

früher, trotz zwölf Jahre NS-Propaganda, zum Leidwesen von Goebbels kaum. Die heute hier lebenden, nach dem Krieg aufgewachsenen Deutschen haben gegenüber jüdischen Mitbürgern rassistische Vorbehalte oder Einwände überhaupt nicht, nehmen diese Mitbürger als andersartig gar nicht wahr. Sie machen keinen Unterschied zwischen sich selbst und jemandem, von dem gesagt wird oder der selber von sich sagt, er sei Jude. Interessiert die meisten gar nicht. Der ist Jude - na und? Die Skinheads und anderen radikalen Jugendlichen werden belächelt. Hitlers Sondergesetze sind seit 59 Jahren ungültig, seit nunmehr drei Generationen.

Wollt ihr, die ihr dauernd betont, daß ihr »»Juden« seid, und damit meistens nicht die Religionszugehörigkeit meint, sondern die »Kinder des Holocaust«, die Sondergesetze Hitlers verewigen? Es sollte hier einmal ausgesprochen oder deutlicher als bisher gesagt werden, daß es sich bei dem ständig wiederholten Vorwurf gegen die Deutschen, sie seien alle verkappte Antisemiten, auch um einen Wahn handelt, einen Verfolgungswahn, der dem Rassenwahn in nichts nachsteht. Nicht die Verschwörungstheorie der Antisemiten, »Die Juden sind unser Unglück!«, die in Österreich und Deutschland schon 1878 wenig Anklang fand, sondern deren ebenso törichte Umkehrung »Alle Deutschen sind Antisemiten«, so verkündet von Goldhagen bis Broder.

Ich schrieb in meinem letzten Buch »Verbotene Trauer«, daß ich tiefes Verständnis für die Angst der immer und überall Gejagten habe. Ich habe die Angst und die List in den Augen des alten Trödlers in Danzig gesehen: »Wenn Se handeln mechten, kost der Anzug für das Jungchen 50 Gulden - wenn Se nich handeln mechten, sagen wer 40«, die traurigen und

auch zugleich mißtrauischen Augen meines Teppichhändlers Friedman in Hamburg (»Ich mecht Ihnen die Bricke schenken, so gut paßt se in Ihr Haus. Aber ich bin ruiniert« - wenn ich noch mehr im Preis runtergehe. Ich sah den gleichen Kummer in den Augen des alten Andenkenhändlers in Portoheli in Griechenland, der mit seiner Frau über Euböa in die Türkei geflüchtet war und jetzt wieder da ist - beim Handeln um noch ein paar Cents, inmitten dieses international überkommenen und auch ihm geläufigen »Ich bin ruiniert« - zugleich die Angst im Blick vor der Antipathie, vor dem Gefühl, ein Fremder auch in diesem Land zu sein. Ich habe tiefes Verständnis und Mitgefühl für die seit 2000 Jahren Ausgegrenzten. Aber nicht als Täter habe ich sie, sondern als Opfer der gleichen NS-Diktatur über zwölf Jahre und eines Tages vielleicht des Islamfaschismus, der uns alle bedroht. So furchtbar ist die Bedrohung für Israel. Aber wir. Wollen nun endlich in Ruhe mit euch, den jüdischen Deutschen oder deutschen Juden oder einfach Juden, hier leben und nicht als Hitlers Enkel und Urenkel in unserem eigenen Land ein Ausnahmedasein führen, uns jede Woche für Hitler entschuldigen und - zahlen.

Nicht immer nur an *eine* Opfergruppe zahlen. Wo wir noch nicht einmal für die 1500 ermordeten Einwohner von *Distimo* auf dem Peleponnes gezahlt haben: Alle Männer ab 14! Alle Frauen ins Arbeitslager, alle Kinder verschleppt - sie bekommen nie eine Wiedergutmachung, weil es mal beim Londoner Abkommen 1960 aus Erhards voller Kasse pauschal Geld für Griechenland gegeben hat, damit ist mehr als eine große Autobahn gebaut worden, nichts davon erreichte die Überlebenden der im Partisanenkrieg zerstörten Dörfer. Also nichts für Distimo und 1140 andere griechische Dörfer, auch kein Mahnmal, kein Stelenfeld

vor dem Reichstag. Weil Kostas und Jannis keine Lobby im Reichstag haben und keine Lea Rosh und keinen Paul Spiegel. Wir lernen daraus: Von den *unschuldigen Opfern* gibt es zweierlei Klassen: solche, die einen guten Anwalt haben, und andere. Unschuldig und Opfer gewesen zu sein, genügt nicht. Von den Millionen ermordeter deutscher Frauen und Kinder reden wir erst gar nicht. Das wäre ein anderes Delikt. Ein Verstoß gegen die ungeschriebenen Gesetze des Zeitgeists, das wäre ja *Relativieren und Aufrechnen.*

Attac

Was ist eigentlich Attac?

Ein guter Titel. In allen europäischen Sprachen und Südamerika gleich gut zu verstehen. Fälschungssicher. Der Name sagt die Wahrheit über die Bewegung: Attacke. Attac ist eine weltweite Bewegung mit ultralinken Initiatoren und Anhängern aus sehr unterschiedlichen Lagern.

Ähnlich wie bei der Außerparlamentarischen Opposition in Deutschland (68er) sind die Drahtzieher glasharte Profis, ihre Anhänger blauäugig. In Europa rekrutieren sich die Anhänger im wesentlichen aus studentischen Schwarmgeistern (Gutmenschen), in Asien und Südamerika sind es Menschen an der Armutsschwelle, die von einem besseren Leben träumen. Vor 1998 gab es Hunderte von Einzelorganisationen, die sich selber *Non Government Organisations* (NGO) nannten. NGOs, das sind Organisationen, die nicht zu einer Regierung gehören oder ihr nahestehen. Die sehr heterogene Bewegung wurde auch unter dem ziemlich mißverständlichen Sammelbegriff *Civil Society* vorgestellt.

In Deutschland wurde das als »Zivilgesellschaft« endgültig mißverstanden, von den linksliberalen Medien, ohne lange hinzusehen, als eine besonders fortschrittliche Sache dargestellt und von Bundeskanzler Schröder ausdrücklich gelobt. Man stellte sich unter Zivilgesellschaft entweder gar nichts (Gebrauch als reine Satzfüllmasse) oder als etwas Ähnliches wie Zivilcourage oder zivilen Ungehorsam vor. Offenbar hatten die liberalen Journalisten und auch die Redenschreiber des Bundeskanzlers nur allzu flüchtig ins

Internet geschaut, so daß ihnen das Umfeld der NGOs und dessen, was sich weltweit Civil Society nannte, schlicht verborgen blieb. Die Gründung von Attac in Paris 1998 beendete das Rätselraten.

Attac steht für Attacke = Angriff. Wen will Attac angreifen? Eigentlich alle. Alle übrigen, die nicht zu Attac gehören. Vor allem aber dem weltweiten Globalismus und den übermächtigen internationalen Banken will Attac als ebenfalls weltweite globale Gegenbewegung an die Gurgel. Ihre Organisationsplattform ist das Internet. Weltweit vernetzt, www und so weiter.

Wenn irgendwo auf einer entfernten Insel im Ozean oder in einem Kurort in den Schweizer Alpen eine Weltwirtschaftskonferenz stattfindet oder die Großen Acht tagen oder eine Konferenz der Weltbank angekündigt ist, sind die im Internet mobilisierten Anhänger von Attac dabei und machen Rabatz. Im Verhältnis 100:1 zu den Teilnehmern, also mit einer Übermacht junger, gutaussehender und gutgelaunter Männer und Frauen. Durchaus einfallsreich, bunt in Hautfarbe und Kleidung, hängen sie sich an Masten, schmeißen sich vor Autos, klettern auf Kirchtürme und Hochhäuser und halten ihre originellen und farbigen Transparente hoch, kleine Kunstwerke oft, führen schon mal Scharaden und Lehrstücke auf, zu Musik auf exotischen Instrumenten, kamerawirksam wie ihr Vorbild, das mehr elitäre und kühle Greenpeace.

Ist das Interesse der Kameraleute und Fotografen nach ihrer Ansicht nicht ausreichend groß, versuchen sie zunächst in die Veranstaltungsräume zu gelangen, zu den abgeschirmten Politikern und Wirtschaftsbossen durchzustoßen, und dabei - das ist der Unterschied zu Greenpeace - greifen sie schon mal die Polizei an, hauen auch schon mal was in Klump, stecken auch mal eine Firmenzentrale oder Tankstelle in Brand.

Dann kommt die Polizei und sagt, was ist denn das? Und dann treten nicht die drei Chinesen mit dem Kontrabaß, sondern die deutschen und italienischen Autonomen in Aktion, der schwarze Block, den wir hier bei uns nur noch von den fast schon rituellen nächtlichen Brandstiftungen am 1. Mai in Kreuzberg kennen. Die sportlich trainierten Kämpfer aus Deutschland sind immer dabei. Sie haben auf diesen Augenblick nur gewartet, und sie wissen auch, was zu tun ist, wenn die Polizei eine »Deeskalation« versucht, also versucht, die Demonstranten mit Lautsprechern »vollzulabern« und den Aufruhr in eine »Latschdemo« (= Demonstration ohne Gewalt) zu verwandeln. Dann helfen die schwarzen Kolonnen ein bißchen nach, und das klappt immer. Feuer unterm Arsch, verkürzt den Langen Marsch. Hau weg den Scheiß! Wurfgeschosse, gefüllt mit Benzin und Brandbeschleunigern, zärtlich Mollys (Molotowcocktails) genannt, fliegen im Massenwurf wie einst in Frankfurt nach dem Tod Ulrike Meinhofs (Frankfurter Stalinorgel), Steine, Holzbalken werden zu Wurfgeschossen oder Rammböcken, Autos werden umgestoßen, in Brand gesetzt, Barrikaden gebaut, die Polizei greift ein, die Autonomen tauchen jetzt ab, die Polizei drängt die Demonstranten zurück, setzt Wasserwerfer ein, Gummiknüppel, es fließt Blut - in dem Augenblick, keine Minute früher, fangen die Kameraleute aus aller Welt an zu filmen, gehen bei allen Filmkameras die roten On-Lämpchen an, die Blitzlichter der Fotografen wetterleuchten.

Der Fernsehzuschauer am Abend sieht, weltweit, von Paris bis Peking, Polizisten auf junge Zivilisten einschlagen, sogar auf hübsche junge Frauen, wenn der Kameramann Glück hat, kommen Kinder mit ins Bild, schreiende, blutüberströmte Mütter. Diese Auf-

nahmen kann er später weltweit »exklusiv« verkaufen, blutende Demonstranten hat jeder der Kollegen im Kasten. Am Abend spricht schon der Grünen-Abgeordnete Ströbele, der natürlich an den Tatort nach Genua geeilt ist, in der ARD von einem Massaker der Polizei. Bei dem Namen Ströbele werde ich stets wach. Seine Mandanten von der RAF nannte er Genossen und flog 1974 aus der SPD. Kein Kommentar. Zurück zu Attac.

Niemand, einschließlich ihrer Anhänger, weiß bisher Genaueres über Attac*. Wer zum Beispiel die Flugreisen für die vielen tausend Demonstranten in Manila, Sidney oder Genua bezahlt und wer sie, wenn sie einmal dahin gelangt sind, koordiniert, unterbringt, verpflegt, betreut. Wenn es irgend machbar ist, kommt die Mehrheit der Demonstranten aus dem Land, wo die Konferenz oder das Gipfeltreffen und so weiter stattfindet, aber was ist, wenn der Tagungsort St. Moritz heißt? Auch da sind Zehntausende Demon-

* Eine erste, sehr gut recherchierte Magisterarbeit von Eva Steinborn, vorgelegt bei Privatdozent Uwe Backes in Dresden, informiert ausführlich über die Praxis der deutschen Zweiggruppe von Attac unter Sven Giegold und nennt die fünf wichtigsten deutschsprachigen Veröffentlichungen über diese Vereinigung:
Susan George, Der Lugano-Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten, Reinbek 2001.
Naomi Klein, No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2002.
Noam Chomski, Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, 4. Aufl., Hamburg/Wien 2001.
Michael Hardt/Antonio Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York 2003.
John Holloway, Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2002.

stranten zur Stelle, und die kommen nicht aus dem Engadin. Das alles ging, bis 1998, ohne Zentrale und ohne einen charismatischen Führer, aber es ging.

Sehr unterschiedlich war und ist die Zusammensetzung dieser Bewegung, die sich bis dahin selbst verharmlosend Zivilgesellschaft nannte. Da waren diese unzähligen kleinen Grüppchen von NGOs (= Non Government Organizations). Unter einer solchen Nichtregierungsorganisation konnte man damals alles verstehen: gewaltfreie Gutmenschen aus der alten Friedensbewegung, die nach dem Krieg in Afghanistan und im Irak wieder Zulauf erhielten und deren Vorbilder Gandhi und Martin Luther King sind. Aber ebenso Gewaltprofis und Krawalltouristen wie die deutschen und italienischen Autonomen. Aber auch mitgliederstarke sogenannte - und selbsternannte Befreiungsbewegungen aus Lateinamerika und Afrika, deren Mitglieder den bewaffneten Kampf praktizieren, die mexikanische Bauernbewegung Zapata, diverse militante Rebellen unter wechselnden Namen in Südamerika, von denen der »Leuchtende Pfad«(Sendero luminoso) die blutigste Spur hinterließ, die neuen philippinischen Moslemguerillas, deren Spezialität die Entführung von Ausländern zum Zweck der Beschaffung großer Geldsummen ist, ebenso wie die gewaltlose, aber sehr mitgliederstarke chinesiche Massensekte Falun Gong*.

Der philippinische Menschrechtler - und Anthroposoph - Nicanor Perlas, selber Mitglied einer gewaltfreien Gruppe, schätzte die Zahl der NGOs schon 1998 sehr pauschal auf eine Million kleiner und größter Organisationen in 100 Ländern der Erde und be-

* Vgl. Klaus Rainer Röhl, Deutsches Phrasenlexikon, München 2001, S. 192 f.

hauptete, daß ihnen zusammen mehr Mittel zur Verfügung stünden als manchen Organisationen der UNO - über eine Billion (1000 Milliarden) US-Dollar. Auf welche Weise sie beschafft werden, ließ er offen*, er wird wohl an Geldsammlungen gedacht haben, mehr oder weniger als Zwangsabgabe erhoben, andere Quellen haben wir eben genannt. Die Südamerikaner setzen eher auf Banküberfälle und Drogenhandel als auf die zeitraubenden Entführungen. Die Entführungen aber sind andererseits, mit Beteiligung junger Frauen auf *beiden* Seiten, wesentlich anziehender für die Medien und halten über lange Wochen das Interesse wach.

Die großen Massenauftritte der Zivilgesellschaften, an denen jeweils 20.000 bis 50.000 Aktive und Mitläufer teilnahmen, bei denen es zu Zusammenstößen mit Toten und vielen Verletzten kam, hatten noch keine feste Organisation, sondern informierten sich durch das Internet.

1998 gründeten Mitglieder solcher Gruppen in Paris einen Verein mit dem etwas hergeholt harmlos klingenden Titel »Assocation pour une Taxation des Transactions Financières pou l'Aide aux Citoyens«, das heißt »Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger«. Die Abkürzung ist deutlicher: ATTAC. Nach eigenen Angaben hat Attac weltweit in 50 Ländern rund 90.000 Mitglieder.

Was will Attac? Die weltweite soziale Ungleichheit beseitigen. Als Mittel dazu empfehlen ihre Mitglieder die Entschuldung der Entwicklungsländer, die in den letzten 40 Jahren riesige Milliardenbeträge von den westlichen Nationen als Kredite erhalten haben, die

* Zitiert nach *Info 3*, Zeitschrift für Anthroposophie, Nr. 1/1998.

aber selten effizient genutzt wurden und zum großen Teil in den Taschen der Machthaber dieser Länder verschwanden, während die wirtschaftliche Lage der Staaten immer schlechter wurde und das Elend seiner Bewohner sich bis heute steigerte. Die Rückzahlung dieser vielen Milliardenkredite soll der Westen den armen Ländern erlassen. Fordert Attac.

Eigentlich will das Heidemarie Wieczorek-Zeul, die frühere Juso-Vorsitzende und heutige Entwicklungsministerin, auch. Schließlich gehörte sie einmal zur Juso-Fraktion der Antiimperialisten, die damals mit Gerhard Schröder (Antirevionisten) und seinem Bündnispartner Uwe Benneter (Stamokap) im Kampf um die Macht lag. Den Schröder gewann. Die Gedankengänge der damals nicht nur wegen ihrer Haarfarbe »rote Heidi« genannten Ministerin gehen in die gleiche Richtung wie Attac. Sie hat nur kein Geld. Ihr Etat wurde sogar am stärksten von allen Ministerien gekürzt. Weltweit die Schulden zu erlassen, steht schon gar nicht in ihrer Macht. In anderen westlichen Ländern ist die Lage ähnlich. Niemand kann die Schulden erlassen, kein Staat und keine Bank. Jeder wäre bei so einem Aderlaß pleite.

So ist Attac weiter auf sich gestellt, und die Schulden der von ihren Diktatoren ausgepowerten Länder werden kaum jemand erlassen, es sei denn, es besteht bei völlig bankrotten Ländern nicht die geringste Aussicht, sie *jemals* beizutreiben. Die afrikanischen oder südamerikanischen Machthaber bringen weiter einen guten Teil der Kredite auf ihr Konto in der Schweiz, und Attac wird weiter bei jeder weltweiten Zusammenkunft der Wirtschaft und Politik seine Forderungen erheben, unterstützt von Laptop oder Axt, je nach Bedarf. Und der Abgeordnete Ströbele wird weiter seine Stimme für die ausgebeuteten und

entrechteten Opfer der weltweiten Globalisierung erheben. Die ARD und auch das ZDF geben ihm Sendezeit.

Die Schulden erlassen und die Arbeiter nicht entlassen. Auch wenn keine Aufträge mehr da sind, sie zu beschäftigen. Das kostet. Bezahlen sollen das alles, wie schon seit Zeiten des seligen Marx, die »Reichen«. Expropriiert die Expropriateure! Kann man auch einfacher sagen: Das Übel an der Wurzel packen - alle Großkonzerne knacken. Das wollten damals, 1976/77, auch die Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder und die rote Heidi. Ströbele natürlich erst recht.

Da ist Attac heute differenzierter. Und fordert eine weltweite Devisen-Umsatzsteuer zur Abschöpfung der Globalisierungsgewinne - praktisch also das Ende des Börsenhandels, der ja den Handel der globalisierten Welt organisiert. Wie es ohne den Treibsatz Eigennutz und Gewinn geht, hatte die Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft COMECON jahrzehntelang Zeit zu beweisen. Das Ergebnis war Konkurs. Mit Konkursverschleppung. Über 35 Jahre.

Das soll aber, wenn es nach Attac geht, gleich noch einmal versucht werden. Sagt der deutsche Attac-Sprecher, der sympathisch-charismatische Daniel Mittler. Nach seinen Vorstellungen befriedigt die Wirtschaft in der schönen neuen Welt, für die Attac auf die Hochhäuser klettert und Straßenschlachten schlägt, nicht die Profitgier der internationalen Konzerne, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Die Arbeitsplätze werden nicht in Billiglohnländer ausgelagert. Die Mitarbeiter bestimmen selbst über ihre Jobs. Durch neue, »demokratische Entscheidungswege« bestimmen nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch die Käufer darüber mit, was produziert wird. Die Entscheidung, wie und wo ein Unternehmen investiert, trifft nicht mehr

der Unternehmer, sondern eine übergeordnete Autorität.*

Vor allem, findet Attac, muß die irrige Meinung korrigiert werden, die Wirtschaft müsse wachsen, wenn der Sozialstaat finanzierbar bleiben will.

Um das auch Bundeskanzler Schröder deutlich zu machen, ließ sich ein Attac-Aktivist im April 2004 in schwindelerregender Höhe von der Dachkonstruktion der SPD-Zentrale mit einem Flaschenzug herunterbaumeln. Mit dem Plakat »Sozialstaat«. Das Schild konnte wegen der großen Höhe von unten gar nicht wahrgenommen, sondern nur mit einem Teleobjektiv aufgenommen werden. Das genügte ja auch. Am Abend war es im Fernsehen und im Internet.

Dies war eine reine Medienaktion, die sich gar nicht mehr direkt an die Menschen richtete, sondern nur noch mit Hilfe des Fernsehens und der Pressefotografen überhaupt funktionierte.

Und sie funktionierte. Attac arbeitet hier mit dem uralten 68er, in der Zwischenzeit von Greenpeace verfeinerten Mittel der *Gegenöffentlichkeit:* die gute Sache notfalls mit mediengerechten Bildern in die Öffentlichkeit zu bringen, wenn es geht, mit Spaß, wenn aber nicht, mit Gewalt. Diese Methode wird heute weltweit nicht nur von den Anhängern von Attac und Greenpeace, sondern seit zwei Jahren auch vermehrt von *Islamterroristen* angewandt. Sie funktioniert natürlich nur, wenn die Öffentlichkeit mitzieht.

In Deutschland wollen die größte deutsche Einzelgewerkschaft *ver.di* und Attac seit April 2004 enger zusammenrücken. Attac darf schon seit einiger Zeit seine Veranstaltungen in Gewerkschaftsräumen abhalten, und beim »Perspektivkongreß« in Berlin woll-

* Zitiert nach *Rheinische Post,* vom 3. April 2004.

ten beide Organisationen ein Bündnis mit Sozialverbänden, anderen Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen sowie Einzelkämpfern und -kämpferinnen aus der Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung schmieden. Doch die Veranstaltung fand kein Presseecho: kein Krawall, keine Zusammenstöße, keine Verletzten oder gar Toten - keine Meldung. Attac funktioniert nur *gegen* etwas. Beim nächsten Weltwirtschaftsgipfel oder Weltbankkongreß wird man mehr von Attac hören.

Beuys und die Moderne

War Joseph Beuys einer der großen Künstler der Gegenwart?

Mal sehen. Die Antwort geben wir diesmal am Schluß.

Lassen Sie mich zuerst einen kleinen Schnack aus meiner Jugendzeit erzählen. In den 50er Jahren, lange vor der Gründung von *konkret*, als ich zusammen mit Peter Rühmkorf einen Jazz- und Lyrikkeller in der Hamburger Poststraße ausbaute, es war ein ehemaliger Luftschutzkeller, lernten wir zum erstenmal einen Freund kennen, der gut mit Pinsel und Kleister umgehen konnte und uns beim Tapezieren half. Eigentlich aber sei er Künstler, sagte er uns, das heißt, er malte oder zeichnete gar nichts, sondern entwickelte nur Pläne zu Bildern oder Kunstwerken und diskutierte sie mit allen Menschen, und durch das viele Sabbeln und Herumreden ging fast alle Zeit verloren, die er hatte.

Er bekannte sich zum Existenzialismus. Alle - außer meinem Freund Rühmkorf und mir - sprachen damals über Existenzialismus, ohne auch nur zu ahnen, was das sein könnte, aber alle wollten unbedingt »Exis« sein, und die meisten trugen, um das zu dokumentieren, schwarze Baskenmützen wie Sartre, und ihr höchster Traum war, einmal per Anhalter oder sonst irgendwie nach Paris zu fahren und dort in einen »Exi-Keller« zu gehen. Wir aber bauten *unseren* Keller aus, in Hamburg, den nannten wir die »Anarche«. *Hier* sollten die Leute hinpilgern und Jazz und (Rühmkorfs) Lyrik hören. Unser tapezierender Malerfreund half uns dabei.

Eines Tages aber, als wir ihn wieder einmal wegen seiner »bilderlosen Kunst« aufgezogen hatten, erzähl-

te er uns, warum er aufgegeben hatte zu malen. Er hatte sich irgendwann einmal entschlossen, seine Werke dem berühmten Maler Emil Nolde zu zeigen. Zeitungspapier mit Klecksen und Flecken, wie sie beim Tapezieren oder beim Anstreichen der Wände auf dem Fußboden entstehen. Er hatte die besten seiner Werke zusammengesucht, sie in eine dieser bei Künstlern heute noch gebräuchlichen übergroßen Mappen gehüllt und sich auf den Weg nach Seebüll in Schleswig-Holstein gemacht, wo Emil Nolde ihn auch bereitwillig empfing. Nolde fragte nach einem aufmerksamen Blick auf die Werke unseres jungen bärtigen Freundes auf plattdeutsch: »Wat is dat dann?« Darauf war unser Mann mehr als gefaßt, denn über die Kunst reden hatte er ja immer lieber gewollt als malen, und er legte sich mächtig ins Zeug, wobei die lange Rede leider nicht bekannt ist. Nur sein Schlußwort über die vorgezeigten Werke ist überliefert: »Das ist Existenzialismus!« Darauf Nolde: »Ik will di man seggen, wat dat is. Dat is Schiet, min Jung!« So endete die künstlerische Laufbahn von Günter Suhrbier, der es ein Jahrzehnt später weit hätte bringen können. Der Mann war einfach zu früh geboren, er war seiner Zeit voraus, hätte er länger durchgehalten, wäre er heute Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie. Er hat sich später aus Gründen, die nichts mit seinem Ausflug in die Kunst zu tun hatten, das Leben genommen.

Das mit der »Anarche«, in der man auf Bierfässern saß und Cola trank und Jazz und Lyrik hörte, können wir ziemlich genau datieren: Es war im Frühjahr 1952.

Zehn Jahre später war die Kunst in Deutschland mächtig vorangekommen. Was unser Malerfreund, angeregt durch das Tapezieren der Wände, versucht hatte, hieß längst Tachismus, und inzwischen beklecker-

te man das Papier nicht mehr von Hand, sondern man spritzte die Farbe schon mit Wasserpistolen und später mit speziellen Sprühgeräten auf Leinwand oder teurere Materialien. Neben Tachisten - jeder sein eigener Ismus - gab es Minimalisten, Supremalisten, Konkretisten, Surrealisten und Konstruktivisten. Und natürlich nicht zu vergessen die berühmten Pop-Art- und Op-Art-Künstler und die Vertreter zahlreicher anderer, teilweise grotesk anmutender Kunstrichtungen.

Eines Tages, im Jahre 1965, da war ich schon Chefredakteur des von allen Geldgebern verlassenen und also endlich unabhängigen Linksblatts *konkret*, erhielt ich eine Einladung. Draußen auf dem Hof des Rowohlt-Verlags in Reinbek bei Hamburg sollte ein »Happening« stattfinden, ein ganz ungeheuer einmaliges und bedeutendes Ereignis, ein einmaliges Beispiel von Aktionskunst zur Einführung eines ebenso einmaligen Buchs über Happenings.* Tatsächlich waren »alle« da, alle Hamburger Intellektuellen und Presseleute und Fotografen waren da (auch das Fernsehen, damals noch eine Seltenheit), und alle standen nun draußen herum, es gab sauren Wein und kleine Häppchen.

Und dann kamen die Künstler. Der Schriftsteller und Lyriker Jürgen Becker und der Künstler Wolf Vostell, die auch das Buch geschrieben hatten, und alle sahen zu, wie Vostell einen riesigen, mehr als zwei Meter hohen und fast ebenso breiten viereckigen Behälter aus Glas (oder war es Kunststoff?) mit Nägeln vollschütteten, die in kleinen Pappkartons bereitstanden. Die Nägel machten dabei ein Geräusch wie Nägel, die in einen Behälter geschüttet werden, und niemand sagte ein Wort. Erstaunlich war der wortlose Bierernst, mit

* Jürgen Becker und Wolf Vostell. Happenings, Rowohlt-Verlag, Reinbek 1965.

dem die Künstler agierten, es dauerte ja ziemlich lange, ehe das Ding voll war, es gab dazu keine Musik oder Kommentare, glaube ich, das alles hätte die Andacht gestört, sondern nur ehrfürchtiges Raunen und bedeutungsvolles Flüstern des Publikums.

Das war mein erstes Happening, und die bleibende Erinnerung daran ist die quälende, über vier Stunden ausgedehnte Langeweile. Und der Gleichmut des Hamburger Publikums, das versuchte, dem Ganzen irgendeine Bedeutung abzugewinnen, leicht verlegen, aber wenig irritiert (der Hamburger läßt sich, auch im Theater oder in der Oper, bis zum heutigen Tag nicht so leicht irritieren). Aber wegen des großen Ernstes, mit dem auch der Verlag die Aktion aufgezogen hatte, mögen viele heimlich ein schlechtes Gewissen gehabt haben und das Gefühl, etwas nicht richtig verstanden zu haben. Keiner sagte Tünkram, was in Hamburg so etwas wie Spinnkram oder Wulst bedeutet, und niemand sprach den erlösenden Satz: »Dat is Schiet, min Jung!« Die Hamburger haben Respekt vor allen Gegenständen oder Handlungen, für die gutes Geld bezahlt wird, und das war hier offensichtlich der Fall.

Ich lernte schnell, daß man einfach nur kühn oder unbefangen genug sein mußte, irgend etwas für Kunst zu erklären und jemanden zu finden, der dafür bezahlt. Das ist die Kunst. Kunst ist nach einer Definition von Beuys Kapital.* Ich verstehe das so: Wofür einer Geld ausgibt, das muß auch etwas wert sein.

* »Kunst = Kapital«, Joseph Beuys, zitiert nach Andreas Mäckler (Hrsg.), Was ist Kunst ...? 1080 Zitate geben 1080 Antworten, Köln 1987, S. 79. In diesem Band ist Joseph Beuys noch mit sieben weiteren Definitionen von Kunst vertreten, darunter »Kunst = Mensch« und »Die Kunst ist in einer Krise. Wir alle sind in der Krise«.

Dazu gibt es eine viel zuwenig beachtete Parabel von unserem größten antikommunistischen Dichter Bertolt Brecht. Es ist die Geschichte vom Verkauf eines Elefanten in dem Stück »Mann ist Mann«. Es ist ein eher langweiliges Lehrstück, das eigentlich beweisen soll, wie leicht ein Mensch in einen anderen verwandelt werden kann. Aber bevor es dazu kommt, wird in einer kleinen englischen Kantine in Indien ein Elefant »verkauft«. Zwei Männer, mit einer grauen Zeltplane bedeckt, stellen den Elefanten dar, sie wackeln vorne mit dem Arm wie mit einem Rüssel und hinten mit einem Schwanz und können sogar, aus einem mitgeführten Eimer, Wasser lassen. Eine Szene, die manchmal von den Clowns im Zirkus dargestellt wird. Wer will den Elefanten kaufen? Das Publikum ist überzeugt, daß niemand diese zwei Soldaten und die Zeltplane je für einen Elefanten halten wird, aber es tritt ein Käufer auf, der erklärt, für diesen Kunstelefanten 500 Rupien zahlen zu wollen. Der Handel wird abgeschlossen:

»Ein Soldat: 'Hast du noch einen Zweifel in bezug auf den Elefanten?«

Galy Gay: »Da er gekauft wird, habe ich keinen Zweifel.««

Das Stück wurde zwischen 1924 und 1926 geschrieben. Ich habe keinen Zweifel, daß Brecht mit dieser Parabel den modischen Kunstbetrieb und Kunsthandel seiner Zeit verspotten wollte, die schon damals bereit waren, auch offenkundigen Unsinn für Kunst zu nehmen, wenn sich nur ein Käufer dafür fand.

Moderne, experimentelle Kunst und die in ihrem Schatten segelnden Scharlatane hatte es ja lange vor dem Dritten Reich des Kunstbanausen Hitler gegeben. Nahezu alles war eigentlich schon einmal ausprobiert worden. Dann kam der Zweite Weltkrieg und der Zu-

sammenbruch Deutschlands. Und nachdem der erste Schock über den verlorenen Krieg und seine furchtbaren Zerstörungen überwunden war und alle sich an den Wiederaufbau machten und es wieder das erste richtige Geld gab, tauchten nicht nur Kasperlespieler, Jongleure, Feuerschlucker und Gaukler wieder auf, sondern auch die ersten modernen Künstler, wirkliche und eingebildete. Es war eine Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten, und an dieser Zeit wollten sie teilnehmen, und man ließ sie teilhaben am neuen deutschen Wirtschaftswunder. Und die Grenzen dessen, was sich legitimerweise moderne Kunst nennen durfte, wurden noch einmal sehr ausgeweitet, und zwar in der Erwägung, daß *erstens* sowohl Hitler als auch Stalin fast alle modernen Künstler abgelehnt, aussortiert, aus den Ausstellungen verbannt und verboten hatten und daß aus der Ablehnung durch die mörderischen Diktatoren fast allein schon die Qualität der verbotenen und unterdrückten Künstler und ihrer Produkte hervorgehe. Hatten nicht Hitler und Stalin sogar von »entarteter« und »volksfeindlicher« Kunst gesprochen? Der unterdrückte Künstler rückte so in den ehrenwerten Kreis der Opfer des Stalinismus oder des *Faschismus* auf, und auch seine Nachahmer oder Nachfolger gewannen an Ansehen.

Zweitens war jede Neuerung in der Kunst in allen Jahrhunderten vom Publikum und der Kritik zunächst als ungewohnt und befremdlich abgelehnt worden, darunter Beethovens Musik, die Bilder von van Gogh oder später die der »Brücke«-Maler ebenso wie die Opern Richard Wagners. Alle diese Kunstwerke konnten sich erst langsam durchsetzen und Anerkennung finden.

Drittens war spätestens seit Karl Marx die Vermutung aufgetaucht, daß in jedem Menschen ein Künst-

ler, Maler, Dichter, Schauspieler, Sänger und Musiker stecke.

Viertens aber wurde argumentiert, seit ewigen Zeiten gelte, daß Kunst zu Recht immer ihren Preis gehabt habe und daß etwas, wofür jemand Geld ausgibt - sei es ein König, ein reicher Mäzen, eine staatliche Galerie oder ein Bankier - mit einiger Wahrscheinlichkeit künstlerisch auch sein Geld wert sei. Sogar eine gute Kapitalanlage sein kann.

So tauchte im westlichen Teil Deutschlands, in Westberlin und zugleich in verschiedenen Großstädten, überraschend eine Reihe von jungen Künstlern auf, die man früher eher als mäßig begabte Dilletanten angesehen hätte, die den Marx-Spruch »Jeder Mensch ein Künstler, jeder Mensch ein Dichter!« für ihre eigene Person beweisen wollten. Ihre hohe Begabung von einst war später, etwa in noch erhaltenen Arbeiten aus ihrer Jugend, kaum belegbar, vielleicht waren sie ganz begabt gewesen und hatten im Zeichenunterricht eine Eins gekriegt: Jedenfalls handelte es sich um Leute, die in ihren jungen Jahren offenbar nie so etwas wie Picassos »blaue Periode« durchgemacht, den Besuch einer Kunstschule oder auch nur eine handwerkliche Schulung abgelehnt und jede Art von Ausbildung als ihrem Genie nicht gerecht werdend verschmäht hatten. Diejenigen, die dennoch eine Ausbildung genossen hatten, machten sich im nachhinein über sie lustig. Erst mal zeichnen lernen? Akt, Stilleben, Landschaft, womöglich gegenständlich? Bloß das nicht. Statt dessen wollten sie gleich mit dem Ausgefallenen und Verrückten anfangen, was sie in den Ausstellungen ausländischer Künstler gesehen und von dem sie das Gefühl hatten: Das kann ich auch.

So machten sie sich ans Werk. Sie überboten sich gegenseitig in der Verwendung ungewöhnlicher Materialien wie Filz und Margarine und vor allem Kunststoff aller Art, im Benutzen neuartiger Techniken, Farben und anderer Flüssigkeiten, durch ungewöhnlicher Sujets und Themen, durch Mischung aller handwerklichen Techniken und schließlich der Kunstgattungen selbst, indem man etwa Musik und Malen und Fotografie mischte, also zum Schnellmalen eines Bildes (vier Sekunden) Flöte spielte oder Lieder sang. Wobei es mit beiden Künsten, dem Singen und dem Malen für sich genommen, nicht sehr weit her war, aber die Kreuzung von beiden war das Ereignis, der Cross-over-Effekt, würde man heute sagen, die Erfindung der Videogeräte zum Beispiel eröffnete eine ganz neue Kunstgattung, die heute in keiner Gesamtausstellung fehlen darf und die Besucher nachdenklich stimmen soll, die meisten jedoch ebenso langweilt wie die durchschreitbare Kunst der »Rauminstallationen«, die, oft noch mit »Klangbildern« und undifferenzierten, aber bedeutungsvollen Geräuschen untermalt, fast jede Ausstellung bereichern, am meisten wohl den Künstler selber.

Elefanten jeglicher Provenienz werden da durch die Räume getrieben. Ab 1962 versuchten mancherlei sogleich gefilmte und später im Fernsehen gesendete »Aktionen« die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und nach einiger Beharrlichkeit und der überschwenglichen Zustimmung geneigter Freunde in der Presse war der Künstler bald hoch angesehen, gut bezahlt und durch akademische Titel und Posten geehrt. Gute Freunde waren dabei allerdings unerläßlich. Die meist aus der gleichen Generation kommende neue Kunstkritik hielt alles für möglich und - machte es möglich: Die »Werke« oder »Installationen« des so von der Kritik gepriesenen Künstlers werden dann von der Stadt

angekauft, er erhält Preise und Einzelausstellungen und schließlich eine Professur.

Was früher in Rembrandts oder Rubens' Ateliers als Tolpatschigkeit und Ungeschicklichkeit gegolten hätte, wie das Verschütten oder Klecksen von Farbe auf dem Fußboden, ein verrutschter Pinselstrich, ein verunglückter Kreis, ein mißlungenes Porträt, ein verschmiertes Stilleben, eine falsch gemischte Farbe, eine fehlende oder ins Grobe verzerrte Perspektive - das alles war jetzt Avantgarde oder, wie Joseph Beuys es einmal nannte, »Antikunst«, eine neue Idee, ein Betreten von Neuland, über das umfangreiche Erläuterungen in den Feuilletons geschrieben wurden mit immer weniger nachprüfbaren Behauptungen. Die Idee, lediglich einen leeren Rahmen als Bild auszustellen, wie in der Berliner Ausstellung des MOM im Jahre 2004, war ein vorläufiger Höhepunkt.* Jeder Mensch ein Künstler. Jeder kann.

Was nicht alle auf Anhieb konnten, war die Vermarktung ihrer Werke. Doch sie konnten hoffen, daß mit der Zeit Rathäuser und Stadtverwaltungen, Länderregierungen und Museen sich ihrer annehmen würden. Vorausgesetzt, dort saßen Beamte, denen man als Avantgardekünstler imponieren konnte und die ein schlechtes Gewissen hatten, wenn sie die moderne Kunst - oder Antikunst - nicht ohne weiteres »verstanden«. Früher hatten sie ein Bild oder eine Skulptur einfach schön gefunden, oder auch nicht. Jetzt lernten sie, daß man die Kunstwerke *verstehen* mußte. Oder wenigstens vorgeben, sie verstanden zu haben. Wenn sie zusätzlich noch überzeugt wurden,

* Das Kunstwerk mit dem Titel »Der rote Vogel« wurde 1964 von Agnes Martin geschaffen.

daß diese Kunstwerke auch einen politischen Hintergrund hätten, einen kritischen Bezug zur Gesellschaft, zum restaurativen Nachkriegsdeutschland, wurden die Künstler durch die Gunst der meist aus der SPD kommenden Stadtväter und Bürgermeister im Ruhrgebiet und anderswo bald selber geachtete Bürger der Stadt oder sogar Professor der Kunstakademie, wie Joseph Beuys in Düsseldorf. Der ermutigte die weniger Erfolgreichen, seinem Beispiel zu folgen. Und nahm ohne Aufnahmeprüfung oder vorgelegte Werke neue Schüler an der Kunstakademie auf.

Ein Meilenstein der Entwicklung war das Happening von Beuys im Jahr 1964 zum Gedenken an den 20. Juli 1944 im größten Hörsaal der Technischen Hochschule in Aachen, zusammen mit dem ASTA der TH, ein harmloses, aber anregendes Vorspiel der 68er Aktionen. Ein Augenzeuge, der Schriftsteller Joachim Fernau (»Rosen für Apoll, Disteln für Hagen«) beschreibt die zehnstündige (!) Mammutveranstaltung*: »Nahezu tausend Studenten füllten den Hörsaal, als die Veranstaltung begann. Einer der Akteure hielt auf dem Kopf stehend eine Ansprache. Ein Mann mit Gasmaske und blauer Glühbirne auf dem Kopf schleppte keuchend Säcke mit gelbem Farbpulver herbei und entleerte sie auf der Bühne des Hörsaals. Acht junge Männer wälzten sich in der Farbe. Strohballen flogen durch das Auditorium, einer der Akteure biß in einen Blumenstrauß, auf einem Elektrokocher brutzelte Margarine. Der Geruch des Fettes zog durch den Saal. Auf der Bühne war Professor Beuys (von der Düsseldorfer Kunstakademie) unterdessen dazu übergegangen, mit Hilfe einer Flasche Salzsäure ein Klavier für seine Zwecke zu entfremden. Im Ge-

* In der Zeitschrift *Pro Pharmacia,* Nr. 1/1965.

dränge fielen ein paar Tropfen auf das Hosenbein eines Studenten, der sich mit einem Faustschlag auf des Professors Nase revanchierte ... Beuys, im Krieg Fallschirmjägeroffizier, der bei einem Absturz schwer verwundet wurde*, blieb unverdrossen und hob mit blutender Nase den einen Arm zum Heilsgruß, mit dem anderen Arm streckte er dem Publikum ein von ihm mit Talg und Filz verfremdetes Kruzifix entgegen und mag sich in diesem Augenblick nun wirklich wie ein Widerstandskämpfer gegen Hitler empfunden haben. Später kommentierte der Meister seine Aktion: 'Ich füllte ein Klavier mit geometrischen Körpern, Bonbons, trockenen Eichenblättern, Majoran, einer Ansichtskarte des Kölner Doms und Waschpulver. Sehr locker, so daß es noch bespielbar war, der Klang jedoch durch die Füllung beeinträchtigt wurde. Die Säure hat damit nichts zu tun. Ich hatte sie vorher für eine kurze *Begleitmusik* mit ultraviolettem Licht gebraucht. Das Klavier war glücklich, noch einmal in seinem Leben eine Sache wie *Aachen* erlebt zu haben. Es hat sich nachher noch mal ausdrücklich bei mir bedankt.« Seine Absicht? »Das heilsame Chaos, heilsame Amorphisierung in eine gewußte Richtung, die bewußt eine erkaltete, erstarrte Vergangenheitsform, gesellschaftliche Konvention durch Auflösung erwärmt und zukünftige Gestalt erst möglich macht.«** Später kamen raffiniertere Auflösungen der Konventionen in Mode, wie das Treiben eines Schweins über die Leinwand, dessen Schwanz in Farbe getaucht worden war, doch dieses wurde überboten - der

* Er wurde monatelang von den einheimischen Tungusen gesundgepflegt und empfing unauslöschliche Eindrücke von deren vielbenutzten Werkstoffen Filz, Talg und Tran.

** Zitiert nach Happenings, a.a.O.

Mensch ist das bessere Schwein - durch das Abdrükken einer vorher in Farbe getauchten nackten Mädchenbrust oder eines nackten Hinterns auf Leinwand, provokativ blasphemisch mit dem Schweißtuch der Veronika verglichen. Veronika, der Lenz ist da. Wenn schon blasphemisch, dann gleich richtig.«

Die Studentenrevolution von 1967/68 brachte den endgültigen Durchbruch. Auch finanziell. Die Aktionskünstler mußten darüber nachdenken, wie man die einfallsreichen Happenings etwa der Berliner »Kommune 1« unter Teufel und Langhans noch überbieten könne. Der bis dahin nicht sonderlich erfolgreiche Wiener Maler Otto Muehl versuchte es am 17. Dezember 1969 an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig mit seinem Aktionskunstwerk »O Tannenbaum«. Ein Zeitungsbericht:

»Zunächst trat der splitternackte Muehl vors Mikro und verlas ein Gedicht zum Thema Weihnachtskonsum, übermäßiges Essen nebst Folgen und Weihnachts-Kampfpause. Während von Tonbändern Weihnachtslieder erklangen, steigerte sich Muehl in einen Schreikrampf und legte sich anschließend entspannt zu seiner nackten Gefährtin in das fürs Fernsehen hell angestrahlte Bett. Später wurde die Frau aus dem Bett gehoben. Man brachte in einer Holzkiste ein Schwein, die Kiste wurde geöffnet, das gräßlich quiekende Tier mit Gewalt ins Bett gelegt. Der Schlachter trat in Aktion: Fachgerecht tötete er das sich wehrende Schwein und schnitt ihm dann die Halsschlagader auf. Muehl fing das Blut in einem Plastikeimer auf und goß es über die am Boden liegende Frau. Später legte sich die Frau neben das ausgenommene Schwein ins Bett. Därme und Eingeweide wurden über ihren Leib verteilt. Muehl spritzte Milch, rohe Eier und Mehl über

sie, schließlich urinierte er auf die Frau und leerte seinen Darm auf den Schweinekadaver.«*

Ich selber habe diese Aktion erst später als Film gesehen, der 1970 als eine nichtöffentliche Vorführung einem ausgewählten Publikum in einer Privatwohnung gezeigt wurde. Ein Kölner Bekannter führte uns in diesen exklusiven Kreis ein, ein renommierter deutscher Psychoanalytiker. Meine Haupterinnerung auch an diese Aktion ist wieder der übergroße, bedeutungsvolle Ernst, mit der das nackte Mädchen wie in einer schwarzen Messe - etwas Besseres war es ja auch nicht - in einem Bett ausgebreitet wurde, zugleich mit dem blutenden Schwein. Selbst der Höhepunkt dieses Kunstwerks, die Entleerung des Urins auf die Frau und das Entleeren des Kots durch den Künstler (ein dünn fließender Durchfall, im Film in Großaufnahme sichtbar), wurde mit diesem abgehobenen Ernst zelebriert, wie sie nur religiöse Fanatiker oder Irre aufbringen. Dieses Kunstwerk müsse man unbedingt gesehen haben, fand der Psychoanalytiker und hatte sicher in mehr als einer Hinsicht recht.

Das war der Wiener Aktionskünstler Otto Muehl, der später weniger durch seine Werke als durch mehrere Prozesse wegen wiederholter Verführung und Vergewaltigung minderjähriger Mädchen in seiner Künstlerkommune Friedrichshof, einem Dorf im österreichischen Burgenland, Aufsehen erregte, wofür er 1991 wegen »Beischlaf mit Unmündigen, Unzucht und Vergewaltigung« zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, von denen er immerhin sechseinhalb Jahre absitzen mußte.

Das alles hinderte den Rektor des Museums für Angewandte Kunst (MAK) in Wien nicht, im März 2004

* Bericht der *Braunschweiger Zeitung* vom 23. Dezember 1969.

eine große Retrospektive der Arbeiten des heute 76jährigen Muehl zu eröffnen: »Otto Muehl. Leben/ Kunst/Werk. Aktion/Utopie/Malerei 1960-2004«. Ehemalige Opfer der Kommune, von denen eine als Fünfjährige, umringt von der gesamten Führungsmannschaft, vom Künstler mißbraucht wurde, konnten den Museumsdirektor Peter Noever nicht dazu bewegen, die Hommage abzusagen, denn Muehl sei »einer der bedeutendsten österreichischen Maler der Nachkriegsgeschichte«. Die heute aufgedeckten Straftaten sind längst verjährt - die Kunst bleibt.

Überspringen wir ein ganzes halbes Jahrhundert Geschichte der modernen Kunst, und kommen wir zurück zu der Ausgangsfrage, ob auch Joseph Beuys ein bedeutender Künstler seiner Zeit war. Gerade Ende März 2004 ging ein Beuys-Symposion in Budapest zu Ende (nach Darmstadt 1986, Basel 1991, New York 1995, Kassel 1998 und noch mal Darmstadt 2000), wo keiner der internationalen Experten diese Frage stellte. Auch bei der jüngsten Ausstellung der Kunsthalle Baden-Baden, »Konstruktionen des Innerlichen in der Kunst«, spielte Beuys, der, wie es hieß, entscheidende Impulse von der Gedankenwelt Rudolf Steiners empfangen habe, erwartungsgemäß eine besondere Rolle. Dort wurden auch noch einmal jene raren Jugendzeichnungen aus den 50er Jahren, »Erschütterung«, »Schauender« und »Die Blinde«, gezeigt, die nach Ansicht der *FAZ* »mehr zu Herzen gehen« und »als subtile Seelenschilderungen unmittelbar einleuchten«*. Ich kenne diese Zeichnungen und bin der Ansicht, sie sind ganz begabte Arbeiten, die aber niemand heute beachten würde, gäbe es nicht das politisch-gesellschaftliche Aufsehen, das der Düs-

* *FAZ*, vom 17. März 2004.

seldorfer um seinen Protest und seine Aktionen, Parteigründungen und andere Aktivitäten gegen die Gesellschaft der 70er und 80er Jahre werbewirksam entfacht hatte. Sein auf der Dokumenta V vielbeachtetes Werk, zwei Pappschilder auf langen Stangen mit der Aufschrift *Dürer, ich führe persönlich Baader + Meinhof durch die Dokumenta V. f. Beuys*« ist kein Grund, seine Bedeutung anzuzweifeln, sondern eher ein Beleg für seinen Geschäftssinn (das »Kunstwerk« hat heute einen hohen Handelswert) und ein gutes Dokument für eine Einstellung zum Terrorismus, die damals typisch war für die Welt der Augsteins, Bolls und vieler anderer liberaler Intellektueller. Ich weiß gar nicht, ob Ulrike Meinhof und Baader überhaupt auf der Dokumenta V waren. Es wäre durchaus möglich gewesen. Sie ging, auf dem Höhepunkt der Fahndung, mit blondgefärbten Haaren und einer Kurzhaarfrisur, gestaltet von jenem späteren Merkel- und Schröder-Friseur, Udo Walz, unbefangen und selbstbewußt in die Hamburger Staatsoper. Vielleicht saß sie sogar in der siebten oder achten Reihe Parkett, da, wo *alle* sitzen. Wenn jemand sie erkannte, war er entzückt.

Beuys wurde, nach einer kurzen Wartezeit im Vorhof des Ruhms, als er noch diese subtilen, zarten und eindringlichen Seelenzeichungen anfertigte, bald als Neuerer entdeckt und für seine vielen Ideen hoch geehrt. Ob er ein großer Künstler war? Jedenfalls wurde er dafür gehalten, mit Ehrungen überhäuft, und seine Werke (beziehungsweise Objekte) wurden hoch bezahlt. Er selbst kannte keinen Zweifel an seiner Bestimmung. Ebensowenig wie seine Kollegen Muehl oder Herman Nitsch, der auf seinen 1998 eingeführten, sechstägigen »Orgien-Mysterien-Festspielen« in Prinzendorf bei Wien bis heute ganze Kolonnen von Nackten, Gekreuzigten und frischgeschlachteten Tie-

ren in blutüberströmten Prozessionen herumführt, auch sie haben ihr festes Publikum. Sie und viele andere sogenannte Aktions- und Antikünstler, die in den fetten und freigiebigen 60er Jahren in Deutschland und Österreich zu Ruhm, Auszeichnungen und Titeln gelangten und sich zum Teil schon zur Ruhe gesetzt haben.

Von den damals Jüngeren hat in den letzten Jahren besonders Hans-Jürgen Schult, dessen niemals ausgeschriebene Vornamen das rätselhafte Kürzel HA bilden, im Raum Köln Aufsehen gesucht und gefunden. Sein bevorzugtes Material ist Müll. Hatte er noch 1969 vor der Münchener Akademie fünf Tonnen Müll abgeladen, so läßt er jetzt in fabrikmäßiger Fertigung Preßmüll zu überlebensgroßen, farbig emaillierten »Müllmännern« verarbeiten, die auf öffentlichen Plätzen, so z. B. in Xanten, zu mehreren Hundertschaften massiert die kleine Stadt beschäftigten, aber auch versuchsweise in Paris, Moskau, Venedig und New York gastierten, ohne den ganz großen Durchbruch zu erzielen. Obwohl die Müllmänner, da jederzeit reproduzierbar, auch einzeln zu einem Spottpreis von 1000 Euro pro Stück zu haben sind, werden sie bisher von Sammlern weitgehend verschmäht.* In seiner Heimatstadt Köln aber ist Schult populär wie sonst nur das Hännesche-Theater oder Willy Millowitsch und beschäftigt immer wieder die Lokalpresse, ist aber zur Zeit noch

* Im März 2004 stieg Schult von Müll auf Merkel um. Sein Porträt Angela Merkels, im September fertig und sogleich auf der Titelseite der WELT abgebildet, sieht jedoch auch ziemlich vermüllt aus, wie verknülltes Altpapier. Nur die strahlend blauen Augen ragen farbig aus dem Grau. Frau Merkel, nach Schult die »weltweit berühmteste lebende Deutsche ... das zeigt den Zustand unserer Nation an«) machte gute Miene zum bösen Spiel. Ihr gefielen an dem Bild am meisten die Augen, sagte sie.

nicht Professor oder Ehrenbürger. Wie Joseph Beuys, der auf der Dokumenta VI immerhin einen ganzen (immobilen) Eichenwald pflanzte und darüber hinaus eine unübersehbare, kaum zu katalogisierende Menge an »Objekten«, wie Filzjacken, Fettecken, verschmutzte Badewannen, überquellende Aschenbecher und angeweste Tierkadaver, uns zum Nachdenken und Interpretieren hinterließ, die meisten davon aus seinen Lieblingswerkstoffen Filz, Margarine oder Talg oder doch mit einem gehörigen Filzanteil gefertigt. Er schuf auch Riesenobjekte, wie weiträumig ausgebreitete, verrostete Eisenbahnschienen und Balken, die er kunstvoll nachlässig drapierte, Objekte, die zu ihrer Ausstellung ganze Fabrikhallen brauchen (solche Kunstwerke kaufen dann später staatliche Museen). Er dekorierte aber auch in Köln eine ganze Kirche mit Filz, Holz und kleinen verformten Gebrauchsgegenständen, die sich unter die mittelalterlichen Dekorationen und Schreine mischten und »von seiner tiefen Religiosität zeugen« (Werbetext), und er nannte sich selber schon mal einen Schamanen. Einen Zauberer, der vorgibt, Verbindung zu der Welt der Geister zu haben und die Menschen heilen zu können. Von da ist es nicht weit zum Scharlatan, fand ich, einem Marktschreier, der auch vorgibt, Wunder zu vollbringen und Menschen zu heilen.

Tatsächlich habe ich lange gedacht, daß Joseph Beuys auch so ein Scharlatan sei wie seine Kollegen Nitsch, Muehl und Schult und die anderen tausend, deren »Objekte« die deutschen Städte und Länder in der guten Zeit für Milliarden Deutschmark eingekauft haben. Ich und die Reinemachfrau in Düsseldorf, die seine »Fettecke« (einen halb mit einer Art Wagenschmiere bedeckten Stuhl) auf den Müll warf, und ein Damenkränzchen im Wuppertaler Museum, dessen

Mitglieder eine von Beuys mit ranziger Butter zu einem Kunstwerk geadelte Badewanne mit Ata und Imi säuberten und sie bei einer Party zum Kühlen des Sekts benutzten, dachten wohl auch in diese Richtung. Aber eine gute Freundin, die viel mehr von Kunst versteht als ich, versicherte mir glaubwürdig, daß Beuys bedeutend ist. So bleibt mir nichts übrig, als hier festzuhalten: Beuys war kein Scharlatan, sondern ein ehrenwerter Mann.

»Scharlatan« wird seit 1968 als Bezeichnung für einen modernen Künstler im Zeitgeist-und Talk-Show-Deutsch kaum noch gebraucht. Politisch wird das Wort dagegen gelegentlich noch verwendet, als Synonym für Rattenfänger oder *Populist,* für bekannte und bei vielen kleinen Leuten beliebte, von der Presse aber ungeliebte, oft sogar *umstrittene* Politiker, die dann gelegentlich Scharlatane genannt werden, wie Möllemann, Schill oder Haider.

Wir benutzen das Wort Scharlatan hier im althergebrachten Sinn und meinen die zahllosen Vertreter einer Kunst, die nicht mehr von Können herkommt. Sondern von jener Geschäftigkeit, die sich nach 1968 in der Gesellschaft häuslich eingerichtet hat und heimisch geworden ist in der subventionierten Kunst, Architektur, Literatur, im Theater, Film und im Städtebau. Zu besichtigen in jeder deutschen Großstadt.

Faschisten

Was sind eigentlich Faschisten?

Faschisten, das ist der Name der Partei Mussolinis, der 1922 durch den Marsch auf Rom siegte und eine - königstreue - antimarxistische Diktatur in Italien errichtete. Im gleichen Jahr gab es auch schon die heute noch bei uns beliebten *Antifaschisten**.

Faschisten gibt es heute in Italien nicht mehr, nachdem einige Jahrzehnte lang sogenannte Neofaschisten als Partei aufgetreten waren. Heute kommen Faschisten in der Sprache des Mainstreams (Zeitgeist-Deutsch) in der Regel nicht vor. Dagegen wird die Bezeichnung im gesamten linken literarischen Spektrum (Beispiel: iaz-Feuilleton, dritte Programme des Funks und Fernsehens, zum Beispiel des WDR, Literaturbeilagen der *Frankfurter Rundschau* und der *Süddeutschen Zeitung)* als polemische Bezeichnung für Nationalsozialisten allgemein, teilweise auch für deutsche Soldaten verwendet. Links von der *taz,* also bei den Autonomen oder den sich selbst so nennenden *Antideutschen,* aber auch im Lager der PDS und ihrer radikalen Splittergruppen nennt man eigentlich alle Konservativen, einschließlich der Vertriebenenverbände und vieler Mitglieder der CDU/CSU, Faschisten. Die linksliberalen Medien bevorzugen das Wort *Nazis* und verstehen darunter sowohl noch lebende ehemalige Nationalsozialisten als auch junge Anhänger der nationalsozialistischen Idee, etwa unter den Skinheads. Die Anwendung unterliegt keinen Regeln und ist schwankend. Faschistisch kann wirklich rechtsradikale Parteien oder

* Siehe Lebenslüge Antifaschismus ab S. 133.

gewaltbereite rechte Gruppen meinen, aber auch wider besseres Wissen den Bund der Vertriebenen (BdV) und konservative Zeitschriften wie die *funge Freiheit* oder Einzelpersonen wie Ernst Nolte, bis hin zu Martin Walser, gegen dessen Lesungen Störungen organisiert werden mit dem Ziel der Sprengung der Veranstaltung (Ausländer bleiben - Nazis vertreiben!). Jene, die sich wahlweise Antifa oder auch Autonome nennen (die feinen Unterschiede sehen nur sie), die im wesentlichen nur in einigen großen Städten und ehemals besetzten Häusern (Berlin, Hamburg, Göttingen, Nürnberg) in geringer Zahl anzutreffen sind. Sie sind die einzigen, 2004 in der Bundesrepublik noch wahrnehmbaren und vom Verfassungsschutz mit nachlassendem Interesse beobachteten echten *Antifaschisten.* Ihre in letzter Zeit militante Israelfeindschaft läßt in den Augen der in Deutschland arbeitenden jüdischen Organisationen die Grenzen zwischen ihnen und den *Antisemiten* fließend werden. Der östlich der Elbe bis 1989 offizielle bürokratische Antifaschismus ist zusammen mit seinem »antifaschistischen Schutzwall« ersatzlos verschwunden und wird nur von der PDS-Splittergruppe um Sahra Wagenknecht liebevoll gehegt und mehr oder weniger künstlich am Leben erhalten. Lediglich am Todestag von Rosa Luxemburg finden traditionelle antifaschistische Umzüge in Berlin statt, an denen bis zu 50.000 Rentner und andere Senioren teilnehmen.

Folter

Kann Folter unter Umständen gerechtfertigt sein?

Nie. Das würden auch amerikanische Regierungssprecher rundweg ablehnen. Deshalb nennen sie die im Abu-Graib-Gefängnis in Bagdad angewandten Methoden grundsätzlich *Mißhandlungen.* Die Gestapo und der sowjetrussische NKWD hätten sich gehütet, ihre Methoden Mißhandlung zu nennen, das konnten auch Diktatoren sich nicht erlauben, sie sprachen höchstens manchmal von Sonderbehandlung, ein Wort, das allerdings in den letzten beiden Kriegsjahren Mord bedeutete. Nur in der Orwellschen Utopie, die den Schauprozessen in Moskau durchaus nachempfunden war, da hätte man als Angeklagter von Wohltaten gesprochen und selbst seine verdiente Strafe als Volksfeind gefordert. Doch wird keiner der seelisch und physisch gefolterten Iraker sich je in einem Schauprozeß selber bezichtigen und seine gerechte Strafe fordern, und es besteht auch nicht die Gefahr, daß dies geschieht, das walte die *New York Times* und der Senatsausschuß.

Die Verwendung der an die Presse verkauften Fotos und Videos im amerikanischen Wahlkampf spricht nicht gegen die Wahlkämpfer, die den Präsidenten ablösen wollen, sondern gegen die folternden Polizisten und ihren privaten sexuellen Sadismus. Sie, die ihren alltäglichen, von Millionen Amerikanern mitgeträumten Video-und-Gameplayer-Traum von bodygebildeten allmächtigen Supermännern und ihre eigenen sexuellen Sadophantasien im rechtsfreien Raum der Sondergefängnisse ausleben, ja austoben konnten. Niemand hinderte sie einige Monate lang daran. Dabei wurden sie von ihren Vorgesetzten in der Antiterroreinheit

vielleicht sogar angestiftet, auf jeden Fall aber erst nachträglich gebremst. Nicht, weil die sich vor Entsetzen über so viel Rechtsbruch und Verletzung der Menschenwürde plötzlich schämten, sondern aus Angst vor einer Herabstufung, dem Verlust ihrer Karriere oder Bestrafung, also dem Verlust an Geld. Man beachte, daß man seine Karriere, sein Amt und sein Geld, also in der Gesellschaft der USA *alles,* verlieren kann, weil man *torture* geduldet oder verschuldet hat. Unabhängig davon, daß es auch in einem Polizeirevier in den Südstaaten manchmal nicht mit rechten Dingen zugeht - das FBI schreitet oft genug ein, wenn es opportun ist. Die Übergriffe gegen Schwarze und Unterschichtenweiße in den 60er Jahren und die Aktionen des FBI dagegen sind bereits Filmlegende.

Die jetzt auf unseren Bildschirmen sehr stark und manchmal geradezu triumphierend betonten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der US-Regierung wären aber noch glaubwürdiger, wenn man *je* (!) in einer Nachrichtensendung mit der gleichen Dauer und Betonung über die Folterungen unter Saddam Hussein berichtet hätte. Das war aber nicht der Fall. Der einzige, der einmal in einer ausführlichen Sendung über die geradezu aus dem Danteschen Inferno stammenden Folterungen und Vergewaltigungen unter dem Sonderregime von Saddams Sohn berichtete, war überraschenderweise Biolek, der eine ganze Sendung mit dem Interview eines Kronzeugen für Udais Folterpraxis nutzte.

Ein Echo bei den Kollegen in Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsendern löste der Bericht nicht aus. Er scheint bei unseren meinungsbildenen Journalisten höchstens die Reaktion ausgelöst zu haben: Ja, Diktaturen foltern eben. Hund beißt Mann - das ist keine Nachricht, aber Mann beißt Hund - das bringen alle. Demokratie foltert, das ist die Nachricht, Diktatur

foltert - das ist kalter Kaffee.

Da die gleichen Journalisten und Fernsehmacher nach dem erfolgreichen Durchmarsch durch die Medien nun schon eine ganze Weile ihre Positionen innehaben, war das schon vor zwölf Jahren bei der Wende in der Sowjetunion zu beobachten: Niemand kümmerte sich bis 1990 um den grausigen Alltag und die Folterpraxis in den russischen Strafanstalten, die noch unter dem von unseren Medien geradezu verehrten Gorbatschow weiterbestanden. Erst nachdem es zaghafte Ansätze zur Reform des Rechtswesens unter Putin gibt und dort eine zu allem bereite islamistische Terrorszene mit dem Epizentrum Tschetschenien entstanden ist und unter diesem Druck auch eine Annäherung Putins an die USA erkennbar wird, verfolgt man klammheimlich, aber mit Argusaugen nicht so sehr die Terroranschläge in Moskau und St. Petersburg, sondern mit weit größerem Engagement die Fehler der russischen Antiterroreinheiten. Die Tschetschenen heißen in unseren Nachrichten schon seit Jahren Widerstandskämpfer, die radikalen Selbstmordattentäter im Irak erst seit Mai 2004.

Mutiger, engagierter Journalismus oder wohlfeiler, in Deutschland keine Karriere und Wählerstimmen kostender Antiamerikanismus? Im Hinterkopf haben sie immer noch die Studentenslogans »Kein Blut für Öl« und im Kopf die gute alte, auch in der NS-Zeit nie gebrochene Tradition einer antikapitalistischen Grundströmung gegen England und die USA. Der Generalverdacht der Linken »Ist etwas auf Erden schief und krumm, so stinkt es bestimmt nach Petrolium« (Tucholsky).

Gegenöffentlichkeit

Was ist Gegenöffentlichkeit?

Ein politischer Propagandabegriff der sogenannten »Außerparlamentarischen Opposition« von 1967, heute meist mißverständlich »die 68er« genannt. Das Wort war eine Fälschung. »Gegenöffentlichkeit« stand für etwas ganz anderes: für den Willen, Öffentlichkeit für eine vermeintlich gute Sache notfalls auch *gegen* den Willen der Öffentlichkeit herzustellen - mit Gewalt. Die Methode machte Schule und wird heute weltweit von den Anhängern von *Attac* und von den *Islamfaschisten* angewandt. Jedenfalls so lange, bis die Öffentlichkeit selbst in den Händen der Gewalttätigen ist. Die 68er wollten bekanntlich alles anders machen als alle anderen, und »gegen« war eines ihrer Lieblingswörter, und wenn sie nicht gestorben sind wie Rudi Dutschke, Reinhard Kahl und Ulrike Meinhof, sitzen sie heute in der (rot-grünen) Regierung. Sie brauchen keine Gegenöffentlichkeit mehr - jetzt fürchten sie sie.

Ein Blick auf die Entstehung des Kampfbegriffs lohnt sich. Es ist nicht mehr zu ermitteln, wer diesen Begriff eingeführt hat, zum erstenmal aufgeschrieben finden wir ihn in einer Grundsatzerklärung der 22. Delegiertenkonferenz des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund, der Studentenorganisation der SPD)*. Wer ihn zuerst in die Debatte gebracht hat, ist mir heute nicht mehr erinnerlich. Der Begriff war plötzlich da. Aber natürlich gibt es bei einer so prägnanten Formulierung einen Autor, keine kollektive Autor-

* Zitiert nach Tilman/Fichte (Hrsg.), Kleine Geschichte des SDS, Reinbek 1975.

schaft, das gilt ebenso für mündlich überlieferte Sprüche, für politische Witze genauso wie für die »mündlich überlieferten Volkslieder« oder die volkstümlichen Verballhornungen und Parodien von Liedern. Es gibt immer einen Autor, der diese Formulierung zum erstenmal gebrauchte, meistens bleibt er anonym, wahrscheinlich war es ein unbekannter Student aus ebenjener »Gegenöffentlichkeit«, die wir im folgenden genauer beschreiben wollen. Ulrike Meinhof oder Rudi Dutschke prägten diesen Begriff nicht.

Gegenöffentlichkeit war eine Analogiebildung zu »Gegengewalt« (Ulrike Meinhof), »Gegenuniversität« (in Westberlin gegründet), »Gegenredaktion« (im *SPIEGEL* versucht, dann in *konkret) und* stammte aus der massenhaften Bewegung der deutschen Studenten von 1967/68, die sich selber »Außerparlamentarische Opposition (APO)« oder »antiautoritäre Bewegung« nannte. Weniger bekannt ist heute der damals geläufige Begriff »Neue Linke«, der auf angelsächsische Vorbilder zurückgeht, deren Zeitschrift *New Left* ab 1962 bei uns bekannt wurde. Ulrike Meinhof machte in *konkret* schon im Juni 1962 klar, worum es bei der Gegenöffentlichkeit eigentlich ging: Auf einer Kundgebung zum 1. Mai in Westberlin, außerhalb der offiziellen Großkundgebung des DGB, zu der Erich Kuby und ein Betriebsratsvorsitzender Fritz Lamm sowie Studenten in der SPD, Jungsozialisten und Gewerkschaftler aufgerufen hatten. Es war eine kleine Gruppe, und die konkret-Journalistin schnitt sogleich zielsicher das Thema der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit an, die den linken Bewegungen fehle: »Wie viel gute Gedanken und realistische Gesinnung sind in Deutschland schon verkommen, weil man sie nicht verbreiten konnte?« (*konkret* 6/1962)

Doch das sind Vorboten. Insgesamt herrschte Ruhe an den deutschen Universitäten. Lediglich die aus England importierten und hier rasch von wenigen Mitgliedern der illegalen Kommunisten instrumentalisierten »Ostermärsche« gegen die Atombomben lockten ab 1960 Jahr für Jahr eine bunte Schar Marschierer zu den tagelangen Demonstrationen durch die deutschen Landschaften und mobilisierten so die Öffentlichkeit. Durch ihre ziemlich anstrengenden Gewaltmärsche mit Transparenten, bunten Kostümen aller Art und Gitarrenmusik und (englischen) Liedern versuchten sie, sich bei der meist regierungskonformen Presse Gehör zu verschaffen. Das Echo blieb gering. Doch, wenn man will, war das schon ein kleiner Versuch, »Gegenöffentlichkeit« zu schaffen. Den Begriff gab es noch nicht. Wieder bedauerte Ulrike Meinhof: »Um ein Land, in dem die Opposition nur durch Gewaltmärsche die Aufmerksamkeit der Presse erlangen kann, ist es schlecht bestellt.« (*konkret*, 4/1963)

Der langsam eskalierende Vietnamkrieg und die große Koalition zwischen SPD und CDU begünstigten ab 1966 das Hervortreten einer überraschend starken und in ihren Methoden völlig neuartigen Studentenbewegung an einigen deutschen Universitäten, nachdem es 1958 schon eine breite, in ihren Methoden aber konventionelle studentische Bewegung »Kampf dem Atomtod« gegeben hatte, in der *konkret* als überregional an allen Universitäten verbreitete Studentenzeitung so etwas gewesen war wie ein »kollektiver Propagandist und Organisator« (Lenin).

Für einen Augenblick der Zeitgeschichte könnten die Studenten damals die Studentenzeitung *konkret* als eine Art »Gegenöffentlichkeit« inmitten einer politisch konformen Presselandschaft der Ära Adenauers

und Erhards angesehen haben - der später geprägte Begriff Gegenöffentlichkeit meinte aber etwas anderes als eine schon eingeführte, überall erhältliche, wenn auch oppositionelle Presse: Er bezeichnete Aktionen, die durch Flugblätter, Befragungen, Aufrufe, Aktionen, Agitprop, »Happenings«, »Sit-ins«, »Go-ins«, Sitzblockaden und ungewöhnliche, durchaus auch gewalttätige Methoden aller Art selber direkt an die Öffentlichkeit gehen oder durch das Echo in den gedruckten Medien, des Funks und des damaligen Schwarzweißfernsehens tausendfach vervielfältigt und so selber öffentlich werden. Solche Methoden werden heute fast unverändert bei *Greenpeace* und neuerdings bei der international agierenden *Attac* angewandt, deren Zusammenspiel mit den Fernsehsendern zu großer Perfektion gediehen ist. So sehr, daß die Aktionen manchmal schon Wochen vorher bei der Programmplanung der Sender berücksichtigt werden.

Die gewaltfreien oder gewaltsamen »Regelverletzungen« richten sich bereits in Anlage und Planung ganz auf die Bedürfnisse der Mediengesellschaft nach ungewöhnlichen »filmischen« Bildern aus. Die farbigen Szenen sollen möglichst ausführlich den Ideenreichtum und den *Mut* der sympathisch aussehenden jungen Akteure zeigen: waghalsiges Klettern auf hohe Gebäude oder Türme, Anketten oder gar Anschmieden von Demonstranten an Eisenbahnschienen und so weiter. Sehr beliebt bei den Bildreportern und immer eindrucksvoll sind prügelnde Polizisten, die auf laut schreiende Frauen einschlagen, und blutüberströmte Gesichter der Polizeiopfer in Großaufnahme (Zoom). Erhöhte Wirksamkeit garantieren die Anwesenheit von lachenden (die bessere Zukunft verheißenden) oder heulenden (Angst und Schrecken vor der Gewalt zeigenden) Kleinkindern.

Die Methode entwickelte sich langsam.

Die erste der gezielt optisch wirksamen Regelverletzungen fand 1967 an der Universität Hamburg statt, indem zwei Studenten sich vor den Zug der kettenbehangenen, in altertümliche Talare gekleideten Magnifizenzen und Spektabilitäten (Rektor und Gastrektoren und Dekane) drängelten und bei deren Auszug aus der Hamburger Aula plötzlich ein Transparent »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« hochhielten. Dies war das erste, jedenfalls das am meisten wahrgenomme Auftauchen der studentischen Revolte. Bei einigen der einprägsamen Slogans der damaligen Zeit ist ihr Urheber überliefert, oft aber irrtümlich, und dieser Irrtum wird von Jahr zu Jahr und von Autor zu Autor falsch weitergegeben. So auch beim »Muff von 1000 Jahren«. Kein geringerer als der heutige SPD-Bürgermeister von Bremen, Detlef Albers, hielt damals das Transparent (mit) hoch, doch die Idee hatte das damalige Mitglied der 1967 wieder zugelassenen Kommunistischen Partei (DKP), Peter Schütte, dessen Slogan allerdings nur »Muff von 100 Jahren« heißen sollte. Detlef Albers machte aus den 100 die 1000 Jahre und erhielt den Nachruhm. Die Bilder gingen tagelang durch die Presse und das Fernsehen, und natürlich regten sie viele Nachahmer an. Ohne daß der Begriff schon geprägt war, wurde von nun an medienwirksam *Gegenöffentlichkeit* hergestellt.

Die Zeitschrift *konkret* selbst kann man in der ersten Phase, bis Ende 1968, vielleicht als ein Bindeglied zwischen Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit ansehen, viele der Aktionen wurden hier zum erstenmal dokumentiert, andere wurden auch von den aktiven Mitarbeitern selbst initiiert, nach dem Motto »Erst etwas machen und dann darüber schreiben!« (der Verfasser).

Von allen Aktivisten der Gegenöffentlichkeit waren die Mitglieder der Berliner »Kommune 1« um Kunzelmann, Teufel und Langhans lange Jahre die einfallsreichsten. Ein paar ihrer provokanten Scherzaktionen sind legendär, bekannt durch ihre auffallenden Kostüme, offenen Särge, Puddingbomben und Traktate über die freie Liebe und Flugblätter über brennende Warenhäuser (*Burn warehouse, burn!),* wurden sie nach weniger als zwei Jahren durch die gar nicht mehr scherzhafte Öffentlichkeitsarbeit von Andreas Baader und Gudrun Ensslin abgelöst, die nunmehr wirklich die Warenhäuser anzündeten und den Medien die brennenden Häuser und Bomben und später auch die Toten live vor die Kameras lieferten und so Öffentlichkeit für eine schlimme Sache herstellten, für Mord und Totschlag.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 stirbt Ulrike Meinhof, erhängt in ihrer Zelle in Stammheim. Nach einer spontanen Kundgebung unter führender Beteiligung des heutigen Außenministers Joseph (»Joschka«) Fischer, bei der der Tod Ulrike Meinhofs als Mord bezeichnet und *Gegengewalt* gefordert und beschlossen wird, gehen die Studenten am nächsten Tag, dem 10. Mai, aus Protest gegen den »Mord« auf die Straße, bewaffnet mit einigen Dutzend Molotowcocktails (Benzinbomben mit Brandbeschleunigern). Als ein Polizeifahrzeug zwischen die Demonstranten fährt, wird es, wie vorher verabredet, mit einer Salve von Benzinbomben angegriffen. Ein Polizist, der sein bereits in Flammen stehendes Auto nicht schnell genug verlassen kann, brennt wie eine Fackel, der Todeskandidat wird jedoch trotz 60 Prozent Verbrennungen am Ende von den Ärzten gerettet.

Ein anonymer Beobachter, der über den Mordversuch entsetzt ist, die Studenten aber auch nicht ganz

verdammen mag, schildert 1976 seine Beobachtungen: »*Da plötzlich ging er in Flammen auf. Molly aus Angst geschmissen}}} Revolutionäre Tat war das bestimmt nicht, ich glaube aber, wenn ich etwas gehabt hätte, genauso gehandelt zu haben",* und schließt mit den Worten: »*Versucht Gegenöffentlichkeit herzustellen.«* Wie hieß wohl dieser Anonymus? Das Zitat stammt aus einem Buch über Ulrike Meinhof.* Der Autor dieses Berichts, Peter Brückner, nennt keinen Namen.

Mit dem Auftreten der zuerst Baader-Meinhof-Gruppe genannten RAF und dem Ende der APO durch den Beginn des »Langen und mühevollen Marschs durch die Institutionen« verschwand auch der Begriff »Gegenöffentlichkeit« aus den Diskussionen. Die Teilnehmer des von Rudi Dutschke im Mai 1968 ausgerufenen Langen Marschs befinden sich seit 1998 ohne allzu große Mühe im Besitz der Institutionen und haben damit die Verfügung über die Öffentlichkeit, die elektronischen Medien und auch die meisten großen Zeitungen. Der Medienkonzern der SPD kauft gerade die bisher noch unabhängige, aber ohnehin linksparteiische *Frankfurter Rundschau.* Sicher ist sicher.

Gegen die angeblich wieder voll und diesmal weltweit etablierte »alte Gesellschaft« stellen die Erben der 68er, die global vernetzten und aktiven Frauen und Männer von *Attac* und die Märtyrer des militanten *Islamfaschismus,* täglich aufs neue blutige Gegenöffenlichkeit her. Solange die Öffentlichkeit das mitmacht.

* Zitiert nach Peter Brückner, Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976.

Gender

Was ist Gender Mainstreaming?

Es war einmal ein kleines Mädchen. Das hatte manchmal ein etwas verkniffenes Lächeln um den Mund und mochte Männer nicht so besonders. Erste Erfahrungen mit ihnen fand sie nach persönlichem Bekunden eher unangenehm. Zu ihrer eigenen Form hatte sie noch nicht gefunden. Sie wollte Journalistin werden, hatte aber nicht auf Anhieb Erfolg. Da ging sie für eine Zeit nach Paris, um sich dort umzutun und ein bißchen zu studieren. Während ihrer Studentenzeit tobte gerade der Kampf der 68er gegen das Establishment, die Ausbeutung und den US-Imperialismus.

Sie kam ein wenig zu spät, um in der Studentenbewegung noch eine größere Rolle zu spielen. Da hatte sie die Idee ihres Lebens: Sie gründete, nach dem Vorbild der USA, die erste deutsche Frauenbewegung der Nachkriegszeit und bekämpfte fortan nicht so sehr die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern die Ausbeutung der Frau durch den Mann. Feministinnen nannten sich die ersten Kämpferinnen seitdem oder Bewegungsfrauen, und ihre Bewegung erwies sich als zählebiger und erfolgreicher als selbst der »Marsch durch die Institutionen«. Die Studentin, die einst mit schriller Stimme und wilden Aktionen die Männer erschrecken und abschrecken wollte, ist heute in verschiedensten Gremien und Fernsehsendungen unverzichtbar. Sie sitzt in der Jury von Schlagerfestivals oder sucht zusammen mit Dieter Bohlen den Superstar oder die größten Deutschen, macht mal bei Ratespielen mit und mal beim Aufstand der Anständigen.

Wenn ich hier den Lebenslauf von Alice Schwarzer stark verkürze, so doch nicht *unzulässig.* Und darauf kommt es mir an. Die ehemals radikale Kritikerin der männerbeherrschten Gesellschaft, die mit ihrer Zeitschrift *EMMA* nie große Auflagen erreichte, dafür aber die Millionenauflage des *Stern* für ihre Aktion »Ich habe abgetrieben«* nutzte, sich damit in die Schlagzeilen hievte und den deutschen Frauen endgültig etwa noch bestehende Bedenken oder gar schlechtes Gewissen bei der Tötung ungeborener Kinder ein für allemal austrieb, ist nicht nur die milde Mathilde, als die sie sich den Fernsehzuschauern von heute darstellt. Sie ist auch das, was die Amerikaner *tough* nennen, hart im Nehmen. Eine Niederlage oder ein Flop werfen sie nicht gleich um.

Ein Flop war ihre Aktion zusammen mit Günter Wallraff gegen die designierte Friedenspreisträgerin des deutschen Buchhandels, die weltweit anerkannte Islamforscherin Annemarie Schimmel. Die Professorin erhielt ihren Preis - die Aktion war vergessen. Alice nicht. Wenn sie sich, schlecht beraten, auf ein Streitgespräch mit der scheinbar nur schön anzusehenden und gewagt angezogenen Traumfrau Verona Feldbusch auf eine stundenlange Fernsehsendung mit Nahaufnahmen von bis zu 20 Zentimeter Entfernung einläßt, in der Meinung, diese Verona sei zwar jung und sexy, aber oberflächlich und ungebildet und würde sich im Laufe der Sendung als dümmliches Püppchen entlarven, und sich dann herausstellt, daß diese überraschend klug und gar nicht auf den Mund

* Sie selbst hat nie abgetrieben. Jedenfalls habe ich das schon in meinem ersten Buch über Alice Schwarzer behauptet, ohne Widerspruch zu ernten: »Alice war nie schwanger«, in Klaus Rainer Röhl, »Lustobjekt«, Wien 1980, S. 87 ff.

gefallen ist und am Ende als haushohe Punktsiegerin aus dem Ring geht, so gibt Alice nicht gleich auf und läßt sich ein Jahr später mit der Traumfrau auf Riesenplakaten gegen den Rassismus ablichten - Verona hat eine südamerikanische Mutter.

Wer hätte das gedacht? sagen die Leute.

Alice Schwarzer hat die Gleichberechtigung der Frau in Deutschland erkämpft und durchgesetzt und etwa 40.000 Frauenbeauftragte* in Lohn und Brot gesetzt, deren Gehälter zwischen 2000 und 4000 Euro schwanken. Deren Existenz ist ein ernstzunehmender Faktor bei vielen politischen Entscheidungen und trägt sehr zur Stabilisierung des politischen Klimas bei. Als sich die nordrhein-westfälischen Grünen wieder einmal von ihrem sozialdemokratischen Seniorpartner über den Tisch gezogen fühlten und auf keinen Fall auch noch die Kröte »Garzweiler II«, das neue Braunkohlenabbaugebiet, schlucken wollten und Anstalten machten, die ganze Koalition platzen zu lassen - schließlich war die Verhinderung von Garzweiler eines ihrer Wahlversprechen -, stimmte die grüne Basis, sonst eher als radikal verschrien, überraschend gegen die Auflösung der Koalition: »Was soll aus unseren 4000 Frauenbeauftragten im Land werden?« hieß es bei den Grünen-Frauen an der Basis. Geld macht nicht nur sinnlich, sondern auch besinnlich, nachgiebig. So wurde Garzweiler II genehmigt, und die Grünen blieben im Landtag, bis heute.

Bevor Alice Schwarzer sich aus der aktiven Frauenpolitik verabschiedete, hatte sie ihre *EMMA*-Leserinnen noch mit den Ahnfrauen des Feminismus bekannt gemacht, den Amazonen, die es in der vorhistorischen Zeit (zur Zeit des Trojanischen Kriegs) viel-

* Seit einigen Jahren: Genderbeauftragte, siehe weiter unten.

leicht einmal gegeben hatte - oder auch nicht, jedenfalls wußten die alten griechischen Schriftsteller wahnsinnige Dinge über sie zu erzählen. Damit hatte Alice Schwarzer, wie es in der ersten deutschen Frauenplatte »Schneewittchen« heißt, ein »neues, unbekanntes Land« entdeckt, das bald hochaktuell werden sollte. Alice Schwarzer hatte damals die Wut auf die Männer und ließ eine amerikanische Feministin in *EMMA* zu Wort kommen, die auch die Wut hatte, die amerikanische Psychoanalytikerin Phyllis Chesler. Die machte die deutschen Frauen auf die Amazonen aufmerksam, die wir seit Kleists »Penthesilea« längst vergessen hatten. Phyllis Chesler schlug den gegen die männliche Unterdrückung kämpfenden Frauen vor, sich an den Amazonen ein Beispiel zu nehmen: »Die Amazonengesellschaft stellt als Mythos, historisches Ereignis und als universaler männlicher Alptraum eine Kultur dar, in der die Frauen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität die Herrschaft ausüben. In der Amazonengesellschaft waren nur die Männer, soweit man ihnen zu bleiben gestattete, in verschiedenem Maße machtlos und unterdrückt.«*

Damit wir uns den Amazonenstaat anschaulicher, gewissermaßen sinnlicher vorstellen können, wird in Cheslers Buch noch aus einem frühfeministischen Amazonenbuch der 20er Jahre zitiert, das die Wiener Schriftstellerin Helen Diner 1926 veröffentlichte und noch heute ein Kultbuch in der frauenbewegten Szene ist. Es beschreibt die erstaunlichen Bräuche der Amazonenvölker: »Die mildeste Art führt sie in jedem Frühling zu flüchtiger, aus Prinzip wahlloser Vermischung

* Phyllis Chesler, Frauen, das verrückte Geschlecht, Reinbek 1974, S. 273.

an männliche Nachbarn heran. Weibliche Frucht wird behalten, männlicher Nachwuchs dem fernen väterlichen Stamm zurückgeschickt. Die schärfere Art schickt nichts zurück, sondern verstümmelt die neugeborenen Knaben, macht sie für später ungefährlich durch Auskugeln einer Hand und einer Hüfte. Als verachtete Sklavenprügel, von keiner Amazone je erotisch berührt, werden sie im Stamm lediglich zum Kinderwarten, Wollespinnen und für sonstige Hausarbeiten verwendet. Im extremsten Fall wird meist der Besamer selbst nachträglich getötet, ausnahmslos aber jede männliche Geburt.«*

Eine saubere Lösung. Alice Schwarzer lobte damals in einem Vorwort das Buch mit den Worten: »Das in Amerika so fruchtbare Klima von Dringlichkeit und Wut gibt es in der Bundesrepublik noch nicht ... Darum ist Phyllis Cheslers Streitschrift jetzt ein so wichtiger Text.«

Kleine Ursache, große Wirkung. Auch Dutschke hat mal bei *rororo-aktuell* angefangen mit seinem Aufruf zum Langen Marsch. 1970 erschien der Hinweis auf die Amazonen, das war schließlich das Jahr, in dem auch Gerhard Schröder und Joschka Fischer und Jürgen Trittin und Daniel Cohn-Bendit ihren Langen Marsch durch die Institutionen antraten - alles Männer! würde Alice Schwarzer sagen -, und die sitzen heute in der Regierung. Und wo saßen die Amazonen? Am Thermodon, einem heute vertrockneten Flüßchen an der Nordküste der Türkei, so berichten die antiken Schriftsteller. Wo sitzen die Amazonen heute? Geduld.

Amazonenland ist neues Land. Alice Schwarzer betrat das neue, unbekannte Land übrigens selber nie.

* Sir Galahad (Pseudonym von Helen Diner), Mütter und Amazonen, Wien 1925, Reprint, Berlin 1975

Sie weiß die Gleichberechtigung, für die sie ein Leben lang gekämpft hat, in trockenen Tüchern und hat auch noch viele Fernsehtermine und Auftritte auf dem Kalender und will sich an ihrem Lebensabend über das Erreichte freuen.

Amazonenmacht aber, das heißt nicht Gleichberechtigung, das heißt Vormacht. Übermacht. Und die treiben andere voran, die nicht so eitel und ichbezogen wie Alice sind und ihren Namen nicht *so* gern gedruckt sehen und nie im Fernsehen auftreten. Sie wirken lieber im stillen und drohen auch nicht mit dem lächerlichen männerfeindlichen Hackebeilchen, das als skythische oder eben amazonische Doppelaxt durch die frühen feministischen Phantasien geisterte und auch als Silberschmuck um den Hals getragen wurde, alternierend zu der ebenfalls anzüglichen silbernen Rasierklinge. Vorbei, verweht, vergessen. Die Anhängerinnen der Frauen-Vormacht gingen auch auf den Langen Marsch, überall auf der Welt. Erst einmal aber tauchten sie unter. Bis 1985.

Nairobi. Dritte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen. Auf dieser Konferenz wird erstmals eine neue Strategie vorgestellt mit dem Namen *Gender Mainstreaming.* Der Begriff kam so sang- und klanglos und selbst für Engländer oder Amerikaner unverständlich daher, daß niemand davon Notiz nahm, obwohl jeder Mann und jede Frau gemeint war.

Gender ist der englische Begriff für »Geschlecht«. Er meint das grammatische Geschlecht eines Wortes, aber auch das biologische Geschlecht eines Menschen. Seit Nairobi ist dieser Begriff jedoch mit einem neuen Inhalt besetzt. Gender bedeutet jetzt, nach einer Broschüre des deutschen Familienministeriums vom Sommer 2002, »die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind - anders als das biologische Ge-

schlecht - erlernt und damit auch veränderbar«. (!) Aha. Ändere die Welt, sie braucht es. Sogar die 68er nannten das schon selbstkritisch Herumfummeln am Sozialisationsprozeß. Wollen wir das? Wer das nicht will, dem geht mit dem nächsten Wort an den Kragen:

Mainstreaming (schlechtdeutsch = Mainstream), also Hauptströmung, bezeichnet eigentlich einen bestimmenden Trend, in diesem Fall kann es auch einen Zwang bedeuten. In der wunderschön einfachen Sprache des Frauenministeriums heißt Mainstreaming, daß »eine inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird«. Basta. Weiß das der Kanzler? Weiß das Doris? Sind sie gendermäßig richtig eingestellt, oder müssen sie noch nachbessern? Da hilft ihnen Gender Mainstreaming - allmählich werden wir mit dem Wort vertraut und hören alle Nachtigallen unüberhörbar trapsen: »Gender Mainstreaming ist damit ein Auftrag (Fettdruck vom Familienministerium) an die Spitze einer Verwaltung, einer Organisation, eines Unternehmens und an alle Beschäftigten, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in der Struktur, in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in den Ergebnissen und Produkten, in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, in der Steuerung (Controlling) von vorneherein zu berücksichtigen, um das **Ziel** der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können«.*

Also Gleichstellung durch Gleichstellungskontrol-

* Gender Mainstreaming. Was ist das? Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2002, S. 5.

le. Warum sagt ihr das nicht gleich mit einfachen Worten? Wer aber erteilte da einen Auftrag - von wem abgesegnet? Und wie kam es zu dem Auftrag? Grob verkürzt gingen unsere energischen Mädels so vor: internationale Konferenz (nach Nairobi 1985 kam Peking 1995), Verabschiedung von Papieren - Annahme der Papiere in internationalen Gremien und schließlich Einbringung in die Gesetzgebung der Länder. Die Konferenz in Pekling beschloß »die Verpflichtung, ein Konzept zur Implementierung (!) von Gender Mainstreaming zu entwickeln«.

Schon 1994 war das Gender-Mainstreaming-Konzept im Europarat »implementiert« worden. Durch Einsetzung eines Lenkungsausschusses, der direkt beim Ministerkomitee angesiedelt ist. Man verliert keine Zeit. Schon beginnt die Arbeit in den einzelnen Ländern. Schweden macht den Anfang. Dort wird Gender Mainstreaming »auf nationaler, regionaler und kommunaler Politikebene« umgesetzt. 1995 Resolution der Generalversammlung der UN Nr. 52/100. Die Europäische Union verpflichtet sich 1996 auf Gender Mainstreaming, und im gleichen Jahr werden in Norwegen die Staatssekretäre der Ministerien zuständig für die Durchführung von Gender Mainstreaming. Das Tempo ist atemberaubend. 1997 das europäische Parlament. 1998 die Europäische Kommission. Im gleichen Jahr Umsetzung in den Niederlanden und Finnland. Welche Energie, wie viele Papiere, wie viele schlaflose und durchdiskutierte Nächte der noch nicht hauptamtlichen Genderpioniere und -pionierinnen waren nötig, um auch den Männern wirkliche Gleichstellung zu verschaffen? Denn auch das ist das Ziel von Gender Mainstreaming. Wenn nötig.

1998 sind wir auch in Deutschland angelangt: Die

ÖTV beschließt, Gender Mainstreaming in die Tarifarbeit umzusetzen, und stellt eine »Genderbeauftragte« im Tarifsekretariat ein. Besoldung nach Tarif. Die Landesregierung Niedersachsen beschließt unter der grün-roten Koalition, »das gesamte Kabinett wird umfassend zu Gender Mainstreaming geschult«. Sie haben recht gelesen: geschult.

Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag 1999 und im Bundeskabinett. In Niedersachsen wird eine Fortbildungsreihe »Wie bringe ich Gender Mainstreaming ins Tagesgeschäft?« begonnen. Wußten wir das? Kaum. Ein ähnlicher Beschluß der rot-roten Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien vom 26. Juli 2000 schreibt Gender Mainstreaming als Leitprinzip fest. Es folgen noch die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, 2001 Hamburg und 2002 Bremen.

Vorläufiger Höhepunkt: Als erste Gewerkschaft verankert *ver. di* Gender Mainstreaming 2001 als Aufgabe in der Satzung (§5) und setzt ein Mann-Frau-Team als Genderbeauftragte beim Bundesvorstand ein. 2001 Einweihung des Genderinstituts GISA in Sachsen-Anhalt. Dann wurde die SPD-PDS-Regierung abgewählt. Wie die Regierungen in Niedersachsen und Hamburg.

Die Genderbeauftragten blieben.

Gender Mainstreaming, so wird immer wieder betont, soll die bestehenden Diskriminierungen von Frauen aufheben, aber auch die von Männern! Was in der Praxis bedeutet, daß Männer *endlich* auch Friseusen werden können oder Hebammen, das ist sicher eine Minderheit, daß aber Frauen da, wo es wirklich um die Wurst geht, um Hunderttausende Arbeitsplätze

bei Behörden, Universitäten, Bibliotheken und Schulen, auf lange Zeit noch bei Beförderungen und Einstellungen bevorzugt werden, soweit es irgend machbar, das heißt vertretbar ist. Da fliegen die Fetzen, da ist Willkür nicht auszuschließen. Die neuen Genderbeauftragten, die Organisatoren der Kongresse sind natürlich *-innen,* wie denn auch die umfangreiche, aus Landes- und Bundesmitteln bezahlte Genderliteratur fast ausschließlich von Frauen geschrieben wurde. Die Genderwelt ist eine kleine, finanziell gut ausgestattete Welt für sich, jenseits der Realität, die inzwischen vom Bund und den SPD-regierten Ländern bis zu den Landkreisen reicht und in die Bezirksämter und schließlich in die Rathäuser Einzug gehalten hat, in aller Stille.

Immer wieder wird von den Genderbeauftragten die Notwendigkeit der Kontrollen betont. Controlling. Die Gleichstellungsstellen sind inzwischen so etwas geworden wie der Wohlfahrtsausschuß bei der Französischen Revolution. Sie arbeiten allerdings ohne Guillotine. Es geht auch anders. Die Betonung liegt auf der Dreieinheit: Beschluß, Gesetz und Kontrolle, auf die Einsicht der Betroffenen gibt man nicht viel. Möglicherweise besteht bei einigen die Befürchtung, daß wirkliche Gleichstellung ohne Zwang nie zu erreichen ist. Aber wir treiben hier keine Motivforschung. Wir sehen die geschaffenen Realitäten. Im Alltag ist Gender Mainstreaming eine Vorgabe für Frauen-Vormacht. Der uralte Menschheitstraum von der Überlegenheit des einen über das andere Geschlecht, den schon die Amazonen träumten und der zum Alptraum der Menschheit wurde.

Gender Mainstreaming ist auf lange Sicht angelegt. Wenn die Regierung Schröder schon längst den Langen Marsch in den Ruhestand angetreten hat,

braust der Amazonen-Mainstream erst richtig los. Erbarmung!

Vielleicht werden Sie jetzt sagen, der Röhl übertreibt wieder mal maßlos. Das wäre sehr beruhigend.

Genmanipulation

Was ist eigentlich Genmanipulation?

Genmanipulation ist nichts weiter als eine Wortmanipulation. Ein angefälschtes Wort wie ein angefälschter Elfmeter. Dahinter steht die Bekehrungsabsicht religiöser Ökofanatiker, die es aber beim Predigen keineswegs belassen, sondern uns mit der Ökosteuer das Benzin, den Strom, das Heizöl und alle mit Elektrizität hergestellten Produkte Jahr für Jahr verteuern. Wie im April 2004 das Bundesverfassungsgericht leider erlaubte, werden damit die Löcher in der Rentenkasse gestopft, die wegen der hohen Arbeitslosigkeit nicht genug Einkünfte mehr hat. Ziemlich miese Praxis. Aber die Begründung für die Ökosteuer bleibt sauber: wie die Umwelt, die einst sauber war, nicht mehr ist, wieder sein soll. Stichwort: dem Schöpfer nicht ins Handwerk pfuschen. Gott hat die Mücken, die Tsetsefliege, die Schlafkrankheit, die sie verbreitet, den Krebs und die Pest und den leider gegen Schädlinge und Trockenheit sehr anfälligen Mais geschaffen. Was von Gott ist, soll der Mensch nicht umklonen. Dein Freund, der Baum. Schonender Abbau der Ressourcen durch die Indianer, Eskimos, Pygmäen, Aborigines. Nachhaltigkeit.

Hört sich gut an, stimmt bloß nicht. Gott hat schon immer geklont und Gentechnik angewandt und seit Anbeginn durch Mutationen Millionen von Genen »manipuliert«, ohne die es die so hartnäckig verteidigte Artenvielfalt gar nicht gäbe. Seit dem Beginn der Ackerbau- und Viehwirtschaft hat der Mensch durch Züchtung neuer Arten, beispielsweise von Kühen, die immer mehr Milch gaben, und von Getreide, das im-

mer mehr Körner trug, neue Arten und Rassen mit veränderten Genen herangezüchtet. Das dauerte manchmal Jahre, manchmal Jahrtausende. Gelegentlich dauert es gar nicht so lange. Gott erprobt auch heute täglich neue Genveränderungen. Den Blumenkohl beispielsweise gibt es erst seit rund 1000 Jahren. Auf einmal war er da, war nur so 'ne Idee von Ihm. Wie der Mensch. Am Ende hat Gott bekanntlich den Menschen geschaffen, ganz am Ende aber auch, wer wollte das leugnen, noch die Gentechniker. Die mischen nun kräftig mit an der Genbank, computergestützt. Pfuschen in Gottes Handwerk.

Deshalb heißt das bei uns verächtlich Genmanipulation. Aber nur in Deutschland. In anderen Ländern heißt es Genveränderung, Gentechnik. Bei uns darf an den Genen nichts manipuliert werden, aber die Sprache darf manipuliert werden. Sprachmanipulation. Alles Böse wird schon mal sprachlich abgestraft. Bleihaltiges Benzin heißt bei uns verbleit. Verbleit wie versaut, vermurkst, vergiftet. Das gute Benzin ist *bleifrei.* Wie koffeinfrei, sorgenfrei, schuldenfrei. Die Regierung sagt der Hausfrau, wo es langgeht beim Kochen. Im Grunde ist die Wirtschaft die Feindseite, die dauernd Schadstoffe in die Suppe tut. Die Verbraucherschutzministerin sagt uns, was wir vermeiden sollen. Eigentlich so ziemlich alles. Bis in das Fleisch und die Knochen. Die Rinder, die Schweine, die Hühner und sogar die Fische im Wasser können Genmais gefressen haben oder andere genmanipulierte Pflanzen, bald vielleicht auch Tiere. Wenn das erst losgeht. Deshalb kauft die Ministerin Künast trotz ihrer nur mäßig gestiegenen Bezüge ihren Lammrücken natürlich nicht bei ALDI, sondern vom Ökobauern in der Toskana, wenn sie sowieso mal da ist, übers Wochenende.

Im Alltag kämpft sie als Landwirtschaftsministerin weiter gegen die Genmanipulation und die anderen Schadstoffe und ißt beim Italiener im Scheunenviertel, da kommen die Lammfilets ganz frisch aus der Türkei. Unmanipuliert.

Des Pudels Kern sind der Antikapitalismus und die Feindschaft gegen die USA. Neidgesellschaft gegen Gengesellschaft. Die Amerikaner und die deutschen Pharmafirmen wollen mit der Genindustrie nur Geschäfte machen, heißt es. Klar wollen sie das, sonst wären sie auch keine guten Geschäftsleute. Aber unbestritten ist auch der Nutzen der neuen Produkte für die Armen und Hungrigen in der dritten Welt, heute schon fast die Hälfte der Erdbevölkerung, mit steigender Tendenz. Der Hunger hat noch zugenommen, die Anzahl der Aidskranken droht ganze Landstriche zu entvölkern. Der Mais aber ist, neben Reis, das Hauptnahrungsmittel der Weltbevölkerung. Die Ernten sind bedroht durch Dürre und Schädlinge aller Art. Genveränderter Mais ist nicht so anfällig gegen Pilze und Bakterien und braucht nicht soviel Wasser. Die Ernten sind höher, der Mais - und das damit ernährte Vieh - billiger. Die Aidsseuche, von der in Afrika jedes zweite Kind befallen ist, kann durch genveränderte Medikamente - vielleicht - endgültig gestoppt werden. Sonst vermutlich nie.

Die Grünen-Minister und -Ministerinnen stehen vor einem Interessenkonflikt, nicht zu verwechseln mit einem Gewissenskonflikt. Das haut sie um. Ein echter Hammer, würden sie sagen. Die aus den kommunistischen Splitterparteien (= K-Parteien), also vom Marxismus her kommenden Berufspolitiker, legen den Amtseid nie auf die Bibel ab und glauben an nichts, nicht einmal mehr an ihre früheren Götzen Mao und Lenin. Sie glauben nur, was sie sehen. Und das sind ihre Bank-

auszüge. Und die Umfrageergebnisse, die diese Bankauszüge auch in Zukunft sichern können. Sie glauben bestenfalls an die Veränderbarkeit der Materie, also auch des Menschen, den die Altmarxisten ja mit zur Materie zählen.

So ähnlich denkt und träumt auch die schweigende Linke in der SPD. Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Ändere die Materie, und du änderst den Menschen, das steckt noch tief in den Köpfen. Das alles aber spräche *für* die Gentechnik. Hunger, Elend und Krankheiten ein für allemal beseitigen. Träume, goldenes Wenn.

Aber die grüne Basis und die grünen Fundis ticken anders, träumen von der Unberührtheit der Natur, der Wiederkehr des Goldenen Zeitalters, computergestützt. Ehrfurcht vor dem Leben, vor der Natur, vor der Heimat, vor dem Überlieferten, unbedingte Gewaltlosigkeit wollten die Ur-Grünen, die 1977 die Partei gegründet hatten.* Doch die sind im Zuge der Machtergreifung der Gewaltbereiten um Fischer und Trittin längst aus der Partei gedrängt worden oder gestorben. Von den Gründern der Grünen wie Herbert Gruhl, Baidur Springmann, Jutta (von) Ditfurth und Petra Kelly ist niemand mehr in der Partei. Die neuen Herren haben zwar die Turnschuhe gewechselt und sich an das gute Leben mit Freiflügen und Mercedes-Chauffeur gewöhnt, fühlen sich aber als Kinder der Französischen Revolution und handeln, wenn sie über-

* Der Verfasser war dabei. In seinem Haus fanden die ersten Diskussionen über die Gründung einer neuen, vierten Partei statt, die ursprünglich eine linke Partei sein sollte und aus der sich später die Grünen entwickelten. Vgl. Klaus Rainer Röhl, Riesen und Wurzelzwerge, Das Dilemma der deutschen Linken, München 1999, S. 56 f.

haupt nach Gesichtspunkten handeln, nach materialistischen Gesichtspunkten, philosophisch betrachtet.

Materielle Interessen haben sie auch. Das gehörte schon mit zur Französischen Revolution, das gute Leben, das der asketische Robespierre dem Danton so verübelte. Sie sind keine Idealisten. Nicht naturreligiöse Vorstellungen bestimmen ihr Handeln, sondern Vernunft. Sie können ganz gut rechnen, sonst wären sie nicht Minister oder Ministerinnen geworden. Aber.

Wenn sie aidskrank sind, möchten sie natürlich auch lieber ein todsicheres Medikament gegen Aids haben, und wenn es zehnmal genmanipuliert ist. Und wenn sie Krebs haben oder das Herz Rhythmusstörungen hat und es ist gerade ein wirksames genmanipuliertes Mittel auf den Markt gekommen, das die Selbstzerstörung der Zellen aufhält? Oder eine neue Herzklappe aus Stammzellen? Hand aufs Herz! Wer möchte nicht seine schöne große Ministerpension und sein Haus aus Natursteinen in der Toskana auch *nach* 2006 in Ruhe genießen, bei einem guten Tröpfchen Biowein? Wer wollte ihm das verübeln, wer wirft den ersten Stein? Da hat nun einer sein Leben lang jedes Gummibärchen auf genmanipulierte Zusätze untersuchen lassen und alle Verpackungen mit kleingedruckten Warnhinweisen überzogen, und am Ende kriegt er ein Herz eingepflanzt oder ein Ohr aufgepappt, das, gentechnisch hervorragend gemacht, aus Stammzellen von Mäusen gezüchtet worden ist. Vergiß es und lebe, Revolutionär!

Für das einfache Volk (Verzeihung: die *Bevölkerung!)* ist die medizinische Rundumversorgung bis ans Lebensende allerdings ein heißes Eisen. So geht es nicht. Jetzt schon können oder wollen die Jungen die Alten nicht mehr ernähren. Wenn die nun *noch* älter werden, und das ist ja absehbar, gibt es am Ende kein

Halten mehr. Angesichts der unaufhaltsam wachsenden Massen von Alten, die am *Methusalemkomplott* beteiligt sind, darf die Gentechnik schon mal gefährlich genannt werden. Immer weniger Kinder und immer mehr Alte, die endlos leben.

Und mehr Kinder in Deutschland? Mehr Kinder und gesunde Kinder durch Genveränderung? Technisch durchaus machbar. Ernährbar auch. Doch klingeln sofort alle Alarmglocken. Keine behinderten Embryos mehr, nur noch gesunde Babys. Das wäre ja ... Züchtung, Rassismus, *Faschismusl* Schon kommt der eigenwillige Philosoph Peter Sloterdijk und erörtert in einem Vortrag tatsächlich »pränatale Selektion« und »optionale Geburt« mittels Gentechnik.* Eine »faschistische Horrorvision«, empört sich der *SPIEGEL*-Autor Reinhard Mohr. Doch wenn die Sorge um ein gesundes Baby so ganz absurd wäre, warum machen denn heute fast alle Mütter schon ab dem zweiten Monat der Schwangerschaft den Ultraschalltest und strahlen vor Freude, wenn der Embryo gesund ist? Was würden Sie dafür tun, damit Ihr Baby nicht behindert auf die Welt kommt?

Und was ist mit der Möglichkeit, einen Kinderschänder und Mörder mit Hilfe des Gentests zu überführen? Wird da wieder die Warnung vor dem Überwachungsstaat, dem »gläsernen Menschen« und der flächendeckenden Rasterfahndung und einer schon geplanten Gendatei laut, wie die *taz* bereits befürchtete, als 1998 der Mörder eines elfjährigen Mädchens durch einen genetischen Massentest an 12.000 Männern überführt wurde und ein Geständnis ablegte?** Was dagegen?

* 2003 im oberbayrischen Schloß Elmau, zitiert nach *SPIEGEL*, 8. Oktober 2003.

** Die *taz* vom 2. Juni 1998.

Man sieht, die grünen Genkritiker haben Schwierigkeiten mit ihrem eigenen Weltbild und ihren eigenen, vielfältig verästelten Ängsten und Forderungen. Am Ende läuft es auf gute und schlechte Gene hinaus. Es ist genau wie mit den von der Wissenschaft gezüchteten Monstern. Einige fürchten eine Horrorgesellschaft *ä* la Frankenstein. Andere fordern Frankenstein auf Krankenschein.

Graffiti

Mögen Sie Graffiti?

Das Wort Graffiti (aus dem Italienischen, von graffiato*) ist eine bewußt irreführende Bezeichnung für Wandschmierereien von Jugendlichen mit Farbsprühdosen. Die Botschaft dieser verharmlosenden Benennung: Graffiti sind Kunst, eine kunstvolle, wenn auch unverlangte Fassadenmalerei. Die Beschädigungen der Häuserwände, Fassaden, Denkmäler oder sogar Altertümer sind also mit anderen Maßstäben zu messen als andere Sachbeschädigungen.

Die Farbe auf fremdem Eigentum versprühenden Jugendlichen sind eine neue Art von Künstlern, die nach einem Ausdruck suchen und sogar eine Botschaft übermitteln wollen. Lexika, wie Meyers Großes Taschenlexikon von 1992, vergleichen die Graffiti bereits mit Felszeichnungen, die schon in der Antike bekannt gewesen seien, andere ziehen sogar die Höhlenmalereien der Urzeit als Vorläufer der Graffiti heran. Ihre massive Bekämpfung, heißt es, werde bezeichnenderweise nur von »Law-and-Order-Politikern« oder *Populisten* gefordert und sei also falsch.

Selbst der Ausdruck »Sprayer« ist der Versuch einer Verharmlosung. Das Wort zeugt nicht nur von der Gedankenlosigkeit der Journalisten, Behördenangestellten und Soziologen, die sich mit dem Phänomen der Schmierereien beschäftigen, die Meinungsführer unter ihnen handeln bewußt. Die Farbschmierereien haben nämlich ihren Anfang in der politischen Szene ge-

* Ursprünglich eine Technik der dekorativen Fassadengestaltung.

nommen und von dort noch den Anschein einer Legitimation mitgebracht, allerdings werden sie von ihren Verharmlosern und Verteidigern zu Unrecht der linken, *antifaschistischen,* antirassistischen, antikapitalistischen Agitation zugeordnet. Was aber keineswegs zutrifft, denn sowohl Links- als Rechtsextreme bemalen gern Wände mit Parolen, neuerdings auch Islamisten.

Ursprünglich, etwa in der Weimarer Republik, arbeiteten vor allem die beiden extremen Parteien, also die Kommunisten und Nationalsozialisten, mit an die Wand gepinselten Wahlparolen oder illegal geklebten Plakaten. Anstelle der teuren Wahlpropaganda, etwa an Litfaßsäulen, deren Inhalte ohnehin kontrolliert und bestimmten Restriktionen unterworfen waren. Ein Plakat mit der Aufschrift »Juda verrecke - Deutschland erwache!« oder »Tod den Faschisten, Heil Moskau!« wäre auch damals nicht ohne weiteres zugelassen worden. Um so mehr tobten sich Kleberkolonnen der Parteien nachts an den Häuserwänden von Berlin aus. Doch damals mußten schwere Farbeimer und Pinsel geschleppt oder auf Handkarren transportiert werden und verrieten bei einer schnellen Flucht die Täter, und oft waren es gerade diese nächtlichen Farbschmierer, die von der Gegenseite überfallen wurden. Bei den Messerstechereien und, ab 1931, auch Schußwechseln waren Verletzte und Todesopfer auf beiden Seiten zu beklagen.

Die Sprühdose dagegen ermöglichte nach dem Krieg im Gegensatz zu dem früher so mühsamen und gefährlichen Parolenmalen die außerordentlich schnelle »Bearbeitung« großer Flächen durch die mit Turnschuhen ausgerüsteten und guttrainierten, beweglichen jungen Leute. Zuerst in den USA, wo es seit den 20er Jahren weder nennenswerte Rechts- noch Links-

Parteien gibt, wurden in den 60er Jahren solche an die Häuserwände gesprühten Parolen zur Waffe im Kampf gegen Rassentrennung, aber auch von den besonders scharfen schwarzen Rassenfanatikern benutzt (»Black Power!«, »Black is beautyful!«), und sehr bald sprayten auch der Drogenbefürworter und Bewußtseinserweiterer (»Legalize Pot!«, Free Dope!«) ihre Botschaft an die Wand.

Von hier war es nur noch ein Schritt zur völligen Entpolitisierung der Graffiti, die mit ihren den radikal-sexistischen und surreal-utopischen Comics (zum Beispiel von Crumb) nachempfundenen großformatigen Bildreihen und Schriften eine explosionsartige Verbreitung in amerikanischen Großstädten und bald auch in Europa erfuhren. Die ursprünglich als eine Art individuelle Markierung angebrachten Buchstaben, das TAK des Sprayers, mit der er sein mit knalligen Farben und Formen auftrumpfendes »Kunstwerk« signierte, hat sich inzwischen zu einem reinen Selbstzweck entwickelt. Heute werden oft nur noch das TAK, manchmal ein, zwei gemalte Großbuchstaben und ein paar wirre graphische Linien gesprüht, der Zweck, die Beschädigung der Wand, ist auch damit erreicht.

Über die Rivalitäten, den Todesmut und die Kühnheit der Gewohnheitssprayer sind seit dem Auftreten des Sprayers von Zürich, Paul Nägeli, Bücher und Bildbände erschienen und Fernsehfilme gedreht worden, voll Insiderwissen und Verständnis und natürlich - klammheimlicher - Sympathie. Und viel Mitgefühl. Über die Gefühle der großen Mehrheit der Bürger quer durch alle Parteien, die weder ihr eigenes Haus und ihre Gartenmauern noch ihre öffentlichen Einrichtungen beschädigt sehen wollen, erscheinen keine Bücher. Über sie werden keine Filme gedreht. Sind es

nicht eigentlich Spießer, die sich über die Verunstaltung ihrer Häuser oder Eigentumswohnungen aufregen? Halbe Nazis? Aber die ehemalige Berliner Stalinallee, heute Karl-Marx-Allee, wo immer noch eine bemerkenswerte Anzahl von SED-Funktionären wohnt, ist (fast) frei von Schmierereien. Die nehmen nicht hin. Die sind schneller vor der Tür als die Polizei, wenn die Sprayer ums Haus streichen, um die alten, teilweise schon bröckeligen gelben Klinkerverblendungen zu verkrakeln, auf die man in Ulbrichts Zeiten so stolz war. Das Volkseigentum wird streng bewacht, in der Nacht und besonders in der Nacht. Es kann auch schon mal die Jacke voll geben, die Androhung immer. Die Sprayer meiden die frühere Stalinallee.

Momentaufnahmen Sommer 2004. Ich fahre durch Bad Nauheim, eine kleine Stadt mit vielen guterhaltenen Jugendstilgebäuden, -anlagen und -Skulpturen. Die meisten sind gerade nicht mit Farbe verschmutzt, zeigen aber die frischen Spuren einer unzulänglichen Reinigung oder eines flüchtigen Neuanstrichs. Der Bahnhof Bad Nauheim, der einzige vollständig erhaltene Jugendstilbahnhof Deutschlands, ist voll von besonders schwachsinnigen, offenbar provinziellen Krakeln und Symbolen, aufgelockert durch Parolen wie »Nazis raus!« oder »Ich steh auf französisch!«, »Mache alles!«. Klar, die Wände können auch so genutzt werden.

Berlin. Ich gehe durch den Park auf den Kreuzberg. Hier sind teilweise auch die Bäume und Parkbänke unkenntlich gemacht durch Sprayer-TAKs. Oben auf dem Berg, von dem man einen weiten Rundblick über Berlin hat, steht ein Denkmal - nicht etwa für einen preußischen General oder König, es ehrt einen bedeutenden Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts, Rudolf Virchow. In der Schule lernte man früher etwas über

seine vielen Forschungsvorhaben, er war fast ein Universalgenie. Sein Denkmal ist mit geradezu verbissener Wut regelrecht ruiniert, als wenn die Sitzenbleiber der Pisa-Studie es »den Erwachsenen« mal so richtig hätten zeigen wollen: Wir versauen alles. Alles, was euch vielleicht Freude macht oder nachdenklich, die Ruhe des Parks, die Bänke, die Aussicht vom Berg. Das wird alles hingenommen in Berlin. Bloß nicht anecken, in Kreuzberg regiert Rot-Grün. Hier ist der Wahlkreis des Abgeordneten Ströbele.

Auch das Pergamon-Museum, eine der meistbesuchten Sehenswürdigkeiten von Berlin, zeigt deutliche Spuren von Sprayattacken an seiner Fassade und sogar an den ägyptischen Skulpturen vor dem Eingang.

Geht man in Köln über den Vorplatz des Römisch-Germanischen Museums durch eine schrill lärmenden Menge jugendlicher Skateboardfahrer, so sieht man zur linken Hand Sarkophage aus römischer Zeit. Auch sie sind nicht vor der Zerstörungskunst aus der Sprühdose sicher. Sie haben 2000 Jahre überdauert mit ihrer Schönheit und Klarheit der Linien. Die letzten zehn Jahre Ewigkeit überdauerten sie nicht.

Warum werden bevorzugt Kunst- und Baudenkmäler, öffentlich aufgestellte Statuen und andere Kunstwerke und Denkmäler, Gefallenenehrenmale und Gräber Opfer des Bildersturms? Ist es nur Zerstörungslust, oder ist es nicht vielmehr die *Erlaubnis* zu zerstören, die hier wirksam wird? Sind die Sprayer, meist nur bedingt strafmündige Jugendliche unter 18, am Ende doch politisch in ihrem dumpfen Drang? Wie Beuys und seine Künstlerkollegen?

Sprayen ist keine Kunst, wie auch das Schlagen oder Erschlagen von Menschen, das Anzünden von Häusern keine Kunst ist. Sondern pure Zerstörungslust.

Der Drang, immer wieder, auch unter gefährlichen Umständen und großen Schwierigkeiten, aufs neue solche Beschädigungen anzurichten, ist wie eine Sucht, ähnlich dem weniger verbreiteten Drang einiger Gruppen von Jugendlichen, durch sogenanntes »S-Bahn-Surfen« Mut zu beweisen, welches schon einige Male zu tödlichen Unfällen geführt hat. Wegen des Suchtcharakters der Zerstörungslust und der Herkunft der Täter (viele stammen aus bürgerlichen, sogenannten geordneten Verhältnisssen) könnten psychologisch gebildete Verteidiger des Sprayens sogar auf mildernde Umstände plädieren. Tun sie auch.

Aber diese unheimliche, rastlose Zerstörungswut hat eine Geschichte. 1967 und 1968 ausgetobt am Eigentum und Häusern politischer Gegner*, verselbständigte sie sich danach zu einer zweckfreien Lust am analen Schmieren. Teilweise sollten die Kinder ja schon in den linken Kinderläden lernen, auf der eigenen Scheiße herumzurutschen, was aus Bequemlichkeit der Eltern bald durch Verwendung von Marmelade und Nutella abgemildert wurde. Später schmierten sie mit Farben aus der Spraydose herum.

Vor 20 Jahren waren die erstmals auftretenden - und erstmals straflos ausgehenden - Jugendlichen aus der Unterschicht noch naiver. Man fiel während der Nachtfahrten der S-Bahn über die Abteile her, schlitzte die Polster der Sitzbänke auf, zerschlug die Scheiben und verklebte die Schilder über Notausgängen,

* Der Verfasser war eines der ersten Opfer dieser als »Gewalt gegen Sachen« genannten Ausbruchs. Weil die politische Linie seines Blattes *konkret* einigen radikalen Linken nicht paßte, wurde sein Wohnhaus in Hamburg-Blankenese überfallen, mit Parolen besudelt und - schonend - verwüstet. Vgl. Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 272 ff.

Feuerschutz- und anderen Sicherheitshinweisen. Die Bundesbahn brachte alle zerstörten Waggons ins Depot und reparierte die Polster, säuberte die Fenster und Türen, das kostete viel Geld und schaffte, wenn man so will, auch Arbeitsplätze. Nach einigen Jahren hörten diese Aktivitäten auf.

Heute, im Sommer 2004, ist man nicht mehr so naiv. Wenn man durch Berlin mit einer U-Bahn oder S-Bahn fährt, sieht man durch die Fenster nur undeutlich wie durch Milchglas die Umgebung vorübergleiten, weil *alle* Fenster von riesigen, etwa fünf Zentimeter breiten Kratzspuren bedeckt sind, einer neuen Art von Grafitti. Scratching heißt die neue »Kunstrichtung«. Die mit einem Spezialgerät, einer Art Stahlbürste, eingeritzten Schnörkel und TAKs können weder abgewaschen noch mit chemischen Mitteln entfernt werden, es bleibt den U-Bahn- und S-Bahn-Betreibern nur die Wahl, sämtliche (!) Scheiben ihres ganzen Wagenparks für viele Millionen Euro zu ersetzen oder - und das ist die schlimmste Folge - die Verunstaltung einfach hinzunehmen.

Hinnehmen, das ist das Stichwort. Um das geht es bei allem, was uns in diesen Jahren geschieht. Die Achseln zucken und wegschauen. Eine Bürgertugend ist das nicht. Hinnehmen, daß unser Städtebild verschandelt, unsere Parks zu überfüllten Grillplätzen umfunktioniert und für Alte unbrauchbar gemacht wurden, unsere Jugend bei McDonald's und täglich vier Stunden am Gameplayer geistig verödet, in den Theatern deutsche Klassiker - nicht nur von Castorf und Schlingensief - grundsätzlich »gegen den Strich gebürstet«, und das heißt, in das Gegenteil ihrer theatralischen Absicht verkehrt werden.

So inszenierte der Spanier Calixto Bieito (40) gerade im Juni an der Komischen Oper Berlin Mozarts »Entführung aus dem Serail« als Zuhälterballade in einem

riesigen Bordell mit Blut, Schweiß und Sperma und strich einfach die Versöhnungsszene am Schluß: Konstanze knallt ihren Zuhälter Osmin ab. So werden nicht nur in Berlin inzwischen die meisten Opern inszeniert. Geht es vielleicht um das »Übermalen« des Alten und Hergebrachten aus Mangel an eigenen Ideen und Stücken? Sind sie darin nicht mit den Farbsprühern auf der Straße verwandt? Auch die Sprayer übermalen nicht jedes Denkmal und jede Skulptur. Achten Sie mal darauf, welche Gebäude oder Denkmäler die Sprayer *nicht* mit Farbe verunstalten.

Der Kampf um den sprayersichersten Anstrich für Häuser, Wände und Denkmäler und die sofort eingeleiteten Gegenmaßnahmen der technisch immer versierteren Sprayereliten beschäftigen die Industrie. Bis hin zur Degussa, eine den Lieferanten des Cyclon B von einst zumindest nahestehende Firma, die im Auftrag der Initiatoren des Holocaustdenkmals um Lea Rosh, aber zum Entsetzen der Öffentlichkeit den Schutz des *Mahnmals* mit seinen 1000 Stelen für eine ungewöhnlich hohe Geldsumme übernommen hat - gegen »rechtsextremistische Schmierereien«.

Moment mal.

Hier hören wir plötzlich das Wort *Schmierereien,* es gibt sie also doch, und hier haben wir vielleicht auch den politischen Kern der Verteidigungsreden der Freunde und Verharmloser des Graffitischmierens bloßgelegt: Es sind ja Nazi- oder NPD-*Schmierereien,* die man beim Holocaustdenkmal befürchtet, nicht Grafitti von »Sprayern«, und der todsichere Anstrich, mit dem die Firma Degussa die Stelen von Peter David Eisenman spraysicher machen will (Farbe haftet nicht oder ist leicht abwaschbar), setzt ja voraus, daß auch die Rechtsextremisten und Skinheads ihr Handwerk, den Umgang mit der Spraydose, beherrschen. Aber sie

sind keine. Sprayer. Sie sind Schmierer. Das Wort Schmierereien ist also noch in Gebrauch, und jeder kann nachprüfen, ob es auch für die an jedem 1. Mai eines Jahres bevorzugt auf Schaufenster und Mittelklassewagen gesprühten Parolen der Autonomen angewandt wird oder nicht. Natürlich nicht. Alles, was links ist, auch Mord und Brandstiftung, ist im Grunde nicht so schlimm wie die Gefahr von rechts. Aber wo ist rechts und links? Und wie wird man in Zukunft die Farbattacken nennen, wenn antijüdische Farbparolen oder Symbole gesprayt werden und als Urheber die sonst von der Presse als unterdrückte Minderheit und tapfere »Widerstandskämpfer« gegen die USA so hoch geachteten *Radikalislamisten* ausgemacht werden? Da tut sich ein Grundwiderspruch auf, gegen den der zwischen Kapital und Arbeit theoretischer Pipifax ist.

Bleibt die Frage, wer säubert unsere Straßen und Parks von der geheimen Botschaft der Unterdrückten und (meist auch geistig) Unterprivilegierten? Abgewaschen werden müssen ja die Schmierereien jeder Art eines Tages doch, die primitivsten menschlichen Hilferufe wie »...lecken!« oder »Arsch...!« und »Ich lasse jeden ran!« ebenso wie die künstlerischen Großmalereien der - wenigen - graphisch begabten Halbstarken der 70er und 80er Jahre, die längst in der Werbebranche tätig sind und ihr Haus im Nobelviertel von Berlin, München oder Hamburg jetzt gegen Sprayer schützen lassen. Die Reinigung der Denkmäler, Häuser, Büros und Bahnhöfe kostet jedes Jahr viele hundert Millionen Euro. *

* Ein Graffiti-Bekämpfungsgesetz ist geplant, wird aber wegen Ströbeles Widerstand auf die lange Bank geschoben (*Rheinische Post* vom 5. Juli 2004). Die aus der Beseitung dieser Schmierereien entstehenden Kosten betragen nach einer Studie des Deutschen Städtetages jährlich zwischen 200 und 250 Millionen Euro, zitiert nach *Rheinische Post* vom 5. Juni 2004.

Oder - man nimmt alles hin und läßt den Schmierkram langsam verwittern und sieht nicht mehr hin. Diese Lösung scheint aus Kostengründen neuerdings in einigen Großstädten die letzte Weisheit der Behörden zu sein. Das bedeutet, daß unsere Kinder und Enkelkinder in einer Welt aufwachsen, in der die Häuserwände bis hinauf zum ersten Stock aufs phantasieloseste und scheußlichste verunziert sind. Die Kinder kennen eine unzerstörte Welt gar nicht mehr. Also nehmen sie auch gar keinen Verlust wahr, wie die Hunde bei Malaparte*, die keinen Schmerz mehr spüren, weil man ihnen die Schmerznerven durchgeschnitten hat.

Ein Mittel gibt es, und das ist rar. Null Akzeptanz plus null Toleranz.

Denn Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzeugen ist, auch für die Graffitiverteidiger, eine mühsame Arbeit. Niemand mag die Schmierer, nicht einmal die Leser der *Frankfurter Rundschau* oder anderer SPD-Zeitungen. Wohnen die schicken Linken von Berlin heute noch in einem spraysicheren »Loft«, einer ehemaligen Fabriketage im vierten Stock in Kreuzberg, trifft es sie nicht persönlich. Sind sie aber allmählich zu dem jedem Teilnehmer des »Langen und mühevollen Marschs durch die Institutionen« früher oder später zustehenden Bauernhäuschen in der Toskana gekommen, würden sie sich jedes Graffiti auf der Wand ihres aus Naturstein gemauerten Refugiums energisch verbitten. Aber immer offen sein für eine schöne Einerseits-andererseits-Diskussion beim guttemperierten Chianti. Über das Thema »Was wollen uns die Sprayer sagen, welche Motive treibt sie, und was ist ihre Botschaft an uns?«. Ja, was wohl?

* Curzio Malaparte, Die Haut, Hamburg 1951.

Null Toleranz. Null Toleranz ist möglich bei null Akzeptanz unter den Bewohnern des Ortes. Die Oberammergauer oder Tegernseer bemalen ihre Häuser gerne selber. Mit den schönen, manchmal ein bißchen kitschigen Lüftlmalereien. Die mögen keine Sprayer. Und schon sind auch keine Graffiti zu sehen. Ein seltsam fremdes Erlebnis, durch solche Orte zu wandern.

Die große Beweglichkeit der meist jugendlichen, guttrainierten »Sprayer«, die auch vor schwer erreichbaren Mauern und hohen Häuserwänden nicht zurückschrecken, macht es nur selten möglich, sie während der Tat zu ertappen und zu fassen. Selbst wenn dies gelingt, sind die Jugendlichen meist nicht voll strafmündig und *nie* in der Lage, den sehr hohen, durch sie verursachten Schaden zu ersetzen.

Ein Mittel dagegen wird in Bayern erprobt, nach New Yorker Vorbild: null Toleranz. Doch wer das allgemein durchsetzen wollte, hieße im übrigen Deutschland sogleich *Populist* oder Law-and-Order-Politiker. Also ein bayerischer Innenminster. Die Idee ist einfach: Die Täter werden wenn möglich gefaßt und müssen eine ganze Woche lang Wände von Graffiti reinigen. Freiwillig. Wollen sie das nicht, kommt ein Gerichtsverfahren, bei Wiederholung drohen Jugendstrafe und Zahlung der Kosten, Rechnung an die Eltern. Viele werden lieber die Wochenendarbeit auf sich nehmen und die Wände von Graftiiti säubern. Je nach verwendeter Farbe dauert das lange. Dabei haben sie viel Zeit, über ihre verpfuschte Jugend, die schwere Repression am Arbeitsplatz und die soziale Schieflage nachzudenken. Richtig sauber wird die Wand nie. Richtig sauber wird der Jugendstilbahnhof in Bad Nauheim, mit hohen Kosten wieder restauriert und in einer einzigen Nacht besudelt von einfallslosen Halbstarken, nie.

Der Schaden fängt im Kopf an. Nicht künstlerischer Ausdruck, Zerstörung ist das Ziel.* Die Kosten gehen in die Millionen. Der seelische Schaden für die ganze Gesellschaft - für die Alten und die Jungen - ist nicht meßbar.

Nicht die unmündigen, vielleicht geistig benachteiligten Schüler, sondern die Verharmlosung der Medien ist daran schuld, daß die heute heranwachsenden Jungen und Mädchen gleichgültig durch die flächendeckend verunstalteten Städte gehen. Sie sind nichts anderes gewohnt. *Nicht* zerkratzte S-Bahn-Fenster, *nicht* verwüstete Denkmäler sehen die Jungen, nach 1990 Geborenen in ihrem ganzen Leben nicht. Wie sollten sie, wo nichts nirgendwo schützenswert ist, Deutschland oder Europa noch verteidigen wollen, wenn der Kölner Dom, wie einst die Hagia Sophia von Konstantinopel, in eine Moschee verwandelt wird - der Versuch dazu wird gemacht werden. Früher oder später. Dann allerdings dürfte das Beschmieren von Kirchenmauern und öffentlichen Gebäuden sehr gefährlich werden. Die Scharia, das islamische Strafrecht, kennt nämlich bei Eigentumsdelikten keine Gnade - Hand ab ist die dafür vorgesehene Strafe, heute noch in Saudi-Arabien oder Iran und Nigeria gern praktiziert. Aus humanitären Gründen unter Narkose, ritsch, ratsch, amputiert. Wollen wir das? Nein.

* »Das ist zum Teil eine hochkriminelle Szene, der es nicht nur um Graffiti geht«, sagt der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Jörg van Essen und beruft sich dabei auf Erkenntnisse der Staatsanwaltschaften über die Dimension der Zerstörungsbereitschaft (*Rheinische Post* vom 5. Juli 2004).

Hitlerbilder

Warum sind Hitlerfotos in jedem zweiten *SPIEGEL1*

Bei Rudolf Augstein war die Vorliebe für Hitlerstorys noch verständlich. Wehrmachtsoffizier, gut umerzogen, war Augstein einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Gegen Hitler allemal, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im *SPIEGEL* stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch einmal.

Mit einer klaren antitotalitären Linie. Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Aber das Hauptinteresse des *SPIE*-G£L-Herausgebers galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung des *SPIEGEL* und in den ersten Jahren noch ganz nahe war. Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen. Was ist eigentlich aus Baidur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja, warum - und wovon? Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden? Das alles muß Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazizeit, von der jeder nur sei-

nen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den *SPIEGEL* so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten. Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrikafeldzug, mit Gallands und Rudels Abschüssen? Waren die Zahlen nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die *SPIEGEL*-Leser.

Ach, es war keine *antifaschistische,* keine kathartische Wandlung der Deutschen, die da beabsichtigt war, es wurde nur ein echtes Interesse befriedigt. Ein brennendes Interessse. War alles wirklich so schlimm? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber *anders. SPIEGEL-Leser* wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und den anderen. Wie lebten die in ihren Bunkern und mit ihren ganzen Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und Gelagen und Kunstraub und Extra-Uniform? Das war endloser Stoff für den *SPIEGEL,* Woche für Woche. Augstein brachte dem deutschen Leser die Nazizeit, die sie selber ja nur irgendwo an der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig schön nahe. Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Hauptsache, die Details stimmen. Also nicht einfach den ersten Düsenjäger der Welt, die deutsche Me 262 A-la, Schwalbe, mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-lb verwechseln, nicht das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wie oft wurde es überhaupt verliehen? Das wird in keiner Millionärsschau

mit Günther Jauch gefragt. *SPIEGEL*-Leser könnten es beantworten.

Zwölfmal Albert Speer, viermal Kristina Söderbaum, zweihundertmal Goebbels-Tagebücher, vierhundertmal Führerbunker. Ohne Gewähr.

Hatten wir nun *doch* Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im *SPIEGEL* statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet - ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos. Dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.

Die Leserschaft des *SPIEGEL* hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wiederaufgebaut. »Schöner denn je!« sind sie nicht geworden, wie Hitler einst versprochen hatte, eher unterschiedslose Betonwüsten mit Toilette, Bad und Fernheizung, und obwohl sich der amerikanische, aus Deutschland stammende Soziologe Theodor W. Adorno schon gefreut hatte, daß durch Bomben und Feuer endlich Licht und Luft in die stickigen und engen deutschen Innenstädte gekommen sei*, hatte man im Zentrum der Städte überall ein paar Altstadtkulissen herge-

* Vgl. Klaus Rainer Röhl, Verbotene Trauer. Ende der deutschen Tabus, München 2002, S. 67

richtet und herausgeputzt, die nun amerikanische und japanische Touristen so gerne fotografieren, unter Ausrufen der Bewunderung für das Altehrwürdige. In diesen Städten wuchs die neue Generation der *SPIEGEL*-Leser auf, und die Anzeigenseiten des *SPIEGEL* wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das Zwanzigfache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neuaufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren. Als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1968, zu deren geistigen Stammvätern der gleiche Adorno gehörte, zusammen mit seinen Freunden Horkheimer und Fromm. Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern. Der *SPIEGEL* half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher unbekannte Details. Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten *SPIEGEL*-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Blut und wollen die »furchtbare Zeit« immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernsehserien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins *SPIEGEL*-Haus. Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen sind krank, sagt meine griechische Freundin.

Knopp und seine Themen interessieren nicht nur Hitlergegner. Seine alten Wochenschau-Aufnahmen

von SS-Soldaten im Einsatz und die NS-Paraden werden von allen Neonazis und heimlichen Hitlerverehrern gern herauskopiert, als CDs gebrannt, als Videofilme verbreitet und auf einer eigenen Homepage vorgeführt, www und so weiter.

Vor fünf Jahren kam der neue Chefredakteur Stefan Aust in den *SPIEGEL*. Angelernt in den wilden 68ern, im Röhlschen *konkret*. Zwischen Aufklärung über Vietnam und der Aufklärung über die Babypille. Er ist erst nach dem Ende des Hitlerregimes geboren. Andere Erlebnisse als die Augsteins haben ihn geprägt. Sein größtes persönliches Erlebnis und ständig umkreister Fixpunkt seines Interesses ist das, was er selber den Baader-Meinhof-Komplex genannt hat, aber seine geradezu fixe Idee ist eine angebliche Mitschuld der Polizei beziehungsweise der Staatsschutzbehörden an der Gewalt, ja sogar an der Entstehung des Terrorismus. Der sich schon bei der ersten Terrorgruppe, der zunächst erfolgreichen, heute aber in Vergessenheit geratenen »Gruppe 2. Juni« zeigte. Die nach dem Datum der Erschießung von Benno Ohnesorg benannte Gruppe nahm Geiseln und preßte sogar Gefangene frei (Lorenz-Entführung), setzte nach der Freilassung aber ihre Tätigkeit fort und verhalf dadurch der Bundesregierung zu der Erfahrung, daß es so, mit Nachgeben gegenüber dem Terrorismus, nicht ging.

Nichts geht ohne Einfluß von V-Männern der Geheimdienste. Ohne Verfassungschutz keine RAF. Das war Austs Lieblingsthese, und ein bißchen stimmte das sogar, denn in der Anfangszeit hatte mal ein zwielichtiger Kontaktmann des Berliner Verfassungsschutzes namens Peter Urban die Hand mit im Spiel, der den Chaoten sogar anbot, Waffen zu beschaffen. Jedenfalls ist die RAF-Zeit für Stefan Aust im kleinen ein bißchen das, was für Augstein die Hitlerzeit war.

Aber auch die RAF-Zeit ist nun schon wieder 30 Jahre her und nostalgiereif. Neue *SPIEGEL*-Leser sind nachgewachsen, die nach dem Selbstmord von Baader und Ensslin überhaupt erst geboren sind, und so bringt die Redaktion auch den neuen *SPIEGEL*-Lesern die schlimme Zeit so richtig schön nahe, ein bißchen Gruseln ist immer mit im Spiel, aber auch Schadenfreude und wegen der emanzipierten, mitbombenden und planenden Frauen auch immer eine Prise Sex. Liebe auf dem Anwaltstisch. Exklusiv im *SPIEGEL*. Klar.

Aber warum auch heute, lange nach dem Tod des Wehrmachtsleutnants und ersten Linzenzträgers der Reeducation Augstein, immer noch dieses brennende Interesse für die Nazizeit? Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die *SPIEGEL*-Leser? Die Anzahl der Hitlerbilder auf dem Titel und im Heft übersteigt jedes aktuelle Maß, kein anderes Thema findet so oft ins Heft. Die vielen Mitarbeiter von der Bildredaktion des *SPIEGEL*, der Dokumentation, die die Hitlerbilder beschaffen und bereithalten müssen, seien meine Zeugen, daß kein Stalin, kein Pol Pot oder anderer Massenmörder, kein Bin Laden, von dem es auch sehr schöne Bilder gibt und der in gewisser Weise mit seinem tranig-traurigen Gesicht, seinem Turban und seiner Kelabia sogar eine Art Frauentyp ist - aber nie, Bin Laden kann anstellen, was er will, nie werden seine Fotos so oft von der Redaktion angefordert wie Hitler. Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitlers vegetarische Ernährung, Hitlers Zeichungen, Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, der war auch ein

Frauentyp. Nun könnte man einwenden, das ist nun mal so bei Deutschlands Vergangenheit, die nie vergehen will und auch nicht soll, weil wir ja alle gegen das Vergessen sind und den Anfängen wehren müssen. Klar.

Wie aber erklärt sich, daß weder bei dem direkten Konkurrenzblatt *FOCUS*, mit dem der *SPIEGEL* um Anzeigenkunden und Leser ringt, noch in der *Zeit* Hitler so häufig im Blatt erscheint?

Die Frage, warum also Hitler so oft im *SPIEGEL* ist, müssen wir an Stefan Aust zur Beantwortung weitergeben.

Islamfaschismus oder

Sind alle Muslime Terroristen?

Im Prinzip nein, aber. Alle Terroristen berufen sich auf den Islam, gewinnen Anhänger aus dem Islam und werden von der Gemeinschaft der Muslime geschützt. Tatsächlich bewegt sich der Selbstmordterrorist in einem Land mit einer muslimischen Bevölkerung, aber auch in muslimisch dominierten Wohnvierteln der großen Städte des Westens wie ein Fisch im Wasser. Auf einer solchen untrennbaren Einheit zwischen Berufsrevolutionär und Volk hatte Mao, der Erfinder dieses Vergleichs, seine Erfolge aufgebaut. Solange diese Einheit bestand, war Mao unbesiegbar. Solange die überwältigende Masse der Muslime die Terroristen verehrt und schützt, hilft keine Polizei und keine Armee gegen die Gewalt. New York, Madrid, Athen. Was kommt danach? Ist der Islam die globale Bedrohung des 21. Jahrhunderts? Das fragen sich nun auch die Blauäugigsten.

Unsere Gutmenschen - von den obersten Bischöfen und Bischöfinnen bis hinunter zum kleinsten Lichterkettenmädchen - haben neuerdings ein Problem. Sie erleben eine Art Grundwiderspruch. Wie den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Der Spruch vom ollen Marx wäre heute passend, für den Konflikt, den die guten Deutschen aller Schattierungen zur Zeit aushalten müssen: die Friedensbewegten, die Feministen und Feministinnen, die Umweltfrauen, die gläubigen Grünen und die ungläubigen Jusos, die noch Marx lesen und Lenin, die evangelischen und auch katholischen Christen vom Kirchentag und die ganz Gewaltlosen nach Gandhi, die für die Völkerverständigung und gegen die Ausländerfeindlichkeit demonstrieren, und die Autonomen und

die Antideutschen, die *Antifaschisten,* die gegen den *Faschismus* und den *Antisemitismus* kämpfen in Wort und Schrift und auf der Straße und notfalls mit der Waffe in der Hand, mit Baseballschläger und Molly, gegen Nolte, Walser und die Skinheads, *haut die Glatzen bis sie platzen.* Sie alle haben jetzt diesen Grundwiderspruch:

Gewaltlosigkeit gegen Terror in Madrid, in Athen, Islamterrorismus gegen Ausländerfreundschaft. Feminismus gegen programmierte Unterdrückung der Frau im Islam. Ich stelle mir zum Beispiel eine Feministin vor, eine moderne Frau, die selbstbewußt über die »Macker« redet, die fast schon alle abgetaucht sind und das Klo nur noch im Sitzen benutzen, soll diese selbstbewußte Frau jetzt für das Kopftuch sein, getragen als Symbol der Unterordnung unter den Mann? Sie kann beobachten, das kann sie auf jedem Schulhof, vor jedem Schulbus abzählen, daß jedes Jahr mehr türkische Schülerinnen die Kopftücher tragen, dazu die langen Mäntel und Röcke bis zur Zehenspitze, auch im Hochsommer, das ist kein Spaß, keine Kleiderlaune mehr, das ist eine Demonstration. Die schwitzen lieber, als ein Stück Haut zu zeigen, in der dritten Generation! Daneben gibt es wohl die normal gekleideten türkischen Schülerinnen mit dem offenen Haar und der sommerlichen Kleidung, aber die werden von Jahr zu Jahr weniger, und auch sie und ihre im Haus sitzenden Mütter verteidigen in der dritten Generation diese Vermummung der Mädchen, jene Unsitte, die Alice Schwarzer schon vor 30 Jahren erbittert bekämpft hat. Alice hat sich da klar entschieden, für die Frau und gegen die Macker, und ist in vielen Artikeln und sogar einem ganzen Buch* entschieden ge-

* Alice Schwarzer, Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz, Köln 2000.

gen den Islamfundamentalismus aufgetreten. Was soll meinetwegen eine junge Lehrerin, als linke Gutmenschin ausländerfreundlich, tolerant, mit dem festen Willen, aufgeschlossen gegenüber allen fremden Sitten zu sein, tun, wenn an ihrer Schule in Kreuzberg die kleinen Türkenlümmels und ihre deutschen Freunde schon ab zwölf mit dem Belästigen und dann mit dem Quasi-Vergewaltigen auf dem Schulhof anfangen, was machen dann die frauenbewegten Lehrerinnen, die doch sonst bei jedem Fall eines »sexuellen Übergriffs« sofort für »in die Eier treten!« plädieren? Was, wenn nun die Muslime mit ihren fremden Sitten ganz andere Vorstellungen von der Würde kleiner Mädchen haben? Was wir doch unbedingt verstehen sollen, andere Länder, andere Sitten. Aber in Deutschland - auch andere Sitten? Wenn Sie die Nachricht lesen, daß in Nigeria seit der Einführung der »Scharia« im muslimisch beherrschten Norden wieder Frauen wegen Ehebruchs zum Tode durch Steinigen verurteilt werden, was sagen Sie dann?

Dieser Fall ging 2002 durch die Presse, weil ein Berufungsrichter in Funta, Nordnigeria, der 31jährigen, zum Tode verurteilten Amina Lawal einen *Aufschub* zum Stillen ihres Babys von zwei Jahren gewährte, sie aber nach Ablauf dieser Frist von ihren Eltern den Behörden übergeben werden muß, zur Vollstreckung des Todesurteils durch Steinigen. Bei Redaktionsschluß (Juli 2004) lebte Amina Lawal noch. Fragen Sie das Essener Zentrum für Türkeistudien oder eine andere der teils staatlich unterstützten deutsch-islamischen Organisationen nach ihr.

Steinigungen und Auspeitschungen sind in Saudi-Arabien und anderen streng nach der »Scharia« ausgerichteten Ländern keine Seltenheit. Amputieren von Gliedmaßen (wegen Diebstahls) wird von Ärzten unter

Narkose durchgeführt. Finden wir das gut, wollen wir da gerne Freunde des radikalen Islam sein, vor allen Dingen als Frauen? Oder wollen wir einfach alles relativieren, unter Hinweis auf amerikanische Greuel in Guantanamo?

Am stärksten wirkt der Grundwiderspruch beim Verhältnis zu Israel. Langsam müssen sich unsere blauäuigen Schwärmer und Gutgläubigen bei den vielen antiamerikanischen Demonstrationen und Meetings fragen, ob sie noch auf der richtigen Party sind. Da finden sich nicht nur waschechte deutsche Neonazis, *Auschwitzleugner* und überzeugte deutsche *Antisemiten* an, sondern auch Palästinenser, die Auschwitz keineswegs leugnen, sondern vollenden wollen. Die muslimischen Terrorgruppen in Palästina, so zerstritten sie manchmal auch sein mögen, sind doch über ihr Ziel einig, alle Juden aus dem zukünftigen Palästina auszuweisen oder einfach ins Meer zu jagen. Die gleichen Juden, da beißt ja nun keine Maus den Faden ab, die wir jeden Tag als Opfervolk verehren, betrauern, mit allen möglichen Vergünstigungen (zum Beispiel der Einbürgerung für jüdische Einwanderer aus Rußland) bevorzugt behandeln. Möchten Sie unter diesen Umständen in Deutschland noch Gutmensch sein? Guter Deutscher oder gleich guter Europäer? Europäischer Gutmensch - das gibt es noch nicht. Aber wie würde der entscheiden?

Vielleicht ist der Sieg des Islam in der Welt gar nicht so schlimm, wie es immer behauptet wird. Weder der Prophet Mohammed noch sein Schwiegersohn Ali (auf den sich die Schiiten berufen) schreibt ausdrücklich vor, die *Giaurs*, die Ungläubigen, also uns, einfach umzubringen. Eigentlich sollen die Giaurs, also wir, nur bekehrt werden zum rechten Glauben.

Dann haben wir alle Chancen. Sogar als Christen

können wir *Dhimmis* werden, Schutzbefohlene Untertanen, wie im historischen Islam*, dessen Toleranz - während der Zeit der Kreuzritter im 13. Jahrhundert - von vielen Islamfreunden so gerühmt wird. Das ist aber ein bißchen lange her, würde ich sagen, und auch der deutsche Kaiser Friedrich II., ein Vorbild religiöser Toleranz, mit multikulturellen Interessen und Bildung (er regierte von 1212 bis 1250), hatte freundschaftlichen Umgang mit vielen muslimischen Edlen, aber zu den Dhimmis, den »Schutzbefohlenen«, hätte er sich nicht gern rechnen lassen. Der Papst war schon rabiat genug. Das war vor 700 Jahren. Und heute?

Wir aber müssen uns langsam die Frage stellen, ob wir eines Tages Schutzbefohlene des Islam werden wollen. Die Frage kann schneller auf uns zukommen, als uns lieb ist, nachdem Al Quaida in Spanien zum erstenmal Wahlen in einem demokratisch verfaßten Land gewonnen hat - mit ein paar Einkaufstaschen voller Sprengstoff. Mit denen sie nicht nur den Abzug von 3000 Soldaten aus dem Irak erzwungen hat, sondern auch die europäische Politik veränderte - alle Wahlprognosen hatten Aznar als überlegenen Sieger ausgemacht, bis der Massenmord in den Vorortzügen von Madrid die Stimmung veränderte.

Der Kampf hat begonnen. Wie lange er dauert, hängt höchstens von unserem Widerstand ab. Wie dieser Kampf um die Herrschaft des Islam über den Rest der Welt geführt werden soll, ist auch bei den Islamisten umstritten. Es ist eine Bewegung mit vielen Facetten. Ein Freibrief für Selbstmordattentate auf Schulbusse

* Von *al-dhimma* = Volk des Paktes. So genossen Juden, Christen und Zarathustra-Anhänger Religonsfreiheit, Schutz vor feindlichen Angriffen und eine gewisse Autonomie. Voraussetzung war die Anerkennung der Vorherrschaft des Islam.

steht nicht im Koran. Hauptsächlich, weil es damals noch keine Schulbusse gab. Aber das Kleingedruckte macht es auch beim Koran möglich. So erlaubt der Koran mit seinen vielen Suren und deren vielen Strophen und den tausend uralten und ganz neuen Auslegungen des Textes notfalls schon eine ganze Menge Terror gegen Andersgläubige. Zum Beispiel: »Und Gott gab euch zum Erbe ihr Land, ihre Wohnstätten und ihren Besitz und auch ein Land, das ihr nie betreten habt.« (Sure 33,27)

»So erlahmt nicht und ruft nicht zum Frieden, wo ihr Oberhand haben werdet.« (Sure 47,35)

»Und tötet sie, wo immer ihr sie trefft, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben ... Wenn sie gegen euch kämpfen, dann tötet sie.« (Sure 2,191)

»Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und auf der Erde herumreisen, um Unheil zu stiften, soll dies sein, daß sie getötet und gekreuzigt werden, oder daß ihnen Hände und Füße wechselseitig abgehackt werden, oder daß sie aus dem Land verbannt werden.« (Sure 5,33)*

Das sind Originalzitate des allerdings unübersehbar reichhaltigen, poetischen und auch viele milde und sanfte Sprüche enthaltenden Koran. Aber wie werden diese Verse ausgelegt?

Das ist von Moschee zu Moschee verschieden: Mullah steht da gegen Mullah, Ayatolla gegen Ayatolla. Schiiten gegen Sunniten, Sunniten gegen Wahabiten, die erst im 18. Jahrhundert gegründete, noch radikalere Abspaltung, auf deren Fundament der Staat Saudi-

* Der Koran, Gütersloh 1987 (Übersetzung von der islamischen Weltorganisation anerkannt). Unter Gott ist hier Allah zu verstehen - ein grundlegender Unterschied, der gerne verwischt wird.

Arabien gegründet wurde. Ausleger streitet gegen Ausleger. Der Streit geht schon lange, weil es keine oberstere, von allen anerkannte Instanz gibt. Nur der Terror wächst mit jedem Tag, auch ohne daß sich alle schon einig sind.

Und unsere Verwirrung wächst proportional mit dem Terror und nimmt manchmal schon groteske Formen an. Deutsche »Islamexperten« - meist euphorisch »Islamforscher« genannt, auch wenn sie keinen einzigen Tag an einer Universität verbracht haben - erscheinen fast jede Woche auf dem Bildschirm, werden nach den Ursachen des Terrors befragt und reden Unterschiedliches, ja Widersprüchliches. Experte steht gegen Experte. Beide mit voller Überzeugung. »Ich betrachte mit großer Sorge« ... »Ich auch, aber ich muß Ihnen widersprechen ...« Bassam Tibi hat eine andere These als Scholl-Latour und als der Nahostexperte Sowieso, dessen Namen vorher noch niemand gehört hat. Und der wirklich integre Menschenrechtler aus Danzig, Rupert Neudeck, der einzige, der auch immer vor Ort ist, schlägt nur die Hände über dem Kopf zusammen, vor soviel Elend der Menschen. Aber er sagt wenigstens nie, daß er mehr weiß als die anderen, er will nur und hat schon häufig überall auf der Welt bewiesen, daß es auch geht: helfen. Nur: Wollen die militanten Islamisten unsere Hilfe oder unsere Kapitulation?

Als Ursachen des Terrors werden ganz unterschiedliche Gründe aufgezählt: die Armut der breiten Massen in den arabischen und anderen islamischen Ländern, die ihnen keinen anderen Ausweg läßt. Hört sich plausibel an, ist aber unwahrscheinlich, wenigstens, was ihre Vordenker betrifft. Die wichtigsten Anhänger und Unterführer der Terroristen kommen, wie Bin Laden selbst, aus alteingesessenen reichen

Familien in Saudi-Arabien.* Andere, soweit sie uns überhaupt bekannt sind, sind Akademiker aus begüterten oder reichen Familien.

Ferner wird genannt: der Kampf der Kulturen, geradezu ein Modebegriff in der gesamten Islamdiskussion. Also die unterschiedliche Auffassung von Kultur und erstrebenswertem Leben. Doch da nehmen sich Europa und auch die USA viel zu ernst. Eine alle Lebensbereiche durchdringende christliche Kultur, gegen die es sich für Islamisten zu kämpfen lohnte, haben wir doch schon lange nicht mehr. Wohl haben wir, trotz Lenin und Hitler und der Bewegung von 1968, die Familie, die zu zerstören auch den Propheten des eindimensionalen Menschen noch nicht gelungen ist, und wir haben die Demokratie, in Jahrhunderten gewachsen, für die aber seltsamerweise niemand bereit ist, sein Leben zu riskieren. Wie einst in Paris, 1939. »Revanche pour Danzig? Non!« Das war Hitlers Chance, aber zum Glück für die Demokratie setzte sich diese Parole nicht durch. Sie überlebt noch, die Demokratie, aber da niemand im Ernst alles für sie opfern würde, ist ihr Überleben sozusagen Glückssache. Mal sehen, was kommt, heißt diesmal die Parole. Und dann die »Arroganz der westlichen Welt«. Vertreten durch Bushs Amerika, basierend auf einer uneinholbaren technisch-wissenschaftlichen und materiellen Überlegenheit. Auskömmliches Leben für alle Bevölkerungsschichten, Wohlstand in den Augen der arabischen und afrikanischen Massen; Auto, Häuschen, Urlaub und Gesundheitsfürsorge, Schulen, Univer-

* Das war schon im alten Rom so, die Gracchen kamen aus Senatorenfamilien, nicht einmal Spartakus stammte wirklich von unten, und der Terrorist Gianiacomo Feltrinelli war einer der reichsten Verleger Italiens.

sitäten - alles das ist in den meisten muslimischen Ländern nur für die obersten Schichten reserviert.

Ferner die abgeblich noch nicht vernarbten Wunden, die durch die europäischen Kreuzzüge und den Kolonialismus den Muslimen zugefügt wurden. Das ist allerdings - der letzte Kreuzzug war 1270 - ein bißchen sehr lange her, und der Kolonialismus, der die afrikanischen und arabischen Länder unterwarf, kam erst weitere drei Jahrhunderte später richtig in Gang, und als die Welt endgültig neu verteilt war, herrschten über die arabischen Völker nicht die Kolonialherren, sondern die Türken. Muslime also. Besonders das mit den Kreuzzügen, die überdies mit einer Niederlage der Kreuzritter endeten, ist schon sehr weit hergeholt. Einer dieser Eroberungszüge mit religiösem Überbau traf übrigens gar nicht die Muslime, sondern das griechisch-orthodoxe Byzanz. Da ist etwas faul an der Argumentation, da hilft kein Scholl-Latour und kein Bassam Tibi.

Sollen wir Europäer nun auch noch für die Kreuzzüge ein schlechtes Gewissen entwickeln und überall die weiße Fahne hissen, wie jetzt die Spanier, und abziehen aus der gesamten Ölregion und Afghanistan? Was haben wir da auch verloren? Niemand hat uns gerufen. Aber. Geht es den verarmten Massen in Asien und Afrika, den vielen Milliarden an der Armutsgrenze dann besser? Liefern die Ölländer denen das Öl dann zum Selbstkostenpreis? Und den Weizen und den Mais und das Fleisch aus Kanada, den USA und Argentinien zahlt - wer? Wir doch nicht!

Das Problem fängt nicht beim Kopftuch an, sondern unter dem Kopftuch, im Kopf. Es geht nicht um Religionen. Der Kampf ist kein Krieg der Kulturen, er findet in den Köpfen statt. Das Problem ist nicht der Islam, sondern die Macht. Die Macht und ihre Neu-

Verteilung in der Welt. Sind die Drahtzieher und Hintermänner der globalen Terrornetzwerke überhaupt religiös? Das ist sehr die Frage. Ist es nicht ähnlich wie bei anderen Terroristen auf der Welt, eine fixe Idee in den Köpfen von einigen Intellektuellen? Ein Gebräu aus Stalin, Mao und allgemeinem Menschenhaß. Gemischt mit einem Gutteil Selbsthaß, wie seinerzeit bei unserer RAF und den roten Brigaden. Die roten Brigaden jedoch und unsere RAF und andere Luxusterroristen konnten sich auf niemand im Volk stützen. Dagegen konnten sich Stalin und Hitler und später Mao auf riesige Volksmassen stützen, deren Probleme sie zu lösen versprachen, Hunger, Armut, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Verelendung, Demütigung durch fremde Mächte und eigene Machthaber. Sie versprachen ihren Völkern Befreiung und Wiederherstellung ihres Selbstwertgefühls, der Ehre, und die Massen folgten ihnen, notfalls bis in den Tod. Die Führer der globalen Terrornetzwerke, die *Zeit* nennt sie Islamfaschisten, sind gleichfalls bereit, Massen in den Tod zu schicken. Sie sind davon überzeugt, daß es sich lohnt - nicht erst im Himmel. Es hat sich bei ihnen seit Jahren der Gedanke festgesetzt, daß der Westen reif ist für eine Übernahme.

Symptome dafür sind ja genug vorhanden. Wir hören sie jeden zweiten Abend im Kommentar der Tagesschau: Truppen abziehen, die Amerikaner zum Abzug drängen, aus dem Irak, aus der ganzen Golfregion, auch aus Afghanistan. Terrain aufgeben, nachgeben, weiterverhandeln, noch einmal nachgeben, dann das ganze dadurch gesparte Geld für die Bekämpfung der Armut, des Hungers, der Krankheiten, der Unwissenheit ausgeben. Mit der Unwissenheit, da könnte etwas dran sein. Auch bei den Kommentatoren.

Aber niemand kann uns sagen, was *dann* kommt, so

weit will auch Nahostexperte Scholl-Latour nicht gehen. Bei Afghanistan hieße das ja direkt zurück in die Steinzeit. Burka an und Frauen wieder raus aus den Schulen und Krankenhäusern?

Niemand von unseren Experten stellt die Frage nach dem Danach. Erst mal Amis raus aus dem Irak, aus der ganzen Ölregion. Sollte das tatsächlich langfristig die Ölversorgung gefährden? Kümmer dich nit drümm, wir haben ja die *Windmühlen* und die nachwachsenden Energien aus Jauche und den treibstoffspendenden Raps und die *Zukunftstechnologien.* Dann müssen wir eben Energie sparen. Wir verbrauchen ohnehin zuviel Strom. Jetzt erst verstehe ich Minister Trittin ganz.

Die italienische Regierung, die nach der brutalen Ermordung einer Geisel jeden Tag im Fernsehen die Gesichter der gequälten drei noch übriggebliebenen Opfer vor Augen hatte, während halb Italien in immer größeren Massendemonstrationen, wie von den Entführern verlangt, Nachgeben und Abzug der Truppen forderte, stand vor dem gleichen unlösbaren Konflikt wie Helmut Schmidt zur Zeit der Schleyer-Entführung. Nachgeben gegenüber Gewalttätern hat noch nie geholfen. Das wäre Beschwichtigung wie einst bei Hitler, für die Gewalttäter eine Ermutigung. Aber auch das Aufspüren einzelner Ausbildungslager oder Terrornetze oder ganzer Staaten, in denen die Vorbereitung von Terror organisiert stattfand wie in Afghanistan, hilft nur kurzfristig.

Sind alle Muslime Terroristen? Oder sind die Terroristen überhaupt Muslime, das war die Frage. Halten wir fest: Wir haben in Europa 15 Millionen Muslime. In Deutschland sind es etwa 3,5 Millionen offizielle und noch eine halbe Million weiterer muslimischer *Migranten.* Wenn das Einwanderungsgesetz erst be-

schlossen ist, werden es leicht noch ein paar Millionen mehr sein.

»Den Muslimen muß das Gefühl vermittelt werden, daß dies auch *ihr* Land ist«, sagte der Ausländerbeauftragte der Grünen, Volker Beck, in der Bremer Veranstaltungsreihe »Dialog nötiger denn je«, die in der »Fatih-Moschee« stattfand. »Eroberer-Moschee« heißt das auf deutsch. Ein Ausländerfeind, wer dabei Böses denkt. Aber Cigdem Akkaya vom Essener Zentrum für Türkeistudien, staatlich gefördert, war noch einen Tick ehrlicher: »Die Leute werden Abschied nehmen müssen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.« Danke für die Aufrichtigkeit. Da ist noch ein großer Nachholbedarf. Die Türken brauchen, meint Günter Grass, dringend neue Moscheen, und er setzt sich dafür ein, in Lübeck ein altes christliches Gotteshaus in eine Moschee zu verwandeln, wie einst die Hagia Sophia in Konstantinopel. Wahrscheinlich brauchen die Millionen Muslime auch mehr Koranschulen. Sie sind allein in Deutschland in zirka 40.000 Koranschulen organisiert. Ein muslimisches Kind, ein gläubiger Anhänger des Islam, ist noch lange kein Terrorist. In der Koranschule liest es nur den Koran. Aber es liest möglicherweise auch die Internetseiten seines »Islamischen Vereins für wohltätige Projekte« in Berlin. Dort heißt es: »Jeder verantwortliche Ungläubige ist verpflichtet, in den Islam einzutreten ... sollte er jedoch nicht in den Islam eintreten und als Ungläubiger sterben, kommt er in die Hölle und wird dort ohne Ende bestraft.« (Juni 2004)

Wahrscheinlich werden Sie sagen, es wird ja nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Wenn Sie also lieber Schutzbefohlener werden wollen - bitte nach Ihnen!

Klau-Kids

Was sind Klau-Kids?

Klau-Kids ist ein verniedlichender Zeitgeistausdruck für Zigeunerkinder, die, im Auftrag ihrer Eltern oder von Bandenhäuptlingen ausgesandt, Taschendiebstähle in deutschen Städten begehen, besonders in Nordrhein-Westfalen. Während andere Eigentumsdelikte in der Statistik sogar rückläufig sind, haben sich diese Straftaten, die von Kindern unter 14 begangen werden, im letzten Jahr verdreifacht. Für 2004 wird ein noch höherer Anstieg erwartet. Oft machen sich die meist aus Rumänien oder Mazedonien kommenden Banden gar nicht die Mühe, die Eltern der Kinder mit nach Deutschland einzuschleusen, sondern die Kinder selbst werden illegal hierher verbracht und einige Zeit lang in wechselnden Städten eingesetzt. Die Polizei ist durch die im Mainstream langsam schon als altmodisch verpönten, bei den Behörden aber gerade erst ganz angekommenen Regeln der *politischen Korrektheit* nicht einmal befugt, den auffällig hohen Anteil von Zigeunerkindern auch so zu nennen. Tatsächlich erhalten die »Kids« von ihren Auftraggebern keine Papiere, so daß weder ihre Volkszugehörigkeit noch ihr Herkunftsland präzise festgestellt werden kann. Sie erscheinen in der Statistik als wohnungslos, elternlos, Herkunftsstaat unbekannt, obwohl jeder einzelne Polizist, der die kleinen Diebe auf frischer Tat faßt, selbstverständlich weiß, daß es sich (hauptsächlich) um Zigeunerkinder handelt, die aus Rumänien, Mazedonien oder der Slowakei stammen und die meist zu zweit auftreten. Wegen der Ablenkung der zu beklauenden Omas - oder auch jungen Frauen - und um ihnen

mit einem ziemlich hartnäckigen Betteln körperlich auf die Pelle zu rücken. Die Polizei ist, besonders gegenüber den elternlosen Kindern, völlig machtlos, sie muß sie sogar zu ihren Unterkünften zurückbringen, von wo aus sie mit der nächsten Bahn wieder in die Stadt fahren und weiter nach Beute suchen, oft mehrmals an einem Tag. Nur das außergewöhnliche Ansteigen der angezeigten oder festgestellten Delikte brachte das Problem in die Öffentlichkeit, wobei die linksliberale Presse sogleich mit der verniedlichend anglisierten Erfindung der *Klau-Kids* bei der Hand war. Kids sind Kids! ist die unterschwellige Botschaft, der erwünschte Effekt: »Wer hat schon in seinem Leben nicht mal geklaut?« Bei bereits hier wohnenden Zigeunersippen, die ihre Kinder zum Betteln beziehungsweise Stehlen ausschicken, versuchen die Behörden mit einem wahren Eiertanz das Wort Zigeuner, aber auch das vorgeschriebene, politisch korrekte Sinti und Roma (aus den Balkanländern und der Slowakei kommende Zigeuner sind Roma) zu vermeiden, indem man von Landfahrern, mit einem Touristenvisum Eingereisten, Wohnsitzlosen spricht. Allein die Erwähnung dieser Landplage, die nach dem Beitritt der Slowakei in die EU sich noch weiter ausbreiten wird, und damit auch diese Glosse, sind eigentlich *rassistisch.* Das Problem aber bleibt.

Der FDP in Köln, die im Mai 2004 den Kongreß über die »Klau-Kids« veranstaltet hatte, in der man auf dieses Problem hinwies, wurden anschließend im Stadtrat prompt rechte Tendenzen unterstellt. *

* Rundbrief der FDP, Kreisverband Köln, vom 7. Mai 2004.

Kriegsschuld Erster Weltkrieg

Stimmt es, daß Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg hatte?

Für die Antideutschen und die meisten Linksintellektuellen ist das keine Frage, von ernsthaften Historikern wird sie seit kurzem in einem ganz neuen Licht gesehen. Die »Kriegsschuldfrage«, das heißt die angebliche Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, wurde schon nach 1918 diskutiert. Es gab sogar eine offizielle Forderung nach Kriegsverbrecherprozessen (!) von alliierter Seite (England und Frankreich). Angeklagt werden sollten einige führende deutsche Militärs wie Ludendorff, vor allem aber der deutsche Kaiser, gegen den besonders der französische Ministerpräsident und erbitterte Deutschenhasser Georges Clemenceau, auf den die meisten der drückenden Bedingungen des Versailler Diktats zurückgehen*, Anklage erheben wollte, während die Briten skeptisch waren. Es wurde bereits Material für einen solchen Prozeß gesammelt und ein Auslieferungsantrag an Holland gestellt, aber Wilhelm II., der von den Niederlanden und seinen Verwandten auf dem holländischen Thron als Gast aufgenommen worden war, wurde natürlich nicht ausgeliefert. Erst 1924 ließ man die Forderung fallen. Darüber gibt es einen Schrank voll Akten, die meisten davon

* Der Versailler Vertrag wurde deshalb auch Clemenceau-Frieden genannt, während es den Engländern unter Premier Lloyd George und den Amerikanern unter Präsident Wilson wenigstens gelang, einige geringfügige Abschwächungen durchzusetzen. Es ist heute *unumstritten*, daß die Bestimmungen des Versailler Diktats zu den Ursachen oder doch zu den Voraussetzungen des Zweiten Weltkriegs gehören.

im Familienarchiv der Hohenzollern. Der prominente deutsche Historiker Fritz Fischer, bei dem ich noch 1956, nichts ahnend von dem kommenden Historikerstreit, die Prüfung für mein Staatsexamen in Geschichte abgelegt hatte*, stellte 1961 plötzlich die Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg auf und verschärfte seine Behauptungen noch einmal durch eine weitere Veröffentlichung 1969.

Damit löste er den ersten deutschen Historikerstreit aus, der zwar im Sande verlief, da der Erste Weltkrieg erkennbar viele Ursachen und Väter hatte, was auch die Historiker der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands fanden. Von den Fischer-Thesen blieb im kollektiven Unterbewußtsein der deutschen Linken jedoch die Überzeugung von der Alleinschuld Deutschlands ebenso hängen wie die Mär von den angeblich von deutschen Soldaten abgehackten Händen belgischer Kinder von 1914 und anderen sogenannten Kriegsgreueln, die von einigen englischen Zeitungen verbreitet wurden und die sich schon während des Kriegs als pure Fälschungen beziehungsweise eben Greuelpropaganda entpuppten. Das Wort stammt aus jener Zeit. Später wurde es oft von Goebbels benutzt, wenn er alliierte Berichte über tatsächliche deutsche Kriegsverbrechen und Verletzungen des Kriegsrechts, die über die von jedermann gehörten »Feindsender« verbreitet wurden, entgegentreten wollte.

Die deutsche (Allein-)Schuld am Ersten Weltkrieg gehört seit 1969 zum festen Arsenal linker Agitation und Betroffenheitskultur und paßte natürlich vorzüglich zur Argumentation Daniel J. Goldhagens über den

* Thema: Die einseitige Friedenserklärung Lenins bei den Waffenstillstandsverhandlungen von Brest-Litowsk.

sozusagen angeborenen kriegerischen Charakter der Deutschen. Sie wurden erst durch weitere kritische Forschungen im April 2004 endgültig widerlegt. *

Zweifel an der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg werden zur Zeit noch nicht mit Gefängnisstrafe bedroht. Sie seien also hier geäußert.

* *SPIEGEL*, Nr. 25/2004.

Lebenslüge Antifaschismus

Antifaschismus - Mogelpackung oder Lebenslüge einer Generation?

Können Kommunisten Bündnispartner im Aufstand der Anständigen sein? Die Erben des Stalinismus, die PDS als Vorkämpfer für Humanität und Menschenrechte? Mit den gewaltbereiten Autonomen gegen die Gefahr von rechts? Nennen sie sich nicht auch *Antifaschisten*? Die Frage wird kaum diskutiert. Denn beim Stichwort »Antifaschismus« rastet der gesunde Menschenverstand bei geschlossenen Gruppen deutscher Meinungsbildner, bei Buchautoren, Publizisten, Fernsehjournalisten und Politikern, glatt aus. Ursache dafür ist eine geradezu abenteuerliche Affinität deutscher Intellektueller für bestimmte Seiten kommunistischer Propaganda, die eine lange, bis in die 20er Jahre zurückgehende Tradition hat. Gerade diejenigen, die sich etwas darauf zugute hielten, zu den redlichsten, scharfsinnigsten, unbestechlichsten Kritikern von Staat und Gesellschaft in der ersten deutschen Republik zu gehören, blendeten häufig ihren Verstand aus, wenn sich die Kommunisten ihnen gegenüber als die Opfer von Verfolgung und Unterdrückung darstellen konnten. Sie ergriffen Partei für eine Sache, von der schon seit 1918 bekannt war, daß sie ihre Herrschaft in Rußland ausschließlich besonders brutaler und konsequenter Unterdrückung politischer Gegner zu verdanken hatte, getreu dem Wort Lenins an die Tscheka: »Rücksichtslosigkeit ist jetzt unsere Pflicht. Innerhalb dieser Pflicht ist Grausamkeit das höchste Verdienst.«

Das hinderte deutsche Publizisten und Schriftsteller

nicht an einer geradezu blinden, romantischen Parteinahme für das russische Experiment, die Natur des Menschen gewaltsam zu verändern. Kurt Tucholsky, der als Mitarbeiter der *Weltbühne* durchaus über Informationen, sogar über Hintergrundinformationen aus der damaligen Sowjetunion verfügen konnte, schrieb 1930, typisch für viele der damaligen Intellektuellen, über das bolschewistische Rußland: »... Ja, ik weeß, da is nich allet sonderlich./Doch det Land is, nehm Se's mir nich übel, eene Hoffnung.« Damals hatte die schleichende Ausrottung von zehn Millionen russischen Bauern, Kulaken genannt, durch Vertreibung und Aushungerung gerade begonnen, aber Tucholsky hatte dafür nur einen Kalauer übrig: »*Alle Kinder in Rußland sind verhungert, der Rest wurde in Uniformen eingekleidet und muß Militärdienst tun. Kulak, der Führer der aufständischen Kulaken, hat mit Bolschew ein Bündnis geschlossen* ...«, so parodiert er die antikommunistische Berichterstattung der deutschen Presse, doch auf die Frage der *Moskauer Rundschau,* wie er sich im Falle eines Kriegs gegen die UdSSR verhalten würde, antwortete er unumwunden: *»Für Rußland gegen jene Mächte, auch dann, wenn es sich um Deutschland handelt.«*

Mit dieser Parteinahme ist Tucholsky kein Einzelfall. »Det Land is ... eene Hoffnung.« Als anscheinend realer Hoffnungsträger für alle linken Utopien wurde es mit einem Vertrauensvorschuß bedacht, an dem weder Lenins Mord an der gesamten Zarenfamilie, die blutige Ausrottung aller politischen Gegner durch ein neuartiges System von Arbeitslagern (GULAG) noch der millionenfache Genozid an zehn Millionen Bauern etwas ändern konnte. Scharenweise rekrutierten die Kommunisten unter den Intellektuellen des Westens diejenigen, die Lenin einmal »nützliche Idioten« ge-

nannt hatte: Intellektuelle, die keine Kommunisten sind, aber in bestimmten Fragen ein Bündnis mit ihnen eingehen.

Solche Bündnisse hatten die Kommunisten auch dringend nötig. Für die Partei der Bolschewiki (= Mehrheitler), zu deren Geburtsfehler es gehörte, eine Politik zu verfolgen, die unter demokratischen Verhältnissen nie mehrheitsfähig war, wurde die Infiltration und Manipulation anderer Parteien, Räte, Gewerkschaften und sonstiger Organisationen ein elementares Instrument ihrer Politik.

1918 scheitert in Deutschland der kommunistische Versuch, die Masse der Sozialdemokraten und Gewerkschaftler zu mobilisieren, um über eine Räteregierung oder direkt über einen Aufstand zur Macht zu gelangen. 1921 und 1923 gibt es noch zwei blutige gescheiterte Aufstandsversuche in Deutschland, in Sachsen und Thüringen und später in Hamburg. Seitdem versucht die KPD, die Macht auf Umwegen zu erreichen. Allerhand Unterorganisationen, Komitees und Ausschüsse, die Aktionen und Kongresse veranstalten, sollen die Partei in die Lage versetzen, potentielle Mitkämpfer zu gewinnen. Hauptobjekte dieser Infiltration sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die sich jedoch als außerordentlich immun gegen kommunistische Annäherungs- und Infiltrationsversuche erweisen.

Ab 1928 mehren sich die Anzeichen einer weltweiten Wirtschaftskrise. Gleichzeitig tritt mit den Nationalsozialisten eine Partei auf den Plan, die als einflußlose Splitterpartei von den kommunistischen Taktikern bisher kaum beachtet worden war: Aus nur 14 Mandaten 1926 werden nun plötzlich 85. Der »Antifaschismus« wird zu einem neuen Feld kommunistischer Bündnispolitik.

Der Begriff ist in Italien entstanden. Gegen die Faschisten (ursprünglich Kampfbünde aus Kriegsteilnehmern: Fasci di combattimento) bildet sich auf kommunistische Initiative ein »antifaschistisches« Bündnis, die »Alleanza del Lavoro« (1922), in der auch Sozialisten und Populari (= in gewisser Hinsicht Vorläufer der Christdemokraten) mitarbeiten. Die »Alleanza« rief im Juli 1922 gegen die zunehmenden Übergriffe der faschistischen Schwarzhemden zu einem Generalstreik auf, forderte eine »antifaschistische Regierung«, konnte aber den Sieg Mussolinis im Oktober nicht verhindern. Fortan wirkten »antifaschistische« Gruppen unterschiedlicher politischer Couleur im Ausland weiter, vor allem in Paris.

In der Sowjetunion hatte man schon früh die Bedeutung des »Antifaschismus« für die Kommunisten erkannt. Im Juni 1929 soll nach dem Willen der von Stalin beherrschten Komintern-Zentrale in Moskau der »Antifaschismus« zu einer Waffe werden, um den Kommunisten zu größeren Erfolgen zu verhelfen.

Doch sind es gar nicht so sehr Nationalsozialisten und Faschisten, gegen die sich der »Antifaschismus« richtet. Während der Weltwirtschaftskrise, so erklärt die Komintern, mache die ganze kapitalistische Welt eine Phase der »Faschisierung« durch, der sich auch die Sozialdemokraten nicht entziehen könnten, ja, diese seien sogar als Hauptfeinde des »revolutionären Proletariats« anzusehen, weil sie unter der Maske des Sozialismus aufträten, also gefährlicher seien als der »offene Faschismus«. Der scheinbare Irrwitz dieser These, die nun von den deutschen Kommunisten kritiklos in die Tagespolitik umgesetzt wurde, hatte einen simplen, realpolitischen Kern: Natürlich waren die Sozialdemokraten keine Faschisten, aber zweifellos waren sie das größte Hindernis auf dem Weg der

Kommunisten zur Alleinherrschaft. So ging es der Moskauer Führung gar nicht um das Verhindern der Machtergreifung Hitlers (den sie, wie man heute einhellig glaubt, unterschätzten oder für ein vorübergehendes Phänomen hielten), sondern um das Zerstören der Sozialdemokratie. Deren Ausschaltung, das lehrten angeblich die russischen Erfahrungen, sei die unerläßliche Voraussetzung für einen Sieg des Kommunismus.

Die Kommunistische Partei und ihre vielen kleinen Funktionäre hatten nun die schier aussichtslose Aufgabe, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in Stadt und Land davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, zusammen mit den Kommunisten eine »antifaschistische Einheitsfront« zu bilden - gegen den Willen ihrer eigenen sozialdemokratischen Führer, der »Sozialfaschisten«. Feierlich berief man antifaschistische Kongresse ein, gründete »antifaschistische« Komitees, Kampfausschüsse, Selbstschutzstaffeln, eine antifaschistische Junge Garde, veranstaltete Kampfwochen, Aktionen, Aufgebote, Gelöbnisse, sogar einen »antifaschistischen Landsonntag«. Aber die Quadratur des Kreises, der Gedanke, daß man die Sozialdemokratie mit der gleichen Schärfe bekämpfen müsse wie die verhaßten Nazis, fand natürlich wenig Verständnis bei den sozialdemokratischen Arbeitern. Die Kommunisten in der »Antifaschistischen Aktion« blieben im wesentlichen unter sich, und am Vorabend von Hitlers Machtergreifung, im November 1932, organisierten in Berlin die antifaschistischen Einheitsausschüsse den berüchtigten Verkehrsarbeiterstreik, sogar gemeinsam mit den Nationalsozialisten!*

Ein solches Vorgehen mußte die sozialdemokratischen

* Siehe auch den Exkurs »Nähe zum Gegner«, S. 181.

Arbeiter endgültig abstoßen und die Chancen für ein gemeinsames Bündnis gegen Hitler schmälern. Der Gedanke einer Volksfront verlor immer mehr Anhänger.

Nur die Intellektuellen, allen voran die »Weltbühne«, wurden nicht müde, die SPD in immer neuen Aufrufen zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der KPD zu ermuntern. Dabei sprachen sie zwar oft warnend von der Gefahr des »Faschismus«, verharmlosten ihn aber zugleich durch eine bloß geschmäcklerische Verachtung für die braunen »Unternehmerknechte«, von denen die meisten annahmen, daß sie sich wegen ihrer vermuteten Inkompetenz in Wirtschaftsfragen keine drei Monate an der Macht würden halten können. Ein Irrtum, den die Intellektuellen allerdings mit den Führern fast aller Parteien teilten. Nahezu alle Künstler und Intellektuellen waren Antifaschisten, aber der Antifaschismus der meisten Schriftsteller war genauso naiv wie ihr Pro-Bolschewismus.

Beide Einstellungen hatten sich schon sehr früh ausgebildet. Hier wie dort waren es mehr oder weniger romantische oder ästhetische Gesichtspunkte, nach denen die Parteinahme erfolgte. Die Abneigung gegen Marschmusik und Uniformen, preußischen Kommiß und Polizeistiefel, bürgerliches Ambiente und völkische Großmannssucht, gegen Nietzsche-Kult und Wagner-Opern hatte schon Vorkriegstradition. Hitler war in den Augen der meisten Intellektuellen in erster Linie ein kleiner Popel, eine »Promenadenmischung« (Tucholsky), und das schlimmste Schimpfwort, das Brecht jahrelang für ihn finden konnte, war »Anstreicher«. Als heiseren Schreihals, der von der Großindustrie Geld bekommt, stellten ihn die Fotomontagen John Heartfields 1932 eher lächerlich als tödlich dar, als einen Gernegroß, über den sich die Kabaretts der Hauptstadt lustig machten.

Ganz anders Stalin und die Sowjetunion. Gedichte von Majakowski, Musik von Schostakowitsch, das Moskauer Liebermann-Ensemble, der russische Futurismus und das sowjetische Tanztheater, allem voran aber die Filme von Eisenstein und Pudowkin sowie der bis in die Bekleidungsmode in Deutschland populäre Proletkult trugen viel zur Herstellung eines positiven Bilds vom »neuen sowjetischen Menschen« bei. Diesen glaubten die nach Rußland eingeladenen Schriftsteller dann in der Wirklichkeit der Potemkinschen Dörfer und Städte, durch die ihre sowjetischen Reisebegleiter sie führten, auf Schritt und Tritt wahrzunehmen. So erkannte der Weltbühnen-Autor Axel Eggebrecht in den strammen russischen Mädchen mit ihren schlichten Sporttrikots entzückt das Gegenbild zum gekünstelten und dekadenten amerikanischen Girl. Was scherte es die begeisterungswilligen westlichen Schriftsteller, daß Majakowski längst in den Selbstmord getrieben worden war, die Futuristen verboten, Tretjakow abgesetzt, die Werke von Schostakowitsch barbarisch zensiert wurden (von einem Kultusminister wie Schdanow, dem das Wort zugeschrieben wird »Musik ist, was ich nachsingen kann!«), und Eisenstein und Pudowkin Produktionsverbot hatten? Hier beginnt das staunenswerte Phänomen einer einmaligen selektiven Wahrnehmung. Was man in der *Weltbühne* pausenlos der deutschen Justiz vorwarf, daß sie nämlich auf dem rechten Auge blind sei, galt für die eigenen Leute: Sie hatten die Sehstörung auf dem linken Auge.

Das einmal geprägte positive Rußlandbild wollte man auch dann nicht preisgeben, als die Berichte über die Ermordung von Millionen russischer Bauern, über Massenverhaftungen und Schauprozesse unüberhörbar geworden waren. Die Front der nützlichen Idioten

wankte und wich nicht. Die Kunst des Selbstbetrugs blühte. Schieden auch einzelne wie André Gide, Arthur Koestler und Ignazio Silone aus dieser Gruppe aus, so traten andere, jüngere an ihre Stelle und verkündeten ihrem Publikum erneut die Botschaft vom neuen, besseren sowjetischen Menschen. Und vom Antifaschismus. Zwar brauchte die Komintern nach Hitlers Machtantritt noch mehr als zwei Jahre, um endlich auf ihrem siebten Kongreß im Mai 1935 die unselige These vom Sozialfaschismus über Bord zu werfen und den Sozialdemokraten Bündnisse anzubieten. Tatsächlich kam es zu Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien, von denen die letztere den Spanischen Bürgerkrieg auslöste und durch das Engagement deutscher und italienischer Freiwilliger auf beiden Seiten (Legion Condor auf der einen, Thälmann-Kolonne auf der anderen Seite) den Bestand an Märtyrern und Romantik, Liedern und Legenden gewaltig anschwellen ließ.

Die Zahl der »nützlichen Idioten« wuchs danach enorm an, teils auch als Reaktion auf die nun offenkundige Verfolgung der Kommunisten und Juden in Hitlerdeutschland. Schriftsteller und Künstler pilgerten nach Moskau oder traten in großer Anzahl auf dem »antifaschistischen Kongreß« in Paris auf, so Heinrich Mann, Henri Barbusse, Ernst Bloch, Lion Feuchtwanger, Ernst Fischer, George Bernard Shaw und Romain Rolland, und es überrascht nach alldem schon nicht mehr, daß sie sich durch die im gleichen Jahr beginnenden, in der Geschichte der Zivilisation singulären Moskauer Schauprozesse in keiner Weise von ihrer Wertschätzung der Sowjetunion abhalten ließen. Je schärfer die Anklagen gegen Mord, Folter und Unterdrückung in Hitlerdeutschland vorgetragen wurden, desto angestrengter mußten die Augen zuge-

kniffen werden, um Mord, Folter und Unterdrückung in der Sowjetunion zu ignorieren. Schließlich war diese Vortrupp und zuverlässigster Stützpunkt des Antifaschismus.

Auch in Spanien war es ja keineswegs so schön heroisch zugegangen wie in Ernst Büschs wundervoll schmetternden Liedern, weil in der Realität der Thälmann-Kolonne wenig gesungen wurde, dafür aber durch den sowjetischen Geheimdienst still und unauffällig abweichlerische Genossen liquidiert oder verschleppt wurden, unter bereitwilliger Mithilfe des Politkommissars Walter Ulbricht. Da wurde auch der Erfinder oder Wiederentdecker des einprägsamen, gerne befolgten Spruchs »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft«, Heinz Neumann, aus Spanien abberufen und wenig später nach Moskau beordert, wo er für immer verschwand. Seine Frau, Margarete Buber-Neumann, ebenfalls in einem sowjetischen Arbeitslager lebendig begraben, wurde nach dem Hitler-Stalin-Pakt an die NS-Behörden ausgeliefert und kam in ein deutsches KZ. Nach den Erlebnissen im GULAG empfand sie das deutsche Konzentrationslager als geradezu milde.*

Dann folgte der Angriff Hitlers gegen die Sowjetunion. Nun kam das große Bündnis der westlichen Demokratien mit den Kommunisten zustande, die Anti-Hitler-Koalition, die Stalin noch 1939 abgelehnt hatte. Die sowjetische Propaganda, die eben noch die »westlichen Imperialisten« und »Kriegstreiber« angegriffen hatte, erklärte die Alliierten jetzt zu Verbündeten einer »antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront«.

* Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1949.

Nach dem Ende des Kriegs begann die Sowjetunion sogleich, den ihr in Jalta zugesprochenen Teil Europas in kommunistische Satellitenstaaten umzuwandeln. Im ersten Stadium dieser Gleichschaltung wurden sogenannte »antifaschistisch-demokratische« Koalitionsregierungen gebildet, was den Völkern Osteuropas und vor allem den Westmächten suggerieren sollte, hier seien ähnliche Bündnisse zwischen Demokraten und Kommunisten möglich wie im Krieg gegen Hitler. Als der Westen das durchschaute, war es bereits zu spät. Mit »antifaschistischer« Begründung wurden zuerst Land und Fabriken enteignet, später alle politischen Gegner, vor allen Dingen Sozialdemokraten, als »faschistisch« entlarvt und ausgeschaltet, oft auch physisch. Später bildeten sie sogenannte Regierungen der Nationalen Front, in denen die Kommunisten praktisch die alleinige Macht besaßen.

Auch in der DDR, wo der »Antifaschismus« eine ganz besondere Rolle als Herrschaftsinstrument spielte, vor allem zur Disziplinierung von aufmüpfigen Schriftstellern, die sich bei aller Kritik am Regime immer den antifaschistischen Traditionen ihrer Zunft verpflichtet fühlten und darin von ihren älteren, aus der Emigration zurückgekehrten Kollegen bestärkt wurden. Selbst wenn diese heftigen Angriffen durch Ulbricht und seine Nachfolger ausgesetzt waren, so blieb ein nie näher definierter »Antifaschismus« doch die Basis ihrer Loyalität zum »ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat«. Dieser wurde der Bundesrepublik gegenübergestellt, von der sie mit zunehmend weniger überzeugenden Belegen behaupteten, daß in ihr die »alten Nazis« schon wieder an der Macht seien. Dagegen riefen sie »antifaschistische« Kräfte in der Bundesrepublik zum Kampf auf. Doch fanden diese Rufe aus der stacheldrahtumzäun-

ten, wenig attraktiven DDR nur bei einer Minderheit Gehör.

Erst nach dem Ende des kalten Kriegs ab 1967 wurden diese Signale von einer neuen Generation von Jugendlichen und Studenten aufgenommen. Die sich revolutionär fühlenden Studenten hatten schon 1968 - neben dem ziemlich abstrakten »Staat« und dem »Kapitalismus« als höchst anschaulichem Feindbild - ihre eigenen Eltern als autoritäre Faschisten oder zumindest »faschistoide Typen« ausgemacht. Als Teilnehmer oder gar Organisatoren von Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit und *Migranten* mögen sie heute ihre alten Vorstellungen vom Antifaschismus wenigstens ansatzweise verwirklicht sehen.

Nur eine verschwindend kleine Minderheit nahm den Antifaschismus und Antiimperialismus für bare Münze, die Terroristen der »Rote Armee Fraktion« und die »Revolutionären Zellen«. Sie allein handelten konsequent - im luft- und realitätsleeren Raum ihrer Phantomwelt. Wer überzeugt ist, daß die Bundesrepublik tatsächlich faschistisch ist, ein Stützpunkt des Imperialismus, der die ganze Welt aus Profitgier in Kriege und Hungerkatastrophen stürzt, der fühlt sich legitimiert, sein Land mit den Mitteln des Guerillakriegs anzugreifen, Entführung und politischen Mord inklusive. So wie Stauffenberg die Bombe gegen Hitler zündete. Tyrannenmord. Und: Auf Bullen kann geschossen werden.

Genau das hatte wohl auch der 22jährige Kommunist Erich Mielke gedacht, als er 1932, zusammen mit zwei anderen KPD-Genossen, die Berliner Polizeioffiziere Lenk und Anlauf durch gezielte Pistolenschüsse umbrachte - verhaßte Vertreter des »Sozialfaschis-

mus«. Lange hatte niemand es wahrhaben wollen, aber am Ende konnte es eigentlich keinen überraschen, daß ebenjener Mielke später den Kämpfern der RAF nicht nur Unterschlupf, sondern auch Logistik und Waffenhilfe gewährt hatte. Antifaschistische Solidarität.

»Was man auch immer gegen die DDR sagen kann, aber antifaschistisch war sie!« Mit dieser Lebenslüge im Herzen sind viele »gute« Genossen hier wie drüben alt geworden und gestorben. Andere werden, bis ans Ende unbelehrbar, diese Lebenslüge mit ins Grab nehmen, mit ihr die vielen Legenden, die Lieder - und die Lügen. Vom spanischen Heldenkampf, von der großen Sowjetunion, vom antifaschistischen Widerstand. Vielleicht sollten wir deshalb den mißverständlichen und mißbrauchten Begriff »antifaschistisch« in Zukunft besser ersetzen durch ein anderes, bescheideneres Wort, das den Kampf gegen die Menschenverachtung, die Folter, den Terror und den Völkermord von rechts ebenso meint wie den Kampf gegen den Völkermord, den Terror, die Folter und die Menschenverachtung von links: Gegen den Totalitarismus!

Das ist vielleicht nicht so plakativ, aber es beschreibt eine Wahrheit: ein Professorenwort, eine Kopfgeburt von Hannah Ahrendt, nach der auch das Leipziger Institut für Totalitarismusforschung benannt ist. Antitotalitär! Darauf reimen sich keine Gedichte von Brecht und lassen sich keine Lieder von Ernst Busch singen. Vielleicht nicht mal Komitees gründen und Kongresse veranstalten. Dafür kann man mit dem Wort »totalitär« treffsicher Wahrheit von Lüge unterscheiden. Gegen Stalin und Hitler mit Margarete Buber-Neumann und Hannah Ahrendt? Von ganzem Herzen ja. Aber: Gegen Hitler *mit* Stalin?

Gegen den Teufel mit dem Beelzebub? Aufstand der Anständigen - zusammen mit Markus Wolff und Stasi-Schergen und Stasi-Mitarbeitern? Gegen Rechtsradikale - mit Gysi und der PDS? Gegen die NPD mit Sahra Wagenknecht? Danke!

Mahnmale

Warum gibt es kein Mahnmal für tote Deutsche?

Für Mahnmale im allgemeinen spricht, daß sie viele Architekten schon durch die Ausschreibung in Lohn und Brot setzen: Selbst die abgelehnten Entwürfe werden angemessen, also fürstlich, honoriert. Die preisgekrönten sogar außergewöhnlich gut bezahlt, und das nach vielen Änderungen schließlich ausgewählte Architekturbüro, das den Zuschlag erhält, hat erst einmal ausgesorgt.

Gegen Mahnmale spricht, daß die Täter sie nicht besuchen, sie den Opfern nichts nützen und nur den Initiatoren einen zeitweiligen Bekanntheitsgrad verschaffen.

Da die Initiatoren des Holocaustdenkmals, an der Spitze Lea Rosh, alle nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus von ihrem Mahnmal ausschlossen, forderten die anderen Opfer eigene Mahnmale. Wenn möglich ebenfalls riesengroß und in der Nähe des Reichstags. Neben dem Mahnmal für Sinti und Roma (6000 Quadratmeter im Tiergarten) hätten auch Opfergruppen wie die Homosexuellen oder die Wehrmachtsdeserteure Anspruch auf eine eigene Gedenkstätte, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Ein Stiftungskonzept soll schon vorliegen. Sogar für den anarchistischen Reichstags-Brandstifter van der Lübbe soll ein Denkmal gebaut werden - am Reichstag! Weitere Mahnmale sind denkbar. Der Phantasie und der großflächigen Bebauung sind keine Grenzen gesetzt. Warum kein Mahnmal für die Zeugen Jehovas, die sogenannten Asozialen, die Sicherheitsverwahrten und - warum nicht -

für die ebenfalls zu Unrecht ins KZ gebrachten Mörder und sogenannten Berufsverbrecher (BV)? Dieses Prädikat und damit die Einweisung in ein KZ konnte einen Kriminellen im Dritten Reich schon bei drei wiederholten Straftaten treffen. Die Männer mit dem grünen Winkel dienten der SS oft als Kapos, waren aber ebenfalls Opfer, vom Tode bedroht.

Das Holocaustdenkmal wird noch in diesem Jahr fertig werden. Trotz des Streits um Degussa, deren Firmengruppe einst das Cyclon B lieferte und heute die Farbe zum Schutz der Stelen gegen Graffiti. Chemie bleibt Chemie. Unbehagen macht sich noch einmal breit. Das Mahnmal, »Kranzabwurfstelle« nach Walser, Schandmal und »Brandmal, das dem deutschen Volk aufgedrückt werden soll« nach Rudolf Augstein, ist in Kürze fertiggestellt, gegen den demoskopisch ermittelten Willen der Bevölkerung und eine breite Minderheit des Bundestags - gigantisch und singulär wie das Verbrechen, so singulär und gigantomanisch ist das Denkmal geworden.

Die Riesenzahl, vier, fünf oder sechs Millionen unschuldiger Opfer, mache die Riesendimension, drei Fußballfelder groß, zwingend, argumentieren die Initiatoren um Lea Rosh - und den Standort vor dem Reichstag.

Wo aber wird das Mahnmal für die 2,2 Millionen bei der Vertreibung ermordeten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Schlesier und Sudetendeutschen stehen? Frauen, Kinder und Greise, unschuldig auch sie. Wo die Gedenktafel für die zwei Millionen von den Russen vergewaltigten Frauen? Geht es nach dem Verursacherprinzip, müßte die russische Regierung als Nachfolger des Sowjetstaats ihnen ein Mahnmal errichten. Vielleicht in Moskau auf dem Roten Platz? Platz wäre da genug.

Werden Deutsche einmal im Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: »Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?« Die Antwort war kurz und kam wie aus der Pistole geschossen: »Nein.« *

Glücklicherweise gibt es auch andere Stellungnahmen. Unter dem Eindruck der massenhaften ethnischen Vertreibung der Kosovo-Albaner war auch bei den Sozialdemokraten das Verständnis für das millionenfache Unrecht gewachsen, das die deutschen Vertriebenen erlitten haben. So erklärte Innenminister Otto Schily sich schon vor Jahren bereit, den Plan zu unterstützen, in Berlin ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu errichten, für das die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach kämpft. Nehmen wir ihn jetzt beim Wort. Ein »Zentrum gegen Vertreibungen«, das zugleich eine Gedenkstätte wäre für über zwei Millionen ermordete deutsche Flüchtlinge. Wenigstens das. Nicht noch eine gigantomanische Bebauung auf dem Reichstagsgelände. Keine Aufrechnung von Toten gegen andere Tote, unschuldig Ermordeter gegen andere unschuldig Ermordete. Gegen das Vergesssen. Eine würdige Stätte der Erinnerung, des Gedenkens - und der Forschung - als die bessere Alternative zu den zementenen und stählernen Monstern, Mahnmalen und Brandmalen.

* Fernsehdiskussion »3 nach acht« im Bayrischen Rundfunk, am 28. April 1995.

Mauer

Warum heißt die Mauer um Israel bei uns Schutzzaun?

Ja. Warum wird die acht Meter hohe, aus besonders stabilem Stahlbeton gefertigte Mauer, die die Israelis im Nahen Osten bauen, in den meisten deutschen Zeitungen grundsätzlich nur Schutzzaun genannt? Allen Besuchern und Journalisten Israels ist die Ähnlichkeit des Bauwerks mit Ulbrichts antifaschistischem Schutzwall natürlich gleich bei den ersten Metern aufgefallen. Auch Ulbrichts Mauer war ja keineswegs aus Einzelsteinen errichtet, sondern aus vorgefertigten Betonteilen zusammengefügt, an den Nahtstellen besonders gut gesichert, und auch sie führte durch das ganze weite Land in Form von Sperranlagen, Gittern und elektronischen Sicherungen. Am Ende, sogar mit automatischen Selbstschußanlagen ausgerüstet, die bei Berührung aus nächster Nähe einen mörderischen Schrotschuß aus scharfkantigen Stahlstücken auslöste, deren Inhalt den Körper des Grenzbrechers regelrecht zu Hackfleisch zerfetzte. Pfui Deubel.

Diese kommunistische Regierung, die zur gleichen Zeit freundlich mit Egon Bahr und Günter Gaus über menschliche Erleichterungen plauderte, vermied den in ihren Ohren unmenschlich klingenden Ausdruck »Mauer« und nannte das monströse Gebilde lieber ganz sachlich »Grenzsicherungsanlage« oder, mit einer selbst für ihre Anhänger nur schwer nachzuvollziehenden Propagandaphrase, eben *»antifaschistische*r Schutzwall«. Nach ihrer krausen Logik mußten die eigenen Landsleute, die von der Selbstschußanlage zerrissen wurden, so vor dem Faschismus geschützt werden, der in

der Bundesrepublik herrschte, in die sie fliehen wollten. Lieber tot als nicht rot.

Seit der Schließung der Grenze im August 1961 schrieben fast alle Journalisten in der Bundesrepublik empörte Polemiken gegen die Mauer, die das Land, was nach der Abtrennung der Ostprovinzen noch übriggeblieben war, noch einmal zerteilte. Allen voran die Zeitungen des Springer-Konzerns unter ihrem strikt antitotalitären Chef Axel Caesar Springer machten Front gegen die Ulbrichtsche Mauer quer durch Deutschland. »Die Mauer muß weg!« hieß fortan das *Ceterum censeo** des Verlegers, auch nachdem die Bundesrepublik auf Initiative von Egon Bahr längst einen gutgemeinten, aber äußerst fragwürdigen Annäherungskurs mit der nicht frei gewählten Regierung des kommunistischen Satellitenstaates eingeleitet hatte.

»Schon 998 Tage die Mauer!« stand noch drei Jahre nach dem August 1961 unter dem Impressum der *BILD*-Zeitung, und dieser Spruch wurde erst wenige Jahre vor dem wirklichen Ende der Mauer stillschweigend getilgt, zu deren Öffnung der Verleger, ebenso wie der unvergessene Gerhard Löwenthal und sein Mitkämpfer Fritz Schenk, nicht zum wenigsten beigetragen hatten.

Auch die israelische Mauer, die im restlichen Europa auch so genannt wird, führt quer durch das ganze Land, das ehemalige Palästina. Sie soll, als sicher un-

* Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam! (»Im übrigen bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß!«), so hieß der Ausspruch des älteren Cato, des unerbittlichen Warners gegen die Bedrohung, die von der Großmacht Karthago ausging, und mit diesem Spruch soll er jede seiner Reden im römischen Senat beendet haben.

zulängliches letztes Mittel, das nach 1948 entstandene Israel und sein in drei Kriegen hinzugewonnenes Territorium vor Überfällen palästinensischer Terroristen schützen. Durch dieses Land Palästina, durch das Osloer Abkommen einst unter Erfolgszwang hastig und halbherzig zwischen Israel und einer palästinensischen Autonomieregierung geteilt, soll die israelische Mauer hindurchführen. Jedermann weiß, daß diese Grenzbefestigung und die dazugehörigen Anlagen trotz modernster technischer Ausstattung ihre Aufgabe nicht erfüllen können, weil Israel schon lange auf Hunderttausende palästinensischer Arbeiter angewiesen ist, die hereingelassen werden müssen, wenn die isrealische Wirtschaft nicht binnen kurzem stillstehen soll, und weil von diesen Arbeitern und Arbeiterinnen - nach allem, was inzwischen vorgefallen ist - *jeder* ein Terrorist oder eine Terroristin sein kann.

Was die geplante und weitgehend schon fertige Mauer besonders abstoßend und deshalb für fast alle Europäer unannehmbar macht, ist die Absicht, sie um alle der zahllosen kleinen und großen »Siedlungen« herumzuführen, die quer durch das ganze Westjordanland und im Gazastreifen, teilweise noch nach dem Osloer Abkommen, auf palästinensischem Gebiet gebaut worden sind und das ganze Land wie einen Flickenteppich aussehen lassen. Viele dieser älteren Siedlungen unterhalten, hochsubventioniert und mit ausländischem Kapital ausgestattet, modernste Obst- und Genüseplantagen und Verarbeitungsanlagen, die bisher mit der Hilfe palästinensischer Arbeiter aus der Umgebung betrieben wurden, die wiederum nur dort Arbeitsplätze fanden. Die acht Meter hohe Sperrmauer um sämtliche der 36 großen und unzähligen kleinen Siedlungen herumzuführen bedeutet, daß das geplante selbständige Palästina in unzählige kleine und

kleinste Einzelteile zerteilt wird, ein von allen Ländern der EU und mehrheitlich von der UNO bereits als unerträglich bezeichneter Zustand.

Der Abscheu in den Medien der Welt über diese Mauer ist allgemein. Nur nicht in Deutschland. Die Springer-Parole »Die Mauer muß weg!« gilt hier nicht. In Deutschland findet die Mauer in der Regel gar nicht statt. Ein ziemlich strikt eingehaltenes Tabu gegenüber Israel veranlaßt die gesamte linksliberale *und* teilweise auch die konservative Presse, das acht Meter hohe Monstrum nur unter der stark verharmlosenden Bezeichnung Sperrzaun zu erwähnen oder - und das ist meistens der Fall - zu verschweigen. Das gilt auch für die Zeitungen des Springer-Konzerns, allen voran *BILD* und *WELT,* seit ihrer Gründung strikt antitotalitär und beim Kampf gegen das Unrecht, welcher Art auch immer, stets allen anderen voran. Die ohne Scheu die Entgleisungen der Amerikaner oder Engländer bei der Behandlung politischer Gefangener in Afghanistan und im Irak beim Namen nennen und dabei auch das Wort *Folter* nicht scheuen, sind im Falle Israels von einer dauerhaften Sehschwäche befallen.

Die sonst so glaubwürdig gegen Terrorismus und Willkür überall auf der Welt schreibenden *WELT*- und BiLD-Redakteure sind, wenn es um Israel geht, auf einem Ohr taub und auf einem Auge blind. Dies hat nicht etwa mit einer allgemeinen Angst zu tun, die Gebote der politischen Korrektheit zu verletzen. Den Verboten dieses neuen Tugendterrors mit seinen zahlreichen, zerquälten Phrasen* begegnen diese Kollegen seit seinem Auftreten in Deutschland ebenso furchtlos wie gelassen. Im Falle Israels geht es aber um eine

* Eine Übersicht bei Klaus Rainer Röhl, Deutsches Phrasenlexikon, 5. Aufl., München 2000.

ziemlich simple Sache, über die jedermann infomiert ist und über die buchstäblich *niemand* spricht: die sogenannten Springer-Essentials.

Lassen Sie mich dazu eine ganz kleine Geschichte erzählen, die ich selber erlebt habe und die also den Vorzug hat, aus erster Hand zu sein: 1997 wurde ich in der *Welt am Sonntag* in einer Buchbesprechung zunächst als »Tucholsky dieser Republik« gelobt* und wenig später, also in der Zeit vor den Bundestagswahlen von 1998, vom damaligen Chefredakteur Claus Jacobi als Kolumnist zur *WamS* geholt. Dort schrieb ich zweieinhalb Jahre lang regelmäßig alle vier Wochen die Kolumne »Moment mal!«, die stets auf Seite 2 des großen Sonntagsblattes stand. Die Themen dieser Kolumnen wurden von mir selbst gewählt, dann mit der Chefredaktion abgesprochen und von den Lesern gut aufgenommen, wie viele Leserbriefe, aber auch Befragungen ergaben, die dort über jede einzelne Ausgabe angestellt werden. In all diesen Jahren wurde nie eine der von mir geschriebenen Kolumnen abgelehnt. Bis in einem einzigen Fall. Es handelt sich um die Glosse über das geplante Holocaustdenkmal, das damals diskutiert wurde und gerade beschlossen worden war. Sie können sich ein Bild von diesem Text machen, denn er ist in diesem Buch abgedruckt im Kapitel »Mahnmale«.

Diese Kolumne wurde nie in der *Welt am Sonntag* gedruckt. Sie sollte auch nicht, was gelegentlich der Fall war, gekürzt oder in einigen Sätzen verändert werden, sie wurde, ohne lange Debatte, einfach »gekippt«.

* » Seit seinem Buch »Fünf Finger sind keine Faust« gerät Röhl immer mehr zum Tucholsky dieser Republik: böse, ohne gemein, witzig, ohne albern, aufklärerisch, ohne belehrend zu sein.« Alexander Schuller, in *WamS*, 4. Mai 1997.

An ihrer Stelle erschien ein Text eines der anderen Kolumnisten. Eine richtige Begründung dafür wurde mir nie gegeben, aber nach langem Insistieren wurde mir angedeutet, daß dies etwas mit den Springer-Essentials zu tun habe, die man offenbar durch diesen Abdruck zu verletzen fürchtete. Die Kolumne erschien dann in der Illustrierten *Neue Revue*, die zum Bauer-Verlag gehört, unter ihrem Chefredakteur Peter Bartels.

Eine Ablehnung eines meiner Texte aus politischen Gründen war mir, der 30 Jahre lang Herausgeber und Chefredakteur gewesen war, etwas Neues. Ich kannte, selbst in meiner Kommunistenzeit, keine Essentials, die die Ablehnung eines Textes nahelegten. Deshalb bin ich der Sache nachgegangen. Den Wortlaut der »Springer-Essentials« kenne ich nicht, höre aber, daß sie Bestandteil jedes Arbeitsvertrags bei Springer sind. Sie verpflichten den Redakteur, die Lehren aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen und also den Nationalsozialismus und den Kommunismus entschlossen abzulehnen und stets der Verpflichtung zu gedenken, die wir den Opfern des jüdischen Volkes schulden und dem Staat Israel, in dem die Überlebenden des Holocaust Zuflucht gefunden haben.

Ich unterschreibe, obwohl nie dazu aufgefordert, jeden Satz dieser Springer-Essentials. Ich bezweifle nur, ob der Verlagsgründer, lebte er heute noch, dieser leidenschaftliche Gegner allen Unrechts und ganz besonders der unmenschlichen Diktatur der deutschen Kommunisten, mit der Umbenennung und Verharmlosung der israelischen Mauer in einen »Schutzzaun« oder einen »Sicherheitszaun« einverstanden wäre. Axel Springer war jederzeit in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechend zu handeln. Das sollten auch die bedenken, die er dazu bestimmt hat,

sein journalistisches und moralisches Erbe zu hüten und darüber zu wachen.*

Bauen wir den Schutzzaun um Israel ab, den wir alle nach 1945 aus achtenswerten Gründen, erschüttert über die jüdischen Opfer der Hitlerdiktatur, errichtet haben und der heute oft nur noch aus wohlfeilem Prosemitismus aufrechterhalten wird. Und behandeln wir Israel endlich als das, was es am liebsten sein möchte, als ein normales Land. Einen der wichtigsten Partner Europas. Israel ist nach der Herkunft des überwiegenden Teils seiner Bewohner ein europäisches Land, die aus den USA stammenden Einwanderer kommen ebenfalls aus einem Land mit europäischen Wurzeln, Bildung und Kultur. Sie haben eine ähnlich strukturierte Wirtschaft, sie hören die gleichen Lieder, lesen die gleichen Bücher und sehen die gleichen Filme wie Franzosen und Deutsche und Polen, selbst die kurzlebigen Idole der Popkultur der Jugend sind die gleichen. Die im Land geborenen Israelis fühlen sich als aufgeklärte Erbauer und Nutznießer einer hochentwickelten Zivilsation inmitten einer vom religiösen Fanatismus beherrschten, fremden und unterentwickelten und Jahr für Jahr weiter verelendenden arabischen Bevölkerung, mit der sie in Frieden leben und deren Wirtschaft sie aufbauen könnten.

Israel gehört weit eher in die EU als die Türkei. Vor allen Dingen: Israel ist eine funktionierende Demokratie. Eine Demokratie freilich mit einem zur Zeit ausufernden militärischen Machtapparat, der jeden Ansatz von Verständigung im Keim erstickt, wie auf

* Bis zum Jahr 2010 soll er dazu den Journalisten Ernest Cramer bestimmt haben, während der Rechtsanwalt Bernhard Servatius ein Mitspracherecht bei der Geschäftsführung haben soll.

der anderen Seite die Haßprediger und Terroristen jeden Ansatz von Vernunft im besetzten Palästina unterdrücken.

Es ist an der Zeit, das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis gründlich zu überdenken. Laßt uns die lange Epoche der gutgemeinten, aber längst zu einem anbiederischen und heuchlerischen Ritual des Polittourismus gewordenen Beziehungen zu Israel einschließlich der obligatorischen Jerusalembesuche mit wohlfeilen Schuldbekenntnissen beenden und die Israelis als zukünftige Verbündete behandeln, die mit uns einen gemeinsamen Feind haben: den Terrorismus. Mit islamistischer Motivation und einem Anhängerstamm aus verarmten, unzureichend ausgebildeten und ständig ohne Perspektive lebenden Menschen.

Ich glaube, Israel braucht jetzt eine andere Art von deutscher Hilfe als die bisher aus schlechtem Gewissen unentwegt, aber auch immer mit Murren gezahlten Geldzuwendungen und die ständig dorthin pilgernden Besuchergruppen mit Selbstbezichtigungen auf den Lippen. Es braucht Freunde. Helfen wir dem Land, die Angst vor einem angeblichen deutschen und neuerdings auch dem europäischen *Antisemitismus* zu überwinden. Einer Angst, die von der Mehrheit des israelischen Volks gar nicht mehr geteilt wird, der gleichen, überwältigenden Mehrheit, die auch für die Räumung der künstlich ins Westjordanland und in den Gazastreifen hineingezwängten Siedlungen ist, ohne deren Verschwinden kein palästinensischer Staat gedeihen kann.

Reichen wir als Deutsche den Israelis die Hand, aber ohne kollektive Schuldgefühle, Befangenheit und ohne heuchlerischen Prosemitismus. Und sagen wir ihnen dann als Freunde ganz offen: Israel, unter seiner jetzigen Führung und Praxis seiner Armee in den be-

setzten Gebieten, ist eine offene Flanke des Westens gegen den militanten Islamismus. Ein großer Teil des Zulaufs für den Terrorismus und dessen außergewöhnliche Steigerung in den letzten Monaten basiert auf der israelischen Besatzungspolitik in dem von ihm in drei Kriegen eroberten Land. Jedenfalls wird diese Besatzungspolitik der Armee, die manchmal auch eine Besatzerwillkür ist, von den Untergrundhetzern der Al Quaida und den Haßpredigern der Hamas und des Dschihad Islami zum willkommenen Anlaß genommen, neue Wellen psychisch verwirrter Selbstmörder und Selbstmörderinnen ins Land zu schicken. Die keine jahrelange Gehirnwäsche brauchen, um von explodierendem Haß erfüllt zu sein. Es genügt oft, nur Augenzeuge einer einzigen Militäraktion der israelischen Armee gewesen zu sein, mit erschossenen oder von Raketen zerrissenen Frauen und Kindern, um weit und breit keinen Ausweg mehr sehen als diesen jämmerlichen, ohnmächtigen Selbsthaß, aus dem die Bereitschaft zur Selbsttötung kommt, und kein anderes Gefühl mehr zu kennen als diesen Haß, der durch keine Mauer aufgehalten werden kann.

Die Israelis haben es nicht nötig, daß wir ihre Mauer und ihre Militäraktionen und Hinrichtungen durch verbale Schutzräume und Schreibtabus verteidigen. Offenheit tut not, wie sie der international renommierte und in Deutschland vielgelesene Schriftsteller Arnos Oz (»Allein das Meer«) schon 2003 bewies: »Woche um Woche zeigen Meinungsumfragen in Israel und Palästina sehr eindrücklich, daß auf beiden Seiten mehr als 70 Prozent für eine Waffenruhe sind, für den Friedensplan und für die Zwei-Staaten-Lösung - Israel und Palästina Seite an Seite.

Der Feind des Friedens ist die »Koalition« der Fanatiker auf beiden Seiten. Diejenigen, die jeden Kompro-

miß ablehnen und der anderen Seite nur das Recht zugestehen, entweder zu sterben oder zu verschwinden.

Wie kommt es, daß diese Gruppierungen fanatischer Araber und extremistischer Juden es immer wieder schaffen, den Weg zum Frieden zu blockieren und uns in den Teufelskreis von Gewalt und Rache hineinzuzwingen?

•Gleichzeitigkeit' ist das Stichwort. Palästina muß die Terrorgruppen entwaffnen, und zugleich muß Israel, notfalls mit Gewalt, die illegalen Siedlungen auflösen.«*

Der Aufsatz von Arnos Oz, in dem das Wort Mauer nicht vorkommt, stand übrigens in der *WELT*.

Arnos Oz, Dr. Jekyll oder Mr. Hyde? In der *WELT*, vom 15. August 2003.

Merkelismus

Ist Angela Merkel rechts?

Das würde sie weit von sich weisen. Sie würde sich selber auch nicht als »national« oder als Patriotin bezeichnen. Sie hat, nach dem Ausschluß von Hohmann, lediglich gesagt, man müßte jetzt eine *Debatte* über den Patriotismus führen. Das Ergebnis dieser Debatte steht noch aus, ebenso wie die Debatte selbst. Rechts würde sie sich gar nicht gern nennen lassen. »Rechts« ist ja Martin Hohmann, mit absoluter Mehrheit in seinem Wahlkreis für die CDU gewählt und Bürgermeister einer Stadt mit CDU-Mehrheit, der nach dem Willen von Angela Merkel die Partei verlassen mußte. Einer von beiden, soviel ist sicher, ist auf jeden Fall auf dem falschen Dampfer. Fragen wir uns in aller Ruhe, wer?

Hohmann ist seit 1980 Mitglied der Partei Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Helmut Kohls sowie Alfred Dreggers, seines Vorgängers als Abgeordneter im Wahlkreis Fulda, ebenfalls direkt gewählt. Seine christliche und konservative Weltanschauung stimmte mit denen der Parteivorsitzenden und der Mehrheit der Partei überein. Angela Merkel lebte in dieser Zeit, ohne eigenes Verschulden, wohl aber durch das Verschulden ihres Vaters*, nicht nur unter der Herrschaft einer falschen Partei, sondern auch, zusammen mit 17 Millionen Leidensgefährten, im falschen Staat. Unter

* Ihr Vater, der evangelische Pastor Horst Kasner aus Hamburg, nahm kurze Zeit nach ihrer Geburt (1954) eine Pfarrstelle in Templin (Brandenburg) an, übersiedelte also freiwillig mit seiner Familie in die damalige DDR.

einem Regime, das zu den treuesten Anhängern der Sowjetunion gehörte, die in ihrem eigenen Land viele Millionen Bauern, die sogenannten Kulaken, kaltblütig ermordet hatte. Die Zahlen dieses beispiellosen Massenmords durch Erschießungen, Deportationen, Lagerhaft und Hunger sind nicht exakt zu ermitteln, aber die Forschung geht heute von zehn Millionen Opfern aus.* Dem Kind Angela Merkel wurde diese Sowjetunion in Schule und Lehrbüchern als eine antifaschistische, friedliche Macht dargestellt, die Hitler besiegt hatte. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutscher aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland, die Ermordung 2,2 Millionen von ihnen, überwiegend Frauen, Kindern und Alten, war in ihrem Schulunterricht kein Thema, noch weniger die monatelange, massenhafte Vergewaltigung deutscher Frauen und Mädchen durch Rotarmisten in den Monaten zwischen Januar und August 1945. Die Rotarmisten wurden in der DDR eher als Helden verehrt. Vielleicht sang sie als Kind in ihrer FDJ-Gruppe sogar das beliebte Lied: »Wer hat vollbracht all die Taten,/Die uns befreit von der Fron?/Das waren die Sowjetsoldaten,/Die Helden der Sowjetunion«!

Das darf doch nicht wahr sein. Man muß dieses Lied einmal auf sich einwirken lassen, um eine Vorstellung von dieser Welt zu bekommen. Ein FAZ-Herausgeber, der selber im Ulbricht-Staat aufgewachsen ist und erst 1950 in den Westen floh, hat aus nostalgischer Freude an den Liedern seiner Jugend eine CD mit herausgegeben und selber besungen.** Es lohnt sich, da mal rein-

* Nach Schwarzbuch des Kommunismus, a. a. O., Anmerkung 5.

** Johann Georg Reissmüller, Uns gefällt diese Welt, Lieder der frühen DDR, CD mit Textbuch, Frankfurt/Main 1999. Nur beim Verlag 2001.

zuhören. Angela Merkel hatte das Glück, in einem christlichen Elternhaus aufzuwachsen, aber das Milieu, in dem sie lebte, war das des Sowjetblocks. Alle großen, für die meisten Westdeutschen ausschlaggebenden Ereignisse, die die Bundesrepublik Deutschland seit 1967 aufwühlten, kannte sie nur aus dem (ihr eigentlich verbotenen) Westfernsehen. Das Fernsehen der DDR scheidet als Informationsquelle in diesem Fall aus: Was für uns alle, vor allem für die konservativen Mitglieder der CDU und der CSU, prägend wurde, blieb ihr als persönliche Erfahrung versagt: Aufstieg und Zerfall der 68er außerparlamentarischen Bewegung, das Auftreten ihrer häßlichen Zerfallsprodukte und Folgeerscheinungen: Drogenmißbrauch, militanter Feminismus und schließlich der Speerspitze der APO, der Rote Armee Fraktion oder Baader-Meinhof-Gruppe, alle diese Ereignisse, die damals Deutschland in tiefgreifender Weise veränderten, hat sie nicht persönlich erfahren.

Auch nicht, was danach kam, ab 1970. der Beginn des »Langen und mühevollen Marschs durch die Institutionen«, zu dem Rudi Dutschke schon im Mai 1968 aufgerufen hatte und den ab 1969/70 einige hunderttausend Studenten antraten, von denen die zähesten und rabiatesten in den nächsten 30 Jahren die Herrschaft im Staat eroberten und ab 1998 die Regierung bildeten. Bis 1990 war die Pfarrerstochter und das Mitglied der Jungen Gemeinde und der FDJ, Angela Merkel, von allen überprüfbaren Informationen, auch solchen über die Befindlichkeit der CDU-Mitglieder in der Bundesrepublik, abgeschnitten. Wie wirkte sich das auf ihre politische Einstellung von heute aus? Das sind so Fragen. Die sich altgedienten CDU-Mitgliedern nicht erst seit dem Ausschluß des CDU-Abgeordneten und Bürgermeisters Hohmann aus der Fraktion stellen. Wo will Frau Merkel mit der CDU hin?

Angela Merkel ist bei einem Teil der Partei beliebt und hat sich in vielen Orts- und Landesverbänden durchgesetzt. So recht weiß keiner, warum. Ihr historischer Augenblick kam, als bei der CDU eine fragwürdige Spendenpraxis und geheime Wahlkonten aufgedeckt wurden. Sie hatte die Gnade der späten Geburt. Sozusagen die Unbeflecktheit und die nötige resolute Unbefangenheit, den sogenannten Spendenskandal für die Partei offen aufzuarbeiten und sich dadurch Verdienste zu erwerben, obwohl ziemlich viele Leute dabei über die Klinge springen mußten. Sie hatte ihre Stunde, und sie nutzte sie.

Das war eine gute Stunde, aber was kam dann? Sie war plötzlich eine ziemlich energische Person. Sie demontierte Stoiber und ließ ihn getrost in die Schlacht ziehen, die verlorene Wahl schien sie nicht so zu schmerzen wie den Kanzlerkandidaten. Er hatte verloren, obwohl alle Umfrageergebnisse auf einen Wechsel des rot-grünen Regimes standen, weil Schröder plötzlich die nationale, antiamerikanische Karte zog. Sie gab sich nach der Wahlniederlage wie eine, die viel Zeit hat. Sie begann gleich nach der Wahl einen für viele alte und nationalkonservative Mitglieder befremdlichen Annäherungskurs zur SPD. Ihr Motto: Uns trennt nicht mehr viel. »Reihenweise«, schrieb die *WELT* schon im Juni 2003, »geben die Christdemokraten konservative Positionen auf.« Ausländereinwanderung - sie war dafür, sie wollte den »Erfolg«. Die Basis, besonders in der CSU, war bis zuletzt dagegen, auch einige Länderfürsten der Partei, an der Spitze Hardliner Koch, der sich aber bedeckt hielt. Aus Gründen, hoffen wir. Exminister Müller aus dem Saarland profiliert sich seit Jahren hartnäckig als Softliner in Sachen Zuwanderung. Nimmt die Arbeit mit der SPD als Aufgabe. Versteht sich gut mit Schily. Dessen Hemd

ist ihm ganz offensichtlich näher als der eigene Rock: die Basis. Denn dort ist niemand sonderlich erbaut über *noch* mehr Ausländer. Reichen sieben Millionen nicht, mit steigender Nachzugstendenz? Müller aber und Frau Merkel wollten ein echtes Zuwanderungsgesetz und kein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz beschließen. Mit kleinen Korrekturen bei der Terrorismusbekämpfung haben wir nun ein Gesetz, das Deutschland zum Einwanderungsland macht. Für den Fall, daß einer unter 1000 *Migranten* vielleicht einmal nützlich ist für die deutsche Wirtschaft. Daß man deshalb die Grenzen für Einwanderer öffnen mußte, glaubt selbst von den Befürwortern niemand. Ein großer Erfolg, sagt Schily. Wessen Erfolg? Der Großen Koalition.

Frau Merkel hat auch im Parteivorstand ihre Basis. Mit uns kann man reden, ist ihr Signal an die SPD. Man achte darauf, bei welchen Themen. Steuerreform, Agenda 2010, Krankenkassenreform, Rentnerbesteuerung. Wenn im Parlament nach einem Jahr die Bilanz der *Agenda 2010* gezogen wird, machen Schröder und Frau Merkel das unter sich aus. Überraschende Nähe wird sichtbar. Sie praktiziert, soweit man sie läßt, eine stillschweigende Große Koalition, mit ihr kann Schröder jederzeit den Linken in seiner Partei und der grünen Basis drohen: Es geht auch anders. Schwächt man so einen angeschlagenen Kanzler?

In dem berühmten Politbarometer des ZDF, also dort, wo, einsam an der Spitze des Feldes, wie ein kenianischer Marathonläufer, seit Jahren stets Joschka Fischer einen scheinbar unverrückbaren Platz einnimmt, überholte Angela Merkel sogar Gerhard Schröder. Das verwundert nur die, die nicht wissen, daß dieser Platz für die Befragten auch als eine Art Bekanntheitsskala aufgefaßt wird: Sie nennen einfach den Namen des Politikers, dessen Gesicht ununterbrochen in beiden Haupt-

nachrichtensendungen des Fernsehens erscheint, und zwar *ohne* negative Kommentare und Fragezeichen. Dies erklärt vor allen Dingen die einsame Spitzenstellung von Joschka Fischer, der weder besonders gut aussieht - nachdem er nun auch wieder dicker und dicker wird - noch ein besonderer Frauentyp ist und auch nie um die Gunst der Fernsehzuschauer buhlt. Im Gegenteil. Immer verzieht, oder besser, er kneift das Gesicht zu einer besorgten, fast bekümmerten Miene. Vielleicht ist das der Grund. Auch Frau Merkel ist ja nun keine, nach der sich die Männer umdrehen, und für ein Muttchenappeal ist sie noch zu jung. Der Grund ihrer Beliebtheit liegt ganz einfach an der Art, wie die Medien sie vorführen. Die Medien und nicht die Menschen im Lande mögen sie und signalisieren: Das ist eine von euch. Den Rest besorgt sie selbst.

Das gilt nicht nur für die Ossis, für die Verlierer und für die Aufsteiger im Osten, für die Frauen, die Mütter, die berufstätigen Mütter, die Männer jeden Alters von der »neuen Mitte«. Was ist die neue Mitte? Keine Erfindung der SPD-Wahlstrategen, nur eines ihrer alten, verfälschenden Schlagworte. Aber die neue Mitte gibt es tatsächlich. Es sind die vielen Bundesbürger, die in dem Kuddelmuddel der Berichterstattung und der Agitation der Medien allmählich die Übersicht verloren haben und keine feste Position mehr kennen, sondern schwimmen. Um die kämpft Angela Merkel, und sie schwimmt mit und gewinnt, bei jedem CDU-Frauentag, beim Seniorenkongreß und sogar bei vielen Treffen der Jungen Union. Eins muß man ihr lassen: Sie steht. Trotz aller Angriffe, die immer wieder gegen sie geführt werden, steht sie wie eine Eins. Viele fragen sich aber, wofür sie steht.

Sicher nicht für den Kern der CDU/CSU. Gern für Ostdeutsche, also Mitglieder, die nach der Wende zur

Ost-CDU gestoßen sind, einen Teil der Frauen und viele neuaufgenommene Mitglieder aus der »neuen Mitte«. Beileibe nicht für alle. Aber die überwiegende Mehrheit der CDU- und CSU-Mitglieder, Abgeordneten, Bürgermeister und andere Funktionsträger sind und bleiben Konservative, national denkende und christliche Wertkonservative. Ihnen allen gilt die Aufforderung des (eher linken) Zeithistorikers Heimich August Winkler von der Humboldt-Universität, die »Unionsparteien täten gut daran, sich kritisch mit nationalkonservativem Gedankengut auseinanderzusetzen und auch den Begriff nicht mehr, wie noch während der Hohmann-Affäre, in positivem Sinne zu verwenden« *. Also eine andere Partei? Daß Professor Winkler die gerne hätte, überrascht nicht, aber die Partei Vorsitzende?

Sicher war es nicht nur die von beiden Seiten heruntergespielte Unterredung mit dem Berliner Filmproduzenten Atze Brauner, der sie gedrängt haben soll, ihren Kurs gegen den CDU-Abgeordneten Hohmann zu verschärfen. Es war auch der geballte Druck des Zeitgeists, der aus Angela Merkel »eine Getriebene« machte, wie der CSU-Abgeordnete Norbert Geis am Vorabend der Abstimmung in der Fraktion sagte. Immerhin 28 Abgeordnete stimmten für den Verbleib Hohmanns, während sich 16 der Stimme enthielten. Die wirklichen Verhältnisse in der Union spiegelt diese Abstimmung nicht.** Sonst wäre Hohmann wirklich in der falschen Partei. Ist er aber nicht. Ein Lehrstück über Grundwerte, fand die *FAZ:* »Man kann

* Der *SPIEGEL*, Nr. 47/2003.

** Über 6500 Unionsmiglieder erhoben in einem kürzlich im Universitas Verlag erschienenen Buch ihre Stimme für ihren Parteifreund, in dem die Kampagne gegen Hohmann ausführlich dokumentiert ist: Fritz Schenk, Der Fall Hohmann, München 2004.

sich außerhalb der Grundüberzeugungen stellen und dennoch in der Partei bleiben. Und man fliegt, wenn man auf seinen satzungsmäßigen Rechten beharrt. Es stehe dahin, welche Gesinnung sich in diesen Methoden ausspricht. Demokratischer Gesittung entsprechen sie nicht.« Nicht ich habe das geschrieben, sondern die *Frankfurter Allgemeine.*

Rechtem oder auch nur konservativem Denken soll Angela Merkel nach Ansicht der Nichtparteimitglieder Atze Brauner und Heinrich August Winkler und vieler Kommentatoren entgegentreten. Auch aus dem Regierungslager von Rot-Grün gibt es Ratschläge dieser Art. Sogar »konservativ« wird in der linksliberalen Presse zum Schimpfwort. So wird in der eher gemäßigt linksgewirkten *Zeit* in einem Artikel über die beiden Bundeswehrhochschulen* Klage darüber geführt, daß sich die Masse der studierenden Offiziere beider Universitäten zu nationalkonservativen beziehungsweise christlich-konservativen Werten bekenne. O Schreck, laß nach. Angela, hilf!

Aber Klappern gehört zum Handwerk. Plappern auch. Und ausgerechnet mit Angela Merkel eröffnete die Bunte-Chefin Patricia Riekel ihre neue Society-Plapperschau *Bunte TV,* zusammen mit Modemacher Karl Lagerfeld. Der Auftritt entzieht sich jeder Satire. Er gehört zu jener Realsatire, die das Leben selbst schreibt.

* »Rechts um!« von Constanze Stelzenmüller, Die *Zeit,* Nr. 48/2003.

Migranten

Was sind eigentlich Migranten?

Die Verwendung des Wortes »Migranten« dient schlicht dazu, die öffentliche Meinung zu täuschen. Sie ist bereits so vollständig getäuscht, daß selbst die kritische *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den neuen Begriff ganz unbefangen verwendet. Das Wort wurde vor etwa fünf Jahren von den sogenannten »Unterstützerkreisen« eingeführt. Mit »Migranten« sind also ziemlich unverhohlen Einwanderer gemeint, die sich an der Grenze als politische Flüchtlinge ausgeben, die in ihrer Heimat bedroht seien und deshalb in Deutschland politisches Asyl beantragen, in Wahrheit aber aus wirtschaftlichen Motiven hierherkommen und sich hier ansiedeln wollen, also Einwanderer. Da Deutschland glücklicherweise noch nicht zu einem Einwanderungsland erklärt worden ist*, treten sie als politisch Verfolgte auf, sind also nach unserem Asylrecht Scheinasylanten.

Diesen Sachverhalt möchte das Wort Migranten verschleiern. Es bedeutet wörtlich eigentlich nur Wanderer und wurde früher für Zugvögel angewandt. Wohl kennt die deutsche Sprache Einwanderer = Immigranten oder Auswanderer = Emigranten. Beide Bezeichnungen sollen aber vermieden werden. Über die Tageszeitung *taz* gelangte der neue Wortgebrauch in die linksliberalen Medien, sogar bis in die Verlautbarun-

* Vor kurzem ist ein Kompromiß in der Frage der Zuwanderung zwischen SPD und CDU erzielt worden, dem die Grünen mehrheitlich zugestimmt haben.

gen des Familienministeriums. Da es neben den vielen Scheinasylanten auch wirklich politische Flüchtlinge gibt, die an Leib und Leben bedroht sind - etwa im radikalislamischen Iran oder im Sudan -, gibt der Schutzbehauptung der Wirtschaftsemigranten einen Anschein von Wahrscheinlichkeit. In der Regel, und das ist kein Geheimnis, sind aber selbst die Einwanderer, die aus Diktaturstaaten stammen und deshalb in Deutschland Asyl erhalten, gekommen, um hier zu arbeiten und sich eine Existenz aufzubauen - das ist die Mehrheit. Eine beachtenswerte Minderheit spekuliert von vornherein auf die für Asylbewerber verminderte Sozialhilfe, Kostenerstattung bei Erkrankungen und andere Vorteile der nach 1948 ausgebauten sozialen Sicherungen in der Bundesrepublik Deutschland (soziales Netz). Diese Asylbewerber hoffen, sich hier auch als Sozialhilfeempfänger mit Gelegenheits- beziehungsweise Schwarzarbeit durchzuschlagen und damit einen entschiedenen Vorteil gegenüber den in ihren Ländern zurückbleibenden Landsleuten zu erlangen.

Zwar sind die Vorteile eines Aufenthalts in Deutschland durch die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik in letzter Zeit schlechter geworden, aber aus der Sicht einer Zigeunersippe, sagen wir aus Skopje in Mazedonien, ist Deutschland immer noch ein Schlaraffenland. Das gleiche gilt für die meisten der »Asylbewerber« aus Afrika.

Für die radikalen linken Systemkritiker und Autonomen, die die sogenannten Unterstützerkreise gründen und lenken, ist zunächst jede Einwanderung, aus welchem Elendsviertel auch immer, tausendmal wünschenswerter als »noch mehr Deutsche, und alle auf einem Haufen« (Wiglaf Droste in der *taz* während der Diskussion über die Wiedervereinigung Deutsch-

lands)*. Die ultralinken (oder autonomen) zahlenmäßig kleinen, aber zielstrebig und manchmal auch skrupellos ihre Sache verfechtenden Hintermänner der Unterstützerkreise haben in den langen Jahren der Auseinandersetzungen mit dem Gesetzgeber und den Gerichten um die Scheinasylanten, die sie selber gelegentlich ganz unverblümt »Wirtschaftsflüchtlinge« nennen, folgende Taktik entwickelt:

Zunächst fordert man, getragen von der Sympathie größerer Gruppen linksliberaler Gutmenschen oder »guter Deutscher«, wie sie sich unter den Lesern etwa der *Zeit,* der *Frankfurter Rundschau* und der *Süddeutschen Zeitung* leichter finden als unter den Lesern der *taz,* aus »humanitären Gründen« ein »Bleiberecht« für Asylbewerber - auch bei Ablehnung ihres Antrags. Obwohl die Ablehnung meist gute Gründe hat, weil der wahre Zweck des Asylgesuchs (Einwanderung wegen der Hoffnung auf wirtschaftlichen Erfolg) von den aus Unterschichten stammenden, oft sprachunkundigen oder auch ungeschickt argumentierenden »Migranten« ganz offen ausgesprochen wird. Oder weil eine politische Verfolgung, die einzige vom

* »Lieber möge sich >das deutsche Volk- in seiner Gesamtheit von dieser Erde herunterbefördern, als daß auch nur noch ein Angehöriger einer anderen Nation von einem Deutschen um sein Leben gebracht wird;... Es gibt nichts Abstoßenderes als die Vorstellung einer Wiedervereinigung: noch mehr Deutsche, und alle auf einem Haufen ...« Und weiter: »Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito ... Die Deutschland-den Deutschen!-Deutschen ... haben den Rand zu halten und sich nicht zu mopsen. Tun sie es doch, gehören sie - ja doch! - deportiert an den dunkelsten, kältesten und elendsten Ort, der sich in diesem Universum finden läßt.« Die *Tageszeitung,* vom 12. August 1989, zitiert nach Klaus Rainer Röhl, Riesen und Wurzelzwerge, München 1999, S. 14 ff.

Grundgesetz vorgesehene Voraussetzung für eine Einwanderung nach Deutschland, vom Richter beim besten Willen nicht zu erkennen war. * Die Einwanderer, die oft für die »Schleuser«, die sie bis Deutschland gebracht haben, all ihr Hab und Gut und oft noch ihre zukünftigen Arbeitserlöse verpfändet haben, sind darauf angewiesen, mit allen Mitteln das Aufenthaltsrecht in die Bundesrepublik zu erzwingen, und davon gehen die nach Art der Mafia organisierten Schleusenbanden auch aus. In deren Kalkül spielen die nun auftretenden deutschen Unterstützergruppen eine nicht unwesentliche Rolle, weil ohne diese die ständige Einbürgerung vieler tausend Ausländer zum Erliegen käme und damit das Geschäft der Schleuser beendet wäre.

Nach der Ablehnung des'Asylantrags argumentiert der, wie gesagt, sehr zielstrebige und beharrlich vorgehende harte Kern des Unterstützerkreises so: Weil die abgelehnten Asylbewerber mit allen, also auch letztinstanzlichen Mitteln, die Ablehnung juristisch anfechten können (mit Hilfe der Unterstützeranwälte, die darauf spezialisiert sind), was in der Tat jahrelang dauern kann und natürlich nur von »hier aus« betrieben werden kann und nicht aus dem Sudan oder Nigeria, fordert man auch für die endgültig Abgelehnten ein sogenanntes »Bleiberecht«. Pressekampagnen stoßen nach, besonders beliebt sind spektakuläre Fernsehreportagen mit verheulten, aber niedlichen Kleinkindern, Erzwingung von Kirchenasyl in entsprechend vorbereiteten, monatlich wechselnden evangelischen und auch katholischen Gemeinden, Hungerstreiks und immer neue Eingaben der Unterstützeranwälte an

* Anerkennungsquote 2002: 1,8 Prozent, zitiert nach Fischer Weltalmanach 2004, Frankfurt/Main, S. 271.

die Behörden oder Gerichte. Ist durch solche oft jahrelangen Aktionen das Bleiberecht (mit Sozialhilfe) für den Einwanderer erkämpft, wird als nächstes der Nachzug für Frauen und Kinder, Eltern oder andere Verwandte gefordert, die dann ebenfalls Sozialhilfe erhalten und, das ist die nächste Forderung der deutschen Helfer, in »»menschenwürdigen Wohnungen« (also nicht in Lagern*) untergebracht werden sollen.

Nach einigen Jahren, wenn der Asylantrag endgültig und letztinstanzlich rechtskräftig als unberechtigt abgelehnt ist, argumentiert der deutsche Helferkreis, die Kinder seien ja nun schon so lange eingeschult, die Frauen (bei Moslems kann es sich durchaus um mehrere Ehefrauen handeln) erwarten ein neues Kind oder haben gerade Kinder gekriegt, es sei also unmöglich und unmenschlich, jetzt die Familien zu zerreißen. Wenn aber am Ende dann doch gerichtlich eine Abschiebung beschlossen wird, setzt sich der Mechanismus des Unterstützerkreises erneut, in Bewegung: »Sofortiger Abschiebestopp! Keine Abschiebung! Auflösung der Abschiebeknäste!« heißen dann die Parolen der Bewegung, und mit Demonstrationen, Blockaden und noch einmal Kirchenasyl und Verstecken der »Ausweisungsflüchtlinge« wird versucht, auch den letzten »Migranten« und seine Ehefrau(en) im Land zu halten und seine Verwandten »aus humanitären Gründen« nachzuziehen. Bei den Diskussionen wird dabei fast immer die Zeit des NS-Regimes beschworen, in

* Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Fassung vom 5. August 1997 ist der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung und so weiter vorrangig als Sachleistungen oder in Form von Gutscheinen zu gewähren. Diese Bestimmung wird jedoch aus den verschiedensten Gründen häufig nicht eingehalten.

der abgelehnte und wieder nach Deutschland zurückgeschickte Asylbewerber ihr Leben verloren.

In letzter Zeit sind die Zahlen solcher Einwanderer rückläufig, weil seit 1993 ein etwas strengeres Asylgesetz Anwendnung findet und Deutschland einen Teil seines märchenhaften Rufs als Schlaraffenland verloren hat und nur noch das Asylland zweiter Wahl geworden ist. Immerhin erlangen Jahr für Jahr noch einige zehntausend »Migranten und Migrantinnen« als illegale Einwanderer die Einreise.

Was ist das Motiv für die deutschen Unterstützergruppen? Sie wissen, daß die Schleuser, die die Scheinasylanten nach Deutschland bringen, meist vom Balkan oder aus der Türkei stammende berufsmäßige Kriminelle, keine humanitären Motive kennen, sondern skrupellos übermäßig hohe Geldsummen von den illegalen Einwanderern verlangen, darunter auch viele Frauen und Mädchen, die hier zur Prostitution gezwungen werden (wie jene Mädchen aus Osteuropa, die *Michel Friedman* so gerne mochte). Auch die vorwiegend aus autonomen oder (im Verfassungsschutzbericht von NRW auch so genannten) »antideutschen« Kreisen stammenden Initiatoren haben, soweit erkennbar, keine rein humanitären Motive, da sie keine solch umfassenden Aktivitäten entwickeln, um etwa die zahlreichen deutschen Hilfsbedürftigen (Alte, Kranke, Behinderte, Dauerarbeitslose, Sozialhilfeempfänger) zu unterstützen, nicht einmal die im äußersten Elend lebenden Heroinsüchtigen.

Die Autonomen oder »Antideutschen« in den Komitees oder Ausschüssen und ihre Anwälte, die die Asylantenfreunde beraten und organisieren, nutzen das große Potential an jugendlich-idealistischer Hilfsbereitschaft und Menschenfreundlichkeit, aber auch

das Bestreben älterer Menschen, Gutes zu tun. Vor allem aber nutzen sie das allgemein kultivierte Schuldbewußtsein, ein Deutscher zu sein und zum Volk der Täter, der Auschwitz-Mörder, zu gehören, das insbesondere bei jungen Gymnasiasten und Studenten, aber auch in Laienkreisen der evangelischen, teilweise auch der katholischen Kirche, weit verbreitet ist, für ihre Zwecke.

Was sie selber umtreibt, darüber kann man nur spekulieren. Was bewegt die oft jahrelang solchen und ähnlichen Aktivitäten nachgehenden, vom äußersten Rand der 68er Bewegung stammenden und nun nach zirka 30 Jahren gar nicht mehr jugendlichen Autonomen oder Antideutschen zwischen 50 und 60, sozusagen die Fußkranken des Langen Marschs, die weder zu Posten noch zu Geld gekommen sind, zu ihren fast berufsmäßig oder anstelle eines Berufs betriebenen Aktivitäten? Irgendwie läuft es wohl darauf hinaus, daß sie dem deutschen Volk, so, wie es ist, wenig Gutes zutrauen. Vielleicht halten sie, wie einst der amerikanische E. A. Hooton, die Einwanderung von Ausländern für ein Heilmittel. Als probates Mittel gegen die »angeborene« deutsche Aggressivität und Kriegslüsternheit im Volkscharakter hatte dieser Havard-Professor gefordert, die Deutschen kräftig mit Einwanderern aufzumischen. * Die Hintermänner der Unterstützerkreise fordern auch deshalb eine solche multikulturelle Mischung, weil sie das für eine Verbesserung des Lebensgefühls und der Weitläufigkeit der Deutschen halten, die ihnen sehr am Herzen liegt. So preisen sie häufig die kolossale Erweiterung des Horizonts der Durchschnittsdeutschen und ihrer Landessitten, zu

* Siehe Klaus Rainer Röhl, Verbotene Trauer, München 2002, S. 48 f.

denen der Verzehr fremdartiger Speisen (Döner statt Currywurst!) ebenso gehört wie die kulturelle Bereicherung durch ausländische Volkslieder und Volkstänze, Sitten und Gebräuche. Die in einigen Bundesländern wie Bayern und Mecklenburg noch vorzufindende Pflege deutscher Sitten und Gebräuche, Eß- und Trinkgewohnheiten, Lieder und Tänze dagegen wird eher verächtlich als provinziell, als Deutschtümelei, wenn nicht sogar als Restbestand des *Faschismus* betrachtet.

Ein vollkommen anderes Phänomen als die zahlenmäßig nicht allzu großen linksradikalen Pro-Asyl-Initiatoren sind ihre Sympathisanten in den Medien, die einst als 68er aufgebrochenen und heute in fast allen ihren Hoffnungen enttäuschten Journalisten. Ihnen mag die Mitwirkung an den Asylkampagnen, die sie keine übermäßige Anstrengung und wenig eigenes Geld kostet, bei der Bewältigung ihres schlechten Gewissens (»Wir tun nichts!«) helfen. Sie wiederum mobilisieren, besonders an Schulen und Universitäten, eine große Zahl jugendlicher Anhänger für die vermeintlich gute Sache.

Das sind die gleichen, meist noch nicht über ein eigenes Einkommen und Familie verfügenden Gutmenschen, die sich aus Mitgefühl und mit Engagement, das sonst nirgends mehr von ihnen gefordert wird, hier für eine gute, idealistische, also Non-Profit-Sache einsetzen wollen. Deshalb unterstützen sie auch Attac und treten dafür ein, den armen Ländern in Asien, Afrika und Südamerika ihre überwiegend von Diktatoren gemachten (und auch verbrauchten) Kredite einfach zu erlassen. Es ist aber ihnen selber nicht erkennbar, also auch nicht vermittelbar, daß sie mißbraucht werden. Von Leuten, die keinen Anhang finden würden, wenn sie ihr wirkliches Ziel, die Auflösung der markt-

wirtschaftlichen Gesellschaft, der Familie und der deutschen Solidargemeinschaft, offen aussprechen würden.

Der Mißbrauch ist jedoch keinem der bürgerlichen Mitglieder der Unterstützerkreise bewußt.

Ganz junge und viele ältere Mitglieder von evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, darunter viele Frauen, wie sie sich etwa in entsprechenden Arbeitskreisen des Evangelischen Kirchentags zusammengefunden haben, fühlen sich moralisch verpflichtet, die Einbürgerung eines Asylbewerbers trotz seiner Ablehnung zu erzwingen oder die Abschiebehaft und später die Abschiebung zu verhindern. Der Praxis, den bedrohten »Migranten« oder seine ganze Familie für einige Zeit in ihrer Gemeinde zu verstecken und später die Flucht in eine Nachbargemeinde zu organisieren, haftet nicht nur etwas Spielerisches, sondern auch etwas von Selbstbetrug an: Man »spielt« einen mutigen deutschen *Antifaschisten*, der in der Zeit der NS-Diktatur einen bedrohten Juden versteckt, und weiß dabei genau, daß dem Unterstützer selber keine Gefahr an Leib und Leben droht, weil wir in einem demokratisch verfaßten Land leben, und dieses Vorzugs ist sich auch jeder einzelne durchaus bewußt.

Mutig

Was ist mutig?

Obwohl seit vielen Jahren wesentlich mehr Mut dazu gehört, etwa in der *Jungen Freiheit* zu schreiben oder für Ernst Nolte oder gar für Martin Hohmann einzutreten, als einen Bestseller über türkische Arbeiter in Deutschland zu schreiben oder folgenlos für das Abstimmungsergebnis auch mal eine Rede gegen Gerhard Schröder zu halten wie Christian Ströbele, gelten Wallraff und Ströbele im gesamten linksliberalen Lager als mutig. Mutig sind auch Greenpeace-Aktivisten und Selbstmordattentäter der Palästinenser, nicht aber GSG-9-Männer, die gegen Terroristen ihr Leben einsetzen, oder Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Sie sind bestensfalls im »gefährlichen Einsatz« oder »gefährdet«, meistens durch unverantwortliche Vorgesetzte, die diesen Einsatz hätten vermeiden müssen.

Bei Soldaten und kriegerischen Auseinandersetzungen gelten die im Jahre 2004 langsam zerbröckelnden Regeln der politischen Korrektheit noch in aller Trennschärfe. »Widerstandskämpfer«, wozu seit kurzem im ARD-Fernsehen auch Al-Quaida-Terroristen und Saddam-Anhänger gezählt werden, sind mutig, Soldaten, auch israelische Soldaten, höchstens »brutal«, blindwütig, grausam. Dies gilt auch für die Vergangenheit: Deutsche Soldaten dürfen nie mutig gewesen sein, ihre alliierten Gegner, auch die in Ostpreußen wütenden Rotarmisten, waren stets mutig. Deutsche kämpften höchstens »fanatisiert«, verbissen und sinnlos. Dies in Deutschland von 2004 auszusprechen, finde ich zwar nicht mutig, wohl aber notwendig.

Nachtreten

Was wollte Hochhuth von Bundespräsident Köhler?

Wie ein Fossil der alten Zeit, häßlich krähend, noch einmal Morgenluft witternd, Hochhuth, die gleiche Last, die alte Müh', der noch einmal, wie vor 30 Jahren, mit der Antifa-Keule die Rechten treffen will, den gesundheitlich schwer angeschlagenen, aber wie ein Baum vor der Kamera stehenden Filbinger als Nazirichter beschimpfend und seine »Recherchen« über den Ministerpräsidenten als Marinerichter noch einmal aus dem Staub der Archive ans Licht zerrend. Mit dem einzigen, peinlich offenliegenden Grund, sich selber noch *einmal* auftreten zu sehen wie ein alternder Schauspieler bei der allerletzten Talk-Show-Runde - um das Neue, die deutlich spürbare Wende des Zeitgeists zu verhindern oder wenigstens zu verzögern, das heißt, der CDU mitten im Lauf der Schlußrunde der Präsidentenwahl schnell noch mit einem vergilbten *Antifa-Dokument* (das vielleicht der Stasi lieferte) noch irgendwas zwischen die Beine zu schmeißen. Noch einmal aufzutrumpfen mit PDS und Antideutschen, selbst ohne viel Hoffnung auf Erfolg, aber vom Nachrichtenchef Wickert mit ein bißchen Hoffnung in die Hauptsendezeit gebracht, na, schafft er es vielleicht doch noch, der deutsche Dichter?

So richtig gut als Dramatiker war Rolf Hochhuth ja nie, eher Journalist, aber sein hölzern-holpriger Stil mußte immer erst durch einen hehren antifaschistischen oder antiklerikalen Inhalt gewissermaßen geadelt und übertüncht werden. Literarisch hatte er sich immer nur so durchgemogelt, nun sein letzter Auftritt noch einmal in der Tagesschau des Fernsehens hä-

misch ein Opfer fordernd: Ein Nazirichter, ein furchtbarer Jurist hat den neuen Präsidenten mitgewählt! Diesmal hielt Frau Merkel durch, die auch Hohmann zunächst nicht hatte ausschließen wollen, aber noch einmal vor der geballten Kampagne der linksliberalen Medien eingeknickt war. Diesmal durfte sie nicht einknicken. Sie ist vor allem eine kluge Frau, und Hans Filbinger, der nach heutigem Stand der Forschung damals gar nicht hätte zurücktreten müssen, ist Ehrenvorsitzender seiner Partei in Baden-Württemberg. Krankheit und Tod werden den alten Kämpen einst fällen, aber nicht Rolf Hochhuth. Gott schütze unser Land.

Nähe

Wodurch unterscheiden sich Nazis von Kommunisten?

Kaum. Jedenfalls nicht im Ergebnis. Die Wirkung auf das Zusammenleben der Menschen - und Völker - ist die gleiche. Die Denkart ist militant und auf die Vernichtung des Gegners ausgerichtet. Beide sind deshalb notwendig antidemokratisch und bekämpfen die Demokratie als Institution wie auch die demokratischen Parteien - auch wenn sie gelegentlich Zweckbündnisse mit ihnen eingehen. Bei dieser Gegnerschaft zur Demokratie und der Nähe zum totalitären Gegner kann es sogar, wie der Hitler-Stalin-Pakt gezeigt hat, zu dem nur scheinbar kuriosen Bündnis beider totalitären Parteien kommen. Die Nähe zum Gegner ist dabei keine zufällige. Das zeigt unser Exkurs II am Beispiel des Streiks bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) im November 1932, am Vorabend der letzten freien Reichstagswahl. Diese Zusammenarbeit beschleunigte und ermöglichte am Ende Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933.

Nazis

Was sind eigentlich Nazis, und woran erkennt man sie?

Nazi ist eine aus den Jahren der Weimarer Republik (Zwischenkriegszeit) stammende verächtliche Kurzform für Nationalsozialisten, die während den damals oft blutig geführten politischen Kämpfen zwischen den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), den Sozialdemokraten (SPD) und der seit 1928 aufsteigenden NSDAP als Schimpfwort für den politischen Gegner diente, die analog zu den bereits gebräuchlichen Kurzformen Sozis (= für Sozialdemokraten) und Kozis (= seltener, für Kommunisten) verwendet wurde. Die gesamte Linke vermeidet (bis heute!) wenn möglich den vollen Namen Nationalsozialisten, wegen des darin enthaltenen, vermeintlich positiv besetzten Begriffs Sozialisten. Die Kommunisten bevorzugten schon ab 1926 dafür das Wort *Faschisten,* obwohl diese 1922 an die Macht gelangte italienische Partei sich in vielem von ihrer deutschen Bruderpartei NSDAP unterschied. Der Ausdruck ist noch heute im Sprachgebrauch der Linksextremisten, besonders aber der auch schon damals geprägte Gegenbegriff *Antifaschismus.* Sozialdemokraten vermieden beide Begriffe, vor allem aber das Wort *Antifaschismus,* wegen seiner eindeutig kommunistischen Herkunft und seines späteren Mißbrauchs. Willy Brandt nannte sich beispielsweise nach 1933 in seinen Reden und Schriften stets Antinazi, später Hitlergegner. *

* Brigitte Seebacher, Willy Brandt, München 2004, S. 7 ff.

Exkurs II

»Nähe zum Gegner«

Kommunisten und Nationalsozialisten im Kampf gegen die Weimarer Republik beim Berliner BVG-Streik 1932.

»Sie stehen mitten auf dem blanken Asphalt, und das flammend rote Tuch einer Fahne überragt sie steil. Eine Fahne, die kein weißes Feld mehr zeigt. Alles rot, nur ein schwarzes Hakenkreuz darin. Sie haben die Fahne in dieses Blut hineingetaucht und stehen nun stumm ... Sie starren auf dieses rote Blut, und dann senkt einer die Fahne ganz tief hinab. Ganz tief hinab und noch einmal hinein in dieses Blut, das vor einer Stunde noch tätiges, schaffendes Leben bedeutete ...« Originalton aus dem Goebbels-Blatt *Der Angriff* vom 4. November 1932.

Doch der SA-Mann Kurt Reppich, der vor 70 Jahren, von einer Pistolenkugel getroffen, in der Martin-Luther-Straße in Berlin-Schöneberg verblutete, war nicht, wie so oft in diesem letzten Jahr der Weimarer Republik, in einer Straßenschlacht mit den Kommunisten umgekommen. Im Gegenteil, die SA- und SS-Einheiten, zu denen der SA-Scharführer Reppich gehörte, kämpften Seite an Seite mit Zehntausenden von Kommunisten gegen den Staat, für den sie nur Haß und Verachtung kannten.

Was hatte die jungen Kommunisten und SA-Leute an diesem regnerischen dunklen Morgen des 4. November zusammengeführt? Es ist Streik. Der Verkehr in der Hauptstadt ist lahmgelegt. Zwei Tage vor der Reichstagswahl am Sonntag. Niemand ahnt, daß es

die letzten freien Wahlen in dieser Republik sein werden. Seit Wochen schon standen die Zeichen bei den Berliner Verkehrsbetrieben auf Sturm. Die Ankündigung einer Lohnsenkung um 23 Pfennig, eine Maßnahme, die die BVG-Direktion aufgrund der miserablen Finanzlage der Gesellschaft beschlossen hatte, hatte bei den 22.000 Schaffnern, Fahrern und Depotarbeitern der BVG helle Empörung ausgelöst.

Die Erbitterung der BVG-Arbeiter legte sich auch nicht, als es den Funktionären des »Gesamtverbands« (Vorläufer der ÖTV) in zähen Verhandlungen mit der Direktion gelang, die Lohnsenkung auf nur noch zwei Pfennig zu reduzieren. Doch die Kommunisten gaben die Parole aus: »Keinen Pfennig Lohnraub bei der BVG!« Die Parole wurde wortgleich von Goebbels übernommen.

Einen Streik bei der BVG auszulösen war das Ziel, das der Berliner Kommunistenführer Walter Ulbricht und seine Genossen seit Jahren verfolgten. Die Lahmlegung des Verkehrs - in der Hauptstadt - galt in der kommunistischen Literatur als Vorstufe zum Generalstreik, der dann in eine Revolution übergehen könnte. Die Voraussetzungen schienen diesmal günstig, doch hätten die knapp 1400 Kommunisten in der BVG sich wahrscheinlich schwergetan, ihre 22.000 Kollegen gegen den Willen des »Gesamtverbands« in einen politisch aussichtslosen Kampf gegen SPD und Gewerkschaft, Staat, Regierung und Polizei zu verwickeln. Aber den KPD-Funktionären kamen in letzter Minute die Nationalsozialisten zu Hilfe. Geführt von ihrem Berliner Gauleiter Josef Goebbels.

Der *Vorwärts*, die sozialdemokratische Tageszeitung, empört sich über die »Verbrüderung zwischen Nazis und Kozis gegen die Gewerkschaften und Sozialdemokratie«. In der Tat war der Streik der Berliner

Verkehrsarbeiter ein »wilder« Streik, der von den Gewerkschaften nicht gebilligt, sondern sogar bekämpft wurde.

Die Kommunisten hatten auf einer Urabstimmung bestanden, die Gewerkschaft gab nach, in der Hoffnung, daß den »Schreiern der RGO (des kommunistischen Gewerkschaftsverbands) der Hals gestopft« werde. Die Urabstimmung wurde auf den 2. November festgesetzt. Das Ergebnis aber wurde manipuliert.

Am 29. Oktober, so berichten die V-Leute der Berliner Polizei, deren Protokolle heute noch in mehreren Berliner Archiven aufbewahrt werden, »trafen fünf Unterhändler der NSBO (= Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) mit Funktionären der KPD auf einer vorbereitenden Versammlung zusammen, auf der sie ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Streiks erklärten. Einen Tag später fand im Karl-Liebknecht-Haus, der kommunistischen Parteizentrale, eine Besprechung statt, bei der Einzelheiten der Zusammenarbeit festgelegt wurden.« Man bildete einen sogenannten Einheitsausschuß von 16 Personen, der im Falle eines Streiks sofort als »Zentrale Streikleitung« fungieren sollte. In diesem lököpfigen Ausschuß waren die NSBO-Leute mit immerhin vier Mitgliedern vertreten, neben acht Kommunisten, drei Freigewerkschaftlern und einer »Hausfrau«.

Im September 1932 waren bei der BVG schon die ersten Nationalsozialisten in die »Einheitsausschüsse« gewählt worden. Das ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte: Es sind ja die Einheitsausschüsse der »Antifaschistischen Front«, die 1932 überall in Deutschland den Kampf gegen den Faschismus organisieren sollen. Aber das ist nur scheinbar ein Widerspruch. Unter Faschismus verstand die damalige KP-Führung

nämlich, getreu der neuesten »Generallinie« Moskaus, vor allem die SPD, die »Sozialfaschisten«. Da konnten durchaus Nazis Bündnispartner in der »Zentralen Streikleitung« werden.

Nachdem das seltsame Bündnis einmal geschlossen ist, überstürzen sich die Ereignisse. Die Urabstimmung am 2. November ergibt eine Mehrheit von nur 62 Prozent für Streik. Zu wenig. Die Gewerkschaft erklärt die Mehrheit für verfehlt, aber die Kommunisten zögern keine Minute: Noch sind nicht alle Bahnhöfe ausgezählt, da erklärt der kommunistische Betriebsrat Otto Schmirgal auf einer Versammlung, daß sich 83 Prozent der Belegschaft für den Streik ausgesprochen hätten und dieser somit beschlossen sei. »Keine einzige Karre darf am 3. November früh mehr ausfahren. Ab halb vier Uhr früh sind alle Bahnhöfe und Depots mit Posten zu besetzen ...«

Nach dieser Eröffnung liest der rote Betriebsrat sogleich die Namen der Mitglieder der Streikleitung vor, deren »Anweisungen unbedingt Folge zu leisten« sei. Unter den Genannten sind auch fünf Mitglieder der NSDAP. Eine Wahl der Streikleitung findet nicht statt. Warum auch? Die Streikvorbereitungen laufen bereits auf vollen Touren.

Spät am Abend vergattert Walter Ulbricht im Karl-Liebknecht-Haus noch einmal seine Genossen. Am gleichen Abend spricht Hitler im überfüllten Sportpalast. Die Rede wird in vier weitere Säle übertragen, darunter in die »Kammersäle«, wo 4000 zum Teil uniformierte BVG-Arbeiter nach der Führerrede die Teilnahme am Streik »beschließen«. Auch hier gab es keine Diskussion, berichten Beobachter: »Die Nationalsozialisten der BVG sprachen sich *auf Anordnung* der Betriebszellenabteilung sofort für den Streik aus.« Die Schlacht kann beginnen. Nur die SPD ist ahnungs-

los. Am nächsten Morgen, als der Verkehr der Reichshauptstadt bereits restlos stillgelegt ist, macht die sozialdemokratische Tageszeitung *Vorwärts* mit der Schlagzeile auf: »Keine Streikmehrheit bei der BVG!«

Die Berliner stellen sich auf den Streik ein. Man zeigt sogar eine gewisse Sympathie für die Streikenden, schlägt sich irgendwie durch zu einer Station der S-Bahn. Die nicht streikt, denn Versuche der Kommunisten, die Reichsbahner zum Solidaritätsstreik zu animieren, sind fehlgeschlagen. Fahrräder werden vom Dachboden geholt, Fußmärsche in Kauf genommen, Fahrgemeinschaften mieten zusammen ein Taxi. Berlin läßt sich nicht aus der Ruhe bringen.

Auch die Reichsregierung bleibt gelassen. Nach der »Niederschrift über die Ministerbesprechung am 3. November 1932 vormittags 11.30 Uhr in der Reichskanzlei« wurde das Thema schnell erledigt: »Reichsminister Dr. Bracht hielt den Streik für eine Kraftprobe der KPD. Wirtschaftliche Gründe seien kaum gegeben. Die Parteizeitung *Rote Fahne* werde bis zum 12. November verboten ... *Offensichtlich arbeiteten die Kommunisten auf einen Generalstreik hin* ... Der Reichsminister des Inneren berichtete, daß die *Nationalsozialisten stimmungsmäßig Unruhen nach dem 6. November vorbereiteten, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit den Kommunisten."*

Doch hat man Vorsorge getroffen: »Oberst von Bredow (Stellvertreter des Reichswehrministers von Schleicher) teilte auf Anfrage mit, daß die Reichswehr für alle Fälle *angewiesen* sei ...« Angewiesen? Wozu?

Doch das Militär kommt nicht zum Einsatz. Noch am Abend ist das (Zwangs-)Schlichtungsverfahren abgeschlossen, der Streik ist damit *illegal* und kann von nun an von der Polizei mit Waffengewalt bekämpft werden, wie ein Aufruhr. Ob die Gewerkschaft dies

hätte verhindern sollen, indem sie sich dem Streik nachträglich angeschlossen hätte, ist eine Frage, die später in linken Zirkeln heiß diskutiert wird. Bis heute.

Fünf Tage dauert der Streik. Nur wenige Wagen verließen die Bahnhöfe und Depots, bemannt mit gewerkschaftstreuen Schaffnern und begleitet von Polizisten, die den Befehl hatten, bei jedem Angriff sofort zu schießen. Doch gewinnen konnten die Streikenden den ungleichen Kampf nur, wenn es ihnen gelang, den Notverkehr, den die BWG aufzubauen suchte, zu verhindern. Das aber ging nur mit Gewalt.

»Massenstreikschutz«, nannte man das damals. Dazu mobilisieren beide totalitären Parteien Zehntausende ihrer Anhänger: Arbeitslose und vor allem die Mitglieder der militanten, paramilitärischen Schlägertrupps, die Mitglieder des (verbotenen) Roten Frontkämpferbunds, den kommunistischen MSS (Massenselbstschutz) und die SA und SS. Barrikaden werden gebaut, Schienen blockiert, Straßen aufgerissen, um die Omnibusse und Straßenbahnen anzuhalten. Halten sie, geht Steinhagel auf sie nieder, Oberleitungen werden herausgerissen, Schaffner aus dem Wagen gezerrt und verprügelt. Dann greift die Polizei ein, und weil 1932 verschärfte Republikschutzgesetze gegen Gewalttäter gelten und Wasserwerfer damals unbekannt sind, schießt sie auch in die Menge, als diese beginnt, Straßenbahnwagen zu demolieren, und auch auf mehrfache Anweisung nicht auseinandergeht. Pistolenschüsse fallen. Vier Menschen werden am »blutigen Freitag« von der Polizei erschossen, darunter eine unbeteiligte Rentnerin.

Die Kommunisten nennen den Tag später den »Roten Freitag«. Doch bei den Steineschlachten tut sich besonders die SA hervor, die Kampfverbände der Kommunisten halten sich auffällig zurück, was in

einem Brief Wilhelm Piecks an die Komintern-Zentrale, der sich vor einiger Zeit im Moskauer Parteiarchiv fand, scharf kritisiert wird.

Zwei Tage dauert die Schlacht auf den Straßen. Aber auch am dritten und vierten Tag hält die Streikfront. Kaum ein Bus, fast keine Straßenbahn verläßt die Depots. Die Gegenmaßnahmen bleiben wirkungslos. Der Notverkehr muß eingestellt werden. Die Verbindungen der Zentralen Streikleitung zu den einzelnen Bahnhöfen reißen zwar ab, nachdem einige Funktionäre und Kuriere festgenommen worden sind und die Streikleitung aus Furcht vor einer Verhaftung untergetaucht ist. Aber die örtlichen Streikkomitees an den Bahnhöfen und Depots halten die Streikenden zusammen.

Bis zum Abend der Reichstagswahl vom 6. November, die der KPD hohe Stimmengewinne bringt. In Berlin ist sie sogar zur stärksten Partei geworden. Die NSDAP hat, als Ergebnis ihrer Beteiligung am Streik, in den Arbeitervierteln von Berlin kaum Stimmen verloren. Im Gegensatz zum übrigen Reich, wo sie Verluste erlitten hat. Dennoch bleibt sie die stärkste Partei, ohne die bald keine Regierungsbildung mehr möglich sein wird.

Am Montag nach der Wahl zeigten die ungleichen Bündnispartner kein Interesse mehr am BVG-Streik. Beiden Seiten ging es jetzt nur noch darum, der anderen den Schwarzen Peter des Streikbruchs zuzuschieben. Zuerst erklärte die von der KDP beherrschte Zentrale Streikleitung das Ende des Streiks und verkündete allen Ernstes, daß »unser Streikkampf, verbunden mit der Kampfaktivität der arbeitenden Bevölkerung Berlins, der bisher stärkste *Schlag gegen die faschistische Diktatur* ...« war. Abschließend sandte man noch ein Telegramm an die Gewerkschaftszentrale in Moskau: »Heiße Kampfesgrüße zum Jahrestag

der Oktoberrevolution.« Angenommen bei einer Stimmenthaltung. Des noch anwesenden Nazis! Die NSBO beendet den Streik offiziell erst am Dienstag. Die Titelzeilen des *Angriff* an diesem Tag lauten: »Kommunisten würgen BVG-Streik ab. Wie die deutsche Arbeiterschaft vom Marxismus verraten wird«.

Man begräbt seine Toten, ehrt die Märtyrer.

Am 11. November trägt Goebbels in sein Tagebuch ein: »In Schöneberg tragen wir den SA-Mann Reppich, der während des Streiks erschossen wurde, zu Grabe. 40.000 Menschen geben ihm das Geleit. Er wird zur Ruhe gebettet wie ein Fürst. Über dem Friedhof kreisen Flugzuge mit umflorten Hakenkreuzwimpeln, als wollten sie dem Toten die letzten Abschiedsgrüße zurufen. Die SA-Leute sind tief ergriffen.«

Der kommunistische Dichter Erich Weinert schreibt ein Gedicht über den BVG-Streik. Es endet mit den Worten:

Denn im Herzen der Zwanzigtausend ist
Ein Feuer brennen geblieben!
Das Feuer ist nicht mehr zu unterdrücken!
Und wenn ihr uns alle Rechte streicht!
Das Feuer könnt ihr nicht mehr ersticken!
Und das ist erreicht!

Der Berliner Verkehr läuft ab Dienstag, 8. November 1932, wieder normal.

Am 18. November aber lud das Reichswehrministerium die Wehrkreise zu einem »Planspiel« ein, das am 25. und 26. November unter der Leitung des Chefs der Wehrmachtsabteilung, Oberst Eugen Ott, durchgeführt wurde. Dieses Planspiel ging, ausdrücklich unter Bezugnahme auf den BVG-Streik, von der Voraussetzung

aus, daß »die KPD und die freien Gewerkschaften eine starke Aktivität für einen Generalstreik entfalten würden und daß Teile der SA und der nationalsozialistisch orientierten Arbeiterschaft sich anschließen würden«.

Das »Planspiel Ott« kam zu dem Ergebnis, daß die Reichswehr nicht in der Lage sein werde, unter den angenommenen Umständen die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Dieses Ergebnis ließ General von Schleicher in der Kabinettssitzung vom 2. Dezember 1932 durch Oberst Ott vortragen. Die Vorlage des Planspiels war der letzte Anlaß für den Kanzler von Papen, umgehend seinen Rücktritt zu erklären und damit den Weg frei zu machen für eine neue Regierung unter General von Schleicher, der ein letztes Mal versuchte, eine Regierung *ohne* Hitler zu führen.

Am 3. Dezember 1932 um 12.45 Uhr trat das Kabinett von Schleicher zum erstenmal zusammen. Es regierte noch 57 Tage. Dann kam Hitler.

Relativieren und Aufrechnen

Was heißt eigentlich Aufrechnung?

»Aufrechnung« ist ein zunächst im Historikerstreit angewandter Propagandabegriff der Gegenaufklärung, seit der Ächtung des in der ganzen Welt anerkannten Historikers und Faschismusforschers Ernst Nolte, an der sich am Ende selbst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beteiligte, die viele Jahre stolz darauf gewesen war, ihn zu ihren Autoren zu zählen. Schon während des Historikerstreits war das Wort Aufrechner zum allgegenwärtigen Totschlagwort für Menschen und ihre Glaubwürdigkeit geworden. In Umlauf gebracht von Jürgen Habermas, sonst noch bekannt als Entdecker beziehungsweise Verkünder des *Verfassungspatriotismus,* einer Art Ersatzdroge für Vaterlandsliebe.

Mit dem Vorwurf der *Aufrechnung* ist gemeint, daß man die Massenmorde Stalins nicht gegen die Hitlers *aufrechnen* und damit *relativieren* dürfe, was die Gegner Ernst Noltes diesem vorwarfen. Zu Unrecht übrigens, wie man durch die Lektüre seiner Bücher leicht nachprüfen kann. Die Befürworter des Aufrechnungsverbots befürchten, daß den Millionen vom NS-Regime ermordeten Juden, die nach dem französischen »Schwarzbuch des Kommunismus« mindestens zehn Millionen von Stalin umgebrachten politischen Gegnern oder womöglich sogar die 2,2 Millionen bei der Vertreibung aus den Ostprovinzen getöteten Deutschen gegenübergestellt würden und so die Kriegsverbrechen der NS-Diktatur relativiert, nach anderer Lesart sogar verharmlost würden. Diese letztere, sehr fragwürdige und schwer nachvollziehbare Behauptung

vom »Verharmlosen durch Vergleichen« setzt bei genauem Hinsehen voraus, daß ein gezielter Massenmord an *unschuldigen Menschen* dadurch harmlos wird, wenn irgendwo anders auch Massenmorde begangen worden sind. Was in Wirklichkeit dahintersteckt, ist die schon beim Historikerstreit ausgebildete Doktrin vom einmaligen und *nicht* vergleichbaren, dem *singulären* Charakter des Holocaust. Diese Doktrin von der Einmaligkeit hat in Deutschland quasi Gesetzeskraft erlangt und ist keineswegs eine harmlose Schnurre wie so viele andere Auswüchse der politischen Korrektheit, die man verspotten und getrost belächeln könnte, sondern diente im Fall Ernst Noltes gezielt dazu, um einen Mann, seine Karriere, ja sogar die Erinnerung an sein Lebenswerk zu zerstören.

Tatsächlich bedeutet das *Aufrechnungsverbot* in der Wirklichkeit der Universitäten und Schulen, der Medien und der Kongresse, daß man die Verbrechen Stalins praktisch nicht *beschreiben* darf (als Deutscher nicht; als Franzose, Pole, Engländer oder Amerikaner durchaus), weil bereits die Erwähnung der rund zehn Millionen von Stalin durch Hunger und Umsiedlung umgebrachter eigener Landsleute bei den sogenannten Kulakenaufständen eigentlich den Tatbestand der Aufrechnung darstellt oder jedenfalls den Versuch zu dieser (gesellschaftlich) strafbaren Handlung. Mit den Worten »Sie wollen ja hier aufrechnen!« kann man jede öffentliche Diskussion abwürgen und beenden.

Wer in der Öffentlichkeit mehrmals der »Aufrechnung« bezichtigt wird wie Ernst Nolte, ist nicht nur gesellschaftlich, sondern meist auch beruflich erledigt. Seine Veröffentlichungen, auch wissenschaftliche Texte, werden schlicht ignoriert, seine Bücher werden von den großen Verlagen boykottiert, von den Buchhändlern generell nicht angeboten, von Rezensenten fast

nie besprochen, zu wichtigen Kongressen und Tagungen wird der »Aufrechner« nicht eingeladen oder sogar kurzfristig wieder ausgeladen. Er verschwindet einfach aus der Öffentlichkeit. Wenn er nicht Beamter auf Lebenszeit ist, hat das schwerwiegende berufliche, also auch spürbare finanzielle Folgen (Karl Marx nannte diese Methode des politischen Kampfes durch physische Aushungerung »Stockschläge auf den Magen«), Diese Aufrechnungskeule, neuerdings sogar von dem eher linksstehenden Historiker Heinrich August Winkler Auschwitz-Keule genannt*, ist in erster Linie dazu da, vor allem jüngere Leute abzuschrecken.

Im Jahr 2002 tauchte das Unwort *Aufrechnung* noch einmal in der öffentlichen Debatte auf, nachdem hintereinander mehrere wichtige Bücher über die Kriegsverbrechen der Anti-Hitler-Koalition erschienen waren, die man, da von prominenten Schriftstellern oder angesehenen Publizisten geschrieben, nicht mehr einfach verschweigen oder als rechtslastig abtun konnte. Sie behandelten die Massenmorde und Greuel bei der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in den Jahren 1944/45 sowie den uneingeschränkten Bombenkrieg gegen die Bevölkerung der deutschen Großstädte, so Jörg Friedrichs' »Der Brand« und Günter Grass' »Im Krebsgang«. Zeitgleich erscheinen Walter Kempowskis Buch über die Zerstörung von Dresden sowie die »Verbotene Trauer« des Verfassers.** Sie alle be-

* Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2.: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 393.

** Klaus Rainer Röhl, Verbotene Trauer. Ende der deutschen Tabus, München 2002, Walter Kempowski, Der rote Hahn, Dresden im Februar 1945, München 2001, 3. Aufl. 2004.

klagen, ebenso wie die im gleichen Jahr ausgestahlten Fernsehdokumentationen von Guido Knopp zur Ermordung von Millionen unschuldiger Deutscher und die Schuld der Alliierten.

Sogleich wurde der Vorwurf der Aufrechnung auch gegen die genannten Veröffentlichungen erhoben*, und das hieß, daß man auf keinen Fall die nicht zu leugnenden Kriegsverbrechen gegen Deutsche, die 2,2 Millionen Toten bei der gewaltsamen Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland und aus den Siedlungen auf dem Balkan, die millionenfache Vergewaltigung von Frauen und halbwüchsigen Mädchen über mehrere Monate hinweg oder die 670.000 Opfer unter der deutschen Zivilbevölkerung durch gezielte Bombenangriffe der Alliierten auf Wohnviertel niemals gegen die ermordeten europäischen Juden »aufrechnen« dürfe, weil diese Massentötungen ein ungleich schlimmeres Verbrechen seien.

Nur: Die Verbrechen des Holocaust hatte auch niemand der genannten Autoren bestritten. Niemand hatte nur mit einer Silbe die toten Deutschen gegen die toten Juden aufrechnen oder dadurch »relativieren« wollen. Jedoch genügte der Verdacht allein, um die seit fast 60 Jahren überfällige Trauerarbeit und überhaupt *Beschäftigung* mit den Leiden der unschuldigen Opfer unter den deutschen Frauen und Kindern ins Zwielicht zu bringen und die sonst von den Deutschen so oft und lautstark geforderte *Ge-*

* Noch Ende März 2004 durch eine englische Veröffentlichung, die die Zerstörung von Dresden uneingeschränkt rechtfertigte und in England ein Bestseller wurde. Die Antwort von Friedrichs darauf wurde im Kulturweltspiegel der ARD vom 28. März 2004 gesendet.

dächtniskultui wieder einzuschläfern. Es fragt sich nur: Wer hat in unserem Land ein Interesse daran, diese sehr verspätete Trauerarbeit der Deutschen zu behindern und herabzuwürdigen? Diese Frage öffentlich zu stellen, heißt allerdings in Verdacht geraten, »aufrechnen« zu wollen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Schwarzarbeit

Was versteht man unter Schwarzarbeit?

Schwarzarbeit klingt nicht zufällig so ähnlich wie Schwarzmarkt und Schwarzgeld. Alle drei Begriffe sind Ausdrücke, die in Kriegs- und Krisenzeiten geprägt wurden, vor allem aber in Diktaturen, bei denen die ganze Wirtschaft kontrolliert und geregelt werden soll. Beispiel: Hitlerdiktatur, Sowjetrußland, DDR. Ein demokratisch verfaßtes Land, in dem die Menschen und auch die Wirtschaft wirklich frei sind, kennt weder Schwarzmarkt, Schwarzgeld noch Schwarzarbeit. *Schwarzmarkt* nannte man in den Zeiten der Diktatur und der Zwangsbewirtschaftung die Versuche, durch Tauschhandel die Bedürfnisse der Menschen nach Waren zu befriedigen. Das, was die Kommunisten ab 1917 und später die Nationalsozialisten Schwarzmarkt nannten, war nichts weiter als Kapitalismus, freie Marktwirtschaft, die sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Kapitalimus *ist* Schwarzmarkt - in den Augen der sozialistischen Blockwarte und Verteilerbürokraten ein Verbrechen.

Schwarzarbeit ist der Versuch, die freie Wirtschaft auch auf den Arbeitsmarkt auszudehnen, Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt zu umgehen. In den USA reguliert sich auch die Beschäftigung von Menschen in der Produktion nach den Regeln des Marktes. Dieser Markt ist in Europa faktisch seit der Bismarckzeit nicht existent. Einerseits werden in einer von der Verfassung garantierten Tarifhoheit Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern frei verhandelt und abgeschlossen. Nach

marktwirtschaftlichem Feilschen, das die Theatralik eines Basars annehmen kann, aber von niemand mißverstanden wird. Drohungen und Gegendrohungen bestimmen am Ende Lohnprozente und Arbeitszeitminuten. Staatlich garantiert und überwacht sind Regeln (Mindestarbeitszeit, Urlaub, Mutterschutz), andererseits verlangt die Bürokratie (der Staat) einen erheblichen Anteil am Ergebnis der Arbeit (Steuern). Da diese Regeln als undurchsichtig und die Abgaben als zu hoch empfunden werden, werden sie von den vielen Menschen innerlich nicht angenommen, Übertretungen nicht als strafwürdige Verbrechen angesehen, eher als Kavaliersdelikte wie Falschparken oder die Abgabe einer gutformulierten Steuererklärung.

Bei weit mehr als vier Millionen Arbeitslosen und noch einmal so vielen Sozialhilfeempfängern wäre Deutschland längst zu einem Elendsland ä la Dickens geworden, wenn nicht ein großer Teil dieser »relativ Verelendeten« in großem Umfang schwarzarbeiten und mit »Schwarzgeld« entlohnt würden.

Das beginnt mit der Nachbarschaftshilfe auf dem Dorf und endet beim Babysitten von Schülerinnen. An diesem riesigen »schwarzen« Arbeitsmarkt sind auch die Millionen Ausländer und Ausländerinnen beteiligt, ohne deren Hilfe ganztägige Berufstätigkeit unserer Frauen, ihre Unabhängigkeit und ihre Emanzipation gar nicht mehr denkbar wären. Ein anderes Feld sind Handwerksarbeiten und Reparaturen. Ein großer Teil aller bei Reparaturen im Haus nötigen Arbeiten wird in steigendem Maße von den Deutschen selber ausgeführt, die sensationellen Umsatzsteigerungen der überall aus dem Boden schießenden Baumärkte liefern das Material. Bei diesen Arbeiten wird auch gegenseitige Nachbarschaftshilfe geleistet - oder wenn die Gegenseitigkeit nicht möglich ist, bezahlt, und das

natürlich schwarz. Nur die ideologisch begründete Regulierwut der rot-grünen Regierung und ihres Finanzministers konnte eine solche Absurdität wie die Minijobbesteuerung, im Volksmund: »Putzfrauensteuer«, ersinnen.* Die Menschen würden es schon hinnehmen, hoffte man. Allzu große Absurditäten werden aber schon *vor* der nächsten Wahl abgestraft.

Gegen die Absicht, die Nichtanmeldung kleiner und kleinster Jobs, ohne die die Hälfte aller bürgerlichen Haushalte kaum mehr funktioniert, als Straftat zu werten, lief die Öffentlichkeit, angeführt von der *BILD*-Zeitung und, halbherzig auch von der CDU unterstützt, Sturm. Die Regierung änderte die Vorlage. Jetzt ist die »schwarze« Beschäftigung einer Minijobhilfe weiter, wie schon vorher, eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer vergleichsweise milden Geldstrafe geahndet wird. Aber dafür wird natürlich kein kostenaufwendiges Kontroll- und Überwachungssystem eingerichtet. Die Gründe für den schnellen Rückzug der Regierung liegen nicht nur in der Angst vor der Reaktion der Wähler (Denkzettelmentalität) bei den nächsten fünf Landtagswahlen, sondern wohl auch in der späten Einsicht, daß die Strafandrohung ein Ausrutscher der Koalition war und eine Kontrolle mehr gekostet, als die zu erwartenden Einnahmen eingebracht hätten. Denn sie hätte nicht nur eine neue bürokratische Aufblähung der Justiz erfordert, sondern auch eine flächendeckende Überwachung der Haushalte durch die Ordnungshüter, gestützt auf ein Spitzelsystem

* Laut Gesetz muß der Arbeitgeber seine bisherigen Schwarzarbeiter und -arbeiterinnen (Verdienst bis 400 Euro monatlich) bei der Bundesknappschaft in Essen anmelden und 13,3 Prozent des ausgezahlten Lohns für Rentenversicherung, Krankenkasse, Steuern - und Verwaltungskosten - überweisen.

nach Art der DDR. Dafür Verluste bei den Landtags- und Europawahlen hinzunehmen, die wegen der grotesken Arztbesuchsgebühr und den vielen spürbaren Verschlechterungen in der Krankenversorgung ohnehin zu erwarten waren, wollte man nicht riskieren.

Schwarzgeld ist ebenfalls auf dem freien Markt verdientes Geld, das sich der Regulierungs- und Abschöpfungswut der Behörden entzieht. Es ist daher eine leicht zu durchschauende Verdrehung der Verteilerbürokratie, die wenigen Euros, die die Babysitterin oder die alte Aufwartefrau mit einer Minirente in der Nachbarschaft verdient, öffentlich als Schwarzgeld zu deklarieren und damit die sogenannten »Schwarzarbeiter« quasi mit Gangsterbossen gleichzusetzen, die durch schwere Kapitalverbrechen Riesensummen gewinnen oder durch den illegalen Handel mit kolumbianischem Heroin, der täglich vor unseren Schulhöfen geduldet wird.

Das Zurückziehen der Strafandrohung für Arbeitgeber, die ihre Haushaltshilfe nicht anmelden, der die Abschaffung der Praxisgebühr nach einer gewissen Schamfrist folgen dürfte, ist ein Lehrstück dafür, daß die Regierung nicht ganz schwerhörig ist, sondern halt nur eine bestimmte Sprache versteht, die ernsthafte Drohung mit dem Regierungswechsel. Für die Mehrzahl der durch den »Langen Marsch« in die Leitung der Bürokratie gelangten Parteifunktionäre und die rund 80.000 hauptamtlichen Gleichstellungs- beziehungsweise Genderbeauftragten wäre das eine Katastrophe, da kaum noch einer von ihnen in der Lage ist, ohne finanzielle Verluste in seinen früheren Beruf zurückzukehren. Ganz zu schweigen von denen, die wie Außenminister Fischer gar keinen richtigen Beruf erlernt haben und also die Abwahl fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Sekundärtugenden

Was sind Sekundärtugenden?

Seit Sommer 1982 ein Schimpfwort. Für schlechtes, nicht zu empfehlendes, ja geradezu staatsgefährdendes Verhalten. Das Wort wurde zitiert vom damaligen Oberbürgermeister von Saarbrücken und späteren Kanzlerkandidaten der SPD, dem auch heute noch in der linken Szene der Partei kräftig herumgeisternden Oskar Lafontaine. Keine Geringerer als der SPD-Politiker und Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte damals nicht ohne Grund (die Arbeitsproduktivität in Deutschland und damit nicht nur der Lebensstandard der Deutschen, sondern auch ihr Ansehen in der Welt hatten empfindlich gelitten) die Forderung erhoben, in Deutschland den Tugenden der Vergangenheit wie Ordnung, Sauberkeit, Fleiß, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit wieder zu Ansehen zu helfen. Lafontaine quittierte damals die Forderung seines SPD-Kanzlers mit der verächtlichen Bemerkung, die von Schmidt geforderten Eigenschaften seien Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten könne.* Das war ein geradezu klassisches Beispiel für das Verhalten der später so genannten Toskanafraktion: die verächtliche Abwertung aller gesellschaftlich vereinbarten und auch tradierten Verhaltensnormen zugunsten eines kaum verhüllten Hedonismus und der vage Faschismusvorwurf als Beigabe.

* »Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzise gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.« *stein* vom 19. Juli 1982.

Fleißig und ordentlich zu sein, zuverlässig und beständig, und das hieße womöglich, gar sich selber treu zu sein, das legt die höhnische Formulierung nahe, das ist fast so schlimm wie ein KZ, wie der Nationalsozialismus, wie Hitler, das kommt jedenfalls aus dem gleichen Geist, ist auf jeden Fall abzulehnen.

Die Ausdünnung der ethischen Mindestanforderungen, an die man die jungen Menschen seit 1968 in Schule und Elternhaus gewöhnen wollte, ist seitdem noch weiter vorangekommen und hält mit der Auszehrung der Schulbildung Schritt. Eine seit etwa 1980 von den antiautoritären Lehrern weitgehend ethikfrei, oft auch lernstofffrei erzogene, sich selber nach wechselnden Moden und Trends ihre Leitbilder und Verhaltensnormen außerhalb der Schule selbst suchende Freizeitgeneration ist inzwischen erwachsen geworden, und Bundeskanzler Schröder zeigt sich nun verwundert darüber, daß niemand auch nur ein i-Tüpfelchen für die Gemeinschaft tun oder zugunsten der Gemeinschaft auf irgend etwas verzichten will. Ohne Moos nichts los. Wofür sonst sollte sich jemand anstrengen? Etwa für das, was die Franzosen spöttisch »travailler pour le Roi de Prusse« nannten, wenn einer eine Sache um ihrer selbst willen tat, ohne Aussicht auf Belohnung? So etwas hatte auch Oskar Lafontaine im Sinn, als er, was wir nicht so schnell vergessen sollten, 1990 die Wiedervereinigung der demokratisch verfaßten deutschen Bundesrepublik mit dem russischen Satellitenstaat namens DDR offen ablehnte, gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen und des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt. Die Wiedervereinigung koste zuviel Geld, würde also sehr bald den Lebensstandard der Bundesrepublik empfindlich senken, prophezeite Lafontaine. Wundert uns da noch der Spruch mit den Sekundärtugenden?

Die Verbindung zwischen Tugend und Faschismus war sicher nicht auf dem eigenen Mist des Saarländers gewachsen. Dazu ist sein Horizont zu bescheiden. Als 68er ist er nie hervorgetreten, und er kannte wohl nur flüchtig die Schriften derjenigen, die diese kühne Formulierung von den Sekundärtugenden, die dem Hitlerregime nützten, ins Gespräch brachten. Der Schöpfer dieser assoziativen Gleichsetzung von Ordnungsliebe, Fleiß, Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit mit einem menschenvernichtenden Konzentrationslager beabsichtigten gewiß mehr als nur ein schönes Bonmot: Sie wollten etwas zerstören. Etwas, wovor sie Angst hatten. Etwas, das sie für typisch deutsch, preußisch, analfixiert und autoritär hielten und deshalb ebenso zerstören wollten wie die deutsche Identität, die Liebe zur Sprache, zur Heimat, die Liebe zu ihrem Land. Die nicht einmal der kommunistische Dichter Bertolt Brecht seinen Landsleuten hatte absprechen wollen, die anhängliche Liebe zu ihrer Heimat Deutschland, seinetwegen eine schöne Illusion, die er seinen Deutschen aber gönnen wollte. In seinem Entwurf zur neuen Nationalhymne: *»Und weil wir dies Land verbessern/Lieben und beschirmen wir's/Und das liebste mag's uns scheinen/So wie andern Völkern ihrs.«**

Mit diesem Patriotismus aber wollten die anderen aus der Emigration zurückgekehrten Umerzieher nichts zu tun haben. Sie wollten, aus einem tiefsitzenden Mißtrauen gegen alles Deutsche, von dem sie fürchte-

* Das Lied (Musik Hanns Eisler) wurde als neue Nationalhymne der DDR abgelehnt und statt dessen die sogenannte Becher-Hymne (»Auferstanden aus Ruinen«) von Johannes R. Becher gewählt. Die Brecht-Hymne erscheint jetzt in Brecht-Ausgaben als Kinderhymne.

ten, es würde eines Tages wieder mächtig werden, sozusagen vorsichtsichtshalber erst einmal alles zerstören, was den Deutschen wert schien, darunter neben den schon genannten auch die einst so hoch geachteten preußischen Tugenden Pflichtgefühl, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Maßhalten, Bescheidenheit und Gewissenhaftigkeit. Viermal darf geraten werden, von wem das böse Wort von den Sekundärtugenden als Schrittmacher des Dritten Reichs stammt? Von Adorno, von Habermas, von Wilhelm Reich oder von Herbert Marcuse, der in seinem Buch »Der eindimensionale Mensch« den Menschen frei von Gott und Ethik gesprochen hatte - das Buch lasen damals, 1968/69, alle.

Der Begriff der Tugend selbst war da schon längst abgeglitten in die Welt von Kabarettsendungen und Witzblättern und fand immer seine Lacher, ob man Tugendbolde, Tugendbünde oder tugendhafte Mägdelein aufs Korn nahm. Tugenden, seit 2400 Jahren in der Antike aufgezeichnet und überliefert, sie sind eigentlich Aufforderungen an den Menschen, weise, einsichtig, tapfer und gerecht zu sein. Entwicklungsgeschichtlich waren das nichts weiter als mündlich entstandene und später schriftlich festgehaltene Regeln eines zivilisierten Zusammenlebens von Angehörigen eines Volks. Dazu berief man sich in der Antike auf Weise (Philosophen = Freunde der Weisheit). Zu den vier Haupttugenden fügte das Christentum unter dem Begriff »Kardinaltugenden« noch die Begriffe Glaube, Liebe, Hoffnung hinzu, die man als religiöse Gebote verstehen muß, in denen das praktische Handeln wurzeln soll. Erst die Aufklärung sah wieder das Zusammenleben der Menschen als Ziel der Tugend an, wie in dem berühmten Satz von Kant: »Handle so, daß die Maxime deines Tuns zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kön-

ne«* - ganz ins Vulgäre übersetzt bis heute gültig: Bitte verlassen Sie dieses Örtchen, so wie Sie es selber vorzufinden wünschen - sauber.

Nachspülen, Zähneputzen, Nägelschneiden, Schuheputzen und Haarekämmen sind wohl schon mehr Tertiärtugenden, aber auch sie sind Gemeinschaftsgebote, ohne die es nicht geht in der Gesellschaft: den Motor bei einem längeren Stau abstellen, nicht in der Einfahrt parken und, so spottete schon Lenin über die Deutschen, vor einer Revolution erst einmal für alle eine Bahnsteigkarte kaufen. Hier herrscht Ordnung. Es ist tröstlich, daß diese preußischen Sekundärtugenden heute gerade von den Linken wieder straff geübt werden. Das kann man besonders bei Demonstrationen von *ver.di* oder der ÖTV bewundern. Alle sind einheitlich gekleidet, die Transparente vorgedruckt und die Trillerpfeifen ordnungsgemäß ausgegeben an alle. Da herrscht Zack, teilweise mehr als bei der Bundeswehr, meinen manche.

Im Grunde herrscht sogar bei den Chaosdemonstrationen in Kreuzberg am 1. Mai eine preußische Kampfdisziplin und Ordnung. Die schwarze Uniform, die Springerstiefel, die das ganze Jahr über in der Kommunewohnung herumliegenden Haßkappen (die wollene schwarze Vermummung mit den bequemen Augenschlitzen), das alles wird am Abend des 1. Mai in Ruhe angelegt, und dann kommt der Dauerlauf, das rituelle Abfackeln von Autos und die benzingetränkten Barrikaden aus erbärmlich stinkenden brennenden Autoreifen zusammen mit den immer gleichen Parolen, dem Ausbrennen von Telefonzellen durch hineingeworfene Benzinflaschen (Molotowcocktails), das alles

* Der sogenannte kategorische Imperativ, in »Kritik der praktischen Vernunft«, Königsberg 1788.

zeugt von einer fast preußisch anmutenden Treue zur längst verlorenen Sache wie bei dem ewigen sportlich-rituellen Kampf mit der Polizei. Schlachtruf: »Deutsche Polizisten - schützen die Faschisten« und so weiter. Unsere Ehre heißt Treue. Jetzt auch wieder gegen Israel.

Ewig aber bleibt, solange die politische Korrektheit noch nicht aus der Gesellschaft verschwunden ist, der *Tugendterror*, mit dem sie durchgesetzt werden muß: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir die Fresse ein. Der Tugendterror ist so alt wie die Französische Revolution zur Zeit ihres Verfalls. Und so begründete Robespierre am 5. Febraur 1974 seinen Umgang mit den politischen Gegnern: »Wenn die Triebkraft der Volksregierung im Frieden die Tugend ist, so ist in revolutionärer Zeit diese Triebkraft zugleich die Tugend und der Schrecken; die Tugend, ohne die der Schrecken unheilvoll wäre, der Schrecken, ohne den die Tugend ohnmächtig bliebe. Der Schrecken ist nichts anderes als die rasche, strenge unbeugsame Gerechtigkeit, er ist also ein Ausfluß der Tugend.«*

Es muß nicht immer die Guillotine sein. Es geht auch anders. Das gemeinsame Ziel heißt Abschreckung. Nenne ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit über die Durchsetzung der politischen Korrektheit durch konsequenten Tugendterror!

Hieß es noch im Lexikon von 1929** über die Tugenden, sie seien »zur Gewohnheit gewordenes ethisches Verhalten des Menschen«, keine Forderung, kein kategorischer Imperativ also, sondern nur eine vernünftige Verabredung zu einer Verhaltensnorm - so

* Zitiert nach Grolle, Rumpf, Thiele, Menschen in ihrer Zeit, 3. In der Neuzeit, Stuttgart 1982.

** Meyers Lexikon , 7. Aufl., Leipzig 1930.

findet der gleiche Meyer von 1993 Tugend weitgehend ersetzt durch »Werte« , die man bekanntlich schätzen kann oder nicht. * »Ihr sollt nicht gut sein, sondern nur vernünftig!« formulierte es Erich Kästner.** Verhaltensnormen, auf die sich alle verständigt haben, Tugend, die seit 2400 Jahren immer eine Forderung an den Menschen gewesen war, eine Aufforderung, Weisheit, Einsicht, Gerechtigkeit, Tapferkeit zu üben.

Inzwischen ist selbst der Begriff »wertkonservativ« schon *abgewertet* und wird von den linksliberalen Presse- und Fernsehkommentatoren, die gerne nachstoßen, wenn ein Feld von den Konservativen geräumt wird, auch schon mit rechtskonservativ oder sogar *rechtslastig* gleichgesetzt, und so ist auch die Bezugnahme auf die Werte aus den Reden von Frau Merkel fast ganz verschwunden.

Neue Werte braucht das Land, Verzeihung, der Standort Deutschland. Aber bitte keine preußischen Sekundärtugenden wie Ordnungsliebe, Pflichtgefühl, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Maßhalten, Bescheidenheit und Gewissenhaftigkeit. Aber das Einkommen soll gesteigert werden und auch das Steueraufkommen, die Löhne sollen stabil bleiben, die Arbeitslosenquote und die Krankenkosten gesenkt werden und die Hilfsbereitschaft der Bürger sich steigern. Selbstverwirklichung und Selbstbeschränkung. Weltoffen, tolerant, multikulturell und gastfreundlich soll unser Land werden, und jeder soll sich frei entfalten können, aber möglichst nie wieder so *deutsch.*

So selbstbewußt und arrogant und mit eigener Iden-

* Meyers großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Mannheim 1992.

** Erich Kästner, Rede an die Millionäre, in »Herz auf Taille«, Berlin 1931.

tität. Nationale Identität? Das paßt nicht in die Landschaft, jedenfalls nicht in unsere. Keine Alleingänge. Aber voran. Ohne preußische Tugenden und mit steigendem Bruttosozialprodukt. Ohne Muß und mit viel Moos. Ohne Atomkraft als einziges Land in Europa. Voran mit dem Wind und den anderen nachwachsenden Energien und nachwachsenden dunklen Haaren bei Schröder und mit erneuerbarer Zustimmung durch Angela Merkel. Verlockende Aussichten. War das nun das Programm der SPD oder das der CDU?

Tätervolk

Was ist ein Tätervolk?

Im Sprachgebrauch der Zeitgeistmedien ausschließlich die Deutschen. Und zwar durch ihre Vergehen am *Opfervolk.* Die erstmalige Verwendung dieses Wortes ist dem Verfasser unbekannt, jedenfalls stand es von Anfang an für jüdische Bürger Deutschlands und Resteuropas, die während der NS-Diktatur verfolgt und getötet wurden. Der Gegensatz »Tätervolk«, das Unwort des Jahres 2003, wurde populär durch die Publizistin und zeitweilige Intendantin der NDR Niedersachsen, Lea Rosh. Das Gegensatzpaar Täter/Opfer war vorher in der Kriminologie und Psychologie bestimmter Verbrecher differenziert beschrieben worden. Die Übertragung auf ganze Gruppen von Menschen, Deutsche und Juden, setzt seltsamerweise voraus, daß beide verschiedene Völker sind, was andererseits aber auch stets bestritten wird. Die in Deutschland lebenden Juden gelten als Deutsche, was nur Reich-Ranicki für sich bestreitet. Eine Übertragung des Begriffs Tätervolk auf andere Massenverbrechen (etwa Türken/Armenier, Chinesen/Tibeter) ist in deutschen Medien nicht gebräuchlich, weil die Begriffe Tätervolk und Opfervolk Bestandteil einer seit 1945 mit ganzer Kraft geführten Erziehungsarbeit sind, die deutsche Journalisten geduldig an dem nach so langer Zeit immer noch störrischen und uneinsichtigen deutschen Volk leisten, das sowohl von *Populisten,* Nationalisten, Konservativen und Leuten, die eben *umstritten* sind, verführt und desorientiert wird.

Das Wort Tätervolk wurde zuletzt von dem CDU-Mitglied und Abgeordneten des Bundestags, Martin

Hohmann problematisiert, gegen den im Rahmen des permanenten Wahlkampfs gegen die CDU/CSU eine heftige Kampagne geführt wurde, auf die hier nicht eingegangen werden muß, weil sie in all ihren Aspekten in einem anderen Buch* vorzüglich dokumentiert ist.

* Fritz Schenk, Der Fall Hohmann, München 2004.

Umstritten

Was heißt umstritten?

Immer, wenn in der *Süddeutschen Zeitung* oder der nunmehr SPD-eigenen *Frankfurter Rundschau,* der *Zeit* oder in einem der anderen Zeitgeistmedien wie den Fernsehmagazinen *Monitor, Panorama* oder *Report Baden-Baden* jemand *umstritten* genannt wird (»der umstrittene Politiker«, »der umstrittene Wissenschaftler«), kann man ganz sicher sein, daß die Redakteure diesen Mann niedermachen wollen. Weil er nämlich für sie auf der falschen Seite steht. Rechts, konservativ, national, also politisch nicht korrekt denkt und schreibt. Zunächst versucht man, ihn ganz zu verschweigen, wenn das nicht geht, ihn herabzusetzen. Er ist dann »umstritten«. Aber er ist gar nicht umstritten, sondern gilt für die ganze veröffentlichte Meinung *unumstritten* als Feind, ein Antisemit, ein Ewiggestriger, ein Revanchist, ein Rechtsextremist, ein Holocaust-Verharmloser.

Von wem sollte er da noch »umstritten« sein? Das Wort besagt also im journalistischen Sprachgebrauch genau das Gegenteil. Beispiel: Ernst Nolte, dessen Thesen ursprünglich im Historikerstreit von 1986 tatsächlich »umstritten« waren, wurde, nachdem ihn sowohl der konservative Springer-Konzern, schließlich auch die *FAZ,* deren renommierter Autor er jahrzehntelang gewesen war, im März 1996 fallenließ, und als ihn sogar der Deutsche Historikertag ausladen mußte, in Deutschland geradezu eine Unperson, während er im Ausland, zumal bei seinen Fachkollegen, weiterhin ein hohes Ansehen genießt. In Deutschland flackert die Kampagne gegen ihn noch heute bei jedem

neuen Anlaß auf, wenn er zum Beispiel auf einem Wissenschaftlersymposion eingeladen ist oder, wie 1999 in München, den Konrad-Adenauer-Preis erhält.

In diesem Fall wurde sogar der Festredner bei der Preisverleihung, der angesehene Leiter des renommierten Instituts für Zeitgeschichte, Professor Horst Möller, von einem Tag auf den anderen zur »umstrittenen Person«. Man kann also sehen, daß die Umstrittenheit ansteckend ist wie eine gefährliche Tropenkrankheit.

So auch bei dem jüngsten Fall, dem des CDU-Abgeordenten Martin Hohmann, wo der verdiente Bundeswehrgeneral Reinhard Günzel, der Hohmann einen aufmunternden Brief geschrieben hatte, nicht nur umgehend vom Verteidigungsminister seines Postens enthoben wurde, sondern sogleich auch als »umstritten« galt.

Botho Strauß, nachdem er den »Anschwellenden Bocksgesang« im *SPIEGEL* veröffentlicht hatte und diesen Aufsatz auch noch in einem Sammelband unter dem Titel »Die selbstbewußte Nation« zusammen mit Beiträgen anderer Publizisten erscheinen ließ*, avancierte plötzlich von einem zwar schwer lesbaren, aber bedeutenden Dramatiker und Dichter zu einem »umstrittenen« Autor.

Martin Walser, bei seiner berühmten Paulskirchenrede zunächst mit stehendem Beifall vom gesamten Auditorium, einschließlich aller anwesenden Spitzenpolitiker, bedacht, war nach späterer Einlassung von Ignatz Bubis plötzlich umstritten.

Womöglich noch umstrittener war der frühere Wirt-

* Unter anderen Brigitte Seebacher-Brandt, Rüdiger Safranski, Michael Wolffsohn, Hartmut Lange, Hans Jürgen Syberberg und der Verfasser. Die selbstbewußte Nation, Berlin 1994.

schaftsminister Jürgen Möllemann, der immerhin in seiner Partei gerade mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war. Nach einem von ihm initiierten Wahlflugblatt vor der Bundestagswahl 2002, das sich mit den Angriffen von Michel Friedman befaßte, der ihn des *Antisemitismus* bezichtigt hatte, war er »umstritten«!

Ähnlich »umstrittene« Politiker waren in der Vergangenheit Philipp Jenninger und der kurzfristige Kandidat der CDU/CSU zum Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, der nach einer heftigen Kampagne der gesamten Linken durch Roman Herzog ersetzt werden mußte, der für die CDU nur zweite Wahl gewesen war. Um Steffen Heitmann hatte nie jemand gestritten.

Merke: Linke Publizisten oder Politiker wie Christian Ströbele oder Günter Wallraff oder etwa Michel Friedman, die nun wirklich nicht jedermanns Sache sind und über die sich nun wahrhaftig streiten läßt, sind nie umstritten. Sie sind *mutigl*

Volk

Warum wird das Wort *Volk* im Zusammenhang mit Deutschland in den Medien kaum mehr gebraucht?

Während man überall ganz unbefangen vom spanischen, russischen, chinesischen oder sogar, etwas gewagt, vom südafrikanischen Volk spricht, benutzt unser Zeitgeistjournalismus (Eigenbezeichnung: Mainstream) für Deutsche tatsächlich fast nur noch das Wort *Bevölkerung* (einen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Begriff für Bewohner eines Landes oder Landstrichs, bei denen man sich über ihre Herkunft und Zugehörigkeit nicht so ganz sicher sein konnte). Von Goebbels während des Krieges in seinen Propagandareden gern benutzt, um die in den Bombenkrieg einbezogene »Zivilbevölkerung« von der kämpfenden Front abzugrenzen, dient es heute ganz offen zur Vermeidung des Wortes *Volk* als gewachsener Gemeinschaft, die abgelehnt wird. Weil das Wort Volk auf eine gemeinsame Geschichte, auf gemeinsamen Boden und eine lange bestehende Verwandtschaft hindeutet, meist auch auf die seit dem Regierungsantritt der 68er ganz und gar verpönte »blutsmäßige« (Gen-(Verwandtschaft. Eine Stammesverwandtschaft, die das Grundgesetz jedoch meint, das von »dem deutschen Volk in seinen Stämmen« spricht.

Während *Bevölkerung* natürlich einfach die zufällig hier in den Grenzen der Bundesrepublik lebenden Einwohner meint, also auch rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber (mit und ohne Duldung) und *Migranten,* ebenso japanische Manager von Autofirmen (vielleicht 100) wie rumänische Zigeunerfamilien aus Mazedonien (100.000), die sich hier aufhalten. Bevöl-

kerung soll also um Himmels willen keine Einheit bezeichnen, und so wurde denn auch im Reichstagsgebäude als eine Art modernes Kunstwerk ä la *Beuys* »Garten« installiert, ein riesiger Trog mit Erde, die jeder Abgeordnete aus seinem Wahlkreis mitbringen sollte, was viele jedoch verweigerten. Dieses Kunstwerk, versehen mit der Aufschrift »Der deutschen Bevölkerung«, einem bewußten Gegensatz zu der Widmung »Dem deutschen Volke« über dem Portal des Reichstags, wuchert seit seiner spektakulären Aufstellung im Jahre 1998 ziemlich unbeachtet herum. Und so sieht es inzwischen auch aus: Mit den so schönen dominanten Pflanzen und Kräutern wie Vogelmiere, Melde, Giersch, Quecke, Ackerwinde und Brennessel hat das Abbild der Bevölkerung immer größere Ähnlichkeit mit jenem besonders auf den meisten deutschen Großstadtpromenaden anzutreffenden, wunderbar vielfältigen und unsere Alltagskultur so bereichernden Multikulti-Mix.

Nur manchmal werden die Deutschen doch Volk genannt, dann nämlich, wenn es um ihre nötige Zerknirschung und ihre Bereitschaft zur Buße geht, nicht selten auch um Zahlung von Bußgeld, das die Enkelgeneration für die Verbrechen der NS-Diktatur aufbringen soll. Dann sind wir überraschenderweise plötzlich doch ein *Volk,* nämlich das *Tätervolk* , das Lea Rosh in der *Mahnmal*-Debatte so oft benutzte, daß es am Ende zum Unwort des Jahres wurde.

Windkraft

Können »Windmühlen« die Stromversorgung Deutschlands sicherstellen?

Bestimmt. Aber nur zu einem Prozent. Und auch das nur, weil die Regierung die Elektrizitätswerke gezwungen hat, den Windmachern Strom für das Vielfache des Preises abzukaufen, für den sie selber Strom an die Verbraucher liefern.* Das ist wie beim Zauberer: Oben kommt das Taschentuch in den Zylinder und unten das Kaninchen raus. Wenn man nicht höllisch aufpaßt, merkt man nischt. Oben kommt der Wind rein, und unten kommt Geld vom Stromverbraucher - also von allen. Das Prinzip Bricklebrit: Tischlein, deck dich, Goldesel, streck dich.

Der Erfolg ist wie der Mißerfolg hausgemacht. Im Haus des Umweltministers Trittin. Bekannt in ganz Europa durch seine Lachnummer mit den Bierdosen, die wahrscheinlich bald von der EU-Kommission wieder gekippt wird, spätestens aber nach dem Regierungswechsel 2006. Ist schnell wieder rückgängig zu machen, die Verordnung, hat auch niemand richtig geschadet. Lachen hilft.

Die Folgen der Windenergiebebauung sind nicht so leicht rückgängig zu machen, die »Verspargelung der Landschaft« ist schon eine verniedlichende Methapher. Denn Spargel ist eine Pflanze. Die Windkraftträder aber sind aus Beton, Kunststoff und Stahl. 11.000

* Die Stromversorger müssen den Windmühlenbetreibern für ihren Strom 8,8 Cent pro Kilowattstunde zahlen, obwohl der aktuelle Strompreis auf dem Weltmarkt zur Zeit 3,5 Cent beträgt, zitiert nach *SPIEGEL,* Nr. 14/2004.

der häßlich-dünnen Betonpfähle mit den drei dröhnenden Rotorblättern töten zur Zeit die Ruhe der Natur, verschandeln die Umwelt, deren Schönheit und Unversehrtheit zu schützen einmal der Traum der Grünen war, bis sie erwachten und in Bonn an die Macht kamen. Aus der Traum.

Aus dem Traum von der sauberen Umwelt ist ein Industriepark von singulärer Scheußlichkeit geworden. Bei jeder Spazierfahrt durch die Landschaft kann jeder besichtigen, wie sich der Beton ausbreitet wie ein Pilzbefall. Was in wenigen Jahren Rot-Grün aus den paar Versuchsanlagen, die es hier und da gab und die man, etwa an der Nordseeküste vor Sylt, mit Interesse und Respekt besichtigte, inzwischen geworden ist: eine flächendeckende, Tag und Nacht ratternde Scheußlichkeit von der Nordsee bis zum Mittelgebirge. So flächendeckend, daß der Windmühlenindustrie die Freiflächen allmählich ausgehen. Die Folgen für die Natur sind jetzt schon verheerend: »Eine brutalere Zerstörung der Landschaft, als sie mit Windkrafträdern zu spicken und zu verriegeln«, schrieb der Schriftsteller Botho Strauß (»Anschwellender Bocksgesang«), hat zuvor keine Phase der Industrialisierung verursacht.«

Die Windmühlenindustrie ist heute eine richtige Zuwachsbranche geworden, auf Deuwel komm raus wird gebaut, Land gepachtet, verkabelt, investiert und weiter geplant im Selbstlauf. Keine rationalen Überlegungen wie Wirtschaftlichkeit oder Umweltverträglichkeit hemmen den Boom. Alles geht ja auf Kosten der Verbraucher. Die Macher und die Mitarbeiter im Umweltministerium kennen sich teilweise von früher, es waren kluge junge Leute, die alle die *taz* lasen. Und da konnte man in den 80er und 90er Jahren die ersten Anzeigen lesen, in denen auch Grünen und Alter-

nativen die Möglichkeit geboten wurde, ihr überschüssiges Vermögen - umweltfreundlich - anzulegen. Nicht nur FAZ-Leser, auch taz-Leser hatten Kapital. Das Geld hatten sie in den seltensten Fällen selber verdient, aber es wurden in den Jahren bis zur Jahrhundertwende geschätzte 2000 Milliarden von den Erbauern des Wirtschaftswunders an ihre Kinder vererbt, und so bot man zu dieser Zeit in der *taz* und anderen Blättchen die ersten alternativen Investitionen an - umweltfreundliche Ökofonds und umweltschützende Anlagen, Sonnenparks und Windkraftanlagen vor allem. Schon gab es junge Manager mit Goldgräberinstinkt, die einen ganz neuen Markt witterten und Ideen hatten, und diese jungen Leute fühlten sich wie Pioniere in einem neuen, unbekannten Land. Und wie alle Pioniere knallten sie bald ohne jede Rücksicht auf Ästhetik und, was schlimmer ist, auch ohne Rücksicht auf die Umwelt ihre ersten Sonnenkollektoren und Windräder in die Landschaft hinein. Zunächst sicher auch in jugendlich-menschenfreundlicher Absicht, Europa beispielhaft vom Atomtod zu befreien und trotz einer weltweit kraftvoll wachsenden Kernenergieindustrie wenigstens in der Mitte Europas, in Deutschland, ein Zeichen zu setzen. Es geht auch anders, sollte das heißen, aber so geht es auch.

Es ging auch, weil schon der CDU-Umweltminister Töpfer dieses Zeichen setzen wollte und die ersten Zuschüsse und Steuererleichterungen und andere Geldquellen für die neuen Umweltprojekte erschloß. Damals konnte man noch nicht einmal in Ansätzen von einer Umweltindustrie sprechen, eher waren es alternative Handwerksbetriebe. Keine Schwärmer, sondern solide Macher, wollten sie der übrigen Wirtschaft zeigen, daß das Gute auch zugleich das Vernünftige und die Zukunft Sichernde sein kann. Doch das Gute,

ganz im Gegenteil zu seinem sonst so schlechten Ruf, zahlte sich aus: Das Geld, noch schonend unter Töpfer, rollte, und der Wind des Zeitgeistes wehte, wohin er wollte, fast so dauerhaft wie an der Nordseeküste, und bald wurde der angenehme kleine Nebeneffekt Geld zum Haupteffekt.

Die Erbauer und Betreiber der Windmühlen, Sonnenparks und anderer »erneuerbarer Energien« (Wärme aus Gülle = Jauche, Heizen mit Flachs, Öl aus Raps) sammelten die ersten Erfahrungen, erlitten die ersten Rückschläge und machten die ersten, sonst in linken und »grünen« Kreisen so geschmähten Profite! Die man versprach, sogleich umweltfreundlich oder doch zumindest umweltschonend zu reinvestieren. Klar.

Was sie schnell lernten, war, daß Deutschland kein Land für Energie aus Wasserfällen und Gezeitenkraftwerken ist und noch weniger ein Land für Sonnenenergie, dazu scheint sie nun wirklich zu selten, trotz allgemein erwarteter Erderwärmung, ein Grad in 100 Jahren. Doch Windenergie, das schien zu gehen, die ersten Experimente wurden gemacht, voller Glauben an das Gute in der Natur und noch ganz nah dran an der Erinnerung an Tschernobyl, der Katastrophe mit dem verwahrlosten sowjetischen Atomreaktor, der ganz Europa bedroht hatte. In Dänemark gab es schon ein paar Windmühlen zur Stromerzeugung, und nur dort konnte man die Bauteile kaufen.

Ein, zwei Jungbauern auf Sylt und auf dem davorliegenden Festland bauten sich selber so ein Betonungetüm aus Dänemark auf ihre ohnehin »alternativen« Ökohöfe (auch sie hatten geerbt), lockten viele Rucksacktouristen und andere Zuschauer an, und nach einiger Zeit waren die Ungetüme wieder aus dem Landschaftsbild verschwunden. Sie produzierten gerade

soviel Strom, wie sie auf ihrem Ökohof verbrauchten. Meistens weniger und bei Windstille gar nichts, denn auch auf Sylt weht der Wind nicht ständig mit Stärke 8. Oder es ist Sturm, dann muß die Anlage abgeschaltet werden.

Auch die nächste Phase wurde noch durch Töpfer und die sozialdemokratische Landesregierung von Schleswig-Holstein gefördert: Betonpfähle mit den teils zwei oder vier, schließlich drei Rotorblättern wurden in Dänemark bestellt und am Wattenmeer aufgestellt, weit weg vom nächsten Dorf, sie störten niemanden, obwohl sie auch damals schon unermüdlich diesen nervtötenden, von weitem sirrend und surrend klingenden, aus der Nähe dröhnenden Lärm verursachten. Sie blieben damals auch häufig stehen, waren störanfällig, man lernte, daß man sie bei Sturm abschalten muß, experimentierte mit dem Material des Getriebes und der Rotorblätter und machte seine Erfahrungen.

Die Haupterfahrung war, daß mit den Windmühlen kein Blumenpott zu gewinnen war. Sie produzierten den Strom zu einem Preis, der weit über dem normalen Strompreis lag. Sie mußten und müssen die aus der Umdrehung gewonnene Energie sofort an irgendeinen Verbraucher abgeben, denn man kann - bis heute - den Strom nur mit einem übermäßigen Kostenaufwand speichern. Um sie ans nächste Betreibernetz anzuschließen, mußte man umfangreiche und kostspielige Leitungen verlegen.

Da kam der Sieg der rot-grünen Parteien von 1998. Die Abschaffung der Atomergie, die »sofortige« Stilllegung der Kernkraftwerke, eins der Zukunftsversprechen, mit denen die Partei der Grünen ihren Wahlsieg errungen hatte und koalitionsfähig geworden war, mußte von den Realpolitikern der SPD in die weite,

ungewisse Ferne von 20, 30 Jahren verschoben werden, lediglich ohnehin veraltete und zur Verschrottung reife Kernkraftwerke würden nach einigen Jahren aus dem Verkehr gezogen werden. Ihre baldige Abschaltung wurde als ein Sieg der Koalition erklärt, was der grünen Basis natürlich nicht genügte. Auch fast alle anderen Großprojekte der Grünen mußten nach und nach zugunsten wirtschaftlicher Kompromisse preisgegeben werden. Der grüne Außenminister, abgehoben von dieser unattraktiven Praxis, übte sich in großräumiger Weltpolitik und erschien gar nicht mehr gern zu Parteitagen. Alle Last, die grüne Politik noch halbwegs glaubwürdig darzustellen, ruhte allein auf der resolut ahnungslosen Landwirtschaftsministerin Kühnast und dem Umweltminister. Das war die Stunde der Windenergie. Ein Experiment, bei dem nichts schiefgehen konnte, weil es die Windlobby nichts kostete. Sogleich stieg Trittin groß in die Bewegung ein und brachte frischen Wind ins Geschäft: Mit dem sogenannten »Einspeisungsgesetz« wurden die großen Energieerzeuger wie RWE gezwungen, den Windstrom erstens stets *sofort* abzunehmen, zweitens zu einem mehr als doppelt so *hohen Preis,* und drittens mußten die Stromleitungen von den Windparks zum Netz auf Kosten der professionellen Stromproduzenten gebaut werden.

Dieses Gesetz ist lupenreiner Sozialismus, ein massiver Eingriff des Staates in den Wettbewerb.

Das Ministerium machte die Vorgaben, und plötzlich waren auch die Macher da, richtige Manager der Windenergie traten auf, hatten auf diese Stunde gewartet. Aus der linken Szene kommen ja schon lange kluge und kühle Geschäftemacher, nicht nur Gastwirte und Verleger, auch Fielmann war bekanntlich mal 68er gewesen. Einige waren schon im Geschäft, als die

Grünen noch in Turnschuhen herumliefen, mit staatlichen Krediten und Zuschüssen (damals noch vom CDU-Minister Töpfer) hatten sie Ökofirmen gegründet, ja sogar Umweltbanken und, mit viel Idealismus und wachsendem Spaß am Geld, Wind- und Sonnenenergie-GmbHs. Deutschland war da schon früh vorne. Erneuerbare Ernergien. Neue Unternehmer kamen hinzu. Bald hatten die Jungkapitalisten heraus, daß es in diesem Geschäft nicht auf Gewinn *vor Steuern* ankommt, sondern auf Gewinn *aus* Steuern. Beziehungsweise aus Gebühren. Will sagen, der Wind wehte, wohin er wollte und auch sollte, und die Windenergie strömte, eingespeist in die großen Umspann-Netze der Energieindustrie, still und unerkannt im großen Strom der Atom- und Kohleenergie mit. Nur die Kasse der Windhersteller klingelte und klingelte, nur vom Wind abhängig.

Das gleiche gilt noch verstärkt für Energie aus der Jauchegrube. Die erneuerbaren Abgase bei der Schweinemast, bisher von nichtsahnenden Bauern und Städtern fälschlich als Gestank verachtet. Aber Geld stinkt nicht, ebensowenig wie Strom. Und diesen Strom bezahlen wir seitdem zweimal: einmal als Strom aus der Leitung und zweitens als Zuschuß für die Windenergie. Schließlich kommt alles aus der Steckdose, Strom ist schließlich Strom, man kann ihm seine Herkunft nicht ansehen. Auf der anderen Seite kann man ja auch den in Atomkraftwerken hergestellten Strom (und das ist immer noch die größte Menge) nicht an seiner Farbe erkennen, und so ärgern sich die Atomkraftgegner und Trittin schon seit Jahren grün und gelb über den »Atomstrom«. Aber der Windstrom? Hätte er eine Farbe, käme er bestimmt schön giftgrün oder trittingelb aus der Steckdose, und die Gutmenschen aller Regionen würden natürlich nur noch den

guten Strom abnehmen, mit gutem Gewissen, wie sie, sagen wir, Ökofleisch oder Biomüsli kaufen. Aber so geht es leider nicht. Also am liebsten gar keinen Strom? Stromsparen wie zur Zeit des Kohlenklaus* - oder zurück zur Windmühle?

Oder zur Vernunft. Anfang März 2004 forderte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium unter Federführung des Energiewissenschaftlers Christian von Weizsäcker in einem 16-Seiten-Dokument die Bundesregierung auf, alle sogenannten erneuerbaren Energien, wenn sie nicht wirtschaftlich sind, vom Netz zu nehmen. Wo diese Energien, ohne Subventionen, wirtschaftlich sind, seien sie von Nutzen, obwohl der schnell steigende Energiebedarf von den erneuerbaren nur zu einem Prozent gestillt werden könne. Der Beirat fordert somit: keine Subventionen mehr für Windgeschäfte.

Trittin, der schon lange keinen normalen Beruf mehr ausgeübt hat, scheint sich wie ein Kind zu freuen, wenn er wieder mal so richtig auf den Putz gehauen, etwas angestoßen hat, wie er es nennt. Oder umgestoßen. Wie beim Dosenpfand. Bums, da fiel die Lampe um, und alles voll Petrolium. Trittin weiß, daß es eine neue Legislaturperiode für *ihn* nicht mehr gibt, er ist auch international zu unbeliebt, um auf irgendeinen hochbezahlten Posten in der EU hoffen zu können wie sein Parteifeind Fischer. Der Schaden für das Land ist groß, aber nicht unreparabel. Schließlich wird auch der »Palast der Republik« abgerissen, und die grauslichen Plattenbausiedlungen im Osten werden

* Kohlenklau, eine fiktive Figur, die Energie verschwendet. Eine Erfindung des Reichspropagandaministers Goebbels aus dem Jahre 1943, die durch Plakate und Rundfunksendungen populär wurde.

zunehmend *zurückgebaut,* mit Grünflächen aufgelockert oder ganz abgerissen. Und auch die häßlichen Betonspargel stehen bestimmt nicht für alle Ewigkeit im Naturpark Wattenmeer. Hoffen wir. Indem wir einen schönen Spruch Brechts nur leicht variieren: Von diesen Mühlen wird bleiben/Der durch sie hindurchging/Der Wind.

Zukunftstechnologien

Müssen wir wieder Strom sparen?

Alle Parteien, die nach dem 27. September 1998 und noch mal aufs neue am 18. Oktober 2002 ihren Wählern - und auch den Wahlverlierern - verheißen hatten, ihnen ein besseres, sozusagen *noch* besseres Deutschland zu bescheren, sprechen besonders gern von der Zukunft. Das ist verständlich bei den Arbeitslosenzahlen und Konjunkturdaten der Gegenwart. Wie sieht, abgesehen von der Vergangenheit der verdienten Genossen, nun die Zukunft aus, wie müssen wir uns die vorstellen? Alle Regierungsparteien sind, wie es in der schönen Nationalhymne der alten DDR hieß, der Zukunft zugewandt. Alle versprechen mehr Geld für Bildung durch bessere Schulen und Hochschulen und bessere Ausbildung der Jugend durch Strafsteuern (Arbeitsplatzabgabe) und vor allen Dingen mehr Arbeitsplätze. Durch Investitionen in *Zukunftstechnologien.*

Was ist das - Zukunftstechnologien?

Kernkrafttechnologie, bei uns hervorragend entwickelt und in der ganzen Welt hochgeschätzt und angesehen, soll es nicht sein. *Windenergie* ist es nicht gewesen. Der Schnelle Brüter darf nicht einmal ins Ausland verkauft werden. Die Magnetschwebebahn wurde kaputtgeredet, so daß sogar den Chinesen Bedenken kamen. An der einzig wirklich sauberen Energie der Zukunft, der *Kernfusion,* die das Energieproblem ein für allemal lösen könnte, soll hier in Deutschland am liebsten nicht einmal *geforscht* werden. Die bestehenden Atomkraftwerke, die an sich saubersten Energieerzeuger, will Schröder noch immer abschaffen. Langfristig natürlich. Erst ein paar veraltete wie

Stade, die ohnehin stillgelegt werden müßten, schließlich aber alle.

Was nach 2006 kommt, weiß nur der Wind. Während in fast allen Ländern der übrigen Welt, Frankreich und China an der Spitze, Jahr für Jahr viele neue, sicherere Kernkraftwerke gebaut werden. So läuft es am Ende doch wieder darauf hinaus, daß der Strom in Deutschland aus der Steckdose kommt, eingespeist in Frankreich oder Spanien. Oder sogar in der Ukraine? Auch Tschernobyl liefert schließlich saubere Energie ans Netz. Man kann dem Strom bekanntlich nicht ansehen, woher er kommt. Kohlekraftwerke und verstärkte Braunkohleförderung werden am Ende herhalten müssen. Obwohl alle wissen, daß diese oft unrentabel sind und die Luft mit noch mehr Kohlendioxid aufladen, das wir gerade reduzieren sollen.

Bleibt die Frage, was sind Zukunftstechnologien? Fragt man einen besserwisserischen Kollegen, erhält man meist eine Antwort wie das Kind in einer Geschichte von Tucholsky, das die Erwachsenen fragt, woher die Löcher im Käse kommen: »Also das ist ... wir leben in einer globalen Informationsgesellschaft und die Zukunft liegt bei den neuen Kommunikationssystemen. Wir sind eine Informationsgesellschaft.«

Schön und gut, aber wie kommt die Butter auf das Brot? Der Hunger aus der Welt, das Salz aus dem Meer wieder raus, damit Trinkwasser für alle da ist? Wie kommt das Getreide in die Sahara? Wie die Seuchen aus den immer riesiger werdenden Slums der Megastädte in der dritten Welt? Wie der festsitzende Aberglaube aus den Köpfen der immer elender lebenden Massen in Afrika, Asien und Südamerika? Daß man keinen Schutz vor Aids braucht und daß man sieben und mehr Kinder in die Welt setzen muß, weil diese später mal die Eltern versorgen werden? Wollen wir die alle anmailen?

Die Informationsgesellschaft, die Verbreitung der neuen digitalen Technik als Wachstumsmarkt? Das wird sich sicher nicht darin erschöpfen können, daß am Ende jeder bei uns noch ein drittes *Handy* gekauft hat, mit Digitalfotos und Bildplatte, Internet ohne Steckdose, um so allmählich Tag und Nacht erreichbar und jederzeit präsent zu sein. Für wen eigentlich? Und wenn eines Tages dieser Markt gesättigt sein wird und jeder so eine multiglobale Quasselstrippe sein Eigen nennt und damit nach Japan *e-mailen* und die Freundin in Los Angeles *anpiepen* und zum Billigtarif jeden Erdenbürger anklicken und mit ihm virtuell im *Chat-Room* herumklönen kann? Dann beginnt eigentlich erst das Problem: Worüber sprechen wir dann mit dem Rest der Welt?

Sicher nicht über Peter Sloterdijk und Frank Schirrmacher. Obwohl es den Menschen etwas Spaß bringen würde. Auch nicht unbedingt über die Wagner-Inszenierung von Schlingensief, die den Menschen keinen Spaß gebracht hat. Europa ist auch schon lange kein Thema mehr für die Welt. Wenn wir uns wirklich mit dem Rest der Welt unterhalten könnten, den seit 25 Jahren im Bürgerkrieg Lebenden im Sudan zum Beispiel, den Hungernden im Kongo und den Schiiten im Armenviertel von Bagdad, wäre es sicher nicht ein Gespräch über die Anschaffung von noch mehr Handys und Laptops, sondern über sauberes Wasser und Brot, ausreichend Energie und die Abschaffung von Landminen und Kindersoldaten und Hunger und Kälte und Krankheiten wie Aids für über sechs Milliarden Erdbewohner. Soviel über die Informationsgesellschaft. Aber wie kommt der Hunger aus der Welt und die Gesundheit zu den Kindern der Welt?

Liebe Genossen Nichtnazis unter den Grünen! Es muß auch euch bekannt sein, daß die Seuchen der

Erde nicht mit sanfter Medizin, von Schamanen, Geistheilern und mit homöopathischen Tröpfchen geheilt werden, die in viertausendfacher Verdünnung sozusagen nur noch den Geist der Gesundheit durch die Blutbahn des Patienten *beamen,* und daß der Hunger nicht durch gutherzige, meist nicht einmal uneigennützige Popkonzerte für die zuvor im Internet *world wide* gezeigten sterbenden, entsetzlich abgemagerten schwarzen Babys beseitigt werden kann. Bilder von Kindern, die Wochen zuvor aufgenommen wurden und die am Ende des Konzerts natürlich schon gestorben sind. Ebensowenig wie der geometrisch wachsende Nahrungsmittel- und demzufolge Energiebedarf der Menschheit durch *Windmühlen* und Sonnensammler für lauwarmes Badewasser gedeckt werden kann.

Statt dessen hallen trotz der ständigen Mißerfolge der rot-grünen Regierung oder auch um von ihnen abzulenken, unentwegt und nun regierungsamtlich abgesegnet die Mißmutsparolen einer maschinenstürmerischen Industriefeindschaft durch die deutschen Lande.

Das Propagandawort von der *Genmanipulation,* die man verhindern will, der Müllvermeidung, die man einführen will, und der Aufruf zum Energiesparen, das die Ökosteuer erzwingen sollte, die in Wirklichkeit die Kassen der Regierung füllen - darf!*

Wenn Energie nur genug verteuert wird, so hieß es, wird der Bürger damit endlich zum sparsamen Energieverbrauch erzogen. Das richtet sich an jeden einzelnen. Da gibt es kein Privatleben mehr. Das geht nicht ohne Kontrolle. Hey, Mann, sparst du auch genug Energie? Vergeudest du nicht Strom? Das könnte aus dem Goebbels-Sprachschatz einer kriegsbedingten

* Im April 2004 entschied so das Bundesverfassungsgericht.

Mangelgesellschaft stammen. Achtung, Vorsicht: Kohlenklau! hieß damals die Parole.

Aber die Gefahr geht nicht vom »Atomstrom« aus und auch nicht von den Genen. Die Gefahr geht vom Menschen aus. Ganz besonders von der Minderheit der Gutmenschen.

Die gesamte Wirtschaft soll, jedenfalls nach dem Willen der grünen Mehrheit und einer Minderheit in der SPD, umgebaut werden. Der neue verschleiernde Ausdruck heißt »Umsteuern«, und dieses Umsteuern erfolgt nicht durch Verstaatlichung und Enteignungen, sondern durch rigide staatliche Eingriffe (durch Steuer- und Genehmigungsverfahren), die den gleichen, wenn nicht besseren Effekt haben sollen. Ziel: die egalitäre Zukunftsgesellschaft. Langfristig sollen diese Maßnahmen nicht nur die marktwirtschaftlich ausgerichtete Industrie aushebeln, sondern vor allem die Bürger, wovon schon Marx träumte und Lenin schwärmte, umerziehen. Zu einer nicht mehr egoistischen, sondern am Ideal einer als solidarisch phantasierten Gemeinschaft erziehen. Das geht natürlich nicht ohne Sanktionen. Die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen, Kerstin Müller, hat das einmal mit dankenswerter Offenheit ausgesprochen: »Wer nicht hören will, muß fühlen!« Also: Eine überdimensionale Verteuerung der in Wirklichkeit (trotz aller Ölpreissteigerungen) immer noch billigen Energie, des Öls, des Benzins und des Stroms soll die Lebensgewohnheiten des einzelnen und der Gesellschaft verändern.

Es geht durchaus ans Eingemachte, an das Privatleben. Der einzelne soll sich, nach einer gewissen Übergangsphase, endlich gesellschaftlich nützlich machen, die *natürlichen* (da haben wir das schöne alte Wort aus der Vergangenheit) Ressourcen schonen, und die Industrie soll nur noch gesellschaftlich notwendige und

nützliche Waren produzieren. Aller vorsichtigen Bemäntelungen beraubt, heißt das nichts weiter als: Zwangswirtschaft, die von einer Art »Volksgemeinschaft« gebilligt und auch kontrolliert wird. Jedermann sein eigener Kontrolleur, jeder Nachbar ein Spitzel. Wie zur Zeit Hitlers oder in der DDR bis zur Wende. Haben Sie immer noch keinen Kat mit Euronorm 4?

Die Verschwendungssucht reicht tief in die Vergangenheit: War es wirklich nötig, daß unsere Vorfahren, die Cro-Magnon-Menschen, schon vor 40.000 Jahren ihre Höhlen so stark heizten, vielleicht sogar überheizten, wie es seit der Entdeckung des Feuers geschah, und daß sie, die *natürlichen* Ressourcen der Wälder überhaupt nicht schonend, das im Übermaß erlegte Wild auch noch brieten? War nicht der Fleischverbrauch damals schon viel zu hoch im Vergleich zum heutigen China, wo die Menschen gesünder essen? Hätte es nicht ein schönes pflanzliches Vollwertmüsli mit Dinkel auch getan? War es nötig, von den erlegten Bisons auch noch Vorräte an Trockenfleisch, später gepökeltem und geräuchertem Fleisch anzulegen und immer weniger Obst zu essen? Die kaputten Zähne der ersten Menschen sind ja bekannt und in jedem besseren Museum zu besichtigen; die sahen grauenvoll aus! Selber schuld. Und die Artenvielfalt der Bisons - dahin. Und die Wälder Europas - abgeholzt. Essen nicht die Menschen an der Küste von Anatolien heute noch wie vor 10.000 Jahren völlig unnötig und artenzerstörend Schildkrötensuppe?

Und heute?

Verbraucht deine Zahnbürste nicht viel zuviel Energie? Sind nicht bei ihrer Herstellung schon viel zuviel Strom und Rohstoffe verbraucht worden? Setze das Ganze fort für sämtliche Gebrauchsgegenstände: mit

Ausnahme von Geräten, die die Umweltbelastung und den Energieverbrauch *messen,* die sollten verstärkt produziert werden! Überall ist Kontrollbedarf. In ganz Europa. Das ergibt natürlich auch neue Verwaltungsstellen und Verordnungen.

Viele Fragen stellen sich heute neu und bedürfen einer staatlichen Antwort durch den Bundesumweltschutzminister. Die Sache mit dem Dosenpfand war ja ein toller Sieg, aber dabei kann man nicht stehenbleiben. Ist es überhaupt nötig, soo viel Tiefkühlgemüse zu kaufen, wo doch von den Tiefkühltruhen viel zuviel Stromstunden verbraucht werden? Ist es nötig, dauernd in einer warmen Wohnung zu sitzen, wenn es eine lauwarme, »verschlagene« Sonnenheizung auch tut? Ist es nötig, die Wäsche strahlend weiß oder überhaupt so *oft* zu waschen, die Klospülung nach *jeder* Benutzung zu drücken, weil dabei viel zuviel Wasserressourcen verbraucht werden? Ist es überhaupt nötig, lieber Mitbürger, daß deine Hemden oder Blusen gebügelt sind? Dein Anzug *nicht* verknautscht ist, dein Brot und deine Gewürze haltbar, deine Tomaten und Apfelsinen besonders süß und schmackhaft sind? Normale Apfelsinen sind nicht unbedingt besonders süß, weil sie zu früh gepflückt werden und einen langen Schiffstransport überstanden haben. Also bitte. Natürlich gewachsene Tomaten schmecken auch nicht das ganze Jahr über so gut wie bei der Ernte. Müssen die Früchte und das Gemüse überhaupt das ganze Jahr über verfügbar sein, wo es doch genug Rhabarber, Sauerampfer und die hochvitaminhaltige Brennnessel im Überfluß gibt? Muß es immer vom Besten, vom Frischesten sein? Natürlich nicht. Obst aus dem Ökoladen und Ökogemüse sehen deshalb immer ein bißchen verschrumpelt aus. Das ist trotzdem gesünder und hat weniger Energie verbraucht.

Doch der Mensch ist bekanntlich schwach und genußsüchtig und lebt nicht gern vom Brot allein, deshalb müssen nicht nur das Leitungswasser und die Schadstoffemission, die Ausbildungsplätze und die Fernsehprogramme, sondern auch die Bürger lückenlos kontrolliert werden. Verhaltensweisen und Bücher*, die schon heute in grün-alternativen Milieus verbreitet sind, geben eine kleine Vorahnung von dem ausgedehnten Blockwartsystem, das nötig wäre, um diese einschneidenden Maßnahmen im Sinne utopischer Tagträume durchzuführen und aufrechtzuerhalten. Das schafft natürlich auch Arbeitsplätze. Allerdings auch Kosten.

Dazu kommen die Gelder, die die Beschäftigung aller heute Arbeitslosen und der durch die Benzinpreiserhöhungen und Einschränkungen der Autoindustrie *noch* arbeitslos Werdenden kostet. Dazu kommen die Summen, die der Bau der dringend benötigten weiteren 10.000 *Windmühlen,* Sonnenkollektoren und der Anbau von schnell nachwachsenden Rohstoffen (zum Beispiel Hanf) erfordert. Die rund 100.000 neuen Frauenbeauftragten und ihre dringend notwendige Weiterqualifizierung sind da noch gar nicht mit drin. Aber das schafft auch Arbeitsplätze. Und die vielen neuen Gender-(Gleichstellungs-)Beauftragten, die Windmühlen-Azubis und die qualifizierten Umweltkontrolleure sind eine Hoffnung für den Arbeitsmarkt. Trotzdem steigen die Arbeitslosenzahlen an, und die Wirtschaft stagniert.

Macht nichts. Mindestens in dieser Legislaturperi-

* Eine Fülle solcher Vorschriften findet sich schon in dem Handbuch »Lebensqualität«, Köln 1995, in dem praktisch der ganze Jahres- und Tagesablauf einer rigiden Kontrolle unterzogen wird. Freiwillig natürlich.

ode kann man die schöne neue Welt locker durch schöne neue Steuern, Senkung der Renten, den Rückgriff auf die Goldreserven und die Aufnahme von Krediten finanzieren. Bis man am Ende, im Jahr 2006, wieder abgewählt wird. Dann ist zwar sicher kein Problem gelöst. Aber dann ist wenigstens, wie Trittin sagen würde, »etwas angeschoben«, etwas auf den Weg gebracht. Berg ab.

Schlußbilanz

Götterdämmerung

Was wird bleiben von 1968?

Nichts Nennenswertes. Nur die Kunde, daß mit ihnen das Ende Deutschlands als Nation begann. Den Zweiten Weltkrieg gewannen die Alliierten, zusammen mit dem Diktator Stalin. Aber wirklich am Boden lag das deutsche Volk nicht. Das Land, zerstückelt, abgetrennt ein Drittel, der Rest in zwei ungleiche Hälften zerteilt, wurde wiederaufgebaut in wenigen Jahren, von den Überlebenden der großen Katastrophe, den Flüchtlingen aus den Ostprovinzen, den Heimkehrern und Müttern und Kindern, die die Bombenteppiche und Feuerstürme in den Städten überlebt hatten. Sie bauten, unter Führung von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard und unter kritischer, aber konstruktiver Mithilfe der damaligen Gewerkschaften und der SPD unter Kurt Schuhmacher und Erich Ollenhauer und dem jungen Willy Brandt als Bürgermeister von Berlin, das Land wieder auf.

Aber die Kraft der überlebenden Kriegsgeneration reichte nur noch für das Wirtschaftswunder und das Fußballwunder von Bern, für Volkswagen und Fernsehen für alle und Ferien mit Touropa und Rückkehr nach Europa, für Nato-Integration und Aufnahme in die Völkergemeinschaft. Nicht mehr zum Widerstand gegen die eigenen Kinder, die Kinder von Marx und Marcuse, von Adorno und Horkheimer, die ihre Eltern umerziehen wollten zu friedlichen Menschen und deren Idole doch die Kriegshelden Mao und Ho Tchi Minh waren und auch, was die meisten heute verges-

sen haben, Pol Pot und Gaddhafi. Wirklich gewonnen wurde der Zweite Weltkrieg gegen die Deutschen erst von den 68ern.

Sie haben den Deutschen das Deutschsein so gründlich herausoperiert, wie die Siegermächte es einst gewollt hatten, das Rückgrat gleich mit. Die Deutschen sind so friedlich geworden, daß sie am liebsten nur noch in Ruhe gelassen werden wollen. Bloß nirgends anecken. Nationale Debatten wie der Historikerstreit finden nicht mehr statt oder werden, wie vor zwei Jahren die Diskussion um die alliierten Kriegsverbrechen und die durch Flucht, Vertreibung und Bombenterror getöteten deutschen Zivilisten, sogleich mit der »Ausschwitzkeule« (Walser) niedergemacht.

Die Tugendwächter der politischen Korrektheit bringen jede intellektuelle Debatte zum Schweigen. Die wissenschaftlichen Eliten verlassen das Land und erlangen die amerikanische Staatsbürgerschaft oder gehen in den Fernen Osten. Was bleibt, ist kleinkariert und ängstlich. Das große Kapital, die Wirtschaft versucht, so gut es geht, ihre Produktion aus dem industriefeindlichen Deutschland ins Ausland zu verlagern, die Atomindustrie beliefert Finnland, Innovationen wie die Magnetschwebebahn gehen nach China. Arbeitsplätze »wandern ab«. Statt dessen holen wir, neuerdings auch mit Billigung von Angela Merkel, weiter *Migranten* ins Land, zu den rund sieben Millionen Ausländern, die Mehrheit davon Muslime, von denen das Gros direkt in das deutsche Sozialsystem einwandert. Oder in die Kriminalität.

Bestimmte Bereiche der Großstädte wie das Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe sind bereits fest in der Hand ausländischer Banden, die Schutzgelder erpressen oder den Drogen- und Mädchenhandel untereinander aufteilen. Dieser Bezirk gehört den Alba-

nern, jener den Russen, ein anderer den Türken. Die deutsche Polizei wagt nicht einmal, die Nationalität der Schwerstverbrecher zu nennen, aus Furcht, ausländerfeindlich oder gar rassistisch genannt zu werden. Polizei und die Justiz können diesen Zustand nur noch verwalten - den Kampf gegen die Bandenkriminalität haben sie praktisch aufgegeben.

Dieses Volk will nie mehr einen Kampf gewinnen. Es will nicht einmal mehr ein Fußballspiel gewinnen, und wenn es nur gegen die B-Mannschaft des kleinen Tschechien ist. Wenn man die Mannschaft beim Abspielen der deutschen Nationalhymne beobachtet, weiß man, warum. Wofür sollen sie kämpfen? Für Deutschland? Was ist das? Die besseren Spieler hoffen auf eine Karriere bei Real Madrid oder FC Mailand.

1970 folgten die deutschen Studenten dem Aufruf zum Langen Marsch durch die Gesellschaft, die sie erobern und umgestalten wollten. Schon lange vor 1998 hatten sie überall im Land Erfolg. 1998 fiel den 68er Parteien das Land, nur noch schwach verteidigt von einer verbrauchten Elite, die keine Nachfolger mehr ausgebildet hatte, zu wie eine Beute. Wie besiegtes Land, auf Gedeih und Verderb. Viele Jahre unter SPD-Herrschaft in Bund und Ländern und eine CDU, die nur noch aus einem einzigen Mann zu bestehen schien, hatten den Widerstand schon gelähmt. Der schleichende kulturelle und - es gibt kein anderes Wort dafür - ethisch-moralische Verfall des Landes hatte schon eingesetzt. Was Helmut Schmidt, der Sieger von Mogadischu, noch einfordern mochte und dafür von seinem Parteifreund Lafontaine verhöhnt und diffamiert wurde, die preußischen *Sekundärtugenden,* kann Schröder in der tiefen wirtschaftlichen Krise des Landes nicht mehr abrufen. Niemand kennt sie mehr. Wofür auch sollten sie eingesetzt werden?

Was hat die Generation '68 geschaffen, und was war positiv an 1968? Nichts. Das Land ist vernachlässigt wie seine Städte und seine zersiedelten Dörfer. Der Beton der nach dem Krieg wieder aufgebauten Häuser bröckelt, die Fassaden und Wände der einstmals vorbildlich modernen Schwimmbäder und Bibliotheken werden rissig und verrosten, die Farbe blättert ab. Die fabelhaft künstlichen, autofreien Stadtkerne sind von jener gesetzlich vorgeschriebenen »Kunst am Bau« befallen, den die ideenlosen Nachfahren von Joseph Beuys und Fritz Wotruba für viele zehntausend gute D-Mark aus Stahl und Beton verfertigt haben. Manchmal hat eine Stadt auch eine der wie ein Hefeteig unförmig auseinanderlaufenden Plastiken von Henry Moore erworben, fast jede Stadt im Ruhrgebiet hat er für würdig befunden, eines seiner Kunstwerke an einem öffentlichen Ort aufzustellen. Der Rest der verbleibenden Mauern und Wände ist wie von einem Pilzbefall befleckt mit Grafitti und alltäglichem Schmutz. Unwohnlich und unbewohnt, fremd und unheimlich erscheinen die Städte. Sie sind einander bis zur völligen Gleichheit ähnlich, gleich öde und trostlos am regnerischen Alltag wie in sommerlicher Hitze, und die sogenannten Stadtteilfeste mit Flohmarkt und Glühwein genormt und langweilig von Flensburg bis Pforzheim. Tags werden diese Städte von Arbeitslosen und Jugendlichen auf der Suche nach Ausbildungsplätzen und Arbeit, rat- und hilfesuchenden Alten und Schlüsselkindern glücklos bewohnt, nachts atem- und ratlos durchstreift von Jugendlichen auf der Suche nach dem letzten Kick, nach der schrillsten Disko, nach der neuesten Aufputschpille, die das seit ihrer frühen Schulzeit schon zur Gewohnheit gewordene Haschisch* übertreffen soll.

* Siehe *SPIEGEL*, Nr. 27 vom 28. Juni 2004, Titelgeschichte: Die Seuche Cannabis. Drogen an Deutschlands Schulen.

Die Kultur wird von den Kulturbeauftragten der Städte und der Länder *betrieben.* Viel Betrieb, viel Wichtigtuer, wenig Widerstand im Land. Musical statt Theater, aufwendig geförderte Unterhaltung, beliebt wie Popcorn und Kino bei den jungen Singles und Ehepaaren. Theater? Deutsche Klassiker werden, nicht nur von Castorf und Schlingensief, grundsätzlich »gegen den Strich gebürstet«, und das heißt, in das Gegenteil ihrer theatralischen Absicht verkehrt. Viele gänzlich unmotiviert auftretende Nackte, ein bißchen Onanie auf offener Bühne, Blut und Sperma und Hitler und Holocaust gehören schon zur Standardausrüstung. Warum in aller Welt inszenieren die ja auch nicht mehr *so* jugendlichen Regisseure denn immer wieder Schiller, Kleist und Grillparzer, Mozart und Wagner, wenn sie die so altmodisch und fragwürdig finden? Eigene Stücke dieser Generation sehen so aus wie sie selbst: schlaff, trotz reichlicher Verwendung von Sex, Alkohol und Drogen ohne Visionen. Sie können nichts anderes. Diese jungen deutschen Autoren haben in ihrer Schule keinen einzigen Text der deutschen Klassiker mehr systematisch gelesen. Statt dessen lasen sie im Deutschunterricht Günter Wallraff und ähnliches.

Ausnahmen bestätigen diese böse Regel nur. So ist einer unserer besten Lyriker, Epiker und Übersetzer altgriechischer Dramatiker der knapp 40jährige Durs Grünbein, in der DDR Erich Honneckers aufgewachsen. Das Schicksal hat ihm gebildete Eltern und ein Gymnasium mit altgriechischem Zweig geschenkt. Ein seltenes Geschenk. Er bedankte sich mit dem schönsten und aufregendsten epischen Gedicht »Im Schnee«, einem meisterhaften, übrigens unverwechselbar deutschen Text. Um ihn machen Schlingensief oder Castorf natürlich einen Bogen, da gibt es nichts

zu verhunzen, ebenso wie bei Botho Stauß. Auch er ein Glücksfall in unserer Kulturlandschaft, den die Funktionäre so gern *Kulturbetrieb* nennen, ein Betrieb, der meistens bankrott ist, wie der Staat.

Das Land ist still - noch. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, regiert Schröder noch. Von der Gnade der Grünen abhängig, die von der Macht des Mitregierens fasziniert, von den einmal erreichten Privilegien und den 40.000 meist aus ihren Reihen kommenden Gender- beziehungsweise Frauenbeauftragten, Windparks und anderen nachwachsenden Einkommensquellen nicht lassen wollen. Sie werden ihn unterstützen, von Mißerfolg zu Mißerfolg. Bis zum bitteren Ende.

Diese Regierung kann nicht mehr regieren, und diese Opposition will nicht regieren. Schon jetzt aber regiert Angela Merkel, halbherzig, mit, schwächt damit ihre Widersacher in der Union und hilft zugleich Schröder ein um das andere Mal über die Runden. Es ist keine große Koaltion, die da stillschweigend vollzogen wird, es ist nur die große gemeinsame Ratlosigkeit, die da sichtbar wird. So geht es immer noch ein bißchen weiter. Aber wie lange noch? Eines Tages wird Bilanz gezogen werden. Bilanz über die große Bewegung der Schüler und Studenten, die angetreten war, das Bewußtsein der Deutschen und damit Deutschland zu verändern. Das ist ihnen tatsächlich gelungen. Aber fragen Sie mich nicht, wie.

Wie sieht denn das Land aus? Nach verordnetem Antifaschismus und politischer Korrektheit, friedlichen Demonstrationen und mörderischen Terroristen - manchmal auch friedlichen Demonstrationen *für* mörderische Terroristen, nach befreiten Menschen und befreienden Drogenräuschen, sozialer Gerechtigkeit

und Gerechtigkeit für die Völker der dritten Welt? Nach dem tiefen Schock, den der Zusammenbruch des Kommunismus für alle Linken bedeutete? Es war wie im Märchen. Ach, wir alle, die wir dabei waren, glaubten an des Kaisers neue Kleider und bestärkten andere an dem Glauben. Aber da war nichts. War nur die Ausführung schlecht, die Idee gut? Der Kern gut? Wir wissen heute, daß der Kern hohl war, wie eine taube Nuß: das perfekte monokausale System des Sozialismus, das zuerst als fehlerfrei geschildert, später als fehlerhaft, aber veränderbar beschrieben wurde. Die Fehler würden korrigiert werden, Fehler, die doch nichts zählen sollten gegen die gewaltige, einmalige Größe der Sache. Doch das System des Sozialismus hatte gar keinen Fehler.

Es war der Fehler.

Danksagung

Ich danke allen Freunden und den vielen Lesern, die mir durch unzählige Hinweise und Kritik bei der Abfassung dieser Streitschrift geholfen haben oder mich gehindert haben, manchmal über das Ziel hinauszuschießen, und auch dadurch das Werk befördert haben. Ich danke dafür meiner wunderbaren Familie, meinem Jahrgangsgefährten und verehrten Verleger Herbert Fleissner, meinem langjährigen Lektor Gerhard Koralus. Für kritische Hinweise danke ich den Freunden Kurt-Michael Herzog, Brigitte Seebacher, Peter Rühmkorf und Reginald Rudorf. Allen voran gilt mein Dank Angelika Immerath, die die Texte und Anmerkungen durchgesehen und ohne deren großartigen Einsatz und Optimismus dieses Buch nicht hätte erscheinen können.

Köln im September 2004

».. .gerät Röhl immer mehr zum Tucholsky dieser Republik: böse ohne gemein, witzig ohne albern, aufklärerisch ohne belehrend zu sein.«

Welt am Sonntag

Die abenteuerliche Lebensgeschichte des ehemaligen »konkret«-Herausgebers und seiner Ex-Frau Ulrike Meinhof, Mitbegründerin der RAF, und eine Chronik der Versuche der DDR, die Bundesrepublik zu destabilisieren.

Universitas

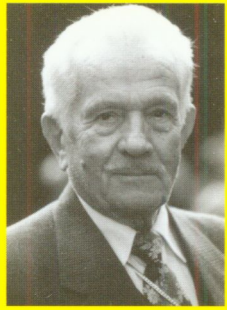
www.universitas-verlag.de

Was ist der Aufstand der Anständigen? Eine Phrase. Das ist noch einfach, das ist sozusagen die 100-Euro-Frage. Aber nun wird es schwieriger: Gibt es heute überhaupt noch Linke und Rechte? Anders gefragt: Ist Minister Clement links und Frau Merkel rechts? Oder umgekehrt? Welches ist der Unterschied ihrer Position in der Großen Steuerreform? Oder in der Gesundheitsreform? Groß, mittel, klein, gar kein Unterschied? Kann man sie auch vertauschen? Überlegen Sie die Antwort genau. Ziehen Sie notfalls einen Joker. Das ist die 1000-Euro-Frage.

Was versteht man unter *Amazonen?* Gab es in der Geschichte wirklich einmal Amazonen, und was haben sie mit unseren heutigen Frauenbeauftragten gemeinsam? Was ist *Gender Mainstreaming?* Ein Schwimmbad mit Gegenstromanlage? Eine neue Schönheitscreme aus der Wellness-Farm? Oder ein Projekt des Bundesministeriums für Familie und Frauen, über das niemand gerne spricht? Das ist die 10 000-Euro-Frage.

Warum wird die acht Meter hohe Mauer, die die Israelis im Nahen Osten bauen, in allen deutschen Zeitungen grundsätzlich nur Schutz-Zaun genannt? Ist Kritik an Israel bei uns verboten? Sind alle Deutschen Antisemiten? Bitte beweisen Sie das Gegenteil. Die Beweislast liegt bei Ihnen. Lieben Sie moderne Kunst? Hand aufs Herz! Ist Joseph Beuys ein bedeutender Künstler? Oder ist jene Putzfrau aus Düsseldorf zu loben, die seine »Fettecke« auf den Müll warf, und die Damen im Wuppertaler Museum, die seine »Badewanne mit ranziger Butter« gründlich mit Ata säuberten, um darin Sekt kaltzustellen?

Mögen Sie Schlingensief? Wenn ja, warum? Warum spricht der Kanzler seit Jahren fast nie von Deutschland, sondern vom *Standort Deutschland?* Das ist die Standortfrage. Warum müssen wir zu den viereinhalb Millionen Moslems, die schon in Deutschland leben und von denen mehr als 800 000 Sozialhilfe beziehen, noch weitere Millionen Einwanderer ins Land holen? Das ist die 2-Milliarden-Euro-Frage.
Aber dies ist keine Quizsendung im Fernsehen. Solche und ähnliche Fragen und die Antworten, die er darauf landauf, landab gefunden hat, schreibt Klaus Rainer Röhl den Herrschenden ins Stammbuch. Resultat: Die Deutschen sind nicht halb so dumm, wie sie von ihren Politikern und Fernseh-Kommentatoren gehalten werden. Lesen und weitersagen!



Dr. Klaus Rainer Röhl, geboren 1928, wie sein Mitschüler Günter Grass Vertriebener aus Danzig, war Herausgeber der führenden linken Zeitschrift KONKRET. Von einem Parteigänger der Kommunisten, von denen er sich schon 1964 trennte, entwickelte sich Röhl zu einem engagierten Kritiker der sogenannten 68er und ihrer Nachwirkungen. Er promovierte bei Ernst Nolte und zählt sich heute zu den Demokratischen Rechten. Bei Universitas sind ferner erschienen. »Deutscher Narrenspiegel«, »Fünf Finger sind keine Faust«, »Riesen und Gartenzwerge«, »Linke Lebenslügen« und »Verbotene Trauer«.

Phrasen, Worthüllen und Begriffsschablonen geistern durch das Land, die hinterfragt werden sollten. Klaus Rainer Röhl hat die passenden Antworten gefunden: spitzfindig, hintergründig, unbequem und provozierend.

ISBN 3-8004-1467-8

9 783800 414673